



MSG Moderne Stadtgeschichte
Bd. 53/2 (2022)

DOI: 10.60684/msg.v53i2

Verantwortliche Herausgeber:
Boris Belge /
Ulrich Hofmeister

Themenschwerpunkt

**Städte im
Russländischen
Imperium**

MSG Moderne Stadtgeschichte
ISSN: 2941-6159 online
<https://moderne-stadtgeschichte.de>



In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)



Mit Unterstützung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und
Urbanisierungs-forschung (GSU)



Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte
sind gesondert abzuklären.

© Die Autor*innen der jeweiligen Beiträge 2022



Moderne Stadtgeschichte

2022

2. Halbjahresband

Verlagsort: Berlin

Herausgegeben von

Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Moritz Föllmer,
Sebastian Haumann, Martina Heßler, Martin Kohlrausch, Friedrich Lenger,
Gisela Mettele, Susanne Rau, Christiane Reinecke, Jürgen Reulecke, Ralf
Roth, Dieter Schott, Bettina Severin-Barboutie und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit

Stefan Fisch, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Städte im Russländischen Imperium

Verantwortliche Herausgeber*innen:

Boris Belge / Ulrich Hofmeister

BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA

Boris Belge / Ulrich Hofmeister

Einleitung: Die Stadt und das Russländische Imperium im
18. Jahrhundert..... 5

Tilman Plath

„Fremde Negocianten“ in St. Petersburg und Riga im 18. Jahrhundert
als Herausforderung des russländischen Merkantilismus..... 14

Simon Dreher

Abgehängt? Die Ausländergemeinden in der Hafenstadt Archangel'sk
unter dem Eindruck der Handelsrestriktionen von 1721-1762..... 28

<i>Natalia Tuschinski</i>	
Militärische Sicherung und wirtschaftlicher Nutzen. Cherson und der Städtebau im Süden des Russländischen Reiches am Ende des 18. Jahrhunderts.....	42
<i>Mikhail Belan</i>	
Recruitment in Provincial Towns. Social Relations and the Evolution of Political Culture during the Napoleonic Wars.....	55
<i>Michel Abesser</i>	
An Incomplete Merger. Rostov-on-Don and Nakhichevan as Peculiar Urbanization Projects in the Russian Empire's South.....	68
<i>Boris Belge</i>	
Bestätigung, Wissen, Nationalstolz. Funktionen der Erinnerung an das 18. Jahrhundert im imperialen Odessa.....	82
<i>Ricarda Vulpius</i>	
Russländische Städte des 18. Jahrhunderts und das Imperium. Abschließende Überlegungen.....	96

F O R U M

<i>Carlos Hernández Quero / Luis de la Cruz Salanova</i>	
Als die Vorstädte aufhörten, Peripherie zu sein. Der Kampf um die Kontrolle der Straße im Madrid der 1930er Jahre.....	102
<i>Olga Malinova-Tziafeta</i>	
The Semi-Peripherality Discourse and Water Infrastructure in St. Petersburg/Leningrad (1864-1927).....	131

B E R I C H T E

<i>Julia Ziegler</i>	
Tagungsbericht: „Stadtgeschichtliche Blogs in der Wissenschaftskommunikation“	150

Linus Ruegge

Tagungsbericht: „Forum Stadtgeschichte 2022: Konfliktfeld Stadt.
Historische Perspektiven“ 153

M I T T E I L U N G E N

Autor*innen des Themenschwerpunktes und der Forumsbeiträge..... 158

Boris Belge / Ulrich Hofmeister

Einleitung: Die Stadt und das Russländische Imperium im 18. Jahrhundert

The eighteenth century witnessed a boom of city foundations in the European part of the Russian Empire. These cities were integral parts of European urbanity but differed from their Western siblings, for example, in legal terms. Instead of merely pointing out the deficits of urban development in Russia, the editors and contributors of this special issue propose to take a different perspective on Russian cities: They were nodes in Russia's imperial statehood, simultaneously benefiting from St Petersburg's administrative and financial support (or suffering from the lack of it) and trying to take their destiny into their own hands. While traditional historiography treats Russia's towns and cities as passive recipients of plans and policies of the imperial center, the contributions to this special issue emphasize local dynamics and the agency of the urban population. The tension between central policies and their local implementation contributed to the dynamic development of Russian cities throughout the eighteenth century when the Russian Empire underwent enormous political, economic, social, and cultural changes.

1. Einleitung

Als wir diese Einleitung zu Beginn des Jahres 2022 schrieben, konnten und wollten wir uns nicht vorstellen, dass einige der in den Beiträgen angesprochenen Themen bald erschreckende Aktualität bekommen würden. Von Städten wie Cherson, Mykolaïv (Nikolaev) oder Odessa ist nun täglich in den Nachrichten zu hören, weil sie zu Zielen in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geworden sind, den die russländische Führung mit erschreckender Brutalität gegen die Ukraine führt. Der Krieg führt uns vor Augen, dass imperiales Expansionsstreben auch in Europa keine Sache der Vergangenheit ist. Wladimir Putin nutzt den postulierten Phantomschmerz über den „Verlust“ imperialer Zusammenhänge sogar, um seinem Krieg den Anschein einer Legitimation zu geben. Wir sehen es als unmittelbare Aufgabe der Geschichtswissenschaft, dem gefährlichen Geschichtsrevisionismus der russischen Politik durch Aufklärungsarbeit entgegenzutreten.



St. Petersburg, die Hauptstadt des russländischen Zarenreichs, gehörte um das Jahr 1800 zu den größten und prächtigsten Städten Europas. Barocke und klassizistische Paläste prägten das Bild der Residenzstadt ebenso wie die in Granit gefassten Kanäle, die ausgedehnten Plätze und die breiten Boulevards, deren Sichtachsen den Blick auf die vergoldete Spitze des Admiraltätsgebäudes lenkten. All diese Pracht war innerhalb von kaum einhundert Jahren entstanden. Denn die Stadt, die nun das Zentrum des Reichs bildete und in der mehr als 200.000 Menschen lebten und arbeiteten, war in einer Region gegründet worden, die zuvor nur eine abgelegene, unwirtliche und dünn besiedelte Sumpflandschaft war. Einige finnische Fischerdörfer im Delta des Newa-Flusses sowie die schwedische Festung Nyenskans waren die einzigen – und auch nur indirekten – Vorläufer der neuen Hauptstadt des Zarenreichs, die Peter I. ab 1703 aus dem Boden stampfen ließ.¹

Die eindrucksvolle Entwicklung St. Petersburgs ist symptomatisch für die generelle Dynamik, die Russland und seine Städte im 18. Jahrhundert erfasste. Damals erlebte das Reich durch Eroberungen enorme territoriale Erweiterungen. Gleichzeitig forcierten die Machthaberinnen und Machthaber die administrative Erschließung Zentralrusslands. Als Folge davon wurden 215 Städte alleine zwischen 1775 und 1785 neu gegründet, sodass sich ihre Gesamtzahl nahezu verdoppelte – und das in einem Zeitraum, der in Mitteleuropa aufgrund seiner geringen Anzahl von Stadtgründungen als „Städtetal“ bezeichnet wird.² Auch wenn dies darauf hindeutet, dass sich die Entwicklungen im Städtewesen des Zarenreichs von denen im weiter westlich gelegenen Europa unterscheiden, so war „Europa“ doch ein zentraler Bezugspunkt für den Neu- und Umbau russländischer Städte in dieser Zeit. St. Petersburg wurde unter Beteiligung europäischer Städteplaner und Architekten als europäische Stadt konzipiert. Nahezu alle anderen Städte des Reichs wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einem umfassenden Umbauprogramm unterworfen, das darauf zielte, den Städten ein „regelmäßiges“ Aussehen zu verleihen, das dabei stets als „europäisch“ gedacht war.³

¹ Eine gute Einführung zur Geschichte von St. Petersburg bietet Jan Kusber, *Kleine Geschichte St. Petersburgs*, Regensburg 2009.

² Zum „Städtetal“ siehe Heinz Stoob, *Kartographische Möglichkeiten zur Darstellung der Stadtentstehung in Mitteleuropa, besonders zwischen 1450 und 1800*, in: Ders., *Forschungen zum Städtewesen in Europa. Eine Aufsatzfolge*, Bd. 1. Räume, Formen und Schichten der mitteleuropäischen Städte, Köln/Wien 1970, S. 15-42. Zur Anzahl der russländischen Städte siehe Ju. R. Klokman, *Social'no-ekonomičeskaja istorija russkogo goroda. Vtoraja polovina XVIII veka*, Moskva 1967, S. 202.

³ Siehe dazu etwa Natalia Tuschinski, *Stadterhebung Irbits und die Stadtplanung Katharinas II.*, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 20:1, 2019, S. 145-164.

Traditionell maß die Forschung die russländische Stadt stets an der idealtypischen mitteleuropäischen Stadt und definierte sie häufig als Gegenpol zu dieser. Die Merkmale, die etwa Max Weber für die „europäische Stadt“ postulierte, waren im russländischen Bereich lange nicht oder nur rudimentär vorhanden.⁴ Die rechtliche Abgrenzung der Stadt von ihrem Umland, ihre wirtschaftliche Privilegierung, ihre Selbstverwaltung und ihre Bürger*innengemeinschaft – all dies sind Merkmale der mitteleuropäischen Stadt, die in den Städten des Zarenreichs nicht ohne Weiteres zu finden waren. Daher lief ein derartiger Vergleich allzu lange auf eine Aufzählung von Eigenschaften mitteleuropäischer Städte hinaus, die russländische Städte *nicht* gehabt hätten. Um die russländische Stadt hingegen in ihrem eigenen Recht zu begreifen und nicht nur als mangelbehaftete europäische Stadt zu sehen, ist daher vorgeschlagen worden, sie in einen globalen Kontext zu stellen und etwa mit der islamischen oder ostasiatischen Stadt zu vergleichen.⁵

Der globale Vergleich relativiert die Bedeutung der rechtlichen Stellung für die Frage danach, was überhaupt unter einer Stadt zu verstehen ist. Da die meisten Städte des Zarenreichs erst durch eine Reihe von Reformen im 18. Jahrhundert zu eigenen Rechtsträgern erhoben wurden, ist es im russländischen Fall nicht möglich, eine Stadt nur anhand ihres offiziellen Status als solche zu identifizieren. So konkurrieren in der Historiografie mehrere Stadtdefinitionen miteinander, die auf jeweils unterschiedliche Funktionen der Städte Bezug nehmen und wahlweise ihre Rolle als militärisches, administratives oder wirtschaftliches Zentrum hervorheben. Die militärische Funktion wird bereits im russischen Ausdruck für Stadt, *gorod*, deutlich: Dieser beruht auf dem Wort für „Befestigung“ und konnte bis ins 18. Jahrhundert jeden befestigten Platz bezeichnen. Unter Katharina II. wurde hingegen die Funktion eines Ortes als Verwaltungssitz zum entscheidenden Kriterium der Stadt erhoben. Dies brachte jedoch eine andere Unschärfe mit sich: Katharina verlieh auch kleinsten Flecken den Stadtstatus, unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl und ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung. Die sowjetische Historiografie wiederum betonte das Vorhandensein von Handel und Handwerk, um Städte von nicht-urbanen Siedlungstypen abzugrenzen.⁶

⁴ Manfred Hildermeier, Max Weber und die Russische Stadt, in: Hinnerk Bruhns/Wilfried Nippel (Hrsg.), Max Weber und die Stadt im Kulturvergleich, Göttingen 2000, S. 144-165.

⁵ Andreas Kappeler, Stadtluft macht nicht frei! Die russische Stadt in der Vormoderne, in: Peter Feldbauer/Michael Mitterauer/Wolfgang Schwentker (Hrsg.), Die vormoderne Stadt. Asien und Europa im Vergleich, Wien/München 2002, S. 194-212. Diese Anregung ist bisher noch nicht eingelöst worden. Für eine gemeinsame Untersuchung russländischer und osmanischer Städte siehe aber demnächst Ulrich Hofmeister/Florian Riedler (Hrsg.), *Imperial Cities in the Tsarist, Habsburg, and Ottoman Empires*, New York 2023.

⁶ Einen Einblick in die Diskussion gibt Ja. E. Vodarskij, *Issledovanija po istorii russkogo go-*

Die – noch immer nicht abgeschlossene – Diskussion um die Definition der Stadt im russischen Kontext wird durch den imperialen Charakter des Zarenreichs noch einmal verkompliziert. Die russische Sprache unterscheidet fein zwischen zwei unterschiedlichen Adjektiven: „Russisch“ (*ruskij*) und „rusländisch“ (*rossijskij*) sind nicht dasselbe. Während „russisch“ die Sprache und die Kultur der ostslawischen, orthodoxen Kernbevölkerung des Reichs bezeichnet, bezieht sich „rusländisch“ auf das gesamte Vielvölkerreich und umfasst auch die Institutionen und Traditionen der zahlreichen Völkerschaften, die im Laufe der Jahrhunderte unter die Herrschaft der Zaren gekommen waren. Diese Unterscheidung erweist sich auch für die Städte des Zarenreichs als essenziell: Bei Weitem nicht alle *rusländischen* Städte waren auch *russische* Städte. Der imperiale Raum umfasste eine enorme Vielfalt an geografisch-kulturell definierten Städtetypen. So hat Thomas Bohn für das Zarenreich und die Sowjetunion insgesamt neun verschiedene Städtetypen identifiziert, darunter neben der „alt-russischen Stadt“ auch die „ostmitteleuropäische Barockstadt“ in der Westukraine, die „islamisch-orientalische Stadt“ in Zentralasien und die „russische Kolonialstadt“ in den Steppengebieten und Sibirien.⁷ So wie diese verschiedenen Kulturräume zu unterschiedlichen Zeiten Teil des Zarenreichs wurden, wiesen im Laufe der Jahrhunderte auch unterschiedliche geografische Räume die jeweils größte Dynamik im Städtewesen auf. Während im 17. Jahrhundert die meisten Stadtgründungen in Sibirien verzeichnet wurden, war im 18. Jahrhundert das europäische Russland das Zentrum der Dynamik, bevor im 19. Jahrhundert wieder die neu eroberten Gebiete im Kaukasus, im Fernen Osten und in Zentralasien in den Vordergrund traten.

Entsprechend seinem chronologischen Schwerpunkt auf dem 18. Jahrhundert beschäftigt sich dieses Themenheft daher mit Städten im europäischen Teil des Zarenreichs. Dabei konzentrieren sich die Beiträge auf zwei Großräume: den Norden des Russländischen Reichs, in dem noch während des Großen Nordischen Kriegs (1700–1721) die neue Hauptstadt St. Petersburg gegründet wurde, und den Süden, der vor allem nach dem Ende des russisch-türkischen Kriegs (1768–1774) eine Welle von Stadtgründungen erlebte.

Das 18. Jahrhundert war für das Zarenreich eine Epoche tiefgreifender Veränderungen. In dieser Zeit verwandelte sich Russland endgültig vom moskowitzischen Fürstentum zum imperialen Großreich.⁸ In ökonomischer Hinsicht leg-

roda. Fakty, obobščeniya, aspekty, Moskva 2006, S. 5-49.

⁷ Thomas M. Bohn, Urbanisierung, in: Harald Roth/Thomas M. Bohn/Dietmar Neutatz (Hrsg.), Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 2. Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion, Köln/Wien 2009, S. 278-285, hier S. 278.

⁸ So hat etwa Ricarda Vulpius das Entstehen eines imperialen Bewusstseins innerhalb der rusländischen Elite im 18. Jahrhundert verortet, siehe Ricarda Vulpius, Die Geburt des

te Peter I. die Grundlage für die erste Schwerindustrie, die er neben dem Ausbau des Manufakturwesens für essenziell hielt, um wirtschaftlich und militärisch zu Europa aufzuschließen. In der Jahrhundertmitte wurde Russland vom Importeur zum wichtigsten Lieferanten von Eisen an England – vorwiegend über die Ostsee. Auch andere Exportgüter verflochten die russländische mit der europäischen Ökonomie: Zusätzlich zu Agrarprodukten und Holz importierten Seehandelsnationen wie Großbritannien und die Niederlande nun auch russisches Leinen, Hanf, Teer, Talg, Leder und Getreide, die häufig aus dem Süden des Reichs stammten und über das Schwarze Meer verschifft wurden. Das Russländische Reich wurde so vom reinen Rohstoffexporteur zur europäischen Handelsmacht, die beträchtliche Exportüberschüsse erzielen und sich auf den Import von Luxusgütern spezialisieren konnte.⁹ Für diesen erfolgreichen Außenhandel waren die Neugründung und der Ausbau von Hafenstädten entscheidend, die in fünf Beiträgen dieses Themenhefts im Zentrum stehen. Zur gleichen Zeit eroberte der russländische Staat nicht nur neue Gebiete, sondern trieb auch den Staatsausbau voran, was zu einer grundlegenden Umgestaltung des imperialen Raumes und seiner Kräftefelder führte.¹⁰ Dieses Themenheft betrachtet dabei die Städte als Marker und als Indikatoren für den Wandel im räumlichen Gefüge des Reichs.

Stadtneugründungen und Stadterhebungen schufen ein Netz von Handlungs- und Kommunikationsbeziehungen, das im 18. Jahrhundert über das gesamte Russländische Reich ausgebreitet wurde. Städte waren die entscheidenden Knotenpunkte dieses Netzes, in denen sich politische, ökonomische und soziale Veränderungen bündelten und von diesen aus weiterverbreiteten. Und nicht zuletzt konnten die lokalen urbanen Gesellschaften die Prozesse, die von der Regierung in St. Petersburg angestoßen worden waren, beschleunigen oder bremsen. Dieser Blick auf Städte als Indikatoren, Beschleuniger und Bremsen des Wandels sowie als Knotenpunkte in Kommunikationsnetzwerken lenkt die Aufmerksamkeit auf Prozesse räumlicher (Re-)Konfigurationen und damit auch weg von geografischen oder kulturellen Typologierungsversuchen. Die Frage für die Autorinnen und Autoren dieses Themenhefts ist also weniger, welche Strukturmerkmale die „russländische Stadt“ ausmachten, sondern eher, welche Bedeutung diesen Städten für das Gefüge des imperialen Raums zukam.

Russländischen Imperiums. Herrschaftskonzepte und -praktiken im 18. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2020.

⁹ Manfred Hildermeier, *Geschichte Russlands. Vom Mittelalter zur Oktoberrevolution*, München 2013, S. 628-630.

¹⁰ Siehe etwa Robert E. Jones, *Provincial Development in Russia. Catherine II and Jakob Sievers*, New Brunswick 1984.

Durch ihre Stadtgründungen setzten die Zarrinnen und Zaren Akzente: Sie werteten Regionen durch gezielte Förderung auf – und verwiesen andere Gebiete in die zweite Reihe. Damit veränderte sich auch die Wahrnehmung des imperialen Raums durch seine Bewohnerinnen und Bewohner. Neue urbane Zentren brachten für die Untertan*innen neue Horizonte und Fixpunkte mit sich und veränderten, was als „nah“ oder „fern“ galt: St. Petersburg und die zarische Bürokratie konnten soziale Veränderungen anstoßen, sie konnten aber auch auffallend abwesend sein, wenn es galt, auf neue Herausforderungen zu reagieren. Die Hauptstadt konnte forciert in lokale Prozesse hineinregieren oder sich auf die Rolle einer Beobachterin zurückziehen. In jedem Fall aber waren die Städte Orte verdichteter sozialer Interaktion, in denen Handlungslogiken und Beziehungen auch ab- oder jenseits der vom Zentrum verordneten Politiken möglich waren. Lokalen Dynamiken kam daher eine wichtige Rolle zu. Wo der Zar fern und Gott hoch ist, wie es in einer russischen Redensart heißt, traf der Gestaltungsanspruch des Staates schnell an seine Grenzen. Aus den Beiträgen in diesem Themenheft wird ersichtlich, dass Lokalverwaltungen und unterschiedliche Bewohnergruppen in den Städten miteinander darum wetteiferten, wie die staatlichen Vorgaben am günstigsten ausgelegt, umgesetzt oder auch umgangen werden konnten. So waren es lokale Kontexte und Erfordernisse, die das Stadtleben und Stadtbild maßgeblich bestimmten.

Innerhalb des imperialen Rahmens kam besonders den neugegründeten Städten eine Vielzahl von Funktionen zu. Wie Natalia Tuschinski in ihrem Beitrag zu diesem Themenheft am Beispiel der Schwarzmeerstadt Cherson zeigt, wurden wirtschaftliche, militärische und administrative Aufgaben zeitgleich oder einander ablösend an Städte herangetragen. Die Autorin rückt mit ihrer Untersuchung des Städtebaus in der Ekaterinoslaver Statthalterschaft das Situative, Spontane und oft auch Ungewollte in den Vordergrund, das entgegen des gerne bemühten Bildes der Potemkinschen Dörfer die Entwicklung der Städte im Süden Russlands prägte. Das 18. Jahrhundert war in Russland ein Jahrhundert der Neugründungen – nicht nur im europäischen Teil des Reichs. Omsk in Sibrien (gegründet 1716) und Vladikavkaz am Fuße des Kaukasus (1784) mögen als zwei Beispiele für Stadtgründungen jenseits des Urals und als Forschungsperspektiven jenseits der Fallbeispiele dieser Publikation dienen.

Neben die Spannung zwischen imperialen Vorgaben und lokaler Umsetzung trat das Verhältnis von Nachbarstädten zueinander, welches das imperiale Raumgefüge ebenso prägte. Städte in der näheren (oder auch weiteren) Umgebung konnten als bedrohliche Konkurrenz erscheinen, von der es sich abzugrenzen galt, oder auch als potenzielle Verbündete, mit denen sich eine Zusammenarbeit lohnte. Die Einschätzung, was „nah“ und was „fern“ war, hing von der individuellen Biografie ab. Für nicht-russländische Kaufleute etwa

konnten die geschäftlichen und privaten Beziehungen zum Herkunftsland „naheliegender“ sein als jene zum imperialen Zentrum in Petersburg. Diese Neujustierungen von nah und fern, von Zentrum und Peripherie sind es, die das Russländische Imperium im 18. Jahrhundert zu einem besonders dynamischen und aufschlussreichen Untersuchungsgegenstand in der europäischen Stadtgeschichte machen.¹¹

Städte waren sowohl Teil des Russländischen Imperiums als auch in regionale und globale Zusammenhänge eingebettet. Stadtbewohner*innen waren auch über die Grenzen des Reiches hinaus miteinander vernetzt, insbesondere in Handels- und Hafenstädten. Tilman Plath und Simon Dreher thematisieren in ihren Beiträgen, wie lokale ausländische Akteure und Gemeinschaften in bisher bedeutsamen Handelsstädten – Archangel’sk am Weißen Meer und Riga an der Ostsee – auf die Neugründung St. Petersburgs reagierten. Für beide Städte bedeutete der Bau der neuen Hauptstadt eine veritable Bedrohung ihrer vormaligen privilegierten Lage in europäischen Handelsnetzwerken. Tilman Plath zeigt auf, dass der Druck aus St. Petersburg auf die ausländischen Kaufleute und der Versuch, russländische Kaufleute in Riga in eine bessere Stellung zu bringen, nicht den erwünschten Erfolg hatten. Simon Dreher wiederum verweist auf die Ausländergemeinden in Archangel’sk, die das Narrativ eines steilen Niedergangs bedienten, um Mittel und Ressourcen von ihren ausländischen Glaubensschwwestern und -brüdern zu aktivieren.

Michel Abeßer nimmt mit der Frage interethnischer Beziehungen eine Kernfrage der neueren Imperiumsforschung in den Blick, die er am Beispiel der Städte Rostov am Don und Nachičevan’ in ihrer räumlichen Dimension ausleuchtet. Die beiden urbanen Räume, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander befanden, wurden im 18. Jahrhundert auf Grundlage ethnischer Kriterien als getrennte Städte gegründet. Das Aufeinanderzubewegen und die gegenseitige Abstoßung der beiden Nachbarstädte, die auch noch für das 19. Jahrhundert charakteristisch waren, deutet Abeßer vor dem Hintergrund armenischer und russischer Kämpfe um Privilegien, Ressourcen und Zugänge zur Herrschaft.

Zwei Studien in diesem Themenheft befassen sich mit der Frage, wie politische, ökonomische und soziale Veränderungen im 19. Jahrhundert auf im 18. Jahrhundert gegründete Städte einwirkten. Mikhail Belan untersucht mit den Truppenrekrutierungen 1806/07 und 1812–14 zwei bedeutende Eingriffe des imperialen Zentrums in Kleinstädte in der St. Petersburger Provinz. Aus der Erfahrung der verzögerten und oft aktiv verhinderten Entsendung von Rekruten 1806 heraus, die oftmals die schwächsten Glieder in kleinstädtischen

¹¹ Jane Burbank/Mark von Hagen/Anatolyi Remnev (Hrsg.), *Russian Empire. Space, People, Power, 1700-1930*, Bloomington 2007, S. 16 und S. 22.

Gemeinschaften über Gebühr belastete, setzte der Staat einen Verrechtlichungsprozess in Gang, der reibungslosere Abläufe sowie größere Transparenz und Fairness dem Einzelnen gegenüber gewährleisten sollte. Boris Belge betrachtet in seinem Beitrag das 18. Jahrhundert bereits im Rückblick. Er untersucht, wie und zu welchem Zweck im 19. Jahrhundert der Gründungszeit der Stadt Odessa in den 1790ern gedacht wurde. In seiner Analyse von Erinnerungsschriften und stadtgeschichtlichen Darstellungen konstatiert er einen Bruch zur Mitte des 19. Jahrhunderts: Während die Erinnerung an die Stadtgründung in der ersten Jahrhunderthälfte von Stolz auf das Erreichte und Optimismus für die Zukunft geprägt war, brachten die immer neuen Krisen, mit denen sich die Stadt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts konfrontiert sah, einen Bedarf an Handlungswissen und schließlich auch an zunehmender nationaler Abgrenzung hervor.

Ricarda Vulpius nimmt in ihrem Abschlusskapitel schließlich alle untersuchten Städte noch einmal gemeinsam in den Blick. Sie zeigt auf, wie der imperiale Charakter des russländischen Staates seine Städte formte, und wie andererseits auch die Städte das Imperium prägten. Sie identifiziert die fließenden Grenzen und den Expansionsdrang des Reichs ebenso wie die Heterogenität von Gebieten und Bevölkerungsgruppen als zentrale Charakteristika eines Imperiums, die sich ganz besonders in den Städten niederschlugen. In diesem Sinne soll das Themenheft anregen, danach zu fragen, was im Russländischen Imperium des 18. Jahrhunderts nah und fern war. Dadurch richtet es den Fokus auf die politische, militärische, soziale und wirtschaftliche Strukturierung des Imperiums durch Städte und plädiert für einen scharfen Blick auf lokale, spontane und ungeplante Dynamiken.

Dieses Themenheft ist das Produkt einer gemeinsamen Unternehmung, die lange vor den aktuellen Ereignissen ihren Ausgang genommen hat. Wir bedanken uns bei den Autorinnen und Autoren für die gute Zusammenarbeit, die vor allem in zwei Workshops kulminierte, die 2020 und 2021 stattfanden und von den Universitäten Wien und Basel sowie dem Schweizerischen Nationalfonds freundlicherweise finanziell und logistisch unterstützt wurden. Besonderer Dank gebührt auch Christoph Augustynowicz, Martin Aust, Frithjof Benjamin Schenk, Ingrid Schierle und Ricarda Vulpius, die bei den beiden Workshops als Kommentatorinnen und Kommentatoren die Beiträge gelesen und besprochen haben und so ganz wesentlich zum Gelingen dieses Themenhefts beigetragen haben.

„Fremde Negocianten“ in St. Petersburg und Riga im 18. Jahrhundert als Herausforderung des russländischen Merkantilismus

After the foundation of St. Petersburg, Russia became part of the thriving global markets during the eighteenth century. While meeting the mercantilist aim of export surpluses, the goal of active participation in global markets with a Russian merchant fleet failed despite ongoing governmental efforts. In the northwestern port cities, most importantly Riga and St. Petersburg, this stark contrast between economic success and failure became most apparent. While both ports shared a common fate functionally with regard to foreign trade, they differed greatly in cultural and historical terms. Hence, this article argues that the different setting, notwithstanding the failure vis-à-vis the dominance of foreign merchants, was a common feature of trade in both cities.

1. Einleitung

„Die Deutschen werden uns niemals beibringen, wie wir achtsam leben und nichts umsonst ausgeben, sie lobpreisen nur das, wovon ein Vorteil für sie und nicht für uns abfällt. Sie bereichern nicht nur sich, sondern auch ihre Brüder mit allen möglichen Tricks, und uns stoßen sie immer weiter in die Armut“.¹

Der russische Kaufmann Ivan Posoškov berührte mit dieser Aussage von 1725 ein Grunddilemma der russländischen Außenhandelspolitik des 18. Jahrhunderts: Wie konnte Russland an dem expandierenden globalen Handel teilhaben, ohne in Abhängigkeit von ausländischen Kaufleuten zu geraten, die nicht nur finanziell der russländischen Konkurrenz überlegen waren, sondern auch über ein größeres handelspolitisches Wissen verfügten?

Mit dieser Situation stand Russland nicht allein da. Die ökonomischen Leitsätze, die später unter dem Begriff des Merkantilismus zusammengefasst wurden, verwiesen allgemein darauf, dass gleichzeitig ein globales Handelsnetzwerk entstand und sich die staatliche Wirtschafts- und Handelspolitik institutionalisierte.² Demnach galt es, die Staatseinnahmen zu erhöhen, indem durch

¹ Ivan T. Posoškov, *Kniga o skudosti i bogatstve i drugie sočinenija*. Red. i komentarii B. B. Kafengauza, Moskva 1951, S. 764.

² Der Merkantilismusbegriff wird hier im traditionellen (Eli Heckscher) und breiten (Lars Magnussen) Sinne gebraucht. Siehe: Eli F. Heckscher, *Mercantilism*, London 1935; Lars Magnussen, *The political economy of mercantilism*, London/New York 2015; Zur ak-

intensivierten Außenhandel Handelsbilanzüberschüsse erzielt wurden. Begleitet wurde diese frühneuzeitliche Expansion des Außenhandels durch die Entstehung global operierender Handelsnetzwerke, die wie die großen Handelskompanien meist halbstaatlich organisiert waren und in den großen Handelszentren, zunächst in Amsterdam und später in London, ansässig waren. Diese Netzwerke operierten zwar im Interesse ihrer Heimatstaaten, waren im kulturellen Sinne aber durchaus heterogen.³

Peter I. war vom handelspolitischen Erfolg insbesondere der Niederländer inspiriert, deren Praktiken er bereits auf seiner Großen Gesandtschaftsreise 1697/1698 kennengelernt hatte. Zu dieser war er aufgebrochen, um sich mit westeuropäischem Wissen vertraut zu machen. Er wollte Russland an diesem Erfolg teilhaben lassen, indem er sich von merkantilistischen Prinzipien leiten ließ. Die dem Merkantilismus inhärente Grundspannung zwischen globaler Vernetzung und staatlicher Kontrolle führte im Falle des Zarenreichs zum Problem der Kontrolle über den Außenhandel, wo ausländische und russländische Kaufleute aufeinandertrafen.⁴

Die sogenannten „fremden Negocianten“, international operierende Kaufleute, die im 18. Jahrhundert vor allem aus den Niederlanden und Großbritannien stammten, wurden primär und gemäß dem fiskalisch orientierten merkantilistischen Denken steuerrechtlich definiert. Doch spielten kulturelle Aspekte, wie schon das Zitat Posoškovs deutlich macht, auch eine Rolle. Sprachkompetenz war für die Teilhabe am Welthandel von entscheidender Bedeutung. Im für Russland strategisch wichtigen Ostseeraum befanden sich die Deutschbalten gegenüber russischen Kaufleuten im Vorteil, da sie an den hier niederdeutsch beziehungsweise niederländisch geführten Handel gewohnt waren und auch das Englische eher erlernten. Aus diesem Grunde stellten sie zwischen „fremden Negocianten“ und russischen Kaufleuten einen bemerkenswerten Sonderfall dar. Dies galt auch insofern, als bis 1781 eine Zollgrenze die Ostseeprovinzen vom Binnenmarkt Russlands trennte und die deutschbaltischen Kaufleute in dieser Hinsicht als Ausländer im Innern Russlands galten.⁵

Orte, an denen die ausländischen Kaufleute auf ihre russländischen Handelspartner trafen, waren die nordwestlichen Hafenstädte, zwischen denen un-

tuellen Debatte des Begriffs siehe: Moritz Isenmann (Hrsg.), Merkantilismus. Wiederaufnahme einer Debatte, Stuttgart 2014.

³ Perry Gauci, *The politics of trade. The overseas merchant in state and society, 1660 - 1720*, Oxford 2003.

⁴ Mit „russländischen Kaufleuten“ sind Untertanen des Russischen Reiches gemeint. „Russische Kaufleute“ hingegen bezeichnet im Folgenden russischsprachige Kaufleute.

⁵ Viktor N. Zacharov, *Zapadnoevropejskie kupcy v rossijskom torgovle XVIII veka*, Moskva 2005, S. 47.

geachtet ihrer funktionalen Ähnlichkeit große kulturelle Unterschiede bestanden. Die alte Hafenstadt Archangel'sk am Weißen Meer verlor durch die russländischen Eroberungen während des Großen Nordischen Krieges und die handelspolitischen Maßnahmen Peters I. an Bedeutung.⁶ An der Ostsee hingegen standen sich die neue Hafenstadt St. Petersburg und die alte, traditionelle Hanse- und Hafenstadt Riga als potenzielle Konkurrenten gegenüber.

Der wesentliche Unterschied zwischen Riga und St. Petersburg ist dabei offensichtlich: Während es sich bei Riga um eine schon 1201 gegründete alte Hansestadt mit jahrhundertealter Handelstradition handelte, war St. Petersburg eine erst 1703 erschaffene Neugründung. Diese avancierte zu einer frühneuzeitlichen Planstadt, die man eher mit New York (wegen des schnellen Wachstums als Hafenstadt) oder Karlsruhe (wegen des Residenzstadtcharakters) vergleichen könnte als mit Riga. Was die Topografie St. Petersburgs betrifft, so wird es allerdings eher mit seinem Vorbild Amsterdam oder Venedig verglichen, da Peter seine kanaldurchzogene Stadt in unwirtlicher Umgebung errichten ließ. Trotz des erschwerten Baus in sumpfiger Umgebung wuchs die Stadt unter Beteiligung einer Vielzahl ausländischer Architekten und Spezialisten sowie durch staatliche Zwangsmaßnahmen schnell zum politischen und kulturellen Zentrum des Russländischen Reiches heran, wo sich ab 1712 auch die zentralen Reichsbehörden befanden.⁷

Riga hingegen blickte zwar auf eine lange Handelstradition zurück, doch erlebte es während des Großen Nordischen Krieges mit dem Ende der schwedischen Herrschaft einen Wendepunkt. Während der Belagerung der Stadt 1709/10 war die Pest ausgebrochen, sodass die Einwohnerzahl bei der Übernahme durch die Russen 1710 auf einen Tiefpunkt von wenigen Tausend gesunken war.⁸ Da die politische Unterstützung fehlte, erholte sich die Stadt nur langsam. Somit hatte St. Petersburg Riga schnell überholt und wurde mit über 200 000 Einwohner*innen zum Ende des 18. Jahrhunderts zur größten Stadt im Ostseeraum, während in Riga zu diesem Zeitpunkt nur gut 20 000 Einwohner*innen lebten.⁹

⁶ Vgl. den Beitrag von Simon Dreher in diesem Heft.

⁷ Evgenij Anisimov, *Peterburg vremen Petra Velikogo*, Moskau 2011; Jan Kusber, *Kleine Geschichte St. Petersburgs*, Regensburg 2009.

⁸ Edgars Dunsdorfs, *Latvijas vēsture. 1710-1800*, Sundbyberg 1973, S. 275f.; Janis Zutis, *Ostzejniskij vopros v XVIII veke*, Riga 1946, S. 630; Teodors Zeids, *Feodālā Rīga*, Rīga 1978, S. 253. Zur Geschichte Rigas während des Großen Nordischen Krieges siehe auch: Kevin C. O'Connor, *The House of Hemp and Butter. A History of Old Riga*, Ithaca, NY 2019, S. 224-258.

⁹ Zur vergleichenden Perspektive auf die beiden Städte in der *longue durée* vgl. Klaus Meyer, *Riga und St. Petersburg. Zwei Ostseemetropolen im Vergleich*, in: Klaus Meyer/Dittmar Schorkowitz (Hrsg.), *Russland - vertraute Fremde. Neues und Bleibendes in histori-*

Trotz ihrer unterschiedlichen Größe, Geschichte und Charakters bietet sich ein Vergleich der beiden Städte jedoch mit Blick auf ihre handelspolitische Funktion als „Fenster nach Europa“ an – als Orte, an denen beim Aufeinandertreffen von „fremden Negocianten“ und russländischen Kaufleuten über die Position Russlands im Welthandel verhandelt wurde. Oder als Frage formuliert: Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen „fremden Negocianten“, einheimischen Kaufleuten und staatlicher Handelspolitik in den beiden wichtigsten russländischen Ostseehäfen?

Die Situation in Riga und St. Petersburg kann dabei durchaus als exemplarisch für die expandierenden europäischen Hafentstädte der Frühen Neuzeit gelten, denn dies waren jene Orte, an denen merkantilistische Handelspolitik mit international operierenden Kaufleuten zusammentraf und somit eine sowohl kulturelle als auch ökonomische Spannung erzeugt wurde.¹⁰ Entsprechend befanden sich beispielsweise die deutschen Kaufleute in London oder die portugiesischen Juden in Hamburg und Livorno in einer mit den „fremden Negocianten“ in Riga und St. Petersburg vergleichbaren Position.¹¹ Hier wie dort brachten die ausländischen Kaufleute nicht nur Waren und Wohlstand ins Land, sondern stellten für die örtlichen Kaufleute und die staatliche Handelspolitik eine ökonomische Konkurrenz und eine kulturelle Herausforderung dar. Das Thema liegt daher an der Schnittstelle zwischen älteren und jüngst wieder aufkommenden strukturgeschichtlichen Forschungsansätzen zu staatlicher beziehungsweise imperialer Handelspolitik einerseits¹² und eher akteurs-

scher Perspektive, Frankfurt am Main u.a. 2008, S. 265-281.

¹⁰ Vgl. Mary Lindemann, *The Merchant Republics*. Amsterdam, Antwerp, and Hamburg, 1648-1790, Cambridge 2017. Zur Spannung zwischen merkantilistischer Politik und lokaler Wirtschaftsinteressen am Beispiel Marseilles vgl. Junko Thérèse Takeda, *Between Crown and Commerce. Marseille and the Early Modern Mediterranean*, Baltimore/London 2011.

¹¹ Vgl. Margrit Schulte Beerbühl, *The Forgotten Majority. German Merchants in London, Naturalization, and Global Trade, 1660-1815*, New York 2015; Manuel Herrero Sánchez/Klemens Kaps (Hrsg.), *Merchants and Trade Networks in the Atlantic and the Mediterranean, 1550-1800. Connectors of Commercial Maritime Systems*, London/New York 2017; Francesca Trivellato, *The Familiarity of Strangers. The Sephardic Diaspora, Livorno, and Cross-cultural Trade in the Early Modern Period*, New Haven/London 2009; Jorun Poettering, *Migrating Merchants. Trade, Nation, and Religion in Seventeenth-century Hamburg and Portugal*, Berlin/Boston 2019.

¹² Beispiele für eine Renaissance der imperialen Perspektive auf die Handelspolitik unter Betonung der geografischen Bedingtheiten im Falle Russlands: Werner Scheltjens, *North Eurasian Trade in World History, 1660-1860. The Economic and Political Importance of the Baltic Sea*, London/New York 2022; Matthew P. Romaniello, *Enterprising Empires. Russia and Britain in Eighteenth-century Eurasia*, Cambridge u.a. 2019.

zentrierten Forschungen zu Kaufleuten und ihren Netzwerken in den Hafenstädten andererseits.¹³

2. Riga und St. Petersburg und ihre handelspolitische Rolle im Russländischen Reich

Was die Struktur des Handels betrifft, so zeichnete beide Städte ein ausgeprägter Exportüberschuss hauptsächlich agrarischer Produkte aus. In Riga dominierten Holzprodukte den Export, vor allem Masten. Daneben spielten Getreideexporte eine nicht unwesentliche Rolle – im Gegensatz zu St. Petersburg, das aufgrund der unwirtlichen Umgebung und der hohen Bevölkerungszahl erst spät Getreide exportieren konnte.¹⁴ St. Petersburg war als Exporthafen für Hanf, Leinen und Flachs bekannt, daneben wurde auch Eisen von dort ausgeführt. Beide Städte importierten vor allem Luxuswaren aus Westeuropa, wobei St. Petersburg aufgrund der größeren innerstädtischen Nachfrage deutlich größere Mengen konsumierte als Riga.

Mit Blick auf die Entwicklung des Handels kann verallgemeinert werden, dass zwar beide Städte im 18. Jahrhundert ein stetiges Wachstum des Handels zu verzeichnen hatten, die Entwicklung in Riga aber deutlich langsamer voranschritt.¹⁵ Schnell konnte St. Petersburg seinen Vorsprung ausbauen, was unter anderem an dem deutlich größeren Hinterland der Stadt lag, welches durch den von Peter I. angeregten Kanalbau bis ans Kaspische Meer und nach Sibirien erschlossen wurde.¹⁶ Trotz dieser Unterschiede profitierten sowohl Riga als auch St. Petersburg damit zum einen von der wachsenden Dynamik des Außenhandels und zum anderen von der in beiden Städten vorliegenden positiven Außenhandelsbilanz, was mit dem merkantilistischen Kalkül idealtypisch übereinstimmte.

¹³ Margrit Schulte Beerbühl/Jörg Vögele (Hrsg.), *Spinning the Commercial Web. International Trade, Merchants, and Commercial Cities, c. 1640 - 1939*, Frankfurt am Main u.a. 2004; Lisa Sturm-Lind, *Actors of Globalization. New York Merchants in the Global Trade, 1784-1812*, Leiden/Boston 2018; Thomas Leng, *Fellowship and Freedom. The Merchant Adventurers and the Restructuring of English Commerce, 1582-1700*, Oxford 2020.

¹⁴ Robert E. Jones, *Bread upon the Waters. The St. Petersburg Grain Trade and the Russian Economy, 1703-1811*, Pittsburgh 2013, S.63.

¹⁵ Zu der Zusammensetzung der Handelswaren und der statistischen Entwicklung in beiden Städten vgl. Heinrich von Storch, *Supplementband zum fünften, sechsten und siebenten Theil des Historisch-statistischen Gemäldes des Russischen Reichs*, Leipzig 1803, S. 1f., 10. Arcadius Kahan/Richard Hellie, *The Plow, the Hammer, and the Knout. An Economic History of Eighteenth-century Russia*, Chicago 1985, S. 164f., 244.

¹⁶ Ènessa G. Istomina, *Vodnyj transport Rossii v doreformennyj period*, Moskva 1991; Robert E. Jones, *Getting the Goods to St. Petersburg: Water Transport from the Interior 1703-1811*, in: *Slavic Review* 43, 1984, S. 413-433.

Allerdings gab es zwei markante Aspekte, die nicht mit merkantilistischen Vorstellungen in Einklang zu bringen waren. Trotz massiver Bemühungen, vor allem von Peter I., gelang es nicht, ausländische Produkte mit Hilfe der neu gegründeten Manufakturen zu ersetzen. Folglich exportierte Russland praktisch nur Agrarprodukte und importierte Fertigwaren.¹⁷ Trotz ebenfalls kontinuierlicher Anstrengungen gelang es Peter I. und seinen Nachfolger*innen auch nicht, den Außenhandel durch russländische Kaufleute unter russländischer Flagge durchzuführen. Englische, holländische und norddeutsche Kaufleute ließen sich nicht aus diesem lukrativen Geschäft vertreiben, was die Grenzen der russländischen Außenhandelspolitik deutlich aufzeigte. Da dies sowohl in Riga als auch in St. Petersburg misslang, stellt sich also die Frage, was die russländische Regierung tat, um den Handel in diesen beiden Städten unter die Kontrolle der einheimischen Kaufleute zu bringen – und warum ihren Maßnahmen der Erfolg versagt blieb.¹⁸

3. „Fremde Negocianten“ und einheimische Kaufleute in Riga

In Riga wollten die lokalen deutschbaltischen Kaufleute ihre althergebrachten und in der Kapitulationsurkunde von 1710 bestätigten Privilegien verteidigen,¹⁹ was ihnen bis zur neuen Handelsordnung von 1765 auch gelang.²⁰ Bedroht fühlten sie sich von drei Seiten: Erstens von der wachsenden Übermacht der holländischen und englischen Kaufleute, die den Handel auf der Ostsee zunehmend kontrollierten. Zweitens von der russländischen Zentralmacht, die den Markt in Riga auch russischen Kaufleuten öffnen wollte und darüber hinaus den Standort St. Petersburg gegenüber Riga begünstigte. Schließlich kam drittens noch eine Rigaer Besonderheit hinzu: die polnischen und jüdischen Handelspartner, die einen Großteil des Hinterlandes der Stadt kontrollierten und somit außerhalb der Reichweite russländischer Gesetzgebung agieren konnten. Das änderte sich erst durch die Teilungen Polen-Litauens zum Ende des Jahrhunderts.²¹ Die zollpolitische Bevorteilung St. Petersburgs durch die russländische Regierung bewirkte weniger eine intendierte Abwanderung der Handels-

¹⁷ Aleksandr Lappo-Danilevskij, *Russkija promyšlenija i torgovja kompanii v pervoj polovine XVIII stoletija*, St. Peterburg 1899.

¹⁸ Für einführende Überlegungen zur Frage eines russländischen Merkantilismus vgl. Leonid B. Šejnin, *Peterburg i rossijskij merkantilizm. Ėpokha Petra I*, Moskva 1997.

¹⁹ Udo Handrack, *Der Handel der Stadt Riga im 18. Jahrhundert*, Riga 1932, S. 14.

²⁰ Zur neuen Handelsordnung für Riga vgl. *Ustav o Rižskoj komercii - Der Stadt Riga Handelsordnung*, *Polnoe Sobranie Zakonov (PSZ)*, Nr. 12518, 07.12.1765.

²¹ So entstammten beispielsweise noch 1767 zwei Drittel der Exportwaren in Riga aus Polen-Litauen, vgl. Kahan/Hellie, S. 250.

ströme von Riga nach St. Petersburg, sondern vielmehr eine Umlenkung auf Königsberg und Danzig, die zusammen mit Riga um das polnisch-litauische Hinterland konkurrierten.²²

Mit Blick auf die Konkurrenz durch die „fremden Negocianten“, in Riga vor allem die Holländer, versuchten einige Rigaer Kaufleute, den Holländern auf der Ostsee Konkurrenz zu machen. Die Zahl der Rigaer Schiffe, die den Sund passierten, blieb jedoch niedrig und erreichte erst ab 1770 wieder einen zweistelligen Wert, gegenüber 750 Schiffen insgesamt, die zu dieser Zeit den Hafen von Riga ansteuerten.²³

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die russländische Zentralregierung hier nicht als Gegner auftrat, sondern im Gegenteil ganz im Sinne einer merkantilistischen Politik die eigenen – in diesem Fall die Rigaer – Kaufleute unterstützte. Das widerspricht zumindest dem in der deutschbaltischen Historiografie geprägten Bild einer Riga-feindlichen Zentralregierung. So schenkte Peter höchstpersönlich der Stadt Riga zwölf Handelsschiffe, die allerdings in kürzester Zeit entweder sanken oder nicht mehr rentabel waren und verkauft wurden, sodass weder die Eigeninitiative noch die staatliche Unterstützung zu nachhaltigen Erfolgen gegenüber den „fremden Negocianten“ führten.²⁴ Zarin Anna zahlte 1734 wiederum 100 000 Albertusthaler²⁵ in die in diesem Jahr gegründete „Handlungs-Cassa“, welche als erste Bank Rigas fungierte.²⁶ Doch auch diese Maßnahme konnte die Finanzschwäche der lokalen Kaufleute nicht nachhaltig beheben.²⁷ Zarin Elisabeth sicherte 1758 den Rigaer Kaufleuten Unterstützung im Kampf gegen polnische Kaufleute zu, die durch Mittelsmänner in Riga Zollgebühren umgingen und so den einheimischen Kaufleuten unredlich Konkurrenz machten.²⁸ Und Katharina II. ermöglichte durch staatliche finanzielle Unterstützung in den 1760er Jahren einen dringend benötigten Hafenausbau, der aus eigenen lokalen Mitteln nicht bezahlbar

²² „Oben erwähnte Erhöhung der Seezölle hat ferner ein neues clandestines Commercium von Toropez und anderen im smolenskischen Gouvernement liegenden Städten nach Königsberg und Danzig veranlasst“. Zitat aus Johann Gotthilf Vockerodt, *Russland unter Peter dem Grossen*. Nach d. handschriftl. Berichten Johann Gotthilf Vockerodt's u. Otto Pleyer's, Leipzig 1872, S. 67.

²³ Dunsdorfs, S. 448f.

²⁴ Ebd., S. 450f.

²⁵ Ursprünglich aus den spanischen Niederlanden stammende Währung, die den Ostseehandel der Frühen Neuzeit dominierte und in Riga bis zum Ende des 18. Jahrhunderts dominant blieb.

²⁶ Constantin Mettig, *Geschichte der Stadt Riga, mit Ansichten und Plänen, sowie Abbildungen im Text*, Riga 1897, S. 393.

²⁷ Handrack, S. 21f.

²⁸ Russländisches Historisches Staatsarchiv (RGIA), f.796, op. 39, d.77, l.2, Ob"javlenie (Verkündigung), 06.03.1758.

gewesen wäre.²⁹ Zusätzlich gewährte sie Rigaer Kaufleuten einen Kredit von 500 000 Albertusthalern, um sie aus der finanziellen Abhängigkeit von den holländischen und englischen Kaufleuten zu befreien.³⁰ Auch die durch die zollpolitische Förderung St. Petersburgs entstandene Abwanderung von Handelsströmen nach Königsberg, Memel und Danzig versuchte Katharina II. durch spezielle Zollerleichterungen für Kaufleute aus Polen-Litauen rückgängig zu machen.³¹

Ging es jedoch um Beschwerden der Rigaer Kaufleute über Kaufleute aus dem russischen Kernland, die den örtlichen Grundsatz „Gast, handle nicht mit Gast!“ missachteten und somit das Handelsmonopol der örtlichen Gilde umgehen wollten, so war die Parteinahme des Staates zugunsten der lokalen Kaufmannschaft schwächer ausgeprägt. Aus Petersburger Perspektive erwuchs aus der Konkurrenz zwischen russischen und deutschbaltischen Kaufleuten für den Staat kein Nachteil. Doch erst 1775 schaffte es Ivan Fatov aus Vjazma als erster russischer Kaufmann, in die Rigaer Kaufmannschaft aufgenommen zu werden.³² Ihm folgten bis zum Ende des Jahrhunderts noch über hundert weitere. Insbesondere während der sogenannten Statthalterschaftsepoche (1787-1797), als Katharina II. versuchte, Rigas Verwaltung an die russländische Stadtverwaltung anzugleichen, verloren die lokalen Kaufleute ihre Privilegien. Dies bedeutete einen tiefen Einschnitt in die lokale Handelspraxis, sodass der „deutsche Charakter“ Rigas angeblich schon damals verloren gegangen sei.³³ Stattdessen sei, wie ein deutschbaltischer Autor – Constantin Mettig – auf dem Höhepunkt der sogenannten Russifizierung Ende des 19. Jahrhunderts schrieb, „der rohe Pöbel“ in das Handelsleben der Stadt eingedrungen.³⁴

Allerdings war die Integration in den Gesamtstaat für die deutschsprachigen Kaufleute nicht nur negativ. Viele der großen Rigaer Kaufmannsfamilien wie Berens, Barlay de Tolly, Schwartz, Porten oder Sengbusch eröffneten Handeshäuser in St. Petersburg, um dort am Aufschwung teilzuhaben, was die Konkurrenzperspektive auf die beiden Städte relativiert.³⁵ Einige blieben auch dort und profitierten vom handelspolitischen Potenzial der Stadt, wie der Rigaer Kauf-

²⁹ Handrack, S. 12.

³⁰ Phillip H. Clendinning, The Anglo-Russian Trade Treaty of 1766. An Example of Eighteenth Century Power Group Interests, in: The Journal of European Economic History 19, 1990, S. 475-520, hier S. 505.

³¹ Ustav o Rižskoj komercii - Der Stadt Riga Handelsordnung.

³² Zeids, S. 273.

³³ Handrack, S. 12.

³⁴ Mettig, S. 403.

³⁵ Zur Geschichte der Familie Schwartz vgl. Arend Buchholtz, Geschichte der Rigaischen Familie Schwartz, Berlin 1921; allg. vgl. Zeids, S. 268-272.

mann Matthias Schiffner, der um 1750 zu den reichsten Bürgern St. Petersburgs zählte.³⁶

Die Expertise der Rigaer Kaufleute wurde in St. Petersburg gern gesehen. Beispielsweise übernahm St. Petersburg das System der Rigaer Bracke, also der Qualitätskontrolle von Exportwaren.³⁷ Auch der Plan von 1723, zwanzig russische Kaufmannsöhne nach Reval und Riga zu schicken, um sie dort das Handelsgewerbe erlernen zu lassen, zeugt von Rigas Vorbildfunktion für St. Petersburg.³⁸ Es ist daher nicht überraschend, dass deutschsprachige Kaufleute aus den Ostseeprovinzen oft als sogenannte Kommissionäre in St. Petersburg tätig waren, als Vertreter meist englischer Firmen in St. Petersburg, um den Handel mit dem Innern Russlands zu organisieren. Dabei konnten sie auf ähnliche Erfahrungen in holländischen Diensten von Riga aus zurückblicken.³⁹ Ihre Eigenschaft als russländische Staatsbürger und ihre Sprachkenntnisse machten sie zu idealen Vermittlern zwischen ausländischen Firmen und dem russländischen Markt.⁴⁰

Somit eröffneten sich den Rigaer Kaufleuten in St. Petersburg ganz neue Möglichkeiten, am Außenhandel teilzuhaben, auch wenn sie in Riga die Dominanz der holländischen Kaufleute nicht brechen konnten. Doch auch in der neuen Hauptstadt begann schon 1703 mit dem Eintreffen des holländischen Schiffes „Jungfrau Cornelia“ die lange Tradition ausländischer Handelskontakte.⁴¹

³⁶ Klaus Heller, Der wirtschaftliche Beitrag der Deutschbalten und der städtischen Rußlanddeutschen zur Modernisierung und Europäisierung Rußlands im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Boris Meissner/Alfred Eisfeld (Hrsg.), Der Beitrag der Deutschbalten und der städtischen Rußlanddeutschen zur Modernisierung und Europäisierung des Russischen Reiches im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Köln 1996, S. 77-94, hier S. 86.

³⁷ Christoph Friedrich Menke, Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Hansestädte zu Rußland im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Göttingen 1959, S. 36.

³⁸ O priležnom nabljudenii, čtoby Rossijskie tovary bolee na den'gi prodavaemy, o rasprostranienii torgovli s Francieju, Ispanieju i Portugallieju, o kitovom promysle ob učreždenii kompanii, o posylke v čužie kraj molodcz ljudej iz torgovago klassa dlja obučenija komerciu, Polnoe Sobranie Zakonov (PSZ), Nr. 4348, 08.11.1723.

³⁹ Elisabeth Harder-Gersdorff, Riga als Handelsmetropole des Ostseeraums in der Frühen Neuzeit (16.-18. Jahrhundert), in: Ilgvars Misāns/Horst Wernicke (Hrsg.), Riga und der Ostseeraum. Von der Gründung 1201 bis in die Frühe Neuzeit, Marburg 2005, S. 261-294, hier S. 275.

⁴⁰ Heinrich Friedrich von Storch, Historisch-statistisches Gemälde des russischen Reichs, Bd. 8, Riga 1803, S. 254f.

⁴¹ Petr N. Petrov, Istorija Sankt-Peterburga. s osnovanija goroda do vvedenija v dejstvie Vybornogo gorodskogo upravlenija po učreždenijam o gubernijach 1703-1782. Nachdruck von 1885, St. Petersburg 2004, S. 43.

4. „Fremde Negocianten“ und einheimische Kaufleute in St. Petersburg:

Peter I. hatte zunächst große Mühe, die russischen Kaufleute für seine neue Hafenstadt zu begeistern, sodass 1725 erst 162 russische Kaufleute gegenüber immerhin 180 ausländischen Kaufleuten in der Stadt gezählt wurden.⁴² Zur Mitte des Jahrhunderts waren es dann immerhin bereits zwischen 1500 und 2000 russische Kaufleute.⁴³

Im Außenhandel aktiv waren die Großkaufleute – die sogenannten Gosti, welche in der von Peter I. 1724 geschaffenen ersten Gilde aufgingen. Die zweite Gilde kontrollierte den Binnenhandel und die 1742 eingerichtete dritte Gilde den regionalen Kleinhandel. In der zweiten und dritten Gilde waren ausschließlich russländische Kaufleute zugelassen. Ausländische Kaufleute durften im Zarenreich keinen Einzelhandel und keinen Handel untereinander betreiben.⁴⁴ Außerdem war es ihnen mit Ausnahme der Engländer zwischen 1734 und 1746 nicht gestattet, am Binnenhandel und am attraktiven Transithandel vor allem mit Persien teilzunehmen.⁴⁵ Sie entwickelten jedoch pragmatische Lösungen, um dieses Verbot zu umgehen, indem sie die russländische Untertanenschaft annahmen, in der Regel aber über alte Netzwerke den Kontakt zu den im Außenhandel aktiven Verwandten oder Kollegen pflegten. Die Möglichkeit dazu wurde ihnen 1785 durch einen Ukas Katharinas II. erleichtert, welcher ausländischen Kaufleuten die Möglichkeit eröffnete, Mitglied der ersten russischen Gilde zu werden. Von dieser Maßnahme erhoffte sie sich eine aktivere Handelstätigkeit „russländischer“ Kaufleute im steuerrechtlichen Sinne. Ausdrücklich wurde den ausländischen Kaufleuten sogar das Wahlrecht für regionale Verwaltungsorgane und das Recht, sich in Muttersprache vor Gericht verteidigen zu können, gewährt.⁴⁶ So ist auch das signifikante Wachstum des Anteils russländischer Kaufleute am Außenhandel von 1787 durch die Privilegierung russländischer Kaufleute in diesem Jahr und die gleichzeitig eröffnete

⁴² Viktor Nikolaevič Zacharov, *Torgovlja zapadnoevropejskich kupcov v Rossii v konce XVII - pervvoj četverti XVIII v.*, in: *Istoričeskie Zapiski* 112, 1985, S. 177-214, hier S. 184.

⁴³ Lidija N. Semenova, *Byt i naselenie Sankt-Peterburga (XVIII vek)*. Moskva, Sankt-Peterburg 1998, S. 99.

⁴⁴ Anton Friedrich Büsching, *Neue Erdbeschreibung. Erster Theil, [Bd. 1] Theil, welcher Dänemark, Norwegen, Schweden, das ganze russische Reich, Preussen, Polen, Galizien und Lodomerien, Ungarn, Siebenbürgen, die europäische Turkey, und den Krimischen Staat, enthält*. 7. Aufl., Hamburg 1777, S. 663.

⁴⁵ Douglas Kugler Reading, *The Anglo-Russian Commercial Treaty of 1734*, Oxford 1939, S. 220; Boris Jul'evič Kagarlickij, *Periferijnaja imperija. Rossija i mirosistema*, Moskva 2003, S. 252.

⁴⁶ *Gramota na prava i vygody gorodam Rossijskoj Imperii. Polnoe Sobranie Zakonov (PSZ)*, Nr. 16187, 21.04.1785.

Wechselmöglichkeit von ausländischen Kaufleuten in die russische Gilde zu erklären.

Während 1786 erst 2,5 Millionen Rubel des Exports aus St. Petersburg durch russländische Kaufleute abgewickelt wurden, lag dieser Wert zwei Jahre später bei 10 Millionen. Umgekehrt sank der entsprechende Wert bei fast allen Gruppen von ausländischen Kaufleuten in dem gleichen Zeitraum.⁴⁷ Zur selben Zeit waren von 76 Großkaufleuten in St. Petersburg 73 ausländischer Herkunft, von denen ein Großteil zuvor ihre Staatsangehörigkeit gewechselt hatte.⁴⁸ Diese Fälle verdeutlichen, dass die Grenze zwischen „russländischem“ und „ausländischem“ Kaufmann außerordentlich fließend war und nicht zuletzt die bereits erwähnten Kaufleute aus den Ostseeprovinzen hierfür ein Beispiel waren.⁴⁹

Waren also eher die „fremden Negocianten“ erfolgreich damit, sich Zugang zu den russländischen Binnenmärkten zu verschaffen, so gelang es umgekehrt russländischen Kaufleuten nur in geringem Maße, selbst mit eigenen Schiffen ins westliche Europa zu fahren und dort zu handeln – und das, obwohl dieses Ziel sowohl die Handelspolitik Peters I. als auch die seiner Nachfolger*innen bestimmte. Der preußische Gesandte am Petersburger Hof, Johann Gotthilf Vockerodt, beobachtete, dass Peter I. „die Seehandlung, wovon sich die fremden Nationes in seinem Lande Meister gemacht, denselben aus den Händen spielen, und seine Russen encouragiren möchte, ihre Waaren in ihren eigenen Schiffen nach auswärtigen Ländern zu verführen. ... Sein Hauptaugenmerk bei dem Commerzwesen ist inzwischen beständig gewesen, aus seinen Unterthanen rechte Kaufleute zu machen, und sie dahin zu bringen, dass sie ihre Waaren nicht durch den Canal anderer seefahrenden Nationen, sondern vor eigene Rechnung, und mit eigenen Schiffsgefäßen verführen, und in auswärtigen Ländern debitieren möchten“.⁵⁰

Und auch in der zweiten Jahrhunderthälfte, unter Katharina II., kam man im Kommerzkollegium zu einem ganz ähnlichen Urteil: „Russland ist reich, aber es betreibt noch immer nicht seinen eigenen Kommerz, denn der Verkauf der hierher gebrachten Waren durch Ausländer und der Einkauf der hierher transportierten russischen Waren durch sie dient nicht dem russischen Kommerz.

⁴⁷ Semenova, S. 100.

⁴⁸ Beispiele dieser Art sind in den Akten der Hafenzollbehörde St. Petersburgs festgehalten, wie vom Lübecker Kaufmann Karl Hinrich Riedel oder dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Kimmel' (Kümmel?), die beide zu „russländischen“ Kaufleuten wurden, vgl. Peter Hoffmann, Sankt Petersburg – Stadt und Hafen im 18. Jahrhundert, Berlin 2003, S. 114f.; Boris Nikolaevič Mironov, K voprosu o roli russkogo kupečestva vo vnešnej torgovle Peterburga i Archangel'ska vo vtoroj polovine XVIII - načale XIX veka, in: Istorija SSSR, 1973, S. 129-140, hier S. 132f.

⁴⁹ Zacharov, Zapadnoevropejskie kupcy v rossijskom torgovle XVIII veka, S. 47.

⁵⁰ Vockerodt, S. 73, 77.

Denn sie werden hierhergebracht und verkauft nicht auf russischer, sondern auf ausländischer Rechnung, und in folgedessen verdienen daran nicht die Russen, sondern die Ausländer“.⁵¹

In dieser Logik wiederholten sich die Versuche, auch in St. Petersburg die russländischen Kaufleute am Außenhandel partizipieren zu lassen. Ähnlich wie bei den geschenkten Schiffen an Riga hatte Peter auch versucht, Kaufleute mit bewaffneten Schiffen von St. Petersburg nach Südeuropa zu schicken, um dort russländische Waren zu verkaufen. Doch handelte es sich dabei um einmalige Unternehmungen.⁵² Auch der Bau eigener Schiffe und die Bemannung durch russische Besatzungen gelang während des ganzen Jahrhunderts trotz mehrmaliger Bestrebungen nicht.⁵³ Ähnlich wie in Riga missglückten auch in St. Petersburg in der Regel Versuche russischer Kaufleute, mit eigenen Schiffen Handel mit Westeuropa zu betreiben – selbst als Anna 1731 die schon von Peter 1724 eingeführten Zollvergünstigungen für russländische Schiffe erweitern ließ.⁵⁴ Der preußische Gesandte Vockerodt bemerkte dazu im Jahre 1738: „Ob auch wohl unter seinen Nachfolgern, in specie unter der jetzigen Regierung [Anna, T.P.], einige Russen es gewaget, mit eigenen Schiffen zu handeln, so sind doch durch ein unbegreifliches Verhängnis fast alle ihre Schiffe, eines nach dem andern, und zwar die meisten im Gesichte von Cronstadt, verunglückt, so dass auch dieses Concept völlig zu Wasser worden, und die russische Handlung, in Ansehung der Seefahrt, noch beständig auf eben demselben Fuss stehet, wie es vor Alters gewesen ist“.⁵⁵

Erst in der zweiten Jahrhunderthälfte verstärkte sich die Präsenz unter russländischer Flagge segelnder Schiffe auf der Ostsee, sodass im Jahre 1774 Michail Čulkov immerhin 153 Schiffe in St. Petersburg zählte, die formal in russländischem Besitz waren.⁵⁶ Doch handelte es sich dabei überwiegend um recht kleine Schiffe, die nur im näheren Küstenbereich auf dem Finnischen

⁵¹ Institut des St. Petersburger Historischen Instituts der Akademie der Wissenschaften (ASPBIIRAN), ASPBIIRAN-F.36-Op.1-D.546-Bl.63, *Donošenje* 1789.

⁵² Nikolaj N. Repin, *Torgovlja Rossii s evropejskimi stranami na otečestvennych sudach*. (konec XVII - seredina 60-ch godov XVIII v., in: *Istoričeskie Zapiski* 112, 1985, S. 141-176, hier S. 144f.

⁵³ V. P. Puzyrev u.a., *Pod flagom Rossii. Istorija zaroždenija i razvitija morskogo torgovogo flota*, Moskva 1995, S. 86.

⁵⁴ *Morskoj pošlinoj reglament ili ustav*. *Polnoe Sobranie Zakonov (PSZ)*, Nr. 5733, 31.03.1731.

⁵⁵ Vockerodt, S. 78.

⁵⁶ Michail D. Čulkov, *Istoričeskoe opisanie rossijskoj kommercii pri vsech portach i graničach ot drevnich vremjan do nyne nastojaščago. i vsech preimuščestvennych uzakonenij po onoj gosudarja imp. Petra Velikago i nyne blagopolučno carstvujuščej gosudaryni imp. Ekateriny Velikija*. (Band 4, Teil 5), Moskva 1786, S. 627.

Meerbusen unterwegs waren und nur selten Mittel- oder Südeuropa erreichten.⁵⁷ Außerdem variierten die Zahlen zwischen den Jahren teilweise in recht erheblichem Maße. Beispielsweise zählte der Petersburger Zoll im Jahre 1779 nur 65 russländische Schiffe in St. Petersburg.⁵⁸ Im gleichen Jahr besuchten den Hafen allerdings insgesamt 705 Schiffe, was die Übermacht der ausländischen Schiffe auch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts recht deutlich werden lässt.⁵⁹ In ähnlicher Größenordnung waren ein Jahr später in St. Petersburg 555 Schiffe gemeldet, von denen aber nur 18 unter russländischer Flagge segelten.⁶⁰ Zum Ende des Jahrhunderts erhöhte sich der Anteil der russländischen Kaufleute am Außenhandel auf fünf bis sieben Prozent, doch sei noch mal daran erinnert, dass 1786/87 viele ausländische Kaufleute die russländische Untertanenschaft annahmen, um im Binnenhandel aktiv sein zu können.⁶¹ Das bewirkte zwar kurzzeitig den von staatlicher Seite erwünschten Effekt der Versteuerung ausländischer Handelstätigkeiten in St. Petersburg, veränderte aber nicht nachhaltig die Sozialstruktur der russischen Kaufleute in der Hauptstadt und deren Abhängigkeit von ausländischer Expertise und Kapital.

Schließlich bleibt auch für St. Petersburg zu konstatieren, dass das Ziel der Erhöhung des Anteils russländischer Kaufleute am Außenhandel mit unterschiedlichen Methoden verfolgt wurde, dabei aber nur geringe Teilerfolge erzielt wurden. Denn der Anteil des russländischen Außenhandels erhöhte sich zwar in bescheidenem Ausmaß, aber darunter waren viele ausländische Kaufleute, denen es immer wieder gelang, sich dem russländischen Fiskus zu entziehen, und die eine nachhaltige Etablierung einer erfolgreichen russländischen Kaufmannschaft in St. Petersburg eher behinderten.⁶²

5. Fazit

Während die lokalen Kaufleute in Riga von der russländischen Handelspolitik zwar gegenüber den „fremden Negocianten“ unterstützt wurden, sahen sie sich gegenüber dem Hafenstandort St. Petersburg benachteiligt und außerdem zunehmend bedroht von russischen Kaufleuten, die sich an dem Geschäft in Riga beteiligen wollten. Auf der anderen Seite eröffnete sich ihnen die Möglichkeit, selbst nach St. Petersburg zu gehen und dort von dem schnellen Wachs-

⁵⁷ Repin, S. 148.

⁵⁸ ASPBIIIRAN-F.36-Op.1-D.556-Bl.452-455, Vedomost' Peterburgskoj tamožni, 05.05.1779.

⁵⁹ V. I. Pokrovskij, Značenie S.-Peterburga vo vnešnej torgovle Rossii, St. Petersburg 1899, S. 44.

⁶⁰ Puzyrev u.a., S. 58.

⁶¹ Repin, S. 161; Mironov, S. 131f.

⁶² Hoffmann, S. 114f.

tum der Handelsgeschäfte zu profitieren, vor allem als Kommissionäre zwischen den auch hier dominierenden „fremden Negocianten“ und dem russländischen Binnenhandel.

Mit ihrer Anwesenheit in St. Petersburg trugen sie selbst mit dazu bei, dass eine Unterscheidung zwischen „ausländischen“ und „russländischen“ Kaufleuten letztlich schwer zu treffen war, sodass die oben genannten statistischen Angaben nur Näherungswerte sein können. Das merkantilistische Ziel der Kontrolle des Außenhandels durch einheimische Kaufleute blieb jedoch das ganze Jahrhundert auf der Tagesordnung und konnte weder in Riga noch in St. Petersburg im Interesse des russländischen Staates gelöst werden. Dieser Misserfolg steht im starken Kontrast zu der ansonsten außerordentlich erfolgreichen Handelspolitik Russlands in Riga und vor allem in St. Petersburg, wo die Handelsmenge stetig wuchs und durchgehend von einer klar positiven Handelsbilanz geprägt war.

Damit war die Situation hinsichtlich der Rolle der „fremden Negocianten“ in den beiden Ostseehafenstädten Russlands exemplarisch für das grundsätzliche Problem Russlands beim Eintritt in den lukrativen Welthandel zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Zwar war die Teilnahme am Handel profitabel und füllte im Sinne des Merkantilismus die Staatskasse, doch verhinderte die Dominanz der ausländischen Kaufleute die soziale Entwicklung im Innern, was langfristig die unterlegene Position der russländischen Kaufleute zementierte. Somit hatte die Klage Posoškovs ihre Berechtigung: Die Übernahme westlicher Lehrsätze in Russland diente vor allem den westlichen Handelspartnern und kurzfristig der Staatskasse, nicht aber den russländischen Kaufleuten und damit langfristig auch nicht der russländischen Gesellschaft.⁶³

⁶³ Dieser Befund berührt somit Tendenzen der neueren Forschung, die sich mit dem ökonomischen Scheitern von Kaufleuten befasst, wie u.a. die Analyse des Misserfolgs deutscher Kaufleute in Venedig von Magnus Ressel in: Albrecht Cordes/Margrit Schulte Beerbühl (Hrsg.), *Dealing with Economic Failure. Between Norm and Practice (15th to 21st century)*, New York 2016, S.115-138.

Abgehängt? Die Ausländergemeinden in der Hafenstadt Archangel'sk unter dem Eindruck der Handelsrestriktionen von 1721-1762

In the first half of the 18th century, the Russian government issued several decrees restricting foreign trade via the harbor town Arkhangelsk on the White Sea. The restrictions, which existed for about four decades, were primarily implemented to centralize the trade in St. Petersburg and to motivate foreign traders to resettle from Arkhangelsk to the capital. While the authorities supported local trade in the North and invested in ship production at the Solombala peninsula nearby Arkhangelsk, the foreigners who remained in Arkhangelsk faced an economic crisis without governmental help. Their strategies to overcome these difficulties focused on support from local and external merchants and trade companies. However, these strategies turned out to be effective only after the trade restrictions were lifted in 1762.

1. Einleitung

Im Schatten zur Schaffung neuer Verwaltungs- und Wirtschaftszentren neugegründeter oder umgestalteter Städte bleiben oft diejenigen Orte zurück, denen in diesem Prozess die politische und wirtschaftliche Bedeutung entzogen wurde.¹ So musste im Russländischen Reich im frühen 18. Jahrhundert die bisherige Residenzstadt Moskau gegenüber dem 1703 gegründeten St. Petersburg zurücktreten. Während sich Moskau wirtschaftlich und demografisch auch in der Folgezeit behaupten konnte², war Archangel'sk an der Mündung des Flusses Dwina ins Weiße Meer eine eindeutige Verliererin dieses staatlichen Eingriffs. Auf Befehl Peters I. wurden in den 1720er Jahren erhöhte Zolltarife sowie Im- und Exportbeschränkungen implementiert, die auf die Umsiedlung russländischer und ausländischer Fernhändler aus Archangel'sk (und anderen Städten) nach St. Petersburg abzielten und Archangel'sk als Konkurrenz zur Hauptstadt ausschalten sollten. Insbesondere die verbliebenen ausländischen Bewohner*in-

¹ Vgl. z. B. die Hafenstadt Venedig unter der nach den Napoleonischen Kriegen einsetzenden habsburgischen Herrschaft, die auf den Ausbau der konkurrierenden Stadt Triest setzte, David Laven, *Venice and Venetia under the Habsburgs, 1815-1835*, New York 2002, S. 95-103.

² Vgl. Alexander M. Martin, *Enlightened Metropolis. Constructing Imperial Moscow, 1762-1855*, Oxford 2013, S. 3-5.

nen litten unter den Folgen der Handelsrestriktionen, die in den folgenden Jahrzehnten nur allmählich gelockert wurden, bevor sie 1762 mit der erneuten Zulassung unbeschränkten Fernhandels über das Weiße Meer endeten.

Im Gegensatz zur Geschichte des Aufstiegs von Städten hat die Forschung jenen Städten, die angesichts dieser neuen Zentren einen Niedergang erlebten, nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet.³ Auch in der Forschung zu Archangel'sk wurde den Jahrzehnten nach dem Ende des Nordischen Krieges 1721 bis zum allmählichen Wiederaufleben des Fernhandels ab den 1760er Jahren bisher wenig Beachtung geschenkt.⁴ So hat bereits der erste Historiker der Stadt, Vasilij Krestinin (1729–1795), der diese Zeit miterlebt hat, sich in seinen Schriften zur Geschichte der Stadt auf die Zeit Peters I. konzentriert und zu den darauffolgenden Jahrzehnten vornehmlich über personelle Angelegenheiten der lokalen Stadtpolitik berichtet.⁵ Abgesehen von einigen handelsgeschichtlichen Arbeiten⁶ wurden in den bis heute erschienenen Studien zur Stadtgeschichte die Jahrzehnte von 1721 bis 1762 in wenigen Sätzen abgehandelt oder ganz über-

³ Vgl. etwa das Beispiel der hessischen Stadt Marburg, die nach einem innerdynastischen Konflikt während des Dreißigjährigen Krieges in das Haus Hessen-Kassel eingegliedert worden war und daraufhin an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung verlor. Auch hier hat die stadtgeschichtliche Forschung die Jahrzehnte des Abschwungs in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts weitgehend übergangen. Vgl. Gerald L. Soliday, Marburg in Upper Hesse. A Research Report, in: *Journal of Family History* H. 2/1977, S. 164–168, hier S. 167. Soliday hat sich seitdem in einigen Aufsätzen auch diesem Zeitraum gewidmet, siehe u.a.: Ders., Die Marburger Juden in der Frühen Neuzeit (1640–1800). Eine Fallstudie in Familien- und Haushaltsorganisation, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 58, 2008, S. 1–27.

⁴ Das geringe Interesse an den Jahrzehnten des Abschwungs ist einerseits auf fehlende Quellen und andererseits auf die verlorene wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung des Hafens zurückzuführen. Vgl. Nikolaj N. Repin, Ot diskriminacii k fritrederstvu. Pravitel'stvennaja reglamentacija torgovli čerez Archangel'sk v 20–60-e gody XVIII v. i ee rezul'tat, in: Ju. N. Bepjatych (Hrsg.), *Archangel'sk v XVIII veke*, Sankt-Peterburg 1997, S. 228–257, hier S. 228.

⁵ Vasilij V. Krestinin, *Kratkaja istorija o gorode Archangel'skom*, Sankt-Peterburg 1792; Ders., *Istoričeskij opyt' o vnešnej torgovle gosudarja imperatora, Petra Velikago, ot 1693 goda po 1719 god*, in: *Mesjaslov istoričeskoj na 1795 god*, Sankt-Peterburg [1795], S. 1–111.

⁶ Stepan F. Ogorodnikov, *Istorija Archangel'skago Porta*, Sankt-Peterburg 1875; Ders., *Očerk Istorii goroda Archangel'ska v torgovo-promyšlennom otnošenii*, Sankt-Peterburg 1890; Nikolaj N. Repin, *Torgovye svjazi Archangel'ska v nacale 40-ch godov XVIII veka (po materialam tamožennych dokumentov)*, in: *Problemy istoričeskoj geografii Rossii*, vyp. 2: *Formirovanie ekonomičeskich rajonov Rossii*, Moskva 1982, S. 51–62; Ders., *Ot diskriminacii*; Jan Willem Veluwenkamp, *Archangel. Nederlandse ondernemers in Rusland 1550–1785*, Amsterdam 2000; Vladimir N. Zacharov, *Inostrannye kupcy v Archangel'ske pri Petre I*, in: Bepjatych, S. 181–209; Ders., *Zapadnoevropejskie kupcy v rossijskoj torgovle XVIII veka*, Moskva 2005.

gangen.⁷ Zu den Folgen der Handelsrestriktionen für die Stadt und ihre Bewohner*innen liegen daher nur sehr lückenhafte Informationen vor. Besonders gilt dies für das Zuwandererviertel (*Nemeckaja sloboda*) und die beiden protestantischen Gemeinden. Neben älteren religionsgeschichtlichen Darstellungen⁸ existieren nur vereinzelte Aufsätze zu den ausländischen Bewohner*innen in Archangel'sk, die auch die Zeit der Handelsrestriktionen in den Blick nehmen.⁹

Am Beispiel von Archangel'sk untersucht dieser Beitrag eine bislang kaum beachtete Abstiegsphase eines ehemaligen ökonomischen Zentrums und jenes Teils der Stadtbevölkerung, der vormals maßgeblich am wirtschaftlichen Erfolg der Stadt beteiligt gewesen war. Vor dem Hintergrund eines durch staatliche Eingriffe bewirkten Abschwungs der Stadt stellt sich die Frage, welche Maßnahmen ihre Bewohner*innen ergriffen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken oder sich an die geänderten Lebensumstände anzupassen. Der ausländischen Bewohnerschaft kommt dabei eine besondere Relevanz zu. Der durch ausländische Handelshäuser bestimmte Fernhandel war nicht nur Motivation für die Gründung Archangel'sks im Jahre 1584 und ihren kontinuierlichen Ausbau im Laufe des 17. und frühen 18. Jahrhunderts gewesen, sondern hatte auch maßgeblich zur Wirtschaftskraft der Stadt beigetragen, sodass die Restriktionen einen raschen ökonomischen und demografischen Abschwung von Stadt und Ausländergemeinden zur Folge hatten. Städtische und staatliche Maßnahmen im zweiten Quartal des 18. Jahrhunderts zielten auf den Ausbau anderer Wirtschaftszweige und die Stärkung des regionalen Handels ab, während die verbliebenen ausländischen Bewohner*innen eigene Wege zur Krisenbewältigung einschlugen.

⁷ A. N. Popov, *Gorod Archangel'sk. Istorija, Kul'tura, Ekonomika. Kratkij kraevedčeskij ocerk s priloženiem plana*, Archangel'sk 1928, S. 7.

⁸ Joachim C. Grot, *Bemerkungen über die Religionsfreyheit der Ausländer im Rußischen Reiche [...]*, St. Petersburg/Leipzig 1797; Jacobus Gargon, *Historisch Berigt aangaande de Hollandsche Gereformeerde Kerken in Rusland*, in: N. C. Kist/H. J. Royaards (Hrsg.), *Nieuw Archief voor Kerkelijke Geschiedenis inzonderheid van Nederland*, I. deel, Schiedam 1852, S. 1-83; Hermann Dalton, *Geschichte der reformierten Kirche in Russland*, Gotha 1865; Ders., *Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in Rußland*, 4 Bde., Gotha/Berlin 1887-1905.

⁹ Arnol'd P. Pec, *Nemeckaja sloboda v Archangel'ske*, in: *Nemcy v Rossii. Ljudi i Sud'by*, Sankt-Petersburg 1998, S. 19-28; Jan Willem Veluwenkamp, *De Nederlandse Gereformeerde Gemeente te Archangel in de achttiende eeuw*, in: *Nederlands archief voor kerkgeschiedenis/Dutch Review of Church History* 73:1, 1993, S. 31-67; Ders., *Potecha v Nemeckoj slobode. Gollandskij archangelogorodec Chendrik van Ever i ego okruženie v pervoj polovine XVIII v.*, in: Jurij N. Bespjatnych (red.), *Russkij Sever i Zapadnaja Evropa*, Sankt-Petersburg 1999, S. 341-359.

2. Archangel'sk unter dem Eindruck der Stadtgründung St. Petersburgs

Über weite Teile des 17. Jahrhunderts war der Hafen von Archangel'sk die wichtigste Fernhandelsverbindung des Moskauer Staates mit Partnern in London, Amsterdam und den norddeutschen Städten. Während Schiffe europäischer Handelskompanien mit den vom russländischen Imperium importierten Waren wie Textilien, Metallen und Waffen im Hafen vor Anker lagen, brachten Kaufleute aus Moskau und aus nordrussischen Regionen Getreide, Leder, Felle und andere Waren für den Export nach Archangel'sk.¹⁰ Im am Flussufer der Dwina gelegenen Handelshof wurde im Sommer Handel getrieben und vor Auslaufen der Schiffe ein sechswöchiger Jahrmarkt abgehalten.

Dank zarischer Privilegien für die ausländischen Fernhändler konnte die Stadt ihre wirtschaftliche Bedeutung trotz der Beschränkung des Fernhandels auf die eisfreien Sommermonate bis ins frühe 18. Jahrhundert gegen die Konkurrenz baltischer Städte wie Narva behaupten. Für die staatliche Begünstigung war der Einfluss der ausländischen Kaufleute entscheidend, auf deren Schiffe der Moskauer Staat in Ermangelung einer eigenen Handelsflotte angewiesen war. Die ausländischen Fernhändler bevorzugten die um Skandinavien herumführende Route, da sie so Zölle und Mittelsmänner umgehen konnten. Ihre in Archangel'sk und anderen Städten ansässigen Handelsagenten waren durch Privilegien wie Steuerfreiheit gegenüber den moskowitischen Kaufleuten im Vorteil.¹¹

Trotz eines schwedischen Angriffes 1701 erlebte die Stadt Archangel'sk, die 1708 zur Gouvernementshauptstadt bestimmt wurde, zur Zeit des Großen Nordischen Krieges (1700-1721) eine wirtschaftliche Hochphase. Ihr Höhepunkt waren die Jahre zwischen 1720 und 1722. Zu diesem Zeitpunkt hatte Peter I. den Abzug des ausländischen Handels aus Archangel'sk mit Exportverboten (zum Beispiel 1713 auf Hanf und Leder) und einer 1717 verkündeten Exportquote, nach der zwei Drittel aller Exporte über St. Petersburg zu führen seien, bereits vorangetrieben. Zwar wurden die Beschlüsse kurze Zeit später entschärft, als viele der Waren in St. Petersburg nicht verkauft werden konnten.¹² Nach der Bestimmung St. Petersburgs zur Hauptstadt 1712 und dem Frieden von Nystad 1721 wurden jedoch die Einwände der Kaufleute hinfällig, die auf

¹⁰ Vgl. Jarmo T. Kotilaine, *Russia's Foreign Trade and Economic Expansion in the Seventeenth Century*. *Windows on the World*, Leiden/Boston 2005, S. 234-293.

¹¹ Vgl. ebd., S. 279f.

¹² Vgl. Janet Hartley, *War and the Merchants. The Great Northern War (1700-21)*, in: Roger Bartlett/Gabriela Lehmann-Carli (Hrsg.), *Eighteenth-Century Russia. Society, Culture, Economy*, Wittenberg 2004, S. 485-497, hier S. 493f.; Zacharov, *Zapadnoevropejskie kupcy*, S. 50, 252.

einer auf Moskau gerichteten Wirtschaft und den durch den Nordischen Krieg unsicher gewordenen Ostseehandelsrouten gründeten.¹³

Bereits 1721 nahm Peter einen neuen Anlauf, den überwiegenden Teil des Fernhandels nach St. Petersburg zu ziehen, und beschränkte den Export über Archangel'sk auf Waren aus Gebieten nördlich von Wologda.¹⁴ Im Folgejahr wurde der Import von Waren auf den Eigenbedarf der Bevölkerung Archangel'sks begrenzt¹⁵ und ab 1724 Exportgenehmigungen nur für Bewohner*innen der Region ausgestellt.¹⁶ Die Zolltarife von 1724 und 1731 kehrten schließlich die frühere Privilegierung ausländischer Kaufleute in ihr Gegenteil um.¹⁷ Neben einem 1724 beschlossenen und 1731 zurückgenommenen Zoll von 25 % auf über Archangel'sk importierte Waren wurde 1727 der Binnenzoll auf Waren aus St. Petersburg auf 3 % gesenkt und der auf Waren aus Archangel'sk gleichzeitig auf 7 % erhöht.¹⁸ Damit wurde Archangel'sk vom ausländischen Fernhandel faktisch ausgeschlossen und die Umsiedlung der meisten der bislang verbliebenen Kaufleute bewirkt.

Vor allem die englischen Kaufleute siedelten in den 1720er und 1730er Jahren nach St. Petersburg um. Ein Teil der niederländischen und hamburgischen Kaufmannschaft hingegen blieb zurück und betrieb weiterhin Handel über Archangel'sk und entlang der nördlichen Dwina nach Moskau.¹⁹ Vielleicht war es die Möglichkeit eines Scheiterns St. Petersburgs, die einige ausländische Handelshäuser veranlasste, auf eine fortwährende Präsenz ihrer Handelsvertreter in Archangel'sk zu setzen. Mit Petitionen an die Regierung erreichten die Kaufleute eine geringfügige Lockerung der Handelsbeschränkungen – so wurde etwa der Export von Getreide 1727 wieder genehmigt.²⁰

¹³ Vgl. die Kritik russländischer und ausländischer Fernhändler an Peters Handelspolitik bei: Friedrich Christian Weber, *Das veränderte Rußland [...]*, Frankfurt am Main 1721, S. 117. Vgl. auch Martin, S. 4f.

¹⁴ Vgl. PSZ-1 (*Polnoe sobranie zakonov Rossijskoj imperii*, Sam. 1, St. Petersburg 1830), Bd. 6, Nr. 3860.

¹⁵ Vgl. ebd., Nr. 3930.

¹⁶ Vgl. ebd., Bd. 7, Nr. 4466; Repin, *Ot diskriminacii*, S. 231-232; Zacharov, *Zapadnoevropejskie kupcy*, S. 251.

¹⁷ Vgl. Erik Amburger, *Deutsche in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Rußlands. Die Familie Amburger in St. Petersburg 1770-1920*, Wiesbaden 1986, S. 99.

¹⁸ Vgl. Zacharov, *Zapadnoevropejskie kupcy*, S. 251.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. ebd.

3. Der Bedeutungsverlust als Handelsstadt in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Vereinzelte Zugeständnisse konnten den Fernhandel in den folgenden Jahrzehnten nur geringfügig wiederbeleben. Ohne die staatliche Begünstigung, die der Handel über das Weiße Meer im 17. Jahrhundert erfahren hatte, konnte Archangel'sk nicht mit den baltischen Häfen und der Hauptstadt konkurrieren. Der Bedeutungsverlust als Handelsstadt wird anhand der verringerten Zahl einlaufender Schiffe, des Rückgangs des Warenumsatzes aus Im- und Export sowie der sinkenden Anzahl ansässiger ausländischer Kaufleute und der von ausländischen Fernhändlern gemieteten Plätze in den nördlichen Kammern des Handelshofs, der trotz kleinerer Renovierungen zunehmend baufällig wurde,²¹ deutlich.

Tab. 1: Schiffsverkehr und Handel in Archangel'sk 1700-1770

Zeitraum	Einlaufende Schiffe p.A. ²²	Umsatz in Rubel p.A. ²³	Ausl. Kaufleute p.A. ²⁴	Belegte Plätze im Handelshof p.A. ²⁵
1700er	145,5 (1700-1721)			
1710er		1,43 Mio. (1710)	83 (1719)	116 (1710)
1720er	60 (1722) 19 (1725) 36 (1726-1730)	2,40 Mio. (1720) 0,42 Mio. (1724-1725)		67 (1724)
1730er		0,51 Mio. (1724-1761)	47 (1732)	45 (1732)
1740er	52 (1742)		29 (1741)	
1750er	62 (1754)			
1760er	43 (1761-1763) 69 (1769)	0,98 Mio. (1762-1763)		
1770er	203 (1772)	2,04 Mio. (1772)		

²¹ Vgl. Ljudmila D. Popova, Archangel'sk. Očerki istorii stroitel'stva. Konec XVI – načalo XX vv., Archangel'sk 1994, S. 58.

²² Vgl. Ogorodnikov, Očerki, S. 144; Büschings Magazin für die neue Historie und Geographie H. 3/1769, S. 343.

²³ Vgl. Repin, Ot diskriminacii, S. 239-240; Zacharov, Zapadnoevropejskie kupcy, S. 252, 560.

²⁴ Vgl. ebd., S. 252, 255; Jan Willem Veluwenkamp, The Purchase and Export of Russian Commodities in 1741 by Dutch Merchants Established at Archangel, in: C. Lesger/L. Noordegraaf (Hrsg.), Entrepreneurs and Entrepreneurship in Early Modern Times. Merchants and Industrialists within the Orbit of the Dutch Staple Market, Den Haag 1995, S. 85-100, hier S. 92.

²⁵ Im nördlichen, für ausländische Kaufleute bestimmten Flügel, der insgesamt 118 Kammern umfasste. Vgl. ebd.

Tab. 2: Handelshöfe und Bevölkerung in Archangel'sk 1720-1820

Zeitraum	Höfe	Bevölkerung		% ²⁷
		Gesamt (s.a. FN 41)	Ausl. Bewohner *innen ²⁶	
1700er		< 30.000 ²⁸		
1720er	2000-3000 (1721) ²⁹	6529 (1724)		
1730er	1887 (1731) ³⁰		ca. 456 L und 141 R (1734) ³¹	9,4
1740er	1605 (1739) ³²	5184 (1745)		
1750er			ca. 250 L (1752) und 100 R (1757) ³³	6,8
1760er	ca. 1200 (1764) ³⁴	4853 (1762)	201 L und ca. 50 R (1764) ³⁵	5,2
1770er	1857 (1773) ³⁶	10.823 (1779) ³⁷		
1780er	2232 (1782) ³⁸	12672 (1782)	242 L und 76 R (1782)	2,5
1820er		19558 (1828) ³⁹	435 (1833) ⁴⁰	2,2

²⁶ L = Mitglieder der lutherischen Gemeinde, R = Mitglieder der holländisch-reformierten Gemeinde.

²⁷ Alle Prozentangaben beziehen sich auf das Verhältnis zwischen der Summe an lutherischen und reformierten Bewohner*innen und der jeweils letztbekannten Angabe zur Gesamtbevölkerung.

²⁸ Joseph Marshall, S. 215.

²⁹ PSZ-1, Bd. 6, Nr. 3708.

³⁰ Ogorodnikov, Istorija, S. 141.

³¹ Für 1734 schätzt der Autor auf Basis der in den von 1734 bis 1743 in den Kirchenbüchern beider Gemeinden verzeichneten Taufen im Vergleich zur Größe der Gemeinden in den Jahren 1752 bzw. 1758 und den Taufen in den jeweils folgenden 10 Jahren. Zu den zugrundeliegenden Daten siehe: Anton Friedrich Büsching, Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinen im Rußischen Reich, 2 Bde., Altona 1766-1767, hier Bd. 2, S. 163-165; Dalton, Geschichte, S. 136. Veluwenkamp schätzt für die 1730er vom Handelsvolumen niederländischer Kaufleute ausgehend 238 Reformierte. Vgl. Veluwenkamp, Gereformeerde Gemeente, S. 40. Für 1741 schätzt er 100 Reformierte, vgl. Ders., Potecha, S. 344.

³² Ogorodnikov, Očerok, S. 179, Anm. 32.

³³ [Georg Ehrenfried Paul Raupach], Nachricht von dem gegenwärtigen Zustand der evangelisch-lutherischen Kirche in Archangel, in: Acta historico-ecclesiastica 16, Nr. 95, 1752, S. 709-721, hier S. 710; Ders., Nachricht von der reformierten Kirche in Archangel, in: Acta historico-ecclesiastica 20, Nr. 120, 1758, S. 669-683, hier S. 671.

³⁴ [Johann Zachert], Nachrichten von der Stadt Archangel und umliegenden Gegend. Aufgesetzt 1764, in: Magazin für die neue Historie und Geographie 4, 1770, S. 498-512, hier S. 499.

³⁵ Büsching, Geschichte, Bd. 2, S. 162; Zachert, S. 500.

³⁶ Magistratskoe opisanie goroda Archangel'kogo. 1779 g., S. 241f.

³⁷ Ebd., S. 242f.

³⁸ Alle Daten für 1782 aus Krestinin, Topografičeskoe opisanie, S. 253-256.

³⁹ Rudolph Richter, Versuch einer medicinischen Topographie der Gouvernements- und Hafensstadt Archangel'sk, Dorpat 1828, S. 67f.

⁴⁰ Die beiden Gemeinden wurden 1817 uniert, vgl. Dalton, Geschichte, S. 139.

Wie die Tabellen zeigen, ging die Bevölkerung nach 1720 zunächst zurück⁴¹ und der größte Einbruch des Schiffsverkehrs und des Umsatzes ist direkt nach der Einführung der schärfsten Restriktionen ab 1721 erkennbar. Mit der Rücknahme einiger Beschränkungen in der zweiten Hälfte der 1720er Jahre stabilisierten sich beide Werte bei etwa einem Drittel ihrer bis 1721 erreichten Höchstwerte. Staatliche Maßnahmen bewirkten einen Ausbau des regionalen Handels und anderer wirtschaftlicher Tätigkeitsfelder. Neben dem in den 1740er Jahren vorübergehend betriebenen Kupfer- und Silberbergbau wurden der Fisch- und Walfang intensiviert und der Schiffbau vorangetrieben: Die nach Kriegsende 1721 geschlossene Werft auf der nahegelegenen Insel Solombala ging in den 1730er Jahren wieder in Betrieb, und ab 1734 wurden dort neue Werft- und Fabrikgebäude sowie Quartiere der Admiralität gebaut.⁴² Auch wenn die wirtschaftliche Neuausrichtung nach den größten Verlusten der 1720er und 1730er Jahre zu einer allmählichen Stabilisierung der Bevölkerungszahlen beitrug, blieben diese während des gesamten Untersuchungszeitraums rückläufig. Insbesondere die Anzahl reformierter und lutherischer Stadtbewohner*innen ging deutlich zurück. Die (lückenhaften) Daten zu den ansässigen und im Handelshof gastierenden ausländischen Kaufleuten bezeugen einen kontinuierlichen Rückgang während des gesamten Untersuchungszeitraums.

4. Die wirtschaftliche Lage der ausländischen Bewohnerschaft

Der Handelshof trennte den von russisch-orthodoxen Bürger*innen bewohnten südlichen Stadtteil von dem flussabwärts gelegenen Ausländerviertel, das als

⁴¹ Für die Zeit vor der Gründung St. Petersburgs nannte der 1769 über Archangel'sk reisende Engländer Joseph Marshall die nicht anderweitig zu belegende oder widerlegende Zahl von knapp 30.000 Einwohner*innen, vgl. Joseph Marshall, *Travels through Germany, Russia, and Poland, 1769-1770*, Bd. 3, London 1773, S. 215. Die weiteren Angaben zur Gesamtbevölkerung beziehen sich auf die russländischen Steuerrevisionen des 18. Jahrhunderts, vgl. Vladimir M. Kabuzan, *Dviženie naselenija Severnogo rajona (Archangel'skoj i Vologodskoj gubernij) v XVIII – pervoj polovine XIX v.*, in: P. A. Kolesnikov (Hrsg.), *Materialy po istorii Evropejskogo Severa SSSR. Severnyj archeografičeskij sbornik 1*, Vologda 1970, S. 84-89, hier S. 86. *Magistratskoe opisanie goroda Archangel'kogo. 1779 g.*, in: Marek E. Jasinski/Oleg V. Ovsjannikov, *Vzgljad na Evropejskuju Arktiku. Archangel'skij Sever. Problemy i istočniki*, 2 Bde., Sankt-Petersburg 1998, Bd. 2, Anhang 1, Nr. 6, S. 238-249, hier S. 242; Vasilij Krestinin, *Topografičeskoe opisanie goroda Archangel'skogo*, in: Jasinski/Ovsjannikov, Bd. 2, Anhang 1, Nr. 7, S. 249-261, hier S. 254, 256; Ders., *Kratkaja Istorija*, S. 112. Für die ersten drei Steuerrevisionen, in denen nur männliche Bewohner gelistet wurden (I – 2875, II – 2417, III – 2301), wird hier der doppelte Wert angegeben. In den Steuerlisten des Untersuchungszeitraums scheinen Ausländer*innen nicht auf – ihre Anzahl wird hier daher zu den Werten der Revisionen hinzuaddiert.

⁴² Vgl. Ogorodnikov, Očerķ, S. 178.

„Deutsche Vorstadt“ (*Nemeckaja sloboda*) bezeichnet wurde.⁴³ Im Laufe des 17. Jahrhunderts hatten sich hier neben Kaufleuten auch andere Zuwanderer*innen permanent angesiedelt. Seit 1660 übernahmen in Amsterdam ordinierte Prediger die geistliche Betreuung der holländisch-reformierten Bewohner*innen. Eine reformierte Kirche wurde erstmals 1674 erwähnt. Seit 1686 verfügte auch die lutherische Gemeinde über eine eigene Kirche samt Prediger.⁴⁴ Beide Kirchen und die dazugehörigen Schulgebäude standen in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander in der *Nemeckaja sloboda*.⁴⁵

Die Bewohner*innen der *Nemeckaja sloboda* verloren durch den Rückgang der Handelseinnahmen der ansässigen Kaufleute einen Teil ihrer ökonomischen Grundlage. Durch die Abwanderung der meisten Fernhändler hatten die verbliebenen Bewohner*innen darüber hinaus einflussreiche Fürsprecher bei den städtischen und staatlichen Obrigkeiten verloren. Die Kirchenräte und die übrig gebliebenen Kaufleute, die über Maßnahmen zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen Probleme entschieden, scheinen sich nicht oder zumindest nicht erfolgreich um staatliche oder städtische Hilfeleistungen bemüht zu haben. Daher war man vornehmlich auf Hilfe aus Amsterdam und Hamburg angewiesen. Dass diese beiden Handelsrepubliken im 18. Jahrhundert selbst ihre Hochphasen vorerst hinter sich gelassen hatten⁴⁶ und dass auch die im Vergleich zu Archangel'sk größeren und bedeutenderen protestantischen Gemeinden in Moskau in den 1740er Jahren in eine schwere Krise gerieten, verringerte die Aussicht auf finanzielle Unterstützung für Archangel'sk.⁴⁷

In der fast zur Gänze aus Holzbauten bestehenden Stadt, in der auch die Straßen mit Holzplanken ausgelegt wurden, stachen noch im frühen 18. Jahrhundert die steinernen Häuser der wohlhabendsten ausländischen Kaufleute deutlich hervor. Die veränderten Wohlstandsverhältnisse in der ausländischen Bewohnerschaft zeichneten sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte daher auch im Stadtbild ab, als die Häuser der abgewanderten Ausländer*innen durch einheimische Kaufleute aufgekauft wurden. Stadtbrände verursachten zusätzlichen Wertverlust, den die ausländische Bewohnerschaft nicht kompensieren konnte. So stürzte ein Großbrand im Oktober 1753, bei dem etwa ein Drittel der

⁴³ Vgl. Jasinski/Ovsjannikov, Bd.1, S. 261-270.

⁴⁴ Vgl. Dalton, Beiträge, Bd. 4, 1905, S. 42.

⁴⁵ Vgl. zur Geschichte der Ausländervorstadt vom 16. bis zum frühen 20. Jahrhundert: Ljudmila D. Popova, *Istorija nemeckoj slobody v Archangel'ske*, in: Marina A. Efimova (red.), *Nemcy i Russkij Sever, Moskva 2000*, 107-119, hier S. 111. Die Zeit der Handelsrestriktionen werden in diesem Artikel übergangen.

⁴⁶ Vgl. Mary Lindemann, *The Merchant Republics. Amsterdam, Antwerp, and Hamburg, 1648-1790*, Cambridge 2015, S. 3f.

⁴⁷ Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA), I. HA, Rep. 11 Ausw. Bez. Akten, Nr. 7208.

Stadt zerstört wurde,⁴⁸ Teile der ausländischen Bewohnerschaft in Armut, während russländische Kaufleute ihre zerstörten Häuser zeitnah durch neue und bessere ersetzen konnten.⁴⁹

Die Kaufleute machten zu dieser Zeit nur noch einen kleinen Teil der ausländischen Bewohnerschaft aus. Der Prediger der lutherische Gemeinde, Georg Ehrenfried Raupach, beklagte in einem Bericht von 1752: „Viele haben von denen Herren Kaufleuten, deren überhaupt in der lutherischen und reformirten Gemeine sehr wenige, in der ersten aber die allermeisten sind, eine gar mittelmäßige Nahrung, folglich ist die Anzahl derer, die noch unter die Wohlbemittelten gerechnet werden können, die allergeringste“.⁵⁰ Genaue Zahlen über die innere Zusammensetzung liegen für den Untersuchungszeitraum nicht vor. In einer Aufstellung von 1782 des für das Gouvernement tätigen Stadthistorikers Krestinin stellt sich die ausländische Bewohnerschaft wie folgt dar: Von den in diesem Jahr insgesamt 324 nicht in Staatsdiensten stehenden Ausländern waren a) je zwei Pastoren, Lehrer und Organisten, sechs Kirchendiener und 14 Familienangehörige, b) 36 Kaufleute mit 41 Angehörigen und 54 Dienern, c) 163 Handwerker sowie d) vier Ärzte.⁵¹ Es kann angenommen werden, dass der Anteil der Kaufleute in den Jahrzehnten vor der Aufhebung der Handelsbeschränkungen 1762 eher noch geringer war als 1782, als dieser Krestinins Angaben zufolge etwa 11 % ausmachte.

5. Maßnahmen der Krisenbewältigung der beiden protestantischen Gemeinden

Dennoch waren die beiden Kirchengemeinden und über deren Armenkassen auch Teile der ausländischen Bevölkerung von den Abgaben der ansässigen Kaufleute abhängig. Zur Deckung der Unkosten sollten jährliche Kollekten bei den ansässigen Ausländer*innen und Spendensammlungen während der Gottesdienste beitragen, zu denen im Sommer auch die Besatzungen der vor Anker liegenden Schiffe gerufen wurden.⁵² Weiterhin hatten die Kirchenräte und die in Archangel'sk ansässigen Kaufleute im 17. und frühen 18. Jahrhundert mit den Handelshäusern in Amsterdam und Hamburg eine Abgabe von fünf Rubeln

⁴⁸ Ein Zeitungsbericht aus dem Folgejahr berichtet, dass 609 Häuser, 230 Lagerhäuser sowie 14 Mühlen und 11 Werkstätten zerstört wurden. Vgl. Die neuesten Staats- Friedens- und Welt-Geschichte, Nr. 1 (Januar 1754), S. 6.

⁴⁹ Vgl. Zachert, S. 500.

⁵⁰ Raupach, Nachricht von der lutherischen Kirche, S. 710. Auch Raupachs jährliches Gehalt von 300 Rubel reiche nur aufgrund der niedrigen Preise zum Überleben aus, vgl. ebd., S. 718.

⁵¹ Vgl. Krestinin, Topografičeskoe opisanie, S. 256.

⁵² Vgl. Raupach, Nachricht von der lutherischen Kirche, S. 719; Ders., Nachricht von der reformirten Kirche, S. 673.

von jedem ankommenden Schiff an die beiden Gemeinden ausgehandelt. Damit wirkte sich nicht nur die gesunkene Zahl wohlhabender Kaufleute unter der Bewohnerschaft, sondern auch der im Durchschnitt auf weniger als ein Drittel des vormaligen Niveaus verringerte Schiffverkehr auf die finanzielle Lage der Gemeinden aus. Daneben führte die Verteilung der Gelder angesichts der stark rückläufigen Zahl einlaufender Schiffe zu Konflikten zwischen den beiden Gemeinden. Die Gelder wurden in den Handelskontoren in Archangel'sk eingezogen und anschließend entsprechend der Konfession ihrer Inhaber an die jeweilige Gemeinde weitergegeben.⁵³ Da der größere Anteil der Kontore seit 1721 in lutherischer Hand war, aber etwa die Hälfte der Schiffe aus Amsterdam kamen,⁵⁴ bemühte sich der reformierte Kirchenrat im Jahr 1733 vergeblich beim dortigen Handelsdirektorium darum, dass dort bereits vorab die Abgaben der nach Archangel'sk aufbrechenden Schiffe eingezogen und jährlich an die reformierte Gemeinde gesandt würden.⁵⁵ Vergleichbare Streitigkeiten um die Schiffgelder in St. Petersburg mündeten im November 1737 in einem von den Generalstaaten ausgehenden Befehl, dass niederländische Schiffer ihre Abgaben fortan ausschließlich an die reformierten Gemeinden entrichteten – dies betraf auch Archangel'sk.⁵⁶

Auf einen Hilferuf des Kirchenrats der reformierten Gemeinde reagierte das Handelsdirektorium in Amsterdam 1737 mit einer Spendensammlung in der niederländischen Metropole, welche die angespannte Lage vorrübergehend etwas entschärfen konnte. Dennoch musste die Gemeinde ab den 1750er Jahren auf einen Lehrer verzichten und den Unterricht dem Prediger und dem Vorsänger der Kirche überlassen.⁵⁷ Auch die Kassen der lutherischen Gemeinde wurden durch interne Konflikte zusätzlich belastet. So konnte 1740 ein Streit innerhalb der lutherischen Gemeinde zwar durch einen vom Kirchenrat erbetenen Eingriff des Justiz-Kollegiums⁵⁸ beigelegt werden, der die faktische Absetzung des 1727 nach Archangel'sk berufenen Predigers Ludwig Samuel Siegmann erwirkte.⁵⁹ Jedoch mussten in der Folge sowohl Siegmann als auch der

⁵³ 1722 führten die aus Archangel'sk übersiedelten Kaufleute diese Vereinbarung auch in St. Petersburg ein, vgl. Büsching, Geschichte, Bd. 1, S. 56-58. Laut Gargon, S. 52f., galt diese Vereinbarung allerdings nur für niederländische Schiffe, was von Veluwenkamp, Gereformeerde Gemeente, S. 53f., übernommen wird.

⁵⁴ Vgl. Veluwenkamp, Archangel, S. 180.

⁵⁵ Vgl. Ders., Gereformeerde Gemeente, S. 54f.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 55; Büsching, Geschichte, Bd. 1, S. 57.

⁵⁷ Vgl. Raupach, Nachricht von der reformirten Kirche, S. 675.

⁵⁸ Das Justiz-Kollegium war seit 1734 für die Gemeinden zuständig. Vgl. PSZ-1, Bd. 9, Nr. 6548; Dalton, Beiträge, Bd. 2, 1889, S. 28-31.

⁵⁹ Vgl. Büsching, Geschichte, Bd. 2D, S. 173f. Die entsprechende Verordnung vom 1. September 1740 ist nicht auffindbar und Ursache und Inhalte der Auseinandersetzung sind un-

bereits aus Hamburg eingetroffene Nachfolger Samuel Conradi versorgt werden, nachdem das Kollegium die Absetzung nach einer Gegenklage Siegmanns für ungültig erklärt hatte.⁶⁰

Nach den Streitigkeiten der 1730er Jahre scheinen die Gemeinden zur Jahrhundertmitte hin stärker auf Zusammenarbeit gesetzt zu haben, was auch der lutherische Prediger Raupach betont, der auf Kooperationen und persönliche Freundschaften zwischen ihm und seinen reformierten Amtskollegen hinweist.⁶¹ Möglicherweise im Rahmen der in St. Petersburg erneut aufgebrachten Frage nach der Verteilung der Schiffsgelder⁶² trafen die Gemeindevertreter beider Konfessionen mit den Handelshäusern in Amsterdam und Hamburg 1749 eine zusätzliche Verabredung, die eine Abgabe von einem Tausendstel der in Archangel'sk erwirtschafteten Umsätze vorsah, die zu gleichen Teilen an beide Gemeinden zu entrichten war.⁶³

Die Maßnahmen zeigten nur allmählich Wirkung. In den 1760ern konnten die Einnahmen den Unterhalt der Kirchen und der dazugehörigen Schulen decken. Auch ein Lehrer an der reformierten Schule konnte wieder bezahlt werden. Mit den neuen Einkünften konnte außerdem die 1712 gebaute lutherische Kirche im Jahr 1754 renoviert und die reformierte Kirche drei Jahre später von Grund auf neu aufgebaut werden. Ungeklärt bleibt, inwieweit die ausländische Bewohnerschaft von den auf die protestantischen Gemeinden gerichteten Maßnahmen profitieren konnte. Der in staatlichen Diensten stehende Apotheker Johann Zachert lässt in einem Bericht von 1764 Kritik an der Vermögensverteilung erkennen, wenn er schreibt, „daß die Kirchen dermalen vermögender worden, als in den vorigen Jahren“ seien und „ob schon die meisten Glieder beyderseits armselig genug sind, so [...] dennoch Kirchen, Schulen, Arme etc. sehr guten Unterhalt“⁶⁴ hätten.

Erst mit der Aufhebung der Handelsbeschränkungen 1762⁶⁵ und dem Wiederaufleben des Fernhandels setzte schließlich nicht nur ein erneuter Aufschwung der Stadt ein, auch die finanzielle Stellung der protestantischen Gemeinden und der ausländischen Bewohnerschaft verbesserte sich merklich. 1768 legte die lutherische Gemeinde den Grundstein für eine steinerne Kirche.⁶⁶

bekannt.

⁶⁰ Vgl. Grot, S. 337f.

⁶¹ Vgl. Raupach, Nachricht von der reformierten Kirche, S. 672, 677-680.

⁶² Vgl. Grot, S. 88-111.

⁶³ Vgl. Zachert, S. 500; Raupach, Nachricht von der lutherischen Kirche, S. 711; Dalton, Geschichte, S. 139.

⁶⁴ Zachert, S. 500.

⁶⁵ Vgl. PSZ-1, Bd. 16, Nr. 11630.

⁶⁶ Vgl. Georg Ehrenfried Paul Raupach, Historische Nachricht von der Legung des Grundsteins zum Bau einer neuen steinernen Kirche der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde in

Auch der ausländisch betriebene private Schiffbau konnte seine jährliche Ausfuhr mehr als verdreifachen und ausländische Bäcker waren in der Lage, eine staatlich finanzierte Bäckerei mit einem Speisehaus zu eröffnen.⁶⁷ Während aber der wirtschaftliche und demografische Abschwung vorerst gestoppt werden konnte, erlebten die ausländische Bewohnerschaft und die beiden Gemeinden keine Wiederherstellung früherer Größe. Gemessen an den nach 1762 wieder steigenden Bewohnerzahlen Archangel'sks konnte sich die ausländische Stadtbewohnerschaft auch langfristig nicht mehr erholen.

6. Schlussbetrachtung

Die Handelsbeschränkungen gegen Archangel'sk und andere Städte im äußersten Norden Russlands sollten zwar primär dem Aufstieg St. Petersburgs Schub gewähren, zielten aber ebenso auf ein Aufbrechen der ausländischen Dominanz im Fernhandel über das Weiße Meer ab. Insbesondere die Nachschärfungen, aber auch die teilweisen Rücknahmen von Restriktionen waren auf die einheimische Kaufmannschaft Nordrusslands zugeschnitten und bewirkten ab den 1720er Jahren die Umsiedlung der meisten fremden Kaufleute aus Archangel'sk nach St. Petersburg. Dennoch verblieben einige ausländische Kaufleute und vor allem Angehörige anderer Berufsgruppen in der Stadt. Die beiden protestantischen Gemeinden bestanden fort. Dies zeigt, dass den staatlichen und städtischen Obrigkeiten nicht an einer vollständigen Abwanderung der ausländischen Stadtbevölkerung gelegen war und auch die ausländischen Bewohner*innen weiterhin auf eine Präsenz in der Hafenstadt setzten und Wege suchten, mit den veränderten Gegebenheiten umzugehen.

Die rückläufigen Handelsumsätze und die Abwanderung der wohlhabendsten Kaufleute ließen die finanziellen Zuwendungen an die ausländischen Bewohner*innen und die protestantischen Gemeinden gleichermaßen schrumpfen. Die Maßnahmen der ausländischen Bewohnerschaft und der Kirchenräte zur Bewältigung finanzieller Engpässe richteten sich auf das Einwerben von Geldern aus der ansässigen Kaufmannschaft und von den ankommenden Schiffen, die den Wohlstand der Ausländer*innen in der Vergangenheit gesichert hatten. Von den russländischen Obrigkeiten wurde dagegen keine finanzielle Hilfe eingeholt. Die Handlungsräume waren nicht staatlich orientiert, wohl auch weil die Selbstverwaltung der Gemeinden gewahrt bleiben sollte. Auf die Handelsrestriktionen reagierte die ausländische Bewohnerschaft weder mit einer vollständigen Abwanderung noch mit einer ökonomischen Umorientie-

Archangel nebst der dabey gehaltenen Standrede [...], Hamburg 1768, S. 19. Zachert berichtete bereits 1764 von dem Bauvorhaben, vgl. Zachert, S. 500.

⁶⁷ Ebd., S. 501.

rung. Stattdessen wurde an bisherigen Strukturen der finanziellen Versorgung der protestantischen Gemeinden festgehalten und diese nur im Rahmen der Möglichkeiten erweitert. Die Initiativen der Ausländer*innen und ihrer Gemeinden konnten den Abschwung daher allenfalls etwas abbremsen. Erst die im Jahre 1762 erfolgte handelsrechtliche Gleichstellung mit St. Petersburg konnte den wirtschaftlichen und demografischen Abwärtstrend der Stadt aufhalten. Auch die von den beiden protestantischen Gemeinden getroffenen Maßnahmen waren auf das Fortbestehen des Fernhandels angewiesen, sodass diese ebenso erst ab den 1760er Jahren Wirkung zeigten.

Das Fallbeispiel des Abstiegs der Stadt Archangel'sk und der Bewältigungsstrategien der ausländischen Stadtbevölkerung legt vor allem die Anpassungsschwierigkeiten der verbliebenden Bewohner*innen offen. Nicht nur die Handelsrestriktionen, sondern gerade auch die vormalige staatliche Begünstigung, die für den wirtschaftlichen Wohlstand gesorgt hatte, bewirkten den rapiden ökonomischen und demografischen Abschwung der Stadt und seiner Ausländergemeinden. Die von den Möglichkeiten stadtbürgerlicher Mitbestimmung ausgeschlossenen konfessionellen Minderheiten waren besonders betroffen, da sie keine neue Existenzgrundlage herausbilden konnten und an den Wirtschaftszweigen, die sich neben dem Handel entwickelten, nicht teilhaben konnten.

Militärische Sicherung und wirtschaftlicher Nutzen. Cherson und der Städtebau im Süden des Russländischen Reiches am Ende des 18. Jahrhunderts

This contribution deals with urbanization processes in those territories the Russian Empire had appropriated during wars with the Ottoman Empire between 1768 and 1792. In this region, urban planning proved a dynamic process, evolving and changing over time. The city of Kherson, on which this article focusses, is a prime example. In Kherson, the city planners under Prince Grigorii A. Potemkin initially defined the city's structures and surrounding urban network's economic, military, and administrative functions. However, as the territorial and financial situation in the region changed, this demanded cardinal adjustments and corrections to the original concepts. The largely independent administrative position of Prince Potemkin in the government of Catherine II and the increasing professionalization of his staff enabled flexible problem solutions and the practical implementation of new strategies.

In der Regierungszeit Katharinas II. (1762-1796) war die Außenpolitik des Russländischen Reiches an seinen südwestlichen Grenzen durch diplomatische und militärische Auseinandersetzungen mit dem Osmanischen Reich geprägt. Dabei gewann Russland zwischen 1768 und 1792 die weiträumigen Territorien zwischen den Flüssen Terek und Dnepr und dem Schwarzen Meer einschließlich der Halbinsel Krim.¹ In mehreren Etappen wurden die neuen Gebiete als die Ekaterinoslaver Statthalterschaft (diese umfasste die Gouvernements Novorossija/Neurussland und Azov) und das Taurische Gebiet (mit der Krim, Taman und Kuban) dem Reichsgefüge zugeordnet.² Die besondere Bedeutung dieser Territorien bestand in ihrem direkten Zugang zum Schwarzen Meer, wo das Russländische Reich seit langem den Aufbau einer eigenen Marinepräsenz und die Beteiligung am Fernhandel anstrebte.³

¹ Vgl. Scott Hamish M., Katharinas Russland und das Europäische Staatensystem, in: Claus Scharf (Hrsg.), Katharina II., Russland und Europa. Beiträge zur internationalen Forschung, Mainz 2001, S. 3-58, hier S. 4-10.

² Vgl. Andrej V. Makidonov, Personal'nyj sostav administrativnogo apparata Novorossii XVIII veka, Zaporoz'je 2011, S. 4-7.

³ Vgl. Aleksej V. Belov, Osnovanie gorodov Novorossijskogo kraja, in: Viktor N. Zacharov

Bei der militärischen Sicherung und der strukturellen Anbindung der Gebiete an das Reich kam den Städten als administrativen Einheiten, militärischen Stütz- und wirtschaftlichen Knotenpunkten die Hauptrolle zu.⁴ Im Gegensatz zur Halbinsel Krim mit ihren vielen Städten bestanden die Territorien der Ekaterinoslaver Statthalterschaft allerdings aus der dünn besiedelten Kosaken- und Nogajersteppe mit nur wenigen urbanen Zentren.⁵ Im Zuge des Erschließungs- und Eingliederungsbestrebens leitete die Administration des Statthalters Fürst Grigorij A. Potemkin (1739-1791) ab 1774 daher eine rege städtebauliche Tätigkeit ein, die bis zum Tod des Fürsten nicht nachließ.⁶

Vom Städtebau beziehungsweise -umbau waren zu dieser Zeit nicht nur die neuen Territorien betroffen. Im Regierungsprogramm der 1770er und 1780er Jahre fungierten Städte als Mittel zur verwaltungs- und wirtschaftspolitischen Reorganisation des gesamten Reiches. Die Stadt erhielt dabei den Status einer rechtlich definierten Einheit mit festgelegten administrativen Aufgaben und wirtschaftlichen Privilegien. Basierend auf diesen legislativen Voraussetzungen legten Potemkin und seine Administration auch in der Ekaterinoslaver Statthalterschaft ein Netz an Ortschaften von unterschiedlicher Größe und Sozialstruktur sowie militärischer und administrativer Bedeutung an, das bis heute die urbane Grundstruktur der Region bestimmt.

In vielerlei Hinsicht war dieses städtebauliche Programm von den ästhetischen und ökonomischen Diskursen geprägt, die ab der Mitte des 18. Jahrhunderts ganz Europa erfassten. Dazu gehörte etwa der aufklärerische Embellissement-Diskurs. Seine Apologeten sprachen der Verschönerung und Ertüchtigung von hygienischen, verkehrstechnischen und architektonischen Stadtstrukturen eine umfassende gesellschaftliche Auswirkung zu.⁷ Die eingehende

u.a. (Hrsg.), *Istorija Novorossii*, Moskva 2018, S. 206-219, hier S. 211; Viktor N. Zacharov, *Načalo vnešnej trgovli Rossii čerez porty Azovo-Černomorskogo regiona*, in: Ders. u.a. (Hrsg.), *Istorija Novorossii*, Moskva 2018, S. 221-228, hier S. 222-224.

⁴ Vgl. Aleksej V. Koval'čuk, *Ėkonomičeskaja politika pravitel'stva Ekateriny II. vo vtoroj polovine XVIII v. Idei i praktika*, Moskva/Sankt-Peterburg 2017, S. 187.

⁵ Mit Bernhard Schäfers werden im Weiteren Städte als Zentralisierungsorte aufgefasst: Hier konzentrieren sich religiöses und geistig-kulturelles Leben, ökonomische Strukturen, militärische wie administrative bzw. herrschaftliche Funktionen; zusammengenommen und ineinandergreifend ergeben diese Merkmale eine Stadtkultur mit ihren vor allem in der Architektur sichtbaren Zeichen. Bernhard Schäfers, *Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder*, Wiesbaden 2006, S. 138-140.

⁶ Vgl. Belov, S. 206-219.

⁷ Zum Embellissement-Diskurs zuletzt Bernard Gauthiez/Oliver Zeller, *Beautifying with Building Permits*. Lyons, in: Terry R. Slater/Sandra M.G. Pinto (Hrsg.), *Building Regulations and Urban Form, 1200-1900*, London/New York 2018, S. 177-199, hier S. 188, 191-193. Zur Aufnahme des Diskurses im Russländischen Reich durch Katharina II. vgl. Natalia Tuschinski, *Stadterhebung Irbits und die Stadtplanung Katharinas II.*, in: *Zeitschrift für*

Rezeption dieses Diskurses durch die Regierung Katharinas II. lässt sich im Besonderen in den erheblichen Eingriffen in die bestehenden Stadtanlagen erkennen. Aber auch Veränderungen wirtschaftlicher Konzepte und insbesondere die wachsende Bedeutung der Manufakturen in den 1770er und 1780er Jahren förderten Anpassungen und Neuplanungen städtischer Strukturen.⁸

Die Urbanisierung der südlichen Peripherie des Russländischen Reiches wies allerdings einige Besonderheiten auf. Diese bestanden nicht, wie von der Forschung lange überbetont, in der angeblichen Gigantomanie der urbanen Projekte Potemkins oder in der ihm zugeschriebenen Scheintätigkeit und Augenschere der berüchtigten „Potemkinschen Dörfer“.⁹ Die Spezifika der Urbanisierung des neuen Südens resultierten vielmehr aus pragmatischen Überlegungen, denen Potemkin und seine Administration folgten. Während der Jahre zwischen 1774 und 1791 sahen sich die Städtebauer immensem Zeitdruck ausgesetzt, weil es galt, die Region angesichts der stets angespannten Beziehungen mit dem Osmanischen Reich auf den Kriegsfall vorzubereiten. Nicht nur die territorialen, sondern auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen waren äußerst unbeständig. Daraus resultierte ein stetiger Entwicklungs- und Anpassungsprozess, der sich hier in einer ungewöhnlich kurzen Zeitphase besonders zuspitzte. Die Forschung hat diese Rahmenbedingungen für städtische Gründungen im Süden des Russländischen Reiches bis dato vernachlässigt. Die Frage, ob die ursprünglich erarbeiteten Pläne verwirklicht wurden, ist unter diesen Umständen weniger bedeutend als die Bereitschaft der Städtebauer, Veränderungen durch entsprechende Korrekturen bis hin zu Neuplanungen zu berücksichtigen und nach optimalen Lösungen zu suchen.¹⁰

Im Gegensatz zur bisherigen Forschung betrachte ich die Territorialschließung der Region nicht als eine Reihe von separaten städtebaulichen Einzelmaßnahmen, sondern als Anlage eines Netzwerks aus interagierenden

Weltgeschichte 20:1, 2019, S. 145-164, hier S. 149-152.

⁸ Vgl. Liana Vardi, *The Physiocrats and the World of the Enlightenment*, Cambridge 2012, S. 140-148; Koval'čuk, S. 236-241, 366-371.

⁹ Zur Geschichte der Entstehung der Gerüchte von „Potemkinschen Dörfern“ vgl. Simon Sebag Montefiore, *Prince of Princes. The Life of Potemkin*, London 2000, S. 380f.

¹⁰ Der Diskurs vom Scheitern des Potemkinschen Städtebaus, bezogen vor allem auf Cherson und Ekaterinoslav (heute Dnipro), wurde bereits von den Zeitgenossen begründet und war in der Forschung der 2000er Jahre besonders prominent; vgl. Maksim Ė. Kavun, *Dolgij vek Ekaterinoslava (konec XVIII-seredina XIX veka)*, in: Natal'ja N. Kondel'-Perminova (Hrsg.), *Dnepropetrovsk. Architektory*, Kiev 2006, S. 17-58, hier S. 34; Rainer Lindner, *Die Stadt als Symbol. Ekaterinoslav und die imperiale Integration Neurusslands im 18. und 19. Jahrhundert*, in: Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), *Kultur in der Geschichte Russlands. Räume, Medien, Identitäten, Lebenswelten*, Göttingen 2007, S. 224-246, hier S. 227-231.

Stadtgründungen. Der Anpassungsprozess beim Städtebau in der Ekaterinoslaver Statthalterschaft verknüpfte regionale Erschließungskonzepte mit der Ortsplanung einzelner Städte. In diesem Netzwerk waren wirtschaftliche, administrative und militärische Funktionen additiv konzipiert. Dieses System war dynamisch und wurde den sich verändernden Bedingungen kontinuierlich angepasst. Aus den Entwicklungs- und Anpassungsprozessen resultierte die wachsende Bedeutung der lokalen Belange gegenüber den Reichsinteressen. Ob und wie diese lokalen Belange ausgefüllt wurden, war von bestimmten Personen abhängig. Denn beim Blick auf die Rolle einzelner Akteure lässt sich ein Professionalisierungsprozess erkennen, in welchem die Mitwirkenden sich zusehends städteplanerische und städtebauliche Kompetenz aneigneten.

Am deutlichsten lassen sich diese Prozesse in der Planungs-, Bau- und Entwicklungsgeschichte der Stadt Cherson nachverfolgen, die 1778 oberhalb des Dnepr-Limans angelegt wurde. Cherson war die erste und für mehrere Jahre auch die bedeutendste Gründung Potemkins und wurde gleichzeitig als Festungsstadt und als zentraler Handelshafen der Region konzipiert. In Cherson, das hier exemplarisch behandelt werden soll, zeigt sich die gesamte Evolution der städtebaulichen Ansätze dieser Zeit.

1. Eine Region im Umbruch

Seit den Verwaltungsreformen Katharinas II. bekam ein Gemeinwesen den Status einer Stadt zugesprochen, indem ihm eine Urkunde und ein Stadtbauplan verliehen wurden. Die Stadturkunde garantierte den Bürger*innen einer neu gegründeten Stadt oder einer zur Stadt erhobenen Ortschaft gewisse Privilegien, während die Stadtpläne diese Privilegien genauso wie die dazugehörigen Pflichten in den vorgeschriebenen Nutzungsstrukturen festhielten.¹¹ Die städtebaulichen Konzepte des Russländischen Reichs in den 1770er und 1780er Jahre dienten auf diese Weise einer proaktiven bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Planung, wie sie seit dem 17. Jahrhundert für West- und Mitteleuropa charakteristisch war.¹² Die Stadtplanung war immer eine Vision vom „künftigen Zustand“ der jeweiligen Ortschaft, ihrer räumlichen Struktur, Ge-

¹¹ Als Nutzungsstruktur wird hier und im Weiteren die „räumliche Verteilung der verschiedenen Bodennutzungsarten in der Stadt“ verstanden, vgl. Gerd Albers/Julian Wékel, *Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung*, Darmstadt 2008, S. 11; zur charakteristischen Qualität eines Stadtplans als einer „Orientierungshilfe“ ebd., S. 11-16.

¹² Vgl. Jaap Evert Abrahamse/Reinout Rutte, *Building Regulations in Late Medieval Elburg and Early Modern Amsterdam*, in: Terry R. Slater/Sandra M.G. Pinto (Hrsg.), *Building Regulations and Urban Form, 1200-1900*, London/New York 2018, S. 139-156, hier S. 154.

stalt und Funktion. Es hing von vielen Umständen ab, ob diese Vision konstant blieb oder an veränderliche Bedingungen angepasst werden musste.¹³

Die neu eroberten Gebiete im Süden des Russländischen Reiches gehörten während des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts zu den Regionen, die sich bevölkerungs-, territorial- und wirtschaftspolitisch in einem Umbruch befanden. Zum einen war die Ekaterinoslaver Statthalterschaft von intensiven Migrationsprozessen und durchgreifenden bevölkerungspolitischen Maßnahmen geprägt.¹⁴ Dies führte dazu, dass Siedlungen immer wieder angelegt, verlassen, verschoben oder neugegründet wurden.¹⁵ Zum anderen veränderte sich die territoriale Grenze des Russländischen Reiches hier mehrmals: Verließ sie nach 1774 noch am nördlichen Rand des Asowschen Meeres und machte einen großen Bogen um das Khanat der Krim bis zum Dnepr, wurde sie mit der Annexion des Khanats nach nur neun Jahren um hunderte Kilometer in den Süden verschoben, um 1791 schließlich den Dnjestr zu erreichen. Handelte es sich also bei der Stadt Cherson bei ihrer Gründung 1778 um eine Grenzfestung in einer chronisch kriegsgefährdeten Lage, so rückte sie bereits 1783 ins weitgehend gesicherte Hinterland.¹⁶ Diese Verschiebungen brachten auch eine ständige Verlagerung der Verkehrsnetze und der administrativen Stützpunkte mit sich, was die Notwendigkeit einer schnellen Anpassung der Nutzungsstrukturen der betroffenen Städte zur Folge hatte.

Auch die Verwaltung war vielen strukturellen und personellen Veränderungen unterworfen, obgleich sie während der fünfzehn Jahre durchgängig der Leitung Potemkins unterstellt war.¹⁷ Dank seiner außerordentlichen Position in der Regierung, wo er militärische wie zivile Befugnisse innehatte, und dem engen Verhältnis zu Katharina II. genoss Potemkin eine einzigartige Entscheidungsfreiheit, die sich auf die Verwaltungspraxis in der Statthalterschaft und in Taurien auswirkte.¹⁸ Als Potemkin zu Beginn der 1780er Jahre seinen Lebens-

¹³ Albers/Wékel, S. 11.

¹⁴ Vladimir M. Kabuzan, *Zaselenie Novorossii (Ekaterinoslavskoj i Chersonskoj gubernij) v XVIII – pervoj polovine XIX veka (1719-1858)*, Moskva 1976, S. 130, 158.

¹⁵ Zu Ekaterinoslav I/II, Novomoskovsk I/II oder Aleksopol' I/II vgl. Vladimir I. Timofeenko, *Formirovanie gradostroitel'noj kul'tury juga Ukrainy*, Kiev 1986, S. 56-60.

¹⁶ Das Gleiche geschah auch mit Taganrog und Elisavetograd (heute Kropivnic'kij), die nach der Eingliederung der Krim auf einen Antrag Potemkins hin nicht mehr als „Festungstädt“ zu gelten hatten, vgl. RGADA, f. 827, op. 1, d. 99, l. 1-3.

¹⁷ Zur Restrukturierung der Verwaltungsorganisation in der Statthalterschaft Neurussland/Ekaterinoslav vgl. Makidonov, S. 4-7.

¹⁸ Zur Rolle Potemkins, Katharinas II. geheimem Ehemann, in der Regierung vgl. Jan Kusber, Katharina II. und ihre Favoriten in den Eliten des Russischen Reiches, in: Ders., Bettina Braun/Matthias Schnettger (Hrsg.), *Weibliche Herrschaft im 18. Jahrhundert. Maria Theresia und Katharina die Große*, Bielefeld 2020, S. 147-168, hier S. 151-159.

mittelpunkt von St. Petersburg in die Ekaterinoslaver Statthalterschaft verlagerte, setzte eine Verschiebung im Zentrum-Peripherie-Gefüge ein.¹⁹ Aus einer vom Zentrum gelenkten und kontrollierten Steuerung wurde eine weitgehend verselbständigte Lokaladministration.

Dies hing zum einen unmittelbar mit der persönlichen Erfahrung des Fürsten zusammen, der erst während seiner immer längeren Aufenthalte im Süden ein Bewusstsein für den Wert der neuen Territorien entwickelte. Der umfangreiche Briefnachlass des Fürsten zeigt, dass seine Anforderungen an den Städtebau zunächst grundsätzlich das große Ziel verfolgten, Kapazitäten für den militärischen Schiffbau und den Fernhandel schnell auf- und auszubauen.²⁰ In diesem Sinne spiegeln sich darin die globalen Reichsinteressen und die Perspektive des Zentrums wider. Im Laufe der 1780er Jahre erkannte Potemkin jedoch die Notwendigkeit, lokale wirtschaftliche Grundlagen für einen langanhaltenden ökonomischen Erfolg zu schaffen. Seinem Einfluss im Regierungsgefüge ist zuzurechnen, dass diese Bedürfnisse in der Hauptstadt berücksichtigt wurden.

Zum anderen erfolgte mit der zunehmenden Präsenz Potemkins im Süden auch eine personelle Umgestaltung der gesamten Administration. Bis dahin hatten vor allem solche Ingenieure und Administratoren die entscheidenden Posten besetzt, die ihre städtebaulichen und organisatorischen Erfahrungen während der Mittelmeerexpedition der russländischen Marine 1768-1775 bei der Errichtung des sogenannten „Archipelfürstentums“ in der Ägäis gesammelt hatten. So war beispielsweise der erste Hauptintendant und Bauleiter der Festung und Admiralität von Cherson, Ivan A. Gannibal, zuvor in Paros bei der Befestigung des Hafens Naoussa tätig gewesen – der nominellen Hauptstadt des kurzlebigen Fürstentums und dem Hauptstützpunkt der russländischen Schiffe.²¹ Zunehmend übergab jedoch Potemkin in den 1780er Jahren Zuständigkeiten an neue Fachleute. Diese hatten, wie Gannibals Nachfolger in Cherson, Nikolaj I. Korsakov, ihr praktisches Wissen und Können vor Ort erworben. Ihr

¹⁹ Allgemein zum Zentrum-Peripherie-Verhältnis im Russländischen Reich zuletzt Valerie A. Kivelson/Ronald Grigor Suny, *Russia's Empires*, New York/Oxford 2017, S. 4-5; zur Machtbefugnis Potemkins vgl. Marc Raeff, *Der Stil der russischen Reichspolitik und Fürst G.A. Potemkin*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 16:2, 1968, S. 161-193, hier S. 183-184.

²⁰ Vgl. Belov, S. 211; Zacharov, *Načalo*, S. 222-224.

²¹ Vgl. Elena B. Smiljanskaja, *Grečeskie ostrova Ekateriny II*, Moskau 2012, S. 199; Briefwechsel Potemkin – Katharina II. vom Mai 1783, in: Lopatin (Hrsg.), *Ekaterina II - G.A. Potemkin. Ličnaja perepiska*, Moskva 1997, S. 165-170; Makidonov, S. 61-171; zur politischen Organisation der Archipelinseln, die sich zwischen 1771 und 1774 der Oberherrschaft der russländischen Kaiserin unterwarfen, vgl. Elena B. Smiljanskaja, *Rossija v Sredizemnomor'e*, Moskau 2011, S. 503-516 sowie dies., *Ostrova*, S. 131-142.

Einfluss auf die Territorialschließung nahm während der 1780er Jahre stetig zu und bewirkte, dass der imperiale Blick durch die Lokalperspektive verdrängt wurde.²²

2. Cherson

Potemkin beschrieb den Plan und die zentrale Aufgabe der neuen Stadt, die ab 1778 an der Stelle einer älteren Schanze entstehen sollte, zusammenfassend in seinem Budgetantrag: „Die genannte Festung wird gegen [die osmanische Festung] Očakov stehen und während des Krieges bei einem Angriff vom Schwarzen Meer mit einem Arsenal für Militärvorräte, mit Magazinen und einer Garnison von acht Bataillonen den Hauptwiderstand leisten“.²³ Diese sorgfältig geplante Festungsstadt, deren Errichtung Potemkin in seiner Funktion als Kriegsminister und als Generalgouverneur der Gebiete oblag, sollte darüber hinaus zum Schutz einer Werft und eines Hafens dienen, welche das Admiralitätskollegium aufgrund der ungenügenden Flusstiefe in einiger Entfernung zur Stadtzitatele errichten ließ.

Die Vorzüge dieser zweigeteilten Formation begründete Potemkin gegenüber Katharina II. und dem Senat in einem Vergleich mit den ähnlichen Doppelanlagen von St. Petersburg und Kronstadt sowie Riga und Reval.²⁴ Dieser Vergleich erläuterte auch die dritte Hauptfunktion der Gründung, welche die Werft und die Festung um Zivilbereiche erweitern sollte: „Nachdem diese Festung erbaut sein wird, werden die aus Konstantinopel kommenden Handelsschiffe hier anlegen können und damit den Kommerz in dieser Gegend künftig vermehren“, hielt Potemkin fest.²⁵ Die Stadt Cherson plante er auf diese Weise multifunktional und aus mehreren, zum Teil ausgelagerten, militärischen und zivilen Nutzungsstrukturen bestehend.²⁶ Neben St. Petersburg und Riga dienten auch Azov und Taganrog als Vorbild dieses Stadtkonzepts – zwei Städte am Asowschen Meer, die Peter I. mit ähnlich breitgefächerten Zielen ausgebaut hatte. Bereits während des Krieges von 1768–1775 wurden dort der Handel und die Werften erfolgreich wiederbelebt, bis Cherson sich durch den vorteilhafteren Zugang zum Schwarzen Meer zu einer strategisch besseren Alternative ent-

²² Zur Definition des Imperialen vgl. Ricarda Vulpius, *Die Geburt des Russländischen Imperiums. Herrschaftskonzepte und -praktiken im 18. Jahrhundert*, Wien u.a. 2020, S. 23–24.

²³ RG VIA, f. 52, op. 1 čast' 1 (194), d. 143, čast' 1, l. 12.

²⁴ RG VIA, f. 52, op. 1 čast' 1 (194), d. 143, čast' 5, l. 2–2ob.

²⁵ RG VIA, f. 52, op. 1 čast' 1 (194), d. 143, čast' 1, l. 1ob.

²⁶ Vgl. Albers/Wékel, S. 13.

wickelte und den Großteil der administrativen Funktionen und Ressourcen bündelte.²⁷

Die funktionelle Polyvalenz spiegelte sich auch in den administrativen Zuständigkeiten beim Aufbau der Stadt. Anfänglich unterstanden die aus Soldaten und Matrosen bestehenden Baukommandos dem paritätischen Befehl der Admiralität, des Militärs und der Zivilverwaltung. Nach vielen Streitigkeiten um die Zuständigkeiten zwischen Gannibal und dem Verwaltungsoberhaupt der Stadt, Aleksandr L. Sokolov, scheiterte diese organisatorische Utopie jedoch und Chersons Bauverwaltung wurde schließlich dem Hauptintendanten und damit dem Militär übertragen.²⁸ Das administrative Gewicht des Militärs entsprach der besonderen Aufmerksamkeit der Städtebauer, die den Nutzungsstrukturen des Militärs und der Marine galt: In den Bau- und Budgetplänen spielte die Festung stets die Hauptrolle.

Die Reichskasse finanzierte hier, wie grundsätzlich in allen Städten, den Bau von Staatseinrichtungen, welche deswegen in den Bebauungs- und Architekturplänen überrepräsentiert waren, während für die privaten Wohn- und Wirtschaftsviertel nur Grundparzellen, Straßenzüge und Häusermuster erarbeitet wurden. Dadurch ergab sich eine oft fehlinterpretierte Diskrepanz zwischen den offiziellen Stadtbauplänen, der faktischen Bebauung und der allgemeinen Stadtentwicklung. Auch die Festung von Cherson rückte trotz der hier untergebrachten zivilen und militärischen Verwaltungsorgane nie zu einem tatsächlichen Stadtzentrum auf und diente den anderen Stadtteilen nur nominell als Bezugspunkt.²⁹ Die entscheidende Rolle, welche die Regierung dem Handel zuwies, gaben die Baupläne und der staatliche Finanzierungsaufwand daher keineswegs wieder.

Von den vier Vorstädten Chersons entfaltete sich, wie der Wiener Geschäftsmann Johann Philipp Balthasar Weber bereits in den 1780er Jahren feststellte, die einzige zivile Kaufmannsvorstadt zum „bevölkertste[n] Theil der Stadt [...], wo am meisten Leben und Thätigkeit herrschet, weil hier auch die eigentlichen Handelsgeschäfte getrieben werden“.³⁰ Cherson avancierte zum ersten Freihandelshafen im russländischen Süden und blieb bis zum Krieg von 1787-1792 der

²⁷ Vgl. Zacharov, Načalo, S. 223.

²⁸ Zur Auseinandersetzung zwischen A. L. Sokolov und I. A. Gannibal vgl. RGVIA, f. 52, op. 1, čast' 1 (194), d. 226, čast' 1, l. 29-29ob und l. 98.

²⁹ Vgl. Pavel Sumarokov, Putešestvie po vsemu Krymu i Bessarabii v 1799 g. s istoričeskim i topografičeskim opisaniem vsech tech mest, Moskva 1800, S. 20. Zu den Diskussionen um die Unterbringung der zivilen Nutzbauten innerhalb der Festung vgl. RGVIA, f. 52, op. 1, čast' 1 (194), d. 143, čast' 5, l. 2.; Johann Ph. B. Weber, Die Russen oder Versuch einer Reisebeschreibung nach Russland und durch das Russische Reich in Europa, herausgegeben von Hans Halm, Innsbruck 1960, S. 112.

³⁰ Ebd., S. 110.

bedeutendste Umschlagplatz für den internationalen Großhandel.³¹ Diese Entwicklung forcierten sowohl die russländische Regierung als auch die ausländischen Interessenten.³² Im Stadtbild zeigte sich das Resultat in der dichten Besiedlung der Händlervorstadt, welche die Stadtplaner nur als ein Gitternetz entworfen hatten. Die Bebauung erfolgte hier durch die Grundstückseigentümer, zu welchen beispielsweise auch die französischen und österreichischen Konsuln gehörten.³³ Erst Mitte der 1780er Jahre reagierte die Stadtverwaltung auf diese Entwicklung und traf etwa mit der Anlage eines öffentlichen Gartens reaktive Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in diesem Stadtteil.³⁴ Diese Entfaltung des Handels in Cherson entsprach somit nicht den Bauplänen, sondern der in den grafischen Quellen nicht greifbaren merkantilistischen Staatspolitik.³⁵

3. Der wirtschaftliche Nutzen

Der schnelle Erfolg Chersons als Handelshafen entsprach der Erwartungshaltung der politisch einflussreichen Kreise am Petersburger Hof. Grundsätzlich war deren Skepsis gegenüber den Eroberungen am Schwarzen Meer aufgrund der hohen Kosten und der unsicheren außenpolitischen Perspektiven groß.³⁶ Um zumindest die Kosten auszugleichen, verlangte man in Regierungskreisen den neuen Territorien einen schnellen wirtschaftlichen „Nutzen“ ab, wie Katharina II. in ihren Briefen an Potemkin noch zu Beginn der 1780er Jahre ausdrücklich betonen musste.³⁷ Diese Erwartungen entsprachen der Auffassung, dass es genüge, die Städte als Umschlagpunkte und das Hinterland als Absatzmarkt zu instrumentalisieren. Entsprechend diesen Vorstellungen wurden beispielsweise auch in den spanischen Überseekolonien vom Handel geprägte mo-

³¹ Vgl. RGVIA, f. 52, op. 336, čast' 3, svjazka 229, d. 3, l. 33-34. Zur Handelspolitik vgl. Matthew Romaniello, *Enterprising Empires. Russia and Britain in Eighteenth-Century Eurasia*, Cambridge 2019, S. 219-220.

³² Vgl. Natal'ja Ju. Bolotina, *Predislovie*, in: Dies./Ta'jana A. Lapteva (Hrsg.), *Prisoedinenie Kryma k Rossii 1783-1796. Sbornik dokumentov*, Moskva 2019, S. 49-50.

³³ Vgl. Marija B. Michajlova, *Sudostroitel'nye i portovye goroda*, in: Nikolaj F. Guljanickij (Hrsg.), *Russkoe gradostroitel'noe iskusstvo. Peterburg i drugie novye rossijskie goroda*, Moskva 1995, S. 302-341, hier S. 317f.

³⁴ Viktor B. Pivorovič/Sergej A. Djačenko, *Ulicami starogo Chersona*, Cherson 2002, S. 52, 177.

³⁵ Vgl. A. E. J. Morris, *History of Urban Form Before the Industrial Revolutions*, Harlow/New York (3. Aufl.) 1994, S. 224; in diesem Sinne auch Kavun, *Dolgij vek*, S. 25.

³⁶ Vgl. Hugh Ragsdale, *Evaluating the Traditions of Russian Aggression. Catherine II and the Greek Project*, in: *The Slavonic and East European Review* 66:1, 1988, S. 112-114.

³⁷ Katharina an Potemkin vom 4.02.1784 in: Lopatin, *Briefnr.* 698.

nofunktionale Städte gegründet.³⁸ Der Langzeitnutzen einer derartigen wirtschaftlichen Anbindung der Grenzgebiete war allerdings fraglich, und im Laufe der 1780er Jahre entwickelte Potemkin in seinen Berichten immer deutlicher eine Vorstellung von der integralen Rolle der neuen Regionen innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsstrukturen des Reiches. Basierend auf den Erkenntnissen der landeskundlichen Forschungsexpedition der Russländischen Akademie der Wissenschaften sowie den Erfahrungen der örtlichen Administration leitete der Fürst Maßnahmen ein, welche die Güterproduktion für den Innen- und Außenmarkt in der Region ermöglichen sollten.³⁹

Aus Potemkins Briefen ist deutlich erkennbar, dass die wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Neurussland und Taurien seit den 1780er Jahren vor allem das Handwerk begünstigen sollten.⁴⁰ 1787 fasste Potemkin in einem offiziellen Bericht zusammen, welche Produktionen vor Ort sinnvoll und für das Reich notwendig seien.⁴¹ Er sprach sich für die Etablierung und Förderung moderner Herstellungstechniken aus, darunter auch explizit des Textilgewerbes, und die Entwicklung der Luxusgüterproduktion in Konkurrenz zu ausländischen Importen.⁴² Unter den landwirtschaftlichen Tätigkeiten, die nach wie vor die Lebensgrundlage und den Hauptanteil des Exports bildeten, suchte er diejenigen zu begünstigen, die eine weiterverarbeitende Produktion vor Ort ermöglichten.⁴³ Die wirtschaftlichen Strukturen wurden dabei zunehmend regional angelegt und sollten die Städte untereinander und mit dem landwirtschaftlich genutzten Hinterland durch ein umfassendes Produktions- und Handelsnetz verbinden.⁴⁴ Der noch in den 1770er Jahren zum wirtschaftlichen Selbstzweck der

³⁸ Claudia Beatriz Murray, *The Politics of Health. Urban Regulation and Planning in the Spanish Colonies during the Eighteenth Century* in: Terry R. Slater/Sandra M.G. Pinto (Hrsg.), *Building Regulations and Urban Form, 1200-1900*, London/New York 2018, S. 213-230, hier S. 216-217.

³⁹ Vgl. Nikolaj N. Murzakevič, *Rasporjaženija svetlejšego knjazja Grigorija Aleksandroviča Potemkina-Tavričeskogo*, in: *Zapiski Odesskago Obščestva Istorii i Drevnostej (ZOOID)* 12, 1881, S. 249-329, hier S. 316f.; Koval'čuk, S. 11, 186-187, 194-199; zur Forschungsexpedition vgl. Maksim Ė. Kavun, *Akademik Vasilij Zuev i ego „Putešestvennyja zapiski“ v kontekste kul'turnoj geografii Severnogo Pričernomorja*, in: Zuev V. F., *Putešestvennyja zapiski ot S. Peterburga do Chersona v 1781 i 1782 godu*. Reprint der Ausgabe von 1787, Dnepropetrovsk 2011, S. VII-XXVIII, hier S. IX-X, XII-XIV und XXVI-XXVIII.

⁴⁰ Vgl. Aleksandr Ju. Malenko, *Grigorij Aleksandrovič Potemkin - General-gubernator Novorossii i Tavridy, Simferopol'* 2018, S. 168-179; Koval'čuk, S. 161-171.

⁴¹ G. A. Potemkin an Katharina II., vor 13.10.1786, in: Lopatin, S. 210-211.

⁴² Vgl. Romaniello, S. 219.

⁴³ Vgl. Potemkin an Kochovskij von 1785 in: Murzakevič, *Rasporjaženija*, S. 320.

⁴⁴ Ėnessa G. Istomina, *Vnutrennjaja torgovlja Novorossii vo vtoroj polovine XVIII v.*, in: Zacharov, *Istorija*, S. 219-221.

Stadtgründung von Cherson erklärte Fernhandel integrierte sich in den späten 1780er Jahren damit zusehends in breiter gefächerte ökonomische Strukturen.

4. Das städtische Netzwerk

In den erweiterten städtebaulichen und wirtschaftsfördernden Plänen der frühen 1780er Jahre behielt Cherson die Funktion eines Fernhandelshafens. Unter dessen war beispielsweise Ekaterinoslav (heute Dnipro), die 1785 neugegründete Hauptstadt der Statthalterschaft, als Zentrum der Produktion von Luxusgütern geplant, die auf dem Wasserweg nach Cherson zum weiteren Handel gebracht werden konnten.⁴⁵ Bei der Gründung von Cherson ein Jahrzehnt zuvor hatte die eigenständige Produktion von Verbrauchs- oder Handelsgütern noch keine Rolle gespielt. Die karge Umgebung, in der die Stadt aus militär- und handelsstrategischen Gründen erbaut wurde, ließ keine nennenswerte landwirtschaftliche Nutzung zu und ziviles Handwerk auf Fabrikniveau war in den Bauplänen nicht vorgesehen.⁴⁶ Die Administration schuf keine Voraussetzungen für Chersons wirtschaftliche Selbständigkeit. Aber auch die zivile Stadtbevölkerung, die das Leben in der Händlervorstadt prägte, war einerseits in kultureller Hinsicht zu heterogen, andererseits zu sehr auf den überregionalen Handel ausgerichtet, um der Entwicklung der Stadt andere Impulse geben zu können.⁴⁷ Eine mithandelnde Öffentlichkeit, welche die baulichen und wirtschaftlichen Strukturen Chersons auf lange Sicht hätte mitgestalten können, fehlte hier im Gegensatz zu vielen anderen Stadtgründungen in der Region weitgehend.⁴⁸

Mit der Grenzverlagerung der 1780er Jahre büßte Cherson zudem seine entscheidende Position im System der Grenzfestungen und Handelshäfen ein, als verkehrstechnisch besser gelegene Standorte zugänglich wurden. Eine Diversifizierung sowohl des russländischen Außenhandels als auch des Schiffbaus durch die Gründung beziehungsweise den Ausbau weiterer Häfen und Werften innerhalb des Zuständigkeitsgebiets Potemkins fand entsprechend der territorialen Erweiterungen in zwei Wellen nach 1783 und nach 1788 statt. Auf seinen Vorschlag hin erklärte Katharina II. auf der Krim neben Sevastopol' auch Feodosia und Taman' zu Freihandelshäfen.⁴⁹ Die Hafenstädte sollten der Zirkulati-

⁴⁵ Vgl. N. N. Murzakevič, Pis'ma pravitelja Tavričeskoj oblasti V. V. Kochovskogo, in: ZOOID 10, 1877, S. 235-261, hier S. 251, 271.

⁴⁶ Vgl. Zuev, S. 219f.; Pivorovič/Djačenko, S. 52, 177.

⁴⁷ Ähnlich zu Taganrog Zacharov, Načalo, S. 227f.

⁴⁸ Zum Begriff der „mithandelnden Öffentlichkeit“ vgl. Schäfers, S. 154; als Gegenbeispiel seien Mariupol' oder Nachičevan' aufgeführt, vgl. Belov, S. 217f.

⁴⁹ Vgl. das Manifest Katharinas II. zur Erleichterung des Handels in Cherson, Sevastopol'

on von Handelswaren dienen, wobei mit Zollregelungen für jeden einzelnen Freihandelshafen protektionistische Vorkehrungen zur wirtschaftlichen Förderung seiner Umgebung getroffen wurden.⁵⁰ Der Russisch-Österreichische Türkenkrieg 1787-1792 brachte Korrekturen in diese Pläne ein. Potemkin erklärte 1787 Sevastopol' zur geschlossenen Marinebasis und wies ausländische Händler aus Cherson aus. Nikolaev (heute Mykolajiw), gegründet während des Krieges am Zusammenfluss von Ingul und Bug nahe der neuen Reichsgrenze, sollte nun die beiden zentralen Funktionen einer Marinewerft und eines Handelshafens erfüllen.⁵¹ Im Gegensatz zu Cherson berücksichtigte Potemkin die Produktionsmöglichkeiten der neuen Stadt bereits bei der Planung.

Potemkin machte Nikolaev zur neuen Hauptwerft für große Marineschiffe; auf sein Betreiben hin erklärte Katharina II. nach dem Krieg auch diese Stadt zum Freihandelshafen. In Cherson blieben der Lokalhandelshafen und eine Werft für kleinere, leichtere Schiffe bestehen. Mit solchen Funktionsverlagerungen und -fragmentierungen, von denen bereits Taganrog zugunsten von Cherson betroffen gewesen war, vergrößerte sich die Anzahl an Standorten für den Schiffbau und den Seehandel.⁵² In Cherson ließ Potemkin außerdem während des Krieges eine Stahlgießerei anlegen, welche Nikolaev nicht nur mit Kanonen und Munition versorgte, sondern beispielsweise auch die große Glocke für die Kathedrale der neuen Nachbarstadt herstellte.⁵³ Zur wirtschaftlichen Selbständigkeit Chersons in Friedenszeiten trug jedoch die Manufaktur zur Wollverarbeitung, die hier um 1800 entstand, deutlich mehr bei.

Während Cherson auf diese Weise erst nach einigen Jahrzehnten seiner Existenz eine ökonomische Grundlage jenseits des Fernhandels entwickeln konnte, machten sich die hier erlangten stadtplanerischen und organisatorischen Erfahrungen bei der Gründung von Nikolaev bemerkbar. Potemkin ließ diese Stadt von einer Gruppe von Militäringenieuren und einem erfahrenen Zivilstadtplaner als eine kompakte Anlage um ein ziviles Zentrum entwerfen, und bereits die Bestandpläne von 1795 zeigten eine durchgehende Bebauung.⁵⁴ Aus den Interessenskonflikten in Cherson hatte man ebenfalls gelernt: Die Aufsicht über alle Funktionen der Stadt hatte von Beginn an nur ein Verantwortli-

und Feodoisija vom 22.02.1784 in: Bolotina/Lapteva, S. 113f.

⁵⁰ Vgl. Romaniello, S. 219f.

⁵¹ N. N. Murzakevič, *Kakija prikazanija Ego Svetlosti byli ober-krigskomisararu Faleevu [...] 1791 goda*, in: ZOOID 13, 1786, S. 184-186, hier S. 186; Potemkins Bericht an Katharina II. vom 10.11.1789, RGVIA, f. 52, op. 2, d. 11, l. 194; Katharinas II. Genehmigung des Stadtbaus vom 7.12.1789, RGVIA, f. 52, op. 2, d. 33, l. 137ob.

⁵² Murzakevič, ZOOID 13, S. 184-186; Vgl. Zacharov, *Načalo*, S. 223.

⁵³ Vladimir V. Ščukin, *Nikolaevskij Admiraltejskij sobor. Očerki istorii*, Nikolaev 2017, S. 23, 39.

⁵⁴ Timofeenko, S. 144f.

cher, Michail L. Faleev.⁵⁵ Bald konnte Nikolaev nicht nur Chersons Funktionen übernehmen, sondern beispielsweise auch die Bildungseinrichtungen beherbergen, die zuvor für die Stadt Ekaterinoslav vorgesehen waren.⁵⁶ Schließlich begünstigte Potemkin die Erschließung der Umgebung Nikolaevs explizit durch die Ansiedlung von Bauern und die Gründung einer Agrarschule, welche die Modernisierung der Landwirtschaft im gesamten Reich anstoßen sollte. Bei der enormen Bedeutung, welche dem Weizenexport für die russländische Handelsbilanz ungeachtet aller Bemühungen zur Entwicklung der verarbeiteten Produktion zukam, eröffneten diese Maßnahmen weitere Perspektiven für das Hinterland des geplanten Fernhandelshafens.⁵⁷

5. Zusammenfassung

Dieser kurze Überblick über die Bau- und Planungsentwicklungen der Stadtgründungen in der Ekaterinoslaver Statthalterschaft im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts verdeutlicht, wie die Administration ihre Ziele unter den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen zu erfüllen suchte und dabei flexibel sowohl pro- als auch reaktive Lösungsansätze erarbeitete. Militärische und handelswirtschaftliche Aufgaben prägten grundsätzlich die Planung der Städte und entschieden über die Strukturanlagen der ersten Gründungen. Auf der Ebene der Einzelstädte fanden immer wieder Anpassungen der Nutzungsstrukturen statt, die auch eine Wandlung des gesamtwirtschaftlichen Erschließungskonzeptes widerspiegeln. Diese Anpassungen der funktionalen Zuteilungen vollzogen sich aber auch auf der regionalen Ebene, wenn bestehende Städte ihre anfänglichen Aufgaben an andere Gründungen abgaben und neue zugewiesen bekamen. Mit Taganrog, Cherson und Nikolaev findet sich eine Abfolge von Städten, die ihre primären Funktionen des zentralen internationalen Großhandelshafens und der Hauptwerft aneinander abtraten. Auch nach dem Tod Potemkins sollte die Suche nach der optimalen Lösung dieser Anforderungen fortgesetzt werden, die erst mit der Gründung von Odessa (1794) zufriedenstellend erfüllt wurden.⁵⁸

⁵⁵ Vgl. Zacharov, Načalo, S. 224; Zuev, S. 256-258; Nikolaj F. Dubrovin (Hrsg.), Bumagi knjazja Grigorija Aleksandroviča Potemkina-Tavričeskogo, Bd. 3: 1790-1793, St. Petersburg 1895, S. 160, Nr. 223.

⁵⁶ Vgl. Vladimir V. Ščukin/Andrej N. Pavljuk (Hrsg.), Starina Nikolaevskaja i Očakovskaja. Antologija. Bd. 1. Starina Nikolajevskaja, Nikolaev 2016, S. 5-16; N. N. Murzakevič, Ordera knjazja Potemkina-Tavričeskogo, in: ZOOID 4, 1860, S. 363-377, hier S. 369.

⁵⁷ Vgl. Maja Lavrinovič, Sozdanie social'nych osnov imperii v XVIII veke, in: Ab imperio H. 3/2002, S. 117-136, hier S. 126-128.

⁵⁸ Vgl. Zacharov, Načalo, S. 224-226; Sumarokov, S. 193; Timofeenko, S. 151-156. Vgl. hierzu den Beitrag von Boris Belge in diesem Themenheft.

Mikhail Belan

Recruitment in Provincial Towns. Social Relations and the Evolution of Political Culture during the Napoleonic Wars

By the 1800s, social relationships and political culture in provincial Russian towns were close to those of the peasantry. The meshchane – the commune of lower- and middle-income families – nominated recruits to the military, a practice inherited from the rural commune. The nomination, dominated by commune leaders and rich families, helped to maintain traditional social and political order. This is a study of three towns in the province of St. Petersburg during the regular military levies of the 1790s-1810s, but especially during the first nationwide mobilizations in Russia – the militia levies of 1806-7 and 1812. During the first militia levy, traditional nomination proved insufficient for the purposes of mass war. Far more recruits were required: bias, conflict, and violence increased. Commune elders used nominations to cleanse the town of undesirables. In response, new legislation in 1808-10 improved the position of single men, the poor, small families, and newcomers. This reduced conflict and delay during the recruit levies. The positive changes were especially visible during the 1812 militia levy. In the longer term, the revision of nomination had an important regulatory and modernizing effect.

1. Introduction

The period from the end of the eighteenth to the beginning of the nineteenth century was an important period of transition from the early modern era to the modern age. Reinhart Koselleck has called it *Sattelzeit*.¹ These decades are known for rapid economic changes as well as radical social, political, and institutional transformations.² It was also the first period of mass wars, marked by militarization, mobilization, and growing permeation of the state into the economic, social, political, and cultural life of the society – the expansion of the

¹ Elisabeth Décultot/Daniel Fulda (eds.), *Sattelzeit. Historiographiegeschichtliche Revisionen*, Berlin 2016, p. 2-3.

² Eric Hobsbawm, *The Age of Revolution. Europe, 1789-1848*, London 1962; Charles Tilly, *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton 1975; Charles Tilly, *Coercion, Capital, and European States AD 990-1990*, Oxford 1990; Michael Mann, *The Sources of Social Power. Vol. 2: The Rise of Classes and Nation-States, 1760-1914*, Cambridge 1993.

fiscal-military and police state.³ This contribution opens up new avenues for research on the effect of the Napoleonic Wars on European towns and its people. The requests by the state for recruits increased exponentially: The impact of these growing demands on the evolution of social and political life in provincial towns is an important topic of research.

This article examines the case of provincial towns in the Russian northwest. I analyse and compare how recruits were nominated by communes in three district capitals of St. Petersburg province during regular military levies, which took place every autumn, and militia levies – two special mobilization levies in 1806-7 and 1812. The study is based on local sources derived from the archives of provincial town councils.⁴ It examines the everyday life of communes and families and shows how during the Napoleonic Wars the process of nomination, and the actions and concerns behind it changed. The article argues that increased requests for recruits – especially during the first militia levy – led to a crisis of traditional communal nomination, inherited from rural political culture. This forced the government to revise the system of nomination between 1807 and 1812. The new system not only helped to improve the supply of manpower. It contributed to the replacement of traditional practices and political culture with new norms and regulations, which had a profound effect on social relationships and political life in urban communes. The case of Russia shows how the increased requirements of the Napoleonic Wars could have a modernizing and regulatory effect on provincial towns.

2. Provincial urban communes. The three towns of the northwest and the military levies in the 1800s-1810s

Russian towns and their residents have always been seen as different from their counterparts in Western or Central Europe. Most of them were small and remained underdeveloped in economic terms. Many district capitals performed administrative functions, with most residents – the common people – employed in agriculture, small trade, and crafts. Politically, towns depended on provincial authorities. In 1785, urban reform reshaped the social and political organisation of Russian towns, awarding them limited self-government: The families who qualified elected the town council, presided over by the town head. The council received the Emperor's manifestos, provincial governors' or-

³ John Brewer, *The Sinews of Power. War, Money and the English State, 1688-1783*, London 1989; Mark Raeff, *The Well-Ordered Police State. Social and Institutional Change through Law in the Germanies and Russia, 1600-1800*, New Haven 1983.

⁴ Most sources are from TSGIA SPb (Central State Historical Archive of St. Petersburg) and RGIA (Russian State Historical Archive, St. Petersburg).

ders, called commune meetings, and sent reports. Six legal categories, or estates, of town residents were constituted, each with its own commune. But in most provincial towns, common people belonged only to two estates: either to the merchants, the upper class, or to the *meshchane*, which included families of lower and middle income, who did not declare the minimum capital required for registration as merchants. Both estates had their communes, selected elders, and collectors of taxes. Most families belonged to the *meshchane* commune, they were employed in small trades, crafts, and in the tertiary sector, where they worked as clerks, coachmen, builders, and day labourers. Boris Mironov argues that the political culture of the *meshchane* in the 1800s was still close to that of the peasant commune.⁵ The *meshchane*, as well as the peasant communes, collected a poll tax from the male members of each household – for which the entire commune was responsible. During regular recruit levies, announced almost every autumn, the commune was responsible for the nomination of men, who were required to serve for a term of 25 years.

St. Petersburg province belonged to the Russian northwest: Towns here have been at the forefront of urban development⁶, but have been less extensively studied than towns around Moscow or along the Volga.⁷ At the centre of this study are three district capitals of differing size and economic background. Novaia Ladoga was located on the Ladoga canal, an important link connecting the Volga to the Neva, St. Petersburg, and the Baltic Sea. About 900 *meshchane* men, and a smaller commune of merchants, were registered here in 1806-12.⁸ They were buying and selling timber, Russian and German textiles, oats, leather, hemp, candles, and provisions. Some owned small vessels and transported goods and passengers along the canal.⁹ Gdov was a smaller centre on the way from Pskov to Narva, dealing mostly in the sale of provisions from the district. In 1806 there were 139 *meshchane*¹⁰, and about 200 in 1812.¹¹ Sofia, from 1808 on known as Tsarskoe Selo, was a commune of craftsmen, largely serving the Tsars' residence. There were 768 *meshchane* here in 1806; in 1812 only

⁵ Boris Mironov, *Sotsial'naia istoriia Rossii perioda imperii (XVIII — nachalo XX v.)*, Vol. 1, St. Petersburg 2003, p. 496-499.

⁶ J. Michael Hittle, *The Service City. State and Townsmen in Russia, 1600-1800*, Cambridge, MA 1979, p. 26.

⁷ Catherine Evtuhov, *Portrait of a Russian Province. Economy, Society, and Civilization in Nineteenth-Century Nizhnii Novgorod*, Pittsburgh 2011.

⁸ On the Novaia Ladoga militia, 1812, in: TSGIA SPb, f. 685, op. 1, d. 500, ll. 108-132.

⁹ Topographical description of St. Petersburg province, ca. 1782, in: RGVIA (Russian State Military-Historical Archive, Moscow), f. 846, op. 16, d. 18999, l. 98v.

¹⁰ On the Gdov militia, 1806-7, in: TSGIA SPb, f. 885, op. 1, d. 215, ll. 2, 24.

¹¹ On the Gdov militia, 1812, in: TSGIA SPb, f. 885, op. 1, d. 345, l. 16.

550 – or 883 with Gatchina and Pavlovsk, whose communities were annexed to Tsarskoe Selo in 1811.¹²

Russia's military engagements intensified dramatically from 1805 onwards when a decade-long period of hostilities with Napoleonic France, the Ottoman Empire, Sweden, and Persia began. Besides increased regular levies, requesting more men from the communes, special militias were mobilised in 1806-7 and 1812.¹³ Previous studies¹⁴ have largely been devoted to the contributions of nobles, clergy, and merchants from towns. Most prominently, Janet Hartley has focused on supplies of men and money from towns for the 1812 militia¹⁵, in order to explore to what extent militia service and donations were genuinely voluntary, correcting the opinion of Vasilii Babkin, who had emphasised the massive voluntary involvement of all classes in the war of 1812.¹⁶ The ways in which the communes nominated recruits during regular and militia levies are analysed in detail in the following sections. This will allow us to see how increased requests for recruits led to a crisis of traditional communal nomination, how the problems were solved by the government, and what effect it had on social and political life in *meshchane* communes.

3. *The traditional system of nomination by commune*

According to the established system, the town council, upon receiving a manifesto for a new levy in the autumn, scheduled a meeting of the *meshchane* commune. The commune would be swift to nominate men, but the problem proved to be getting hold of them and preventing them from fleeing. The three councils recorded a massive evasion during levies. Men could be appointed as recruits in various years, but never actually sent. Many under the age of 35 would go into hiding – the conscription usually being confined to men aged 17-35. The councils' files show that delays, conflicts, and evasion were caused by two problems: First by accusations of dissolute behaviour, and second by

¹² On the Sofia militia, 1806-7, in: RGIA, f. 488, op. 1, d. 907, l. 21; on the Tsarskoe Selo militia, 1812, in: RGIA, f. 488, op. 1, d. 1060, ll. 84, 121A.

¹³ Irina Lapina, *Zemskoe opolchenie Rossii 1812–1814 gg. Issledovanie prichin vozniknoveniia gubernskikh voinskikh formirovaniia i analiz osnovnykh etapov ikh uchastiia v voine s Napoleonom*, Diss. phil., St. Petersburg 2008.

¹⁴ Aleksei Dzhivelegov/Sergei Mel'gunov/Vladimir Pichet (eds.), *Otechestvennaia voina i russkoe obshchestvo, 1812–1912*, Vol. 5, Moscow 1912, p. 43-73, and p. 114-120.

¹⁵ Janet Hartley, *Patriotism in the Provinces in 1812. Volunteers and Donations*, in: Janet Hartley/Pail Keenan/Dominic Lieven (eds.), *Russia and the Napoleonic Wars. War, Culture and Society, 1750–1850*, London 2015, p. 148-162.

¹⁶ Vasilli Babkin, *Narodnoe opolchenie v Otechestvennoi voine 1812 goda*, Moscow 1962, p. 37.

poorly regulated selection among families required to contribute, leading to conflicts between large and small and rich and poor households.

In theory, the largest families ought to have provided the most nominees. But in a world of mutual responsibility, those not making a stable financial contribution to the commune were often deemed the most expendable: The *meshchane* were keen to get rid of such undesirables before requiring stable families to contribute men. The main way to dispose of undesirables was by accusing them of dissolute behaviour. Communes had been able to nominate those who could not be tolerated in the commune for their vices, without regard to family status. To find these people, they asked whether the individual was married or not, whether he had children or elderly parents, or whether a family had contributed recruits in previous years. Individual charges were specified in the verdict signed by attendees of the commune meeting. The most frequent accusation was non-payment of state and city taxes, but undesirables might also be drunkards, brawlers, men of lewd behaviour, or absentees (people who spent months out of town without a passport). Some, particularly among the young, could be “riotous”, such as Ivan Vavilov from Novaia Ladoga, whose mother had many times requested that her unruly son be conscripted. When drunk, she alleged, he “beat his mother and sister half to death”.¹⁷ Nominated in several years, he was only sent to the militia in 1812.¹⁸ The traditional system favoured rich, influential, and large families. Some accusations were made up. Janet Hartley argues that communal nomination fossilised patriarchal relationships, fortifying the authority of the commune and household heads.¹⁹

It seems that *meshchane* were even more prone than peasants to utilise the nomination process for cleansing purposes. There were objective reasons for this, such as intensified migration to towns along with the growing inequality and pauperization that resulted from it. Marginalised people inevitably gravitated to towns. Newcomers were often former deserters or runaway serfs returning under amnesties from Sweden or Prussia. Beginning in 1787, the authorities also dispatched so-called “labourers” to provincial towns – *meshchane* from St. Petersburg and Moscow punished for minor crimes, who from 1799 on were assigned to provincial *meshchane* communes.²⁰ Such men were not welcomed, and urban communes had “the freedom to choose and the right to re-

¹⁷ On the 1810 recruit levy in Novaia Ladoga, 1810, in: TSGIA SPb, f. 685, op. 1, d. 428, ll. 9–10v, 14ov.

¹⁸ On the Novaia Ladoga Militia, 1812, in: TSGIA SPb, f. 685, op. 1, d. 500, ll. 8v, 12, 190.

¹⁹ Janet Hartley, *Russia, 1762–1825. Military Power, the State, and the People*, Westport 2008, p. 47.

²⁰ Pavel Ryndziunskii, *Gorodskoe grazhdanstvo doreformennoi Rossii*, Moscow 1958, p. 50.

fuse”;²¹ they were allowed to limit the entry of new men into their commune. But at the turn of the century, for fiscal purposes, decrees began to require that all men of no fixed abode be registered with communes, threatening defaulters with being sent to the army or to Siberia for settlement. To help integrate newcomers, in 1804 nominating them as recruits – even if dissolute – was prohibited for several years.²² But *meshchane* still seemed inclined to discriminate against the families of recent newcomers. For instance, in north-western towns there were a lot of newcomers from among Romani families.²³ In Gdov, in a list of ten men appointed to the militia in 1812, at least two were Romani: they and their father fled and were chased across several districts in the St. Petersburg and Novgorod provinces.²⁴

From the 1780s to the early 1800s, the communes of all towns reviewed nominated almost exclusively undesirables, and a great proportion of these were designated as dissolute.²⁵ Moreover, it was the usual practice to send such men as recruits throughout the year. The communes held and accumulated receipts of acceptance for these men. These receipts would then be presented and counted whenever a new levy was announced in the autumn, serving to reduce the number of “live” men who had to be sent, especially during demanding wartime levies.

The use of service nomination as a means to cleanse the town had its implications. It seems that recruits from towns were not young, on average close to thirty in the 1790s–1800s. Also, there were a lot of complaints about their low moral quality. Adjutant General F. K. Korf wrote that the number of pilferers and “known rogues” among men sent by *meshchane* was too high. He proposed to send good recruits to local units, and dissolutes to the standing army, farther from home.²⁶

The authorities were well aware of the drawbacks of commune nomination but were reluctant to make changes. Age was a concern, but not crucial: in 1812, even 40-year-old recruits were accepted.²⁷ Furthermore, nominating a large proportion of dissolutes, newcomers, and the poor minimised the state’s

²¹ Alison Smith, *For the Common Good and Their Own Well-Being. Social Estates in Imperial Russia*, Oxford 2014, p. 72–73.

²² PSZ-1 (Complete Code of Laws of the Russian Empire, Sam. 1., St. Petersburg 1830), Vol. 28, No. 21442.

²³ Smith, p. 89.

²⁴ Minutes of the Gdov town council, 1812, in: TSGIA SPb, f. 881, op. 1, d. 344, ll. 4–5, 6; Verdicts of the Gdov townsmen commune, 1812, in: TSGIA SPb, f. 881, op. 1, d. 345, l. 17.

²⁵ TSGIA SPb, f. 685, op. 1, d. 28, 49, 50, 98, 188, 230; RGIA, f. 488, op. 1, d. 6, 138, 458, 681, 835, 3286.

²⁶ F. K. Korf’s proposal, 5(17).01.1823, in: RGVIA, f. 846, op. 16, d. 17980, ll. 1–2.

²⁷ Liubomir Beskrovnyi, *Russkaia Armiia i Flot v XIX v.*, Moscow 1973, p. 73.

expenditure on urban police. The most important factor was to have an uninterrupted supply: as long as the traditional system provided enough men, the magistrates and wealthy families in *meshchane* communes were left free to exercise their powers.

4. The growth of demand for recruits. The militia levies of 1806-7 and 1812

From 1805 onwards, far more men were requested from the communes: The first militia levy in 1806-7 came as a particularly dramatic challenge. Before 1806, Russia had relied solely on its large professional army.²⁸ But during the late eighteenth and early nineteenth centuries, many countries were already experimenting with universal conscription and irregular or auxiliary forces. In November 1806, when a French invasion of Russia seemed inevitable²⁹, the idea of raising a militia was proposed by emperor Alexander I.³⁰ The manifesto of 30 November stressed that Austria and Prussia had been overcome so quickly because they had failed to create an army of reserves.³¹ Russia had a patriotic tradition to fall back on: In the early seventeenth century, it was a people's militia organised by the Volga towns that had ended a turbulent period of wars and occupations and had established the Romanov dynasty. There were recent examples of mass mobilization to look to: the *levée en masse* in France in 1793-4, or the anti-invasion mobilization of British militia in 1803-5.³²

In his manifesto, the Tsar appealed to the bravery and patriotism of the Russian estates, encouraging each to do its bit.³³ Both militias of 1806-7 and 1812 were advertised as a supportive second line: Men were to serve for the period of hostilities only. Militiamen saw little combat. Most were employed in siege work, patrolling, and escorting POWs.³⁴ They were permitted to go unshaven and to wear casual uniforms. Shaved heads and green greatcoats were associated with those conscripted to full-time army service.³⁵ Even so, the burden of service in the militia fell heavily on the communes of peasants and *meshchane*.

The manifestos in 1806 and 1812 made clear that it was the responsibility of communes to nominate, equip, and send militiamen, with town councils re-

²⁸ Hartley, *Russia*, p. 25-26.

²⁹ Dominic Lieven, *Russia against Napoleon. The Battle for Europe, 1807 to 1814*, London 2009, p. 266-268.

³⁰ Sergei Gulevich, *Istoriia Leib-gvardii Finl'iandskogo polka, 1806-1906 gg.*, Vol. 1, St. Petersburg 1906, p. 3.

³¹ PSZ-1, Vol. 29, Nr. 22374.

³² Hartley, *Patriotism*, p. 149.

³³ Lieven, p. 252.

³⁴ Gulevich, p. 19-25.

³⁵ PSZ-1, Vol. 29, No. 22374, 22385.

ceiving concrete orders in December 1806: 1 out of 16 men was to be dispatched from the province. At the expense of communes, they were to be clothed, supplied with provisions and salary for three months (3 roubles, rising to 6 for the 1812 militia), and armed with rifles or pikes.³⁶ The age was set at 17/20-45, but fit men in their fifties were also accepted. The first militia was slow to organise: It took four months to form the first battalions.³⁷ As the danger of an invasion had already passed, in March 1807 the ratio was lowered to 1 out of 57 men.³⁸

Meshchane were right to see service in the militia as a burden: In September 1807, all militiamen were transferred to the regular army, for a 25-year period.³⁹ This caused unrest, and the administration tried to regain lost trust. The 1812 manifesto on the militia announced that the transfer would not be repeated.⁴⁰ In 1812, 1 out of 10 men were required.⁴¹ The new militia was disbanded in 1814⁴², but the losses were significant. In the towns reviewed, about 40 % died, were left in hospitals, deserted et cetera (see table 1).

Table 1: Men from *meshchane* communes mobilised for militias: 1806-7, 1812.⁴³

First militia, 1806-7	Novaia Ladoga	Sofia*	Gdov
<i>Meshchane</i> commune in 1806 (men)	741	768	139
Requested in 1806 (1 in 16 men)	46	48	9
Revised in March 1807 (1 in 57 men)	13	13	2
Sent in 1807 (% of commune men)	13 (1,75 %)	24 (3,1 %)	2 (1,4 %)

³⁶ PSZ-1, Vol. 29, Nr. 22385.

³⁷ Gulevich, p. 24-35.

³⁸ PSZ-1, Vol. 29, No. 22496.

³⁹ Beskrovnyi, p. 72-73.

⁴⁰ PSZ-1, Vol. 32, No. 25188.

⁴¹ On the Novaia Ladoga Militia, 1812, in: TSGIA SPb, f. 685, op. 1, f. 500, ll. 18, 54.

⁴² PSZ-1, vol. 32, No. 22523, 22524.

⁴³ Men returned to St. Petersburg province towns, 1814, in: RGVIA, f. 395, op. 240, d. 17, l. 26.

Second militia, 1812	Novaia Ladoga	Sofia*	Gdov
<i>Meshchane</i> commune in 1812 (men)	898	883	200
Requested by end of July (1 in 10 men)	90	83	20
Sent by October 1812 (% of commune men)	45 (5 %)	83 (10 %)	20 (10 %)

* For 1806-7 figures are for Sofia; for 1812 – jointly for Tsarskoe Selo (543 *meshchane*), Gatchina (268), and Pavlovsk (72)

5. *The crisis of commune nomination during the 1806-7 militia levy*

It was during the 1806-7 enrolment that the first acute crisis with the supply of manpower occurred in the towns. The problems had already begun in 1805, as the demand for recruits increased exponentially due to Russia's involvement in the War of the Third Coalition. Men sought to evade military service in growing numbers. In Novaia Ladoga, when registering on the taxation lists for 1806, 82 *meshchane* moved up to the merchant rank, since merchants were exempted from the levy. The *meshchane* commune contracted 741 instead of 814 men, and that of merchants jumped from 294 to 369.⁴⁴ However, when the first militia call-up was announced on 30.11.1806, the authorities required far more men (see table 1) than had been supplied during the regular levies in previous years. By contrast, from the late 1780s to the early 1800s, communes of up to 1000 males, such as Novaia Ladoga or Sofia, provided no more than 6-7 recruits a year, even during wartime.

During the first militia levy, the supply of dissolutes, singles, and newcomers could not provide enough men, and communes had to make difficult decisions as to which families should contribute. In all towns, this led to delay, evasion, and conflict. Wealthy and large households were usually the most reluctant to provide recruits for the militia. The commune elites attempted to place most of the burden on the poor and less fortunate families. By February 1807, the nomination of single men and those from small families to the militia was prohibited, as was the detention of nominees in fetters. This was considered to be contrary to the spirit of the militia⁴⁵ (during regular levies, nom-

⁴⁴ On the recruit levy of 1806, Novaia Ladoga, in: TSGIA SPb, f. 685, op. 1, d. 230, ll. 22, 106.

⁴⁵ On the Serpukhov militia, 1806-7, in: TsGA g. Moskvyy (Central State Archive of Moscow), f. 1036, op. 1, d. 107, ll. 87, 90, 98.

inees would often be kept under close guard). Not all men sought to avoid military service deliberately. Many lived in cities – Moscow, St. Petersburg, or port cities such as Kronstadt – employed as coachmen, carpenters, builders et cetera. The labour migration of the townspeople in Russia in this period was lower than in Western and Central Europe, but may be underestimated. Lastly, the lack of means to enforce the verdicts of the communes, especially in critical times, was an acute problem of the Russian provincial town. There would be no more than a handful of investigators, employed by the commune, and several policemen under the chief of police paid from the council (town) budget.

As a result, during the 1806-7 militia call-up, a high degree of violence was reported in all towns. When those in hiding were found, it could even lead to bloodshed. The failings of the first militia in 1806-7 drew the government's attention to a range of problems – notably that the communal system of supplying men had reached its limits. Procrastination, evasion, and conflict led to supplies of militiamen being delayed.

6. New legislation on nomination 1808-1810 and changes in recruitment

In response, between 1807 and 1812 the government introduced important legal improvements to the system of nomination. First, in April 1808 new legislation appeared with regard to dissolutes, lending the process a quasi-judicial aspect. Many, so the preamble stated, had been abused by commune elders, “who during the last militia levy bypassed the rich and large families, and turned all the burden of duty on to poor single men, releasing from the militia only those who were able to satisfy their greed”.⁴⁶ New rules were introduced for state peasants (free peasants), and in 1809 they were also applied to *meshchane*.⁴⁷ Verdicts had to be signed in the town council building in the presence of the town head. At least 24 men were required to sign the verdict and swear under oath that any man accused “left no hope for improvement”. Headmen, tax collectors, and other commune elders were excluded from signing, so that “they could not use the power assigned to them for evil, and, favouring the rich, controvert the regulations by issuing verdicts which selected recruits by imputing to them various vices of which they were not guilty”.⁴⁸ Verdicts were approved by the town head, and sent to the governor within three days for ratification.

The poorly regulated selection from families changed with the recruitment manual of 1810, which implemented a system of recruit family groups. Families

⁴⁶ PSZ-1, Vol. 30, No. 22982.

⁴⁷ PSZ-1, Vol. 30, No. 23872.

⁴⁸ PSZ-1, Vol. 30, No. 22982.

were now arranged in groups depending on the number of labourers they contained. For example, in the first group there could be families with 9 labourers, in the second those with 8 – and in the last one, households with 1-2 men. During the levy, the largest families from the first group would be the first to provide men; and of these, the first to contribute were those families who had not done so in the recent past.⁴⁹ If a levy was large, families from the second group contributed their set of recruits, and so on. This spread the obligation, providing less opportunity for large families to evade.

These new measures helped lessen the number of disputes, delays, and appeals. Already during the regular levies of 1811-12, the process of nominating went faster. The new militia levy in 1812 caused significantly fewer problems and delays in towns, although more men were required than in 1806-7 (see table 1). The first parties of militiamen left the towns within two weeks after the manifesto of 6 July 1812 was received, and later contingents left every 7 to 10 days.⁵⁰ Of course, during the Patriotic War of 1812 there were more incentives for many men to join the militia voluntarily than there were in 1806-7 during the War of the Fourth Coalition.⁵¹ But evasion and absenteeism were still a problem. In Tsarskoe Selo, the commune suggested not renewing passports if any absentee showed up in the town – only such a measure could ensure that men remained available when needed.⁵² Tsarskoe Selo and Gdov eventually provided the required 1 out of 10 men. But rich Novaia Ladoga, the second town in the province after St. Petersburg, stopped at 1 out of 20. Moreover, the council rejected the governor's requests several times, insisting that if 1 out of 10 were sent, there would remain almost no men to pay taxes, only the elderly and children. It has often been argued that Russian towns – unlike their counterparts in Western and Central Europe – were powerless. In fact, the degree of their independence from the authorities may have been underestimated.

The legal improvements did not eliminate violations, but now there were fewer opportunities for them. For instance, the Novaia Ladoga commune appointed three men to the 1812 militia who had been held in the town prison for burglary and theft. This fact outraged the governor, who had ordered the appointment only of men who were of decent behaviour and who were present in the town.⁵³ In smaller towns violations were more frequent as Leontii Belokhvastov's account of a "commune meeting" in Pavlovsk reveals. On his way

⁴⁹ Lists of recruit groups in the towns of Moscow province, 1814, in: TsGA g. Moskvyy, f. 17, op. 1, d. 585.

⁵⁰ *Beskrovnyi*, p. 73.

⁵¹ *Lieven*, p. 259-265.

⁵² On the Tsarskoe Selo militia, 1812, in: RGIA, f. 488, op. 1, d. 1060, ll. 92, 94.

⁵³ On the Novaia Ladoga militia, 1812, in: TSGIA SPb, f. 685, op. 1, d. 500, l. 101.

home, he was hailed by the town head of Pavlovsk, the merchant Timofei Builov, who invited him to the tavern. A company of men sat “all drunk, but Builov sober”. Many of them had been fined for misdeeds and were thus not supposed to take part in town business. But they set about drafting lists of militiamen and soon demanded from Leontii 30 roubles, threatening to nominate him. Builov did not allow him to leave to fetch the money and already began demanding a written promise from Leontii to go for a soldier. Leontii had a wife, a 5-year-old son, three daughters, an elderly mother, “always paid taxes on time and had no fines” – whilst there were unmarried men from families with 2 and 3 unmarried males. He escaped only with difficulty.⁵⁴ Builov’s administration was a regular source of complaint, but he was not removed until after 1812. The arbitrariness of such individuals was inevitable in small towns. Self-government had only been introduced to Russian towns in the 1780s and legal awareness was still in its infancy.

The long-term social and political implications of legal adjustments to nomination were important. New procedures improved the power of individuals to resort to the law to defend themselves. The number of appeals to governors grew. Now governors overturned all verdicts that discriminated against small families, demanding that the commune select from large families. It became too difficult to send men from small families, the poor, newcomers, or “dissolutes” into the army.

The process of nomination begins to look increasingly well-regulated in the first decade after the end of campaigning in 1814. The book of receipts for recruits from Tsarskoe Selo in 1817-41 shows that by the 1820s nomination for dissolute behaviour had disappeared. In the early 1820s, urban communes also stopped buying receipts, for instance from nobles for non-returned militiamen, to be counted during the next levy – a normal practice in the previous decades, especially in the countryside. The age of recruits decreased: closer to 30 on average in the 1800s, and from the 1820s onward recruitment was restricted largely to 18 to 26-year-olds.⁵⁵ The entire process became far more regimented: One family supplied one of their youngsters, during the next levy another one, and so on. The rich, of course, still had more options – hiring substitutes or buying a waiver (500-2000 roubles). Thus, the bulk of recruits still came from low- to middle-income families.

Legal improvements could also have demographic implications. Discussion continues as to whether recruitment by commune played a role in preserving the large families of peasants in Russia or vice versa.⁵⁶ But in towns, increased

⁵⁴ Belokhvastov’s case, 1812, in: RGIA, f. 1060, op. 1, d. 1057, ll. 2-15.

⁵⁵ Tickets for Tsarskoe Selo recruits, 1817-1841, in: RGIA, f. 488, op. 1, d. 1152.

⁵⁶ Hartley, Russia, p. 33-38.

conscription could foster the division of big families. In view of the improved position of small families, the desire to evade military service was an important incentive to split.

7. Conclusion

The impact of the Napoleonic Wars on European society can be studied from different angles. The role of the increased demands of the state during the 1800s and 1810s in the social and political evolution of urban communities in various parts of Europe is an important field of exploration. This article has examined the role of mobilizations during the Napoleonic Wars in the evolution of social traditions, practices, and political culture of ordinary people in Russian provincial towns.

Alexander Martin argued that the war with Napoleon in 1812 irrevocably changed Russian urban communes.⁵⁷ In fact, their largest contribution to the war effort, by way of supply of recruits and militiamen, increased exponentially between 1805 and 1813.⁵⁸ The two militia levies were especially burdensome. The mobilization of manpower resources during the Napoleonic Wars led to crises in supplies of recruits, and to legal revision of the nomination by commune. The changes secured uninterrupted supply, but more importantly transformed the social and political milieu of the Russian provincial town. New norms had a modernising, pacifying effect. The rural political culture of old was giving way to norms which would shape towns to the present day.

⁵⁷ Alexander Martin, *The 1812 War and the Civilizing Process in Russia*, in: Janet Hartley/Pail Keenan/Dominic Lieven (eds.), *Russia and the Napoleonic Wars. War, Culture and Society, 1750–1850*, London 2015, p. 228-242.

⁵⁸ Lieven, p. 252.

Michel Abesser

An Incomplete Merger. Rostov-on-Don and Nakhichevan as Peculiar Urbanization Projects in the Russian Empire's South

The paper analyses Rostov and Nakhichevan on Don as a peculiar case of Russian Imperial urban development between the late eighteenth and early twentieth century. Gradually merging into one urban metropolis, both cities remained separate political entities with their own systems of self-governance and bureaucracies due to economic conjunctures and distinct patterns of migration. By focusing on gravitational and centrifugal factors between the Russian and Armenian communities, the article provides a dynamic perspective on how local elites and communities negotiated the promises of economic prosperity and the emerging challenges of nationalism within a shared multiethnic urban space. The example opens the view for a variety of development paths of cities beyond the "Western European standard case", as urban growth and economic entanglement between the two adjacent cities was not followed by political and administrative unification.

1. Introduction

In the final decades of the Russian Empire's existence, the adjacent cities Rostov and Nakhichevan-on-Don constituted one single urban metropolis with almost a quarter of a million residents. They were located at the crossroads of trade and transport routes between the Russian heartland, the Caucasus, the Southwestern governorates, Siberia, and the Black Sea World.¹ On the eve of the First World War, the inhabitants had every reason to expect a prosperous future due to increasing exports and the metropolis's industrial potential.² Ho-

¹ F. I. Potashev, *Grad Rostova, Rostov-na-Donu* 2007; Ilya Kuznetsov, *Proshloe Rostova. Ocherki po istorii goroda Rostova-na-Donu*, 2. ed., Rostov-na-Donu 2012; Sarkis Kazarov/Levon Batiev/Sergei Sayadov (eds.), *Nakhichevan'-na-Donu. Istoriya i sovremennost'*, Rostov-na Donu 2019.

² Natalya Samarina, *Rostov-on-Don in the Second Half of the 19th - early 20th Century. Dynamics and Specificities of the Socio-economic Development*, in: Gelina Harlaftis et al. (eds.), *Between Grain and Oil from the Azov to the Caucasus. The Port-cities of the Eastern Coast of the Black Sea, late 18th - early 20th Century*, Rethymnon 2020, p. 369-397; Sarkis Kazarov, *Nakhichevan-on-Don. Armenian Merchants and their Role in the Commercial Development of the Azov*, in: Harlaftis, *Between Grain and Oil*, p. 399-427; Vladimir Barxowdaryan, *Nor Naxievani haykakan gaowt-i patmowt-yown*, Erevan 1967.

wever, there was a key difference between the Russian Rostov and the Armenian Nakhichevan that distinguished these entities from other Russian economic centres such as St. Petersburg, Riga, Odessa, and Baku, a difference that was concealed in many of the city maps of the period: Rostov and Nakhichevan-on-Don remained two separate political entities with distinct systems of self-governance and bureaucracies administering a shared multiethnic urban space. Located on the lower reach of the river Don, on its estuary into the Sea of Azov, and surrounded by Don Cossack territory with its own legal and social system, the two cities constituted a dual administrative enclave within the Don region.³

The merging of cities is a key element of urban development in the modern era. Demographic growth, increasing economic entanglement, and the structural expansion of urban space often erased the distinction between two or more formally separated cities and could lead to the merging of both cities into one single metropolis. A new political status given to a city could further stimulate the administrative integration of cities, as the merger of Berlin with Kölln and four other towns into the Prussian capital of Berlin in 1710 exemplifies. Mergers of cities took place in multi-ethnic empires as well – the establishment of Austria-Hungary’s dual monarchy with Buda as the traditional capital of Hungary paved the way for the merger with Pest into one political administration in 1873. In the late Russian Empire, some of the most dynamic economic centres were located at its multi-ethnic peripheries, such as Riga, Odessa, and Baku.⁴ Ethnic diversity left its marks *within* different quarters of cities, dominated by Latvians, Germans, Greeks, or Jews. Though the Empire reigned over a variety of complex ethno-confessional urban landscapes with a variety of local self-administrations, the example of Rostov and Nakhichevan is unique as their dual ethno-political structure remained intact even when, at the end of the nineteenth century, their size, urban infrastructure, and entangled economy would have arguably justified the administrative merger into one city.

The roots of this specific setting date back to the late eighteenth century, when Catherine II integrated the northern Black Sea littoral into the Russian Empire.⁵ Nakhichevan and Rostov were products of absolutist policies of settlement and economic development in the age of enlightenment, which led to the

³ Shane O'Rourke, *Warriors and Peasants. The Don Cossacks in Late Imperial Russia*, Basingstoke 2000.

⁴ Guido Hausmann, *Universität und städtische Gesellschaft in Odessa 1865-1917. Soziale und nationale Selbstorganisation an der Peripherie des Zarenreichs*, Stuttgart 1998; Ulrike von Hirschhausen, *Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860-1914*, Göttingen 2006.

⁵ Marc Raeff, *In the Imperial Manner*, in: Marc Raeff (ed.), *Catherine the Great. A Profile*, New York 1972, p. 197-246; Hans Auerbach, *Die Besiedlung der Südukraine in den Jahren 1774-1787*, Wiesbaden 1965.

establishment of different legal and administrative systems.⁶ Between their foundation in the late eighteenth century and the eve of the Great Reforms in the 1860s, state politics towards non-Russian groups, the development of cities, and the diversity within the legal system changed fundamentally.

In all multi-ethnic cities of the late Tsarist Empire, cultural, social, and economic modernization took place in contradictory ways, which affected the co-existence of different ethnic groups. Over the course of the nineteenth century, tensions could arise between the socialization (*Vergesellschaftung*) of urban societies, fostered by economic cooperation, education, and (limited) political participation, and the communalization (*Vergemeinschaftung*) of different ethnic groups within the city, fuelled by emerging national identities. Where ethnic and social inequalities coincided, as was the case in Baku or Riga, the fear of social disintegration was palpable. After 1991, particularly those cities in the peripheral regions of European Russia, that became sites of escalating national conflict, drew the attention of historians. They emphasised economic, political, and demographic factors to explain them.⁷ Other studies focusing on urban development in these regions through the lens of modernization theories are often limited to the period between the Great Reforms and the First World War.⁸ The present study aims at a more balanced approach by expanding the period under investigation to the pre-reform era and considering culture as an equally important field for negotiating urban identities. In order to avoid any inevitability of ethnic conflict, this study of Rostov and Nakhichevan investigates gravitational and centrifugal factors contributing to socialization and communalization as the underlying dynamic of this specific urbanization process that would end in an “incomplete merger” of the cities.

This article discusses the reason both communities' economic successes and (relative) failures against the legacy of Russia's enlightened city planning. As consistent urban development was hampered by conflicting political goals of

⁶ Willard Sunderland, *Taming the Wild Field. Colonization and Empire on the Russian Steppe*, Ithaca 2016.

⁷ Christoph Mick, *Nationalismus und Modernisierung in Lemberg 1867-1914*, in: Carsten Goehrke/Bianka Pietrow-Ennker (eds.), *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Zürich 2006, p. 171-213; Ronald Suny, *The Baku Commune, 1917-1918. Class Nationality in the Russian Revolution*, Princeton 2019; A. Henriksson, *Riga. Growth, Conflict and the Limitations of Good Government 1850-1914*, in: M. Hamm (ed.): *The City in Late Imperial Russia*, Bloomington 1986, p. 177-207.

⁸ Rainer Lindner, *Städtische Modernisierung im südlichen Zarenreich. Ekaterinoslav und Zitomir, 1860-194*, in: Carsten Goehrke/Bianka Pietrow-Ennker (eds.): *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Zürich 2006, p. 281-316.

the centre and the peripheral location of both cities, analysing local actors and constellations becomes all the more important. By exploring the centrifugal and gravitational forces affecting the two communities, this paper seeks a more dynamic perspective on urban development within multi-ethnic regions of the Empire. The first section of this article discusses the conditions for Nakhichevan's early economic success and the factors that subsequently led to a reversal in the economic and demographic relation between Nakhichevan and Rostov. The second section addresses local and regional gravitational forces that contributed to the merging of the two. The third section discusses centrifugal forces that helped maintain a distance between the two cities and their residents as political and imagined communities.

2. Dominance and competition. Nakhichevan and Rostov in the pre-reform era

As the Empire's only – indirect – access to the Black Sea, the lower Don region gained military and economic importance in the eighteenth century. In 1749, the crown founded a custom post on the estuary of the Temernik into the Don to control and harvest the increased trade volume between Greeks, Tatars, Cossacks, and Ukrainian merchants in the region. To subject the Don Cossacks and secure the border against the Crimean Khanate, Empress Elisabeth ordered the construction of the fortress Saint Dmitrii Rostovskii in 1761. A multi-ethnic settlement of soldier families, merchants, artisans, and Cossacks was located west of the fortress, gradually developing into the city of Rostov.

In 1779, when the northern Black Sea coast had become part of the Empire, the crown founded the Armenian colony of Nakhichevan east of the fortress with three thousand Armenian settlers that had left the Crimean Khanate following promises of land and privileges. The imperial state wanted to deprive the weakened Ottoman vassal of its commercially most active population. Very much like the invitation of German settlers, Catherine II aimed at utilizing migrants' commercial and agricultural skills to develop the fertile but sparsely populated northern Black Sea provinces. Armenian colonists on the Don received material provisioning for erecting their town and were exempted from taxes and levies for 15 years. Inhabitants of the five surrounding Armenian villages worked their lands not as serfs but as free peasants. Catherine's charter of privileges guaranteed this ethnic (not estate-based) community extensive rights of self-government, exercised through a self-elected magistracy and their own court. The charter also provided the settlers with a distinct legal code that contained detailed regulations on criminal, civil, and family law, as well

as on Armenian trade practices, giving merchants and craftsmen a clear advantage within the weakly developed legal system of the Empire.⁹

At the core of Nakhichevan's self-government was a magistracy consisting of six members. It regulated the main issues of law, the police, the economy, and community welfare. Together with 24 elected persons, these six members formed the city дума, which elected the head of the city for a five-year term. As in most peripheral cities of the Empire, there was a clear discrepancy between the institutional framework of urban politics and local political practice.¹⁰ The poorly defined powers of дума and magistracy meant that the city head was in fact in a position of great formal and informal power over financial matters, while the local Armenian elites hardly distinguished between commercial and political activities, giving the system an oligarchic character.¹¹ At the same time, when this powerful position was filled with energetic people such as the entrepreneur Arutyun Khalibyan (1790-1871), who managed to triple the city's budget in his two tenures and entertained good, often informal relations with the regional imperial authorities, this form of self-government opened up great scope for further urban development.¹²

From the perspective of the imperial centre in St. Petersburg, Nakhichevan was one of the most successful settlement projects of the period of "enlightened colonialism"¹³ in southern Russia. Through Armenian trade and crafts, the city quickly developed into the economic pacesetter of the Don region, southern Russia, and the foothills of the Caucasus. The social composition of the colonists, many of them originating from the urban Crimean cultural milieu, gave Nakhichevan's trade and handicrafts an in-built advantage.¹⁴ Demographic developments reflected economic dominance: In 1810, the city's population outranked that of Taganrog, the largest port on the Sea of Azov, by 22 % and that of Novocherkassk, the newly founded capital of the Don Cossack host, by 45 %.¹⁵

⁹ Levon Batiev, *Novo-Nakhichevan Magistrate. Origin, Structure, Functions*, in: *Bylye Gody* 48:2, 2018, p. 518-527.

¹⁰ Boris Mironov, *Bureaucratic- or Self-Government. The Early Nineteenth Century Russian City*, in: *Slavic Review* 52:2, 1993, p. 233-255.

¹¹ Anatole de Demidoff, *Travels in Southern Russia, and the Crimea; through Hungary, Wallachia, & Modavia, during the Year 1837*, London 1853, p. 361.

¹² Minas Bagdykov/Georgii Bagdykov/Tigran Bagdykov, *Arutiun Khalibian, Rostov-na-Donu 2011*.

¹³ Cf. *Sunderland*, p. 53 f.

¹⁴ Cf. *Kazarov, Nakhichevan-on-Don*, p. 402.

¹⁵ Cf. Sergei Sushchii, *Nakhichevan' i Rostov-na-Donu. Sotsiodemograficheskie aspekty razvitiya (seredina-vtoraya polovina XIX veka)*, in: *Edik Minasian/Karine Chalabyan (eds.), Armianskaya obshchina Dona v noveishchii period. Istoriya, instituty*,

Armenian traders operated within an “immense triangle ... between Astrakhan, Leipzig and Asia Minor”¹⁶ and laid the foundation for growing prosperity and political goodwill in the region’s capital, Odessa and St. Petersburg. Their trade encompassed a wide range of products, from luxury goods such as caviar, silk, and jewellery to wool, tallow, and leather, as well as horses, cattle, and sheep. The expansion of trade into the Caucasus and the emerging cities of its northern foothills, such as Stavropol’, where numerous Nakhichevan families moved, was of particular strategic relevance for the Empire.¹⁷ Armenian merchants entered into intensive trade relations with various Caucasian “mountain tribes” well before the Empire was able to subjugate the region militarily.¹⁸

Key to the economic success of the city and the capitalist development of the entire region was the close interplay of trade and production.¹⁹ Unlike in most Russian cities, the free Armenian peasants of the surrounding area did not compete with the urban merchants but entered a symbiotic relationship by profitably selling their agricultural products for further processing. In 1822, one-third of the total population worked as artisans in 33 different manufactories, where tallow, leather and wool, candles, but also leather goods, weapons, clothing, and jewellery were extracted and manufactured.²⁰ This supply, combined with the demand for raw materials, directed long-term trade flows to the lower Don region, creating growing regional demand and helping establish market relations in the new Russian provinces.

Rostov long remained in the shadow of its economically successful neighbour. It did, however, benefit from advantageous regional conditions. Between the 1830s and 1860s, Rostov established itself as a competitor to the Armenian city, which it finally overtook in the second half of the century. It was one of the few cities in the Empire that did not grow out of “the needs of the state”, such as administrative or military considerations, but as an economic centre

identichnost’. Sbornik nauchnykh statei, Erevan 2020, p. 139-151, 140.

¹⁶ Demidoff, p. 361.

¹⁷ Vartan Oganessian, Rodstvennye sviasi krupnykh armyanskikh kuptsov Nakhichevani-na-Donu i Armavira XIX - nachala XX vv. i ikh rol’ v sotsial’no-ekonomicheskom razvitii regiona, in: Kazarov/Batiev/Sayadov (eds.), Nakhichevan’-na-Donu, p. 251-260; Kazarov, Nahichevan-on-Don.

¹⁸ Nataliya Volkova, O rasselenii Armyan na severnom kavkaze do nachala XX veka, in: Istoriko-filologicheskii zhurnal 3, 1966, p. 257-270.

¹⁹ Zhores Ananyan/Vladimir Barkhudaryan, Nekotorye voprosy ekonomicheskogo razvitiya armyanskikh kolonii Novorossii, in: Istoriko-filologicheskii zhurnal 2, 1979, p. 211-222.

²⁰ “Ob Armianakh, obshchestvami v Rossii vodvorivshikhsia, s pokazaniem chisla zhitelei”, in: S.M. Sayadov (ed.), Sobranie aktov otnosiashchikhsia k obozreniiu istorii armianskogo Naroda 1, 1833, p. 120-126, 124.

created as a result of the “circumstances of a territory”.²¹ It was not planned by the imperial centre, which focused on Taganrog and Novocherkassk as the paramount imperial cities in the region. And unlike Nakhichevan, Rostov did not pursue a monoethnic settlement concept.²²

A long tradition of illegal migration of Ukrainian and Russian peasants to the Don region, which dated back to the seventeenth century, rendered any form of migration control a significant challenge to the imperial authorities throughout the period under consideration. The municipal administration was forced to adopt pragmatic strategies, a tendency enhanced by the growing demand for labour.²³ The lack of ethnic or religious settlement restrictions gave Rostov a decisive advantage over Nakhichevan, allowing Greek and English trading houses to settle here, which integrated the city into the expanding networks of the Black Sea trade. The gradual rise of sea trade as opposed to the previously dominant land trade in the eastern Black Sea region was another factor for the shift from Nakhichevan to Rostov as economic hub. The Sea of Azov acquired increased importance for grain export during the first half of the nineteenth century, while the land trade routes followed by Armenian merchants to the south and east lost importance. Rostov was already flourishing as a transshipment point for an ever-increasing quantity of goods due to its location on the lower Don, the natural transport route for grain from the central Russian growing regions, and iron from the Urals. The relocation of the custom post from Taganrog back to Rostov in 1836 immensely simplified the increasing export and expanded the city’s trade volume from 342,000 roubles to 2.8 million roubles by 1846.²⁴ The city once again became a crossroads for domestic and foreign trade: two large annual two-week fairs in spring and autumn were established to meet the demands of Cossacks, nomads, peasants, and merchants. These quickly surpassed Nakhichevan’s earlier bazaar in importance.²⁵

The third factor in Rostov’s rise lay in the gradual abolition of Armenian privileges leading up to the introduction of the empire-wide city ordinance of 1872. Nakhichevan’s liberties had been disputed by Russian competitors on the ground and also within the Imperial Senate, as part of the so-called Armenian

²¹ A. S. Senyavskii, *Urbanizatsiya Rossii v XX veke. Rol’ v istoricheskom protsesse*, Moskva 2003, p. 55.

²² Cf. Sushchii, p. 142.

²³ *Zasedanie Gorodskoi Upravy Goroda Rostov-na-Donu, 18.5.1836*, in: *Gosudarstvennyi arkhiv Rostovskoi oblasti (GARO)*, f. 90, op. 2, d. 13.

²⁴ Kuznetsov, p. 73.

²⁵ Cf. *Voennoe-statisticheskoe obozrenie Rossiiskoi Imperii 1837–1854*, Vol. 11, *Novorossiiskaya guberniya, Besarabskaya oblast’ i zemlia voiska Donskogo 1849–1850*, St. Petersburg 1849, p. 142.

question.²⁶ While advocates for preserving local privileges considered Armenian settlers, merchants, and clergymen as natural allies in the Empire's expansion into the Caucasus, factions in the Senate that considered the embattled region as a colony to be exploited tended to oppose Armenian privileges. Due to contradictions in state policy, continuous advocacy in the capital, and Nakhichevan's profitability for the state treasury, the city managed to retain its privileges longer than any other of the Empire's Armenian colonies.²⁷

Nakhichevan's system drew criticism because of a lack of transparency and its inefficiency, and due to the (allegedly) negative consequences for Russian merchants. The proponents of the Great Reforms, who, after the lost Crimean War, aimed at modernising the Empire without threatening the autocratic system, successfully pushed the idea that a comprehensive socioeconomic modernization could only be achieved through unified legal and administrative state structures. Only at this juncture did the political discourse shift to the disadvantage of the Armenian community, often gravitating towards Russian nationalist discourses.²⁸ The judicial reform of 1864 started a process in which the imperial centre gradually dismantled Nakhichevan's self-administration by passing police control to the neighbouring city of Rostov in 1868, and finally by replacing its ethnopolitical self-government with a *duma* in accordance with the new empire-wide city ordinance.²⁹ From an Armenian perspective, this process of political homogenization meant the end of cultural and political autonomy. Yet, as the prior existing Armenian police and judicial bodies had been overburdened by financial constraints and population growth, many Armenians actually favoured administrative unification and the increased resources that came with it. Nakhichevan's new political order eventually continued privileging a small elite of Armenian entrepreneurs. Census voting rights for the municipal *duma* were linked to real estate ownership, which remained largely in Armenian hands despite the growing Russian population in the city: In 1912, there were 6,500 Armenian and 28,500 Russian residents of Nakhichevan, but the Armenians still controlled the absolute majority of seats on the city *duma*.

²⁶ Stephen Riegg, *Russia's Entangled Embrace. The Tsarist Empire and the Armenians, 1801-1914*, Ithaca 2020, p. 124-161.

²⁷ "Ob Armyanach, obshchestvami v Rossii vodvorivshichsya, s pokazaniem chisla zhitelej", in: *Sobranie aktov otnosyashchichsya k obozreniyu istorii armyanskago Naroda*, Moscow 1833, p. 120-126.

²⁸ Andreas Kappeler, *The Russian Empire. A Multiethnic History*, London/New York 2001, p. 247-282.

²⁹ Cf. Levon Batiev, *Politseiskaya sluzhba v Nakhichevani-na-Donu (konets XVIII-XIX vv.)*, in: *Voprosy Armenovedeniia* 3, 2018, p. 38-51, 42; Barchovdaryan, p. 362; Levon Batiev, *The Transformation of Nakhichevan-on-Don's Self-Government in the 1860s*, in: *RUDN Journal of Russian History* 19:1, 2020, p. 155-173.

3. Centripetal forces

Which economic, social, demographic, and political processes accelerated the unity of Rostov and Nakhichevan as an urban community, both real and imagined? Already in the first third of the nineteenth century, certain Rostov merchants made efforts to establish business relations with merchants from Nakhichevan. Access to wider trade and credit networks served as a stimulus for such contacts. Conflicts with the surrounding Don Cossacks over access to the region's resources further encouraged cooperation between Rostov and Nakhichevan, a tendency amplified in the second half of the nineteenth century by tensions between the multi-ethnic entrepreneurial spirit of the city dwellers and the Cossacks' anti-commercial identity.³⁰

As Rostov replaced Nakhichevan as the paramount economic centre from the 1860s on, the two cities gradually merged into one urban space. This required the creation and modernization of infrastructures and corresponding forms of cooperation between the multi-ethnic Rostov and the more homogeneous Nakhichevan. Despite reservations and distrust among elites, the two administrations worked together on costly infrastructure projects from which both communities benefited. Under the umbrella of the regional *zemstvo* (institution of local government), both sides participated in the construction of a new bridge over the Don in the 1860s.³¹ Russian and Armenian representatives became involved in the Delta Committee, founded in 1865, which, with the involvement of engineers and representatives of the Ministry of Transport, was to survey the Don Delta and accumulate funds to increase the draft of its main branch so that larger merchant ships could dock at the cities' ports.³²

Within the coalescing urban space, a more refined division of labour between the two cities emerged and linked different strata of their populations to areas of the other city. With the establishment of the Rostov Stock Exchange in 1867 and the modernization of port and warehouse facilities, most Armenian merchants moved their headquarters to Rostov, which became the centre of commerce and industry. Towards the end of the century, Nakhichevan was considered by the local business elites to be a quieter, less hectic place than booming Rostov, where people could retreat to their weekend homes or sociali-

³⁰ Cf. Kazarov, *Nakhichevan-on-Don*, p. 416.

³¹ *Postanovleniya ocherednogo Rostovskogo uezdnogo zemskogo sobraniya Oktiabr'skoi sessii 1868 goda, Rostov-on-Don 1869*, p. 87.

³² *Materialy o morskikh portov Rossii, 1911*, Box 2024, Nauchno-spravocnaia biblioteka RGIA; P.E. Beliavskii, *Donskie Girla*, St. Petersburg 1888; *Rostovskii-na-Donu torgovyi port. Otchet po Rostovskomu-na-Donu torgovomu portu, Rostov-on-Don 1917*, p. 47.

se at the local yacht club.³³ The massive influx of Russian workers into Nakhichevan, people who were employed in the factories and the port facilities of Rostov but could not find affordable housing there, initially benefited Armenian house and land owners financially. The merchant Minas Balabanov (1844-1917(?)), who served intermittently as Nakhichevan's city head for 21 years, used infrastructure projects specifically to reduce nationalist tensions. He was one of the *Grenzgänger*³⁴ (border crossers) who established networks in ethnically dominated city districts in the Russian Empire of the second half of the century and tried to transcend and defuse ethnic differences. Balabanov knew the danger of nationalist resentment directed against his own businesses, which he ran as a factory owner and landlord in various multi-ethnic regions of the Empire.³⁵ In 1890, he initiated the first horse-drawn tramway line between the two cities in order to improve transport, but also with the deliberate aim of shortening Russian workers' daily commute to Rostov. Here, the modernization of the Armenian cityscape, the networking of both cities into one urban space, was combined with the attempt to neutralise a potential field of conflict and improve Russian workers' living conditions. In another instance, Balabanov aimed at diffusing accusations of discrimination and cultural marginalization of the Russian inhabitants of Nakhichevan, attacks that were repeatedly launched in the Rostov press. After overcoming resistance from Armenian elites, Balabanov successfully turned to the merchant Gavril Shushpatov in Rostov to finance the construction of the first Russian Orthodox Church in Nakhichevan.³⁶ This building project not only calmed the waves of popular anti-Armenian sentiment, but also signalled the loyalty of the Armenian community to the Autocracy.

³³ Cf. Anna Ivanova-Ilicheva/Irina Stushniaia/Olga Baeva, *Arkhitekturno-gradostroitelnoe razvitie Nakhichevani-na-Donu v kontekste formirovaniya gorodskoi kultury*, in: *Istoricheskie, filosoficheskie i iuridicheskie nauki, kulturologiya i iskusstvovedenie. Voprosy teorii i praktiki* 10:3, 2014, p. 81-83.

³⁴ Cf. Jörg Gebhard, *Ein problematisches Modernisierungsexempel. Lublin 1815-1914*, in: Carsten Goehrke/Bianka Pietrow-Ennker (eds.), *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Zürich 2006, p. 215-251, 236.

³⁵ Cf. Sarkis Kazarov, *Nakhichevanskoe kupechestvo (konets XVIII – nachalo XX veka)*, Rostov-na-Donu 2012, p. 49.

³⁶ Cf. Georgii Bagdykov/Oksana Mordovina, *Vsemu gorodu golova. Minas Balabanov*, Taganrog 2020, p. 68-75.

4. Centrifugal forces

In the numerous conflicts between Rostov and Nakhichevan over land distribution, the use of the Don River and access to markets during the pre-reform period, both sides repeatedly petitioned the imperial authorities in Taganrog, Ekaterinoslav, Odessa, and St. Petersburg. The introduction of the 1872 city ordinance sought to foster the urban elites' responsibility for their communities and their participation in the construction of technical, social, and cultural infrastructure.³⁷ In Nakhichevan, an increased sense of responsibility for the region and city as well as corresponding donation practices had already developed among the local elite shortly after the city's foundation. In 17 years of the period between 1800 and 1830, large-scale payments by successful merchants into the city coffers exceeded the regular revenues.³⁸ With matters of education, healthcare, or infrastructure delegated to city councils and the *zemstvo* in 1872, conflicts between Rostov and Nakhichevan became more common. They were directly negotiated on the local and regional level and not moderated by the imperial centre anymore.

While the 1860s are considered the “zenith of Armenian-Russian relations” on the imperial level³⁹, Rostov experienced a rise in anti-Armenian sentiment, further fuelled by the nascent local press criticising political autonomy and Nakhichevan's high crime rate.⁴⁰ These regional polemics about the coexistence of different legal and social orders engendered increasingly ambivalent views of the Armenians, who were seen not only as oppressed and loyal brothers in faith, but also as deceitful merchants and, from the 1880s onwards, as insidious revolutionaries.⁴¹ Urban elites in the respective city parliaments frequently displayed open hostility towards the other side: the Armenians feared a union with the neighbouring city and their disempowerment after the abolition of

³⁷ Lutz Häfner, *Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Die Wolgastädte Kazan und Saratov (1879-1914)*, Köln/Weimar/Wien 2004.

³⁸ Edik Minasyan/Levon Batiev, “The Name List of ... Cityheads” in Nakhichevan-on-Don and the “Statement of the Costs of City Revenues and Expenditures” (the End 19th–Mid 20th century), in: *Novoe proshloe* 2, 2019, p. 219-230.

³⁹ Cf. Ronald Suny, *Eastern Armenians under Tsarist Rule*, in: Richard Hovannisian (ed.), *The Armenian People from Ancient to Modern Times. Foreign Dominion to Statehood. The Fifteenth Century to the Twentieth Century*, Vol. 2, Basingstoke 1997, p. 109-135, here p. 127.

⁴⁰ Cf. Vladimir Barkhudaryan, *Istoriya armyanskoi kolonii Novaya Nakhichevan' (1779-1917)*, Erevan 1996, p. 332.

⁴¹ Robert Geraci, *Capitalist Stereotypes and the Economic Organization of the Russian Empire. The Case of the Tiflis Armenians*, in: Michael Branch (ed.), *Defining Self. Essays on Emergent Identities in Russia Seventeenth to Nineteenth Centuries*, Helsinki 2009, p. 365-381.

privileges and self-government, while some of the delegates of Rostov put forward proposals for a union of the cities, making use of pejorative references to the Armenians' supposed backwardness, isolationism, and traditionalism.

In an era of increasingly powerful nationalisms, economic competition between the two cities could easily be framed in respective categories. Russian nationalism gained further ground when both cities were integrated into the Don Cossack region in 1888. The discrepancy between the Cossacks' symbolic valorisation as bearers of the Russian idea and their fragile socioeconomic status led to a hostile attitude towards modernization and the rejection of economically successful minorities.⁴² This affected the image of Armenian and Jewish populations in Rostov, the latter being targeted during various pogroms in which Cossacks participated. In the final two decades of the nineteenth century, anti-Armenian resentment increased among the rapidly growing group of unskilled workers of peasant origin, who flocked from core Russian regions to find work in both cities.⁴³

Within urban and regional elites, receptivity to nationalist narratives varied. Resistance among Rostov elites against infrastructural projects and economic cooperation was most fierce when the Armenian elites tried to counter Rostov's growing economic preponderance. Several attempts by the Armenian city head Balabanov to establish a new market in Nakhichevan were turned down by local and regional administrations, warning of potential damage to Rostov's markets and fairs. Other parts of the Rostovian elites aimed at excluding their Armenian neighbours and competitors from so-called mutual credit societies in the region, which provided capital to smaller businesses, usually regardless of ethnic origin.⁴⁴

Widespread concern for the preservation of Armenian culture also produced centrifugal tendencies on the Nakhichevan side, with demarcation strategies expressing ethnic differences in architectural forms. New administrative buildings of the 1870s and 1880s displayed continuity with the classicist architectural empire style of the eighteenth century. However, residential buildings erected in the last three decades of the nineteenth century were characterised by the frequent use of traditional Armenian design features.⁴⁵ In the construction

⁴² Cf. Alexander Maslov/Vyacheslav Volchik, *Institutions and Lagging Development. The Case of the Don Army Region*, in: *Journal of Economic Issues* 48:3, 2014, p. 727-742; Boris Kornienko, *Pravyi Don. Kazaki i ideologiya natsionalizma (1909–1914)*, St. Petersburg 2013.

⁴³ Cf. Samarina, p. 381.

⁴⁴ Cf. Aleksandr Grekov, *Priazov'e i Don. Ocherki obshchestvennoi i ekonomicheskoi zhizni kraya*, St Petersburg 1912, p. 107.

⁴⁵ Ol'ga Vladimirovna Baeva, *Severnyi modern v zhiloi arkhitekture Nakhichevani-na-Donu*, in: *Khudozhestvennaya Kul'tura* 3, 2019, p. 262-277.

of the Surb Karapet church between 1875 and 1881, the architects consciously used medieval Armenian building traditions and design features in order to connect symbolically to earlier cultural traditions.⁴⁶

5. Conclusion

Nakhichevan-on-Don was a unique project of eighteenth-century Russian imperial settlement and urban planning. A mono-ethnic Armenian community established a flourishing trade and production centre that had an impact far beyond the lower Don region. Ironically, the very trade networks and market relations established by the Armenians laid the foundation for Rostov's incipient rise as its main competitor. The pragmatic openness to multi-ethnic migrants in Rostov that prevailed from the 1830s onwards proved more successful than Nakhichevan's mono-ethnic model and generated dynamic growth that attracted capital of the most diverse origins around the turn of the twentieth century. The process of replacing Nakhichevan as the dominant economic centre also attests to the socioeconomic dynamic in the Empire's southern realm prior to the Great Reforms, which contrasted with the premises of autocratic top-down urban policy. Unlike cities such as Odessa and Nakhichevan, Rostov no longer required extensive state planning, subsidies and interventions, the relocation of the customs posts in 1836 being one noticeable exception. Following on from the abolition of self-government in the late 1860s, relations between the mono-ethnic Nakhichevan and its multi-ethnic neighbour required re-negotiation. Within the regional economy, a new form of interethnic division of labour emerged. The continuous existence of two political cities contributed, however, to prevent the displacement of established ethnic groups from positions of power, as happened to the Baltic Germans in Riga or the Armenians in Tbilisi in the nineteenth century. Both the increasing prosperity of the metropolis and the national cleavages kept at bay by the local elites made an administrative unification into one city not an absolutely essential project.

This article has explored the gravitational and centrifugal forces affecting the multi-ethnic and socially stratified populations of the region. Despite sometimes deep-seated mutual mistrust between elites, individual entrepreneurs and political representatives were able to initiate joint infrastructure projects, which metaphorically and literally built bridges across the political borders between Rostov and Nakhichevan. These contributed to the socialization (*Vergesellschaftung*) of an urban society. Centrifugal forces as an expression of communalization (*Vergemeinschaftung*) can be observed in Nakhichevan among

⁴⁶ Ivanova-Ilicheva/Stushniaia/Baeva.

those who considered culture as a remaining and threatened beacon of Armenian identity. Narratives of Russian superiority over Armenians were more prevalent among those who felt excluded from modernization processes, among unskilled worker migrants from core regions of the Empire and among the Don Cossacks. However, cross-ethnic economic cooperation among elites placed limits on such nationalist narratives and helped to maintain a balance between urban and national identity until the end of the Empire.

Bestätigung, Wissen, Nationalstolz. Funktionen der Erinnerung an das 18. Jahrhundert im imperialen Odessa

The port city of Odesa was one of Catherine II's most crucial city foundations at the end of the eighteenth century. Its creation was a milestone during the forcible conquest of the northern coast of the Black Sea and the creation of a new dominion - New Russia. Odesa reached the zenith of its development as a global trading metropolis in the mid-nineteenth century, just before the Crimean War abruptly interrupted the rapid boom. This contribution explores how contemporaries (mostly engineers and historians) in Imperial Odesa remembered the past eighteenth century at various stages of the nineteenth century. They contrasted their present, perceived as crisis-ridden, with a past they nostalgically glorified as a golden age. The focus was on the port, the central economic infrastructure of Odesa. The energy of Catherine II, José de Ribas, and Platon Zubov was to serve as a shining example to help Odesa regain its splendor through energetic action. The "eighteenth century" remained an essential discursive point of reference throughout the nineteenth century and a cultural resource that could be appropriated for very different argumentations.

1. Einleitung

Am 27. Oktober 2007 versammelte sich eine Menschenmenge am Katharina-Platz (*Kateryns'ka plošča/Ekaterininskaja ploščad'*) in Odessa, um der Einweihung des „Denkmals für die Gründer von Odessa“ beizuwohnen.¹ Das Monument stellt Katharina II. überlebensgroß dar. Zu ihren Füßen gruppieren sich vier Herren, die gemeinsam mit der Zarin die Gründung der Stadt ermöglicht und vorangetrieben haben: Neben Fürst Grigorij Potemkin (1739–1791), der als Feldherr und oberster Verwalter im Dienste Katharinas II. eine Schlüsselfigur für die Erschließung und Besiedlung „Neurusslands“ war, stehen dort José de Ribas y Boyons (1749–1800), ein spanischer Admiral in russischen Diensten, der

¹ Dieser Beitrag verwendet wo möglich die ukrainische Schreibweise von Orten gleichberechtigt neben der russischen. Das gilt auch für Odessa. Diese Stadt wird zwar im Ukrainischen und Englischen mit einem „s“ geschrieben, jedoch ins Deutsche mit Doppel-s übertragen. Dadurch wird sichergestellt, dass das „s“ stimmlos gesprochen wird wie in „Kasse“ und nicht stimmhaft wie in „Riese“.

als erster Statthalter Katharinas den Aufbau Odessas verantwortete, François Sainte de Wollant (1752–1818), Hauptingenieur in den Armeen Fürst Potemkins und Architekt Odessas, sowie Platon Zubov (1767–1822), der letzte Favorit Katharinas und Vorgesetzte von de Ribas. Mit dem Denkmal wird an prominenter Stelle in Odessa an die Gründungszeit von Stadt und Hafen erinnert, die das letzte Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts umfasst.

An gleicher Stelle stand bereits hundert Jahre zuvor ein ähnliches Monument. In Vorbereitung der 100-Jahr-Feier der Stadt im Jahr 1894 hatten das Festkomitee und der Stadtrat entschieden, den Gründer*innen der Stadt ein Denkmal zu errichten.² Der bolschewistische Bildersturm zerstörte das Monument 1920, ohne es aus dem Gedächtnis der Stadt tilgen zu können. Das wieder errichtete Denkmal inszenierte die Gründung von Odessa als genialische Tat Katharinas. Zu ihren Füßen eine osmanische Flagge, hält Katharina in ihrer rechten Hand das von ihr erlassene Reskript, das die Gründung von Stadt und Hafen befiehlt. Der Hafen von Odessa, der sich hinter dem Monument am Fuß der ebenso geschichtsträchtigen Potemkinschen Treppe befindet, ist dieser Lesart zufolge der materialisierte Wille Katharinas. Es ist dieser Hafen, der das Schicksal von Odessa seit der Gründung bestimmt.

Bei der Frage danach, wie die wechselhafte Geschichte von Stadt und Hafen von Odessa zu erklären sei, richtete sich der Blick bereits im 19. Jahrhundert auf die Epoche Katharinas II. Dieser Beitrag untersucht die Erinnerung an das 18. Jahrhundert in Schriften lokaler und imperialer Eliten. Zu Wort kommen vor allem Historiker und Ingenieure, also jene Gruppen, die sich professionell mit dem Blick in die Vergangenheit und auf den Hafen beschäftigten. Ihre Werke sind nicht widerspruchsfrei und von ihren jeweiligen Blickpunkten aus geschrieben.

Kollektive Erinnerungen sind selten homogen und harmonisch. Dies gilt besonders für Stadtgesellschaften, die kaum je „eine“ Erinnerung teilen, sondern oft in verschiedene Erinnerungsgruppen zerfallen.³ Soziale und kulturelle Umbrüche verändern das Verhältnis zwischen diesen Gruppen. Odessa war hier von keine Ausnahme und erlebte im 19. Jahrhundert die Verwandlung von einer ständisch organisierten Stadt, die von einer ausländischen Elite aus Adligen und Kaufleuten dominiert wurde, zu einem stärker imperialen, russländi-

² Oleg Gubar', Čto izvestno o sud'bach Ekaterininskoj ploščadi?, in: Večernjaja Odessa, 12.6.2007, <http://vo.od.ua/rubrics/raznoe/6428.php> [15.09.2022].

³ Allgemeine Literatur zur Erinnerungspraxis: Astrid Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart 2017; Katja Bernhardt/Harald Schmid (Hrsg.), Erinnerungskultur und Regionalgeschichte, München 2009; Arnold Bartetzky (Hrsg.), Imaginationen des Urbanen. Konzeption, Reflexion und Fiktion von Stadt in Mittel- und Osteuropa, Berlin 2009.

schen Gemeinwesen, in dem die soziale Ordnung durch Klassen geprägt war. Während eine „Stadtgesellschaft“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts angesichts der ständischen und ethnischen Grenzen in der Bevölkerung kaum existierte, erlebte die Stadt in den 1860er Jahren einen fundamentalen Wandel, als sich – für etwa zwei Dekaden – eine von Unternehmern und Gebildeten dominierte städtische Gesellschaft bildete, von der man im Singular als „Stadtgesellschaft“ sprechen könnte.⁴ Der brüchige Zusammenhalt löste sich dann ab den 1880er Jahren angesichts ökonomischer Krisen und dem hereinbrechenden russischen Nationalismus wieder auf. Die „Stadtgesellschaft“ schloss nun weite Teile der Bevölkerung, insbesondere Juden, aus.⁵

Die Nationalisierung der Erinnerung Ende des 19. Jahrhunderts fand in Protesten angesichts der Wiederaufrichtung des Denkmals im Jahr 2007 einen späten Nachhall. Damals gab es infolge der „Orangen Revolution“ von 2004 vernehmbare Kritik an der Referenz an die russische Kaiserin sowie Zweifel an der Angemessenheit des Denkmals. Der damalige ukrainische Präsident Viktor Juščenko protestierte dagegen, die Unterdrücker ukrainischer Kosaken auf einen Sockel zu heben – eine Anspielung auf die Zerschlagung der Kosakenautonomie durch Katharina II. Seit seiner Einweihung steht das Denkmal darum unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen.⁶

In diesem Beitrag werfe ich drei Schlaglichter auf Odessas Erinnerung an das 18. Jahrhundert im langen 19. Jahrhundert: auf die Boom-Zeit nach dem Ende der Napoleonischen Kriege (1812-1837), auf eine Phase der Ungewissheit nach dem Ende des Krimkriegs und dem Anbruch des Dampfzeitalters (1856-1868) und auf das ausgehende 19. Jahrhundert, als sich Odessa in einer Phase des ökonomischen Niedergangs befand und der russische Nationalismus an Ein-

⁴ Vgl. Guido Hausmann, *Universität und städtische Gesellschaft in Odessa, 1865-1917. Soziale und nationale Selbstorganisation an der Peripherie des Zarenreiches*, Stuttgart 1998, S. 64-66. Allgemein zur Problematik der „Bürgerlichkeit“ in russländischen Städten: Manfred Hildermeier, *Bildungsqualifikation und bürgerliche Gesellschaft. Vergleichende Anmerkungen zu ihrer Entwicklung im ausgehenden Zarenreich*, in: *Cahiers du Monde russe* 43:4, 2002, S. 591-599; Kirsten Bönker, *Jenseits der Metropolen. Öffentlichkeit und Lokalpolitik im Gouvernement Saratov (1890-1914)*, Köln/Weimar/Wien 2010; Lutz Häfner, *Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Die Wolgastädte Kazan' und Saratov (1870-1914)*, Köln/Weimar/Wien 2004; Rainer Lindner, *Unternehmer und Stadt in der Ukraine, 1860-1914. Industrialisierung und soziale Kommunikation im südlichen Zarenreich*, Konstanz 2006; Bianka Pietrow-Ennker, *Wirtschaftsbürger und Bürgerlichkeit im Königreich Polen. Das Beispiel von Lodz, dem ‚Manchester des Ostens‘*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31:2, 2005, S. 169-202.

⁵ Charles King, *Odessa. Genius and Death in a City of Dreams*, New York 2011, S. 151-162.

⁶ Marija Čekareva, *V Odesse za ochranu pamjatnika Ekaterine II zaplatjat bolee dvuch millionov*, in: *Vgorode* 16.02.22, <https://od.vgorode.ua/news/sobytyia/a1198025-v-odesse-za-okhranu-pamjatnika-ekaterine-ii-zaplatjat-bolee-dvukh-millionov> [15.09.2022].



Abb. 1: Denkmal für die Gründer Odessas, 2010.

fluss gewann (1882-1894). In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die Erinnerung eine affirmative, selbstbestätigende Funktion. Im Gegensatz dazu wurde sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in eine verklärende und zunehmend nationalistische Sichtweise transformiert.

2. 1789-1812. Stolpernder Start als Handelszentrum und lokaler Eigensinn

In der Mitte Odessas, südlich des Hafens, verläuft von West nach Ost die Prachtstraße Vulycja Derybasivska/Deribasovskaja ulica (De-Ribas-Straße). Sie wurde unmittelbar nach Gründung der Stadt angelegt und bereits 1811 nach dem Feldherrn und ersten Statthalter José de Ribas y Boyons benannt. Ihren Namen behielt die Straße im gesamten 19. Jahrhundert – im Gegensatz zu vielen Prachtstraßen anderer russländischer Städte, die nach herrschenden Zaren (um-)benannt wurden. Sie trugen dann Namen wie „Nikolaevskaja“ oder „Aleksandrovskaja“. Odessa dagegen blieb dem Bekenntnis zum 18. Jahrhun-

dert als wichtigem historischem Referenzpunkt treu. Stadtplaner und Architekten schrieben das 18. Jahrhundert ins Stadtbild ein – vor allem in Form der Erinnerung an die Weitsicht der Gründer*innen und an Katharinas Plan, Odessa zur wichtigsten Handels- und Militärstadt des neu eroberten und zu erschließenden Gebietes „Neurussland“ zu machen.

Am Anfang der Geschichte des russländischen Odessas stehen die von Katharina II. vorangetriebenen Eroberungen im Süden des Reichs. Der zweite russisch-österreichische Türkenkrieg (1787-1792) hatte zum Ziel, sich die Schwäche des Osmanischen Reiches zunutze zu machen und ihm Gebiete abzutrotzen. Nachdem José de Ribas am 14. September 1789 Hacıbey erobert hatte, forcierten Grigorij Potemkin und Katharina II. die Errichtung einer großen Hafenanlage an diesem Ort, um die Grenzregion militärisch zu sichern und dem Russländischen Reich einen besonders günstigen Zugang zum Schwarzen Meer zu verschaffen.⁷ Im Auftrag der Kaiserin legte de Ribas eine Planstadt an.⁸ Zwei Jahre nach ihrer Gründung besaßen Stadt und Hafen bereits eine Zoll- und eine Quarantänestation, ein Polizeigebäude, eine Börse und ein Zensuramt. Darüber hinaus waren die alte osmanische Festung ertüchtigt und ausgebaut sowie mehrere Kasernen errichtet worden. Ein prosperierender Handel und eine militärische Befestigung der Schwarzmeerküste standen in diesen ersten Jahren im Zentrum der Stadtentwicklung.

Allerdings kam der Städtebau mit dem Tod Katharinas II. weitgehend zum Erliegen. Bereits am 26. Dezember 1796 stoppte ihr Sohn und Nachfolger Paul I. nahezu alle in Stadt und Hafen laufenden Bauprojekte mit dem Verweis darauf, dass sich der Hafen zu einem Drehkreuz für den Passagier- und Warenverkehr entwickle, ohne dass die Marine von ihm profitiere.⁹ Der städtische Magistrat widersetzte sich dem mangelnden Interesse und Förderwillen des imperialen Zentrums und forderte die Einsetzung einer Kommission zur Wiederaufnahme der Bauarbeiten vornehmlich an den Molen und Kais – mit Erfolg: Nur wenige Monate später schlossen die Behörden eine Reihe neuer Verträge und 1802 gestand der nach Pauls Ermordung 1801 regierende neue Zar Alexander I. der Stadt ein Zehntel der Zolleinnahmen für die Instandhaltung des Hafens zu. Unter dem neuen Generalgouverneur Armand du Plessis, Duc de Richelieu konnte der Ausbau Odessas wieder aufgenommen werden. Alexander I. – der „Lieblingskelch“ Katharinas II. – blickte weit wohlwollender auf das Erbe seiner Großmutter als ihr Sohn Paul I. Dass die Prachtstraße Deribasovskaja ihren Na-

⁷ Vgl. den Beitrag von Natalia Tuschinski in diesem Heft.

⁸ Zur Gründungsgeschichte der Stadt vgl. Patricia Herlihy, *Odessa. A History, 1794-1914*, Cambridge, Mass. 1986, S. 13; King, S. 38-51.

⁹ PSZ-1 (Polnoe sobranie zakonov Rossijskoj imperii, Sam. 1., St. Petersburg 1830), Bd. 24, Nr. 17686.

men im Jahr 1811 unter der Herrschaft von Alexander I. erhielt, ist somit kein Zufall. Gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts waren die wichtigsten Bauabschnitte von Stadt und Hafen abgeschlossen.

3. 1812-1837. Selbstvergewisserung und stolzer Rückblick

Das Jahr 1812 und das Ende des „Vaterländischen Kriegs“ gegen Napoleon war auch in Russland eine Zäsur.¹⁰ In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde Odessa zu einem weltweit beachteten ökonomischen und kulturellen Zentrum. Diesen Status erreichte die Stadt aus eigener Kraft, maßgeblich vorangetrieben sowohl durch die dort ansässigen internationalen Kaufmannsfamilien als auch durch eine kluge Politik St. Petersburgs: So förderte Alexander I. die „privilegierte Ansiedlung von Bevölkerungsgruppen in der Stadt und der umliegenden Region“¹¹ und genehmigte den Freihafenstatus für Odessa, der 1817 in Kraft trat.¹² Mit diesem Rückenwind erlebte Odessa einen markanten ökonomischen Boom. 1817 wurde das Lyceum, der Vorgänger der Universität, gegründet. Im gesamten Stadtbild entstanden prächtige Repräsentativbauten, welche die Macht und das Geld der Adligen und der als „Ehrenbürger“ beziehungsweise „Kaufleute“ ständisch registrierten städtischen Eliten zur Schau stellten. Die Stadt wurde zum „elegant drawing room setting for the acting out of its own importance“.¹³

Die Explosion der Bevölkerungszahl und der rasch zunehmende Wohlstand in Odessa steigerten das Bedürfnis nach historischer Orientierung. Führende Mitglieder der Stadtgesellschaft wollten sich selbst der Unaufhaltsamkeit und Zwangsläufigkeit des eigenen Erfolgs versichern. Einer der wichtigsten Protagonisten dieser Suchbewegung war der Historiker Apollon A. Skal'kovskij (1808-1898). Bereits 1828 leitete er das Statistische Komitee Odessas, dem er 50 Jahre vorsitzen sollte. Der als „Herodot Odessas“ glorifizierte Historiker begann in den 1820er Jahren mit der systematischen Erforschung von Odessa und der Umgebung der Stadt und leitete so die (Selbst-)Historisierung von Stadt

¹⁰ Vgl. Anna Ananieva/Klaus Gestwa (Hrsg.), *Mythos Erinnerung. Russland und das Jahr 1812*, Berlin 2013.

¹¹ Guido Hausmann, *Kosmopolitisches Odessa? Eine historische Spurensuche*, in: Angela Huber/Erik Martin (Hrsg.), *Metropolen des Ostens*, Berlin 2021, S. 112.

¹² Vgl. Taras H. Hončaruk, *Odes'ke porto-franko. Istorija 1819-1859 gg.*, Odesa 2005; Dietmar Neutatz, *Die „deutsche Frage“ im Schwarzmeergebiet und in Wolhynien. Politik, Wirtschaft, Mentalitäten und Alltag im Spannungsfeld von Nationalismus und Modernisierung (1856-1914)*, Stuttgart 1993.

¹³ Frederick W. Skinner, *Trends in Planning Practices. The Building of Odessa, 1794-1917*, in: Michael F. Hamm (Hrsg.), *The City in Russian history*, Lexington 1976, S. 139-159, hier S. 157.

und Hafen ein: Neben kühnen Plänen für die Zukunft bekam Odessa nun auch eine fundierte „eigene“ Geschichte. Mit dem Amtsantritt Michail S. Voroncovs als Generalgouverneur von Neurussland und Bessarabien im Jahr 1823 waren nun Personen an der Macht, die die Gründung der Stadt nicht mehr mitverantwortet und miterlebt hatten. Die fehlende eigene Erfahrung kompensierten sie durch die Historisierung der Vergangenheit.

1837 schrieb Skal'kovskij eine erste Stadtgeschichte mit dem Titel „Die ersten dreißig Jahre Odessas“¹⁴. Das Ziel seiner Veröffentlichung war es, die historische Leistung der „Väter“ zu würdigen und die Historikerzunft zur systematischen Beforschung der Region aufzufordern. Skal'kovskij adressierte mit „Menschen [...] aller Nationen und Stände“ eine ethnien- und ständeübergreifende Leserschaft.¹⁵ Gerade diese Beschwörung verweist jedoch darauf, dass es sich bei den tatsächlichen Leser*innen um einen überschaubaren Kreis gehandelt haben dürfte: Weniger als 10% der damaligen Bevölkerung konnte lesen, und nicht alle ausländischen Kaufleute waren des Russischen ausreichend mächtig. Einer kleinen, aber mächtigen Erinnerungsgemeinschaft wurden nun Katharina II. und die sie umgebenden Männer als leuchtende Vorbilder und als Erinnerungsfiguren präsentiert. Das Reskript Katharinas zierte die Titelseite von Skal'kovskijs Werk. Die Zarin ist auch die einzige Herrscherin, die in den vier Kapitelüberschriften namentlich genannt wird – die anderen Abschnitte heben die lokale Selbstverwaltung unter dem Duc de Richelieu und Michail Voroncov beziehungsweise die verheerende Pestepidemie des Jahres 1812 als historische Akteure hervor. Die Gründung der Stadt schildert Skal'kovskij als prometheische Tat Katharinas und der ihr gehorsamen Strategen und Stadtplaner. Ihm zufolge war es diese Weitsicht, der Odessa ihren Wohlstand und Ruhm verdankte. Aus Skal'kovskijs Sicht stand einem stetigen Wachstum Odessas auch in Zukunft nichts im Wege, falls keine externen Faktoren den von Katharina vorgezeichneten Entwicklungsweg veränderten. Bis zum Beginn des Krimkrieges im Jahr 1853 sollte sich diese Voraussage im Großen und Ganzen als richtig erweisen.

4. 1856-1868. Neue Herausforderungen

Der Krimkrieg (1853-1856), der nicht zuletzt an den Küsten des Schwarzen Meeres ausgefochten wurde, war solch ein externes Ereignis. Die Auseinandersetzung Russlands mit dem Osmanischen Reich, dem Frankreich und Großbritannien beisprangen, um eine Gebietserweiterung Russlands zu verhindern,

¹⁴ Apollon Skal'kovskij, *Pervoe tridcatiletie istorii goroda Odessy, 1793-182*, Odessa 2007 [1837].

¹⁵ Skal'kovskij, S. IV.

hatte spürbare Konsequenzen für Odessa und den Hafen der Stadt. Mit der Schließung der Dardanellen durch das Osmanische Reich war das Schwarze Meer von den globalen Handelsströmen abgeschnitten und Odessa selbst wurde 1854 durch eine englische Expedition bombardiert.¹⁶ Die Niederlage des Zarenreichs legte die Schwäche der russländischen Streitkräfte offen. Noch während des Krieges setzte der 1855 gekrönte Zar Alexander II. daher zu einem umfassenden Reformprogramm an, das unter anderem auf die Steigerung der militärischen Schlagkraft des Landes abzielte.

Das Marineministerium in St. Petersburg entwickelte sich in dieser Zeit zu einer Keimzelle des reformerischen Geistes und die wirtschaftliche Entwicklung der nördlichen Schwarzmeerküste wurde ein wichtiges Ziel.¹⁷ Hinzu kamen technologische Neuerungen, denn in der Schifffahrt war zwischenzeitlich das Dampfzeitalter angebrochen, das neue Herausforderungen an den Hafenausbau stellte.¹⁸ Odessa war ein attraktiver Exporthafen, weil die Stadt sehr einfach auf dem Landweg erreichbar und von den Mündungen der großen Flüsse Dnestr, Dnepr und Bug gleich weit entfernt war. Allerdings war der unruhige Seegang vor und in der Hafeneinfahrt für Dampfschiffe ungleich schwerer zu kontrollieren als für Segelschiffe.

Grundlegende bauliche Nejustierungen im Hafen von Odessa waren darum dringend nötig. 1859 beendete Alexander II. den Freihafenstatus von Odessa, um die Privilegierung ausländischer Kaufleute zu reduzieren und Odessa stärker in das imperiale Wirtschaftssystem einzubinden. Welche Funktion sollte dem Hafen in der neu aufgestellten Ökonomie des Reiches zukommen? Und welche baulichen Maßnahmen würden Odessa zu diesem Status verhelfen? Das waren offene Fragen, deren Antworten ganz unterschiedlich ausfallen konnten. Ende der 1850er war der Blick in die Zukunft nicht mehr von Optimismus, sondern von Unsicherheit geprägt. Zudem kam der Ausbau des Hafens von Odessa zwischen 1856 und 1865 kaum voran. Die Beamten und örtlichen Kaufleute zeigten wenig Initiative.

Mitte der 1860er Jahre wurden die Gebiete Neurusslands, darunter auch Odessa, zum Objekt eines verstärkten Herrschaftsausbaus. Zu Beginn der Stadtgeschichte waren Odessa und das Generalgouvernement Neurussland und Bessarabien als Laboratorien für neue Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens angelegt worden. Die eingesetzten Generalgouverneure fungierten als

¹⁶ King, S. 115-122.

¹⁷ Zur These eines "politischen Wandels" im Marineministerium unter Konstantin Nikolaevič vgl. Matthias Stadelmann, Grossfürst Konstantin Nikolaevič. Der persönliche Faktor und die Kultur des Wandels in der russischen Autokratie, Wiesbaden 2012, S. 38-78.

¹⁸ Allgemein zur Bedeutung der Dampfschifffahrt vgl. John Darwin, Unlocking the World. Port Cities and Globalization in the Age of Steam, 1830-1930, London 2020.

„Vizekönige“, sie bestimmten die Grundzüge der Militär- und Handelspolitik in eigener Verantwortung. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm hingegen die institutionelle Verflechtung der Regierungsebenen zu. Mit dem Ausbau der Kommunikations- und Verkehrswege, allen voran der Telegrafie und Eisenbahn, nahm der Einfluss der Reichsbürokratie in Odessa zu. 1865 lancierte das Petersburger Transportwegeministerium eine Ausschreibung zur Ertüchtigung des Hafens – explizit mit dem Ziel, auf das reichhaltige internationale Wissen zum Hafenbau zuzugreifen. Mit Charles Hartley gewann ein britischer Hafengebauer den Wettbewerb.¹⁹

Die angestrebten Neubauten wurden flankiert von einer erneuten historischen Selbstverortung. Seit den 1850er Jahren, als die Defizite des Hafens offensichtlich wurden, machten sich Fachleute aus St. Petersburg, die durch langjährige Erfahrung auch mit den lokalen Gegebenheiten vertraut waren, an eine kritische Bestandsaufnahme des Hafens. Darin gingen sie den Gründen für dessen ökonomischen Niedergang nach. Bereits vor dem Krimkrieg war eine neue Stadtgeschichte Odessas erschienen, die sich detailliert dem Hafen widmete.²⁰ 1865 legte der Hydrograf und Konteradmiral Petr. E. Beljavskij zwei vom Petersburger Transportwegeministerium in Auftrag gegebene Arbeiten zum Hafen vor.²¹ Seine Einschätzung des gegenwärtigen Zustands des Hafens ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Es gibt keinen Hafen, der trotz seiner immensen Einnahmen aus dem Handel so vernachlässigt ist wie der in der Stadt Odessa, wo man außer verfallenen und ruinierten Kais keine Werften [...] findet; wenn man dann noch die offene Lage der Häfen, ihre Versandung, primitive Entladeverfahren und vieles mehr hinzunimmt, wird klar, dass sich der Hafen von Odessa wirklich in einem beklagenswerten Zustand befindet.“²²

Diesem vernichtenden Urteil stellte Beljavskij sodann die Gründungszeit entgegen, in der dem Hafen von Odessa die ihm angemessene Aufmerksamkeit und Zuwendung entgegengebracht worden sei: „Wir können hier nicht verschweigen, dass die Bedeutung des Hafens für Odessa bei seiner Gründung viel besser verstanden wurde als zu späteren Zeiten. Ein deutlicher Ausdruck dieses Gedankens findet sich unter anderem in dem Reskript der Kaiserin Katharina: ‚Wir hoffen, dass Sie [de Ribas] nicht nur unseren edlen Plan (den Bau des Hafens) in die Tat umsetzen, sondern dass Sie, da Sie wissen, wie sehr das Aufblühen des Handels zum Wohlergehen des Volkes und zur Bereicherung des Staa-

¹⁹ C. W. S. Hartley, *A Biography of Sir Charles Hartley, Civil Engineer (1825-1915). The Father of the Danube*, Lewiston u.a. 1989.

²⁰ Konstantin N. Smoljaninov, *Istorija Odessy*, Odessa 1853.

²¹ Petr. E. Beljavskij, *Odesskij port*, Odessa 1865; Beljavskij, *Gidrografičeskoe izučenie Odesskogo porta*, Odessa 1865.

²² Beljavskij, *Odesskij port*, S. 4.

tes beiträgt, dafür Sorge tragen werden, dass die Stadt, die Sie errichten, Ihren Kaufleuten [...] auch Schutz, Ermutigung, [...] kurzum, alle Unterstützung [bietet]; daher wird unser Handel an diesen Orten zweifellos florieren und die Stadt wird sich in naher Zukunft mit Einwohnern füllen‘.“²³ Indem Beljavskij der aktuellen krisenhaften Gegenwart den Weitblick von Katharinas Reskript entgegenhielt, appellierte er an die Stadtgesellschaft von Odessa und das imperiale Zentrum, an diese Dynamik wieder anzuknüpfen. Der Rückblick auf das 18. Jahrhundert sollte hier mobilisieren, um der krisenhaften Gegenwart zu entkommen. Beljavskij versorgte die Planer und Ingenieure im Hafen von Odessa mit Handlungswissen, das sie ihm zufolge in ihren Projekten dringend nötig hätten.

5. 1882-1894. Nostalgie und Nationalismus

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts war in Odessa eine städtische Öffentlichkeit entstanden. Angestoßen durch die Gründung der Universität (1865) und eine vielfältige Zeitungslandschaft waren immer mehr Menschen in der Lage, an Diskussionen und Entscheidungsprozessen in Stadt und Hafen teilzunehmen. Es handelte sich hierbei überwiegend um russländische Untertanen, darunter auch ehemals ausländische Kaufleute, die in zweiter oder dritter Generation die russländische Untertanenschaft angenommen hatten. In der ersten großen Volkszählung des Reichs im Jahr 1892 gab eine Mehrheit von 59% der Bevölkerung an, entweder russisch- oder ukrainischsprachig zu sein. Langsam, aber sicher war so eine Stadtgesellschaft entstanden, die freilich immer noch große Teile der Stadtbevölkerung ausschloss. Insbesondere die wachsende jüdische Bevölkerung, darunter viele kleinere Getreidehändler, sah sich nun zunehmender Intoleranz und Aggressivität ausgesetzt.

Wirtschaftlich stand Odessa vor großen Problemen. Der in den 1860er Jahren eingeleitete Hafenausbau hatte nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Wichtige Anteile am Getreidehandel waren an regionale und globale Konkurrenten verloren gegangen, wohlhabende Kaufleute begannen sich aus der Stadt zurückzuziehen. Die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs – soziale Spannungen, Antisemitismus und grassierender Nationalismus – machten aus Odessa ein Pulverfass. Ob dieser gewalttätige Nationalismus von einer Bevölkerungsmehrheit getragen wurde, lässt sich nicht sagen, die verheerenden Pogrome von 1871, 1881 und 1905 wurden aber zumindest durch weitgehende Indifferenz und Gewährenlassen ermöglicht.

²³ Ebd.

Während Ungelernte und Arbeiter*innen zur offenen Gewalt griffen, bewältigte die gebildete und wohlhabende Stadtgesellschaft die Krisenerfahrung im Modus der Selbstreflexion. Damals setzte sich in ganz Russland das nostalgisch verklärte Bild des 18. Jahrhunderts als goldenes Zeitalter durch. So kam es in den letzten beiden Dekaden des 19. Jahrhunderts zu einer Fülle von Gedenkveranstaltungen und Jubiläen, in denen sich Städte, Regionen und das Imperium selbst ihrer historischen Gewordenheit versicherten – freilich unter aktualisierten Vorzeichen und im Geiste des immer aggressiveren russischen Nationalismus.²⁴

Zum hundertjährigen Jubiläum der Stadtgründung Odessas legte Vasilij S. Kochanskij einen „Historischen Abriss und Reiseführer“ vor, der in großer Auflage (3300 Exemplare) die Lesenden vom Glanz der Handelsmetropole überzeugen sollte. Gleich zu Beginn schlug Kochanskij einen sowohl enthusiastischen als auch nostalgisch rückblickenden Ton an: Odessa habe „nur wenige Jahre nach seiner Gründung für viel Aufsehen gesorgt, [...] viele Diskussionen über sich selbst ausgelöst, großen Reichtum geschaffen“. Die „rasante Entwicklung“ der Stadt sei unter anderen russländischen und europäischen Städten schlicht „beispiellos, unglaublich, fabelhaft“.²⁵ Kochanskij galt die Stadt als materialisierte Vorstellung Katharinas, denn die Errungenschaften ließen sich auf die Ziele zurückführen, die die Zarin formuliert habe: „Ein gut ausgestatteter Hafen, ausgedehnte Handelsbeziehungen, verschiedene Einrichtungen zum Schutz, zur Sicherung und zum Erfolg von Handels- und Industrieunternehmen und nicht zuletzt ein in Russland noch nie dagewesenes Bevölkerungswachstum sind unübersehbare und unbestreitbare Merkmale des heutigen Odessa“.²⁶

Anders argumentierte eine im Jahr 1894 im Auftrag des Festkomitees für die 100-Jahr-Feier publizierte Festschrift, die auf die periphere Lage Odessas und den multiethnischen Charakter der Stadt blickte. Die Besiedelung und herrschaftliche Durchdringung „Neurusslands“ beschrieb das Buch als Prozess der „Zivilisierung“ der Region durch das „russische Volk“. Seit mehr als tausend Jahren habe die Schwarzmeerküste die Russen angezogen und diese hätten viele Opfer, Mühen und Ausdauer auf sich genommen, um die Region endlich zu

²⁴ Edward C. Thaden, *The Rise of Historicism in Russia*, New York 1999, S. 5; vgl. Richard Wortman, *Scenarios of Power. Myth and Ceremony in Russian Monarchy from Peter the Great to the Abdication of Nicholas II*, Princeton 2013, S. 243-303; Ulrike Schmiegelt, *Rußland. Geschichte als Begründung der Autokratie*, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*, Berlin 1998, S. 401-421.

²⁵ V. S. Kochanskij, *Istoričeskij očerk i putevoditel'. Odessa za 100 let (Odessa i ee okrestnosti)*, Odessa 1894, ohne Seitenzahl [Kapitel Ot izdatelja].

²⁶ Ebd.

konsolidieren, denn: „Trotz des schönen Klimas und des fruchtbaren Bodens, der die menschliche Arbeit großzügig belohnt, herrschten hier bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Bedingungen, die mit dem Bürgerrecht und der Bildung eines bedeutenden Zentrums des Gemeinschaftslebens unvereinbar waren und die erst mit dem endgültigen Übergang des Schwarzmeerraums unter russische Herrschaft beseitigt wurden“.²⁷ Die Erinnerung an das 18. Jahrhundert hatte eine bemerkenswerte Verschiebung erfahren: Das Zitat stellte die Etablierung der russischen Herrschaft in der Region als entscheidenden Faktor dar und ließ damit die bedeutende Rolle der ausländischen Eliten in den ersten Dekaden Odessas in den Hintergrund rücken.

Der Widerspruch zwischen russischem Nationalismus und dem Stolz auf die eigene regionale, ständische Vergangenheit zeigte sich auch in anderen Städten des Reichs wie zum Beispiel in Riga anlässlich der 700-Jahr-Feier (1901) und der Aufstellung eines Denkmals für Peter den Großen (1910).²⁸ Odessa war gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber administrativ weit stärker an das imperiale Zentrum angebunden und besonders empfänglich für eine nachträgliche Russifizierung der eigenen Stadtgeschichte.

In diesem Sinne thematisierte die Festschrift auch Forderungen der in Odessa lebenden Ausländer, die unmittelbar nach der Gründung der Stadt auf eine angemessene politische Repräsentation gedrängt hätten: „[Die] Stadtverwaltung [wurde] reformiert und auf Wunsch der in Odessa lebenden Ausländer [wurde] neben dem russischen Magistrat ein besonderer Magistrat eingerichtet. Dies brachte eine Ambivalenz in die städtische Struktur von Odessa, eine Ambivalenz, die sich unweigerlich auf die Entwicklung der Stadt auswirkte. Der Wettbewerb zwischen russischen und ausländischen Elementen überstieg die Kräfte der Ersteren. Der ausländische Magistrat machte in kurzer Zeit solche Fortschritte, dass der russische Magistrat 1798 aufhörte zu existieren, die russischen Kaufleute und Bürger wurden dem ausländischen Magistrat unterstellt“.²⁹ Hier klang das Narrativ von den „Ausländern“ an, die die Russen an der Entfaltung ihrer Kräfte gehindert hätten. Für die Zeitgenoss*innen lag die Schlussfolgerung nahe, dass die „Ausländer“ damit auch Schuld am späteren Niedergang Odessas hatten. Die Dominanz ausländischer Kaufleute und die Handlungsmacht der multiethnischen Bevölkerung Odessas war den Autoren der Festschrift zufolge ein manifestes Problem, das es hundert Jahre nach der Gründung Odessas zu überwinden gelte.

²⁷ Odessa 1794-1894. Izdanie gorodskogo občestvennogo upravljenija k stoletiju goroda, Odessa 1895, S. II.

²⁸ Ulrike von Hirschhausen, Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860-1914, Göttingen 2006, S. 326, 340.

²⁹ Odessa 1794-1894, S. XIX.

Bereits seit den 1860er Jahren gab es deutlich vernehmbare Bestrebungen, insbesondere aus der Petersburger Zentrale, den Handel stärker zu russifizieren.³⁰ Die Ausführungen der Festschrift machen deutlich, dass sich Odessas Stadtgesellschaft ein Jahrhundert nach Gründung der Stadt verändert hatte und weiter verändern sollte. Aus der multiethnisch, ständisch organisierten Gesellschaft Odessas sollte nun eine ethnisch homogenere Bewohnerschaft werden. Die Erinnerung an das 18. Jahrhundert wurde damit von tagesaktuellen Debatten und Problemen überformt.

6. 1794–2022. Odessas 18. Jahrhundert als Ressource für verschiedene Vergangenheitsentwürfe

Die Gründungszeit im 18. Jahrhundert blieb im gesamten 19. Jahrhundert ein wichtiger Referenzpunkt für Odessas städtische Gesellschaft. Mit dem Verblasen der unmittelbaren Erinnerung traten Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft immer stärker auseinander. In der ersten hier untersuchten Phase von 1812 bis in die 1830er Jahre diente der Rückblick in die Geschichte der Selbstvergewisserung und mehrte den Stolz auf das Erreichte. Das 18. Jahrhundert blieb ein Erfahrungsraum, der den Erwartungshorizont definierte. Der aus dieser Rückschau gewonnene Blick in die Zukunft war optimistisch und zuversichtlich: Für den Aufschwung machten die Bürger*innen Odessas weise Entscheidungen Katharinas II. verantwortlich, die Stadt und Hafen auf den richtigen Weg gebracht hätten. Für sie gab es kaum Zweifel, dass sich dieser Aufstieg in ähnlichem Tempo und ähnlicher Intensität auch in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen würde.

Die zweite Phase der Erinnerung, nach dem Ende des Krimkrieges, stand in einer als krisenhaft wahrgenommenen Gegenwart unter ganz anderen Vorzeichen: Die Gewissheit über den gegenwärtigen und zukünftigen Erfolg war verloren gegangen, denn ob Odessa den Anschluss an die Moderne und die neuen globalen Warenströme schaffen würde, war keineswegs garantiert. Der durch hafenbauliche und infrastrukturtechnische Fragestellungen geprägte Rückblick in das 18. Jahrhundert markierte hier eher eine Differenz zu einer vergangenen Zeit, in der die Dinge im Segelzeitalter wohlgeordnet schienen und der Hafen alle Bedingungen zu erfüllen schien, um einen florierenden städti-

³⁰ Vgl. Robert Geraci, *Sunday Laws and Ethno-Commercial Rivalry in the Russian Empire, 1880s–1914* National Council for Eurasian and East European Research Working Paper, 2006, https://www.ucis.pitt.edu/nceer/2006_819_Geraci.pdf; Walter Koschmal, *Altes Odessa - fremde Stadt. Russlands erste europäische Stadt*, in: Siegfried Jordan u.a. (Hrsg.), *Odessa. Kapitel aus der Kulturgeschichte*, Regensburg 1998, S. 30–44, hier S. 39f.; vgl. auch den Beitrag von Tilman Plath in diesem Heft.

schen Handel zu befördern. Am Ende des 19. Jahrhunderts schließlich konnte der Blick in die Zukunft nicht mehr ungetrübt positiv ausfallen. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme und des grassierenden Nationalismus konnte die Erinnerung an das 18. Jahrhundert kaum mehr Zuversicht und Handlungswissen für die Zukunft generieren, sondern trug immer mehr einen verklärenden, oftmals aggressiv-nationalistischen Charakter.

Als die Stadtduma am 23. September 1891 den Entschluss fasste, ein Denkmal zu erbauen, hatte die Erinnerung an das 18. Jahrhundert eine entscheidende Wendung genommen. Der Kontakt zwischen Vergangenheit und Zukunft war verloren gegangen. Die Erinnerung an das 18. Jahrhundert war zur nostalgischen Verklärung russischer Eroberung und russischer Herrschaft geworden, die einer als krisenhaft wahrgenommenen Gegenwart entgegenstellt wurde. An diese Form der Erinnerung knüpften die Auseinandersetzungen um eine Wiederaufrichtung der Statue im Jahr 2007 direkt an – sie zielten direkt ins Mark des historischen Selbstverständnisses der nun unabhängigen Ukraine. Das fragile Gleichgewicht Odessas zwischen einer Orientierung nach Westen und der Verbundenheit mit Russland kippte endgültig nach 2014. Eine Petition vom 28. Juni 2022 forderte schließlich den Abriss der Statue, denn in einer „unabhängigen Ukraine“ sei es „inakzeptabel, unsere Unterdrücker zu verherrlichen“.³¹ Präsident Zelenskij bat die Behörden in Odessa, die Petition zu prüfen und forderte, „Fragen der Räumung des öffentlichen Raums von Objekten und Denkmälern des russischen imperialen und sowjetischen Erbes zu klären“.³² Vielleicht markiert der russische Einmarsch in die Ukraine 2022 das endgültige Loslösen Odessas von seinem imperialen Erbe und damit auch von seiner Gründungszeit im 18. Jahrhundert.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Denkmal für die Gründer Odessas, 2010. Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Monument_to_Odessa_founders_2010.JPG [15.09.2022], CC BY-SA 3.0.

³¹ Stefanja I. Cegel'nik, Znesti pam'jatnik Katerini II v Odesi, Nr. 22/145072, 28. Juni 2022, <https://petition.president.gov.ua/petition/145072> [15.09.2022].

³² Zelenskii poprosil vlasti Odessy izučit' peticiju o snose pamjatnika Ekaterine II, in: Lenta.ru, 2. August 2022, <https://lenta.ru/news/2022/08/02/zelll/> [15.09.2022].

Russländische Städte des 18. Jahrhunderts und das Imperium. Abschließende Überlegungen

This concluding contribution evaluates the importance of “Empire” as a specific form of political-administrative government for Russia’s cities in the eighteenth and nineteenth centuries, as examined in the special issue. Three dimensions were relevant: the fluidity of frontier borders, the administrative incorporation and manorial penetration of annexed territories, and the heterogenous population of the Russian Empire. All these features shaped and sometimes determined the cities’ development, prospects, and failures. Russian nationalism, which evolved as a powerful force in the nineteenth century, finally threatened the imperial framework for the administration and functioning of cities. This new force fundamentally challenged the balance of geopolitical power in the realm and the coexistence of a multiethnic urban population.

Mit Blick auf die Stadtgeschichte in Westeuropa stellt sich die Frage, inwieweit die Kategorie des Imperiums für eine Stadtgeschichte im Russländischen Reich des 18. und frühen 19. Jahrhunderts überhaupt von Bedeutung ist. Bei „klassischen“ stadtgeschichtlichen Themen wie Städtewachstum, Verstädterung, Urbanisierung, sozialem Wandel oder Städtereform drängt sich das Thema nicht auf den ersten Blick in den Vordergrund.¹ Tatsächlich aber hat die *New Imperial History* der letzten drei Jahrzehnte mindestens am Beispiel von Großbritannien vor Augen führen können, dass selbst bei einem Kolonialreich, bei dem die imperialen Peripherien von der Metropole durch Meere getrennt waren, die Rückwirkungen des Imperiums auf das „Mutterland“ in fast jeder Beziehung von großer Bedeutung waren und dass ihnen in der Historiografie gewinnbringend nachgespürt werden kann.²

Erst recht stellt sich diese Aufgabe für die Historiografie zu Kontinentalreichen wie dem Russländischen Imperium. Das vorliegende Themenheft hat da-

¹ Manfred Hildermeier, *Bürgertum und Stadt in Russland 1760-1870. Rechtliche Lage und soziale Struktur*, Köln 1986; Gebhardt Weiss, *Die russische Stadt zwischen Auftragsverwaltung und Selbstverwaltung. Zur Geschichte der russischen Stadtreform von 1870*, Bonn 1977.

² Tristram Hunt, *Ten Cities that Made an Empire*, London 2015; Felix Driver/David Gilbert (Hrsg.), *Imperial Cities. Landscape, Display and Identity*, Manchester/New York 1999; Catherine Hall/Sonya O. Rose (Hrsg.), *At Home with the Empire. Metropolitan Culture and the Imperial World*, Cambridge 2006; Stephen Howe (Hrsg.), *The New Imperial Histories Reader*, London 2009.

her gut daran getan, die imperiale Kategorie in all seinen Einzeluntersuchungen mit einzubinden. Oder anders gesagt: Die imperiale Dimension ließ sich gar nicht ausblenden! Vielmehr zeigt sich der imperiale Charakter gerade in den Randzonen des Kontinentalreiches und verweist darauf, dass es hier in vielen Fällen eher Parallelen zu Kolonialstädten westlicher Imperien als zu jenen im europäischen Kernland gibt. Der Querschnittscharakter des Imperium-Themas ruft dazu auf, die in den Beiträgen jeweils implizit mitgedachte, aber nicht immer explizit gemachte imperiale Ebene aufzuzeigen und auf diese Weise eine wichtige Verflechtungsebene der Studien untereinander sichtbar zu machen. Dabei stellt sich sowohl die Frage, inwiefern das Imperium die behandelten Stadtbeispiele prägte, als auch die Frage, inwiefern die in den Studien untersuchten Städte ihrerseits das Imperium formten.

Hierfür ist zunächst eine Begriffsklärung notwendig: Im angloamerikanischen Raum wird mit „Imperial Russia“ häufig eine Epoche des russländischen Staates benannt, die sich auf die Zeitspanne beginnend mit der *Imperator*-Ausrufung Peters I. vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Zusammenbruch des Zarenreiches bezieht. In diesem Themenheft wird „Imperium“ deutlich enger verstanden. Gemeint ist als begriffliche Minimalklammer ein großräumiger, hierarchisch geordneter und zusammengesetzter Herrschaftsverband, dessen Metropole mehrere periphere Territorien und deren kulturell fremde Bevölkerung kontrolliert.³

Aus diesem Verständnis leitet sich als *Erstes* die Frage ab, welche Wirkung von den für Imperien so typischen fluiden Grenzen für die untersuchten Städte ausging. Während strukturierte Nationalstaaten von deutlich fixierten Grenzen geprägt sind, zeigen die Beiträge von Natalia Tuschinski, Michel Abeßer und Boris Belge, welche Folgen die sich ständig wandelnden Außengrenzen des Zarenreiches hatten. War eine Stadt wie Cherson zunächst als Grenzfestung in einer noch ungesicherten *frontier* gegründet worden, galt sie nur fünf Jahre später bereits als weitgehend gesichertes Hinterland. Die Folge war ein vollständiger Funktionswechsel mit einer sich entsprechend rasant verändernden Stadtplanung und einem gewandelten Städtebau.

³ Eine ausführlichere und präzisere Definition stammt von Jürgen Osterhammel, wonach ein Imperium ein „großräumig[er], hierarchisch geordneter[r] Herrschaftsverband polyethnischen und multireligiösen Charakters [ist], dessen Kohärenz durch Gewaltandrohung, Verwaltung, indigene Kollaboration sowie die universalistische Programmatik und Symbolik einer imperialen Elite (zumeist mit monarchischer Spitze) gewährleistet wird, nicht aber durch gesellschaftliche und politische Homogenisierung und die Idee allgemeiner Staatsbürgerschaft“. Jürgen Osterhammel, *Europamodelle und imperiale Kontexte*, in: *Journal of Modern European History* 2:2, 2004, S. 157-182, hier S. 172.

Ähnliches widerfuhr Odessa, wie sich im Beitrag von Boris Belge zeigt. Diente die Gründung der Stadt zunächst als geopolitische Absicherung einer instabilen Region, avancierte sie nach nur wenigen Jahren zum kommerziellen Drehkreuz des Imperiums im Süden und erlebte unter Zar Alexander I. durch die Verleihung des Freihafenstatus und die privilegierte Ansiedlung verschiedener multiethnischer Bevölkerungsgruppen einen ökonomischen Boom. Im Falle der armenischen Ansiedlung Nachičevan' am Don in der Studie von Michel Abeßer änderte sich zwar nicht die Funktion der Stadt infolge fluider Grenzen. Doch bildete die geplante wirtschaftliche Schwächung der Krim als Vorbereitung ihrer Einverleibung die tiefere Ursache für die Gründung von Nachičevan' beziehungsweise dafür, dass die handelstüchtigen Armenier dazu gezwungen wurden, von der Krim an die Schwarzmeerküste des Festlands umzusiedeln, um dort ihre Tätigkeit zu entfalten. Mit anderen Worten: Die beständig voranschreitende Expansion des Zarenreiches, die das russländische 18. Jahrhundert in besonderem Maße auszeichnet, führte für die Menschen an der imperialen Peripherie zu lang anhaltender Unstetigkeit, die sich in Umsiedlungen und häufigem städtischen Funktionswandel niederschlug.

Eng mit den fluiden Grenzen verbunden ist der *zweite* für Imperien so wichtige Aspekt: Anders als bei Nationalstaaten besteht weniger eine besondere Beziehung zu bestimmten Territorien mit zum Teil sakralisierten Erinnerungsorten, stattdessen wird Bodengewinn als Mittel der erweiterten Herrschaftsausübung betrachtet.⁴ Ohne eine naturgegebene Grenze endet die Expansionslust in aller Regel erst dort, wo eine ebenbürtige Militärmacht angetroffen wird.⁵ Diese für Krieg und Eroberung so empfängliche Haltung imperialer Eliten machte beständige Steigerungen der Anzahl rekrutierter Soldaten notwendig und führte im ausgehenden 18. Jahrhundert zu den sozialen Verwerfungen, die im Beitrag von Mikhail Belan thematisiert werden. Charakteristisch ist im selben Zug der Drang, eroberte Räume administrativ und koloniasatorisch zu erschließen, und damit die äußere *frontier* so rasch wie möglich zur inneren *frontier* werden zu lassen, wie Natalia Tuschinski am Beispiel von Novorossija und Michel Abeßer am Beispiel von Nachičevan' am Don zeigen.

Der territoriale Erschließungsprozess spiegelt dabei nicht nur das bewegliche *mental mapping* der Akteure vom Eigenen und Fremden wider. Vor allem zeigt sich anhand der Einverleibung neuer Regionen ein Spezifikum des Zarenreiches, wonach bis weit in das 19. Jahrhundert hinein nicht im Ansatz daran

⁴ Jürgen Osterhammel, Expansion und Imperium, in: Peter Burschel u.a. (Hrsg.), Historische Anstöße. Festschrift für Wolfgang Reinhard zum 65. Geburtstag am 10. April 2002, Berlin/Boston 2002, S. 371-391, hier S. 383.

⁵ John LeDonne, The Frontier in Modern Russian History, in: Russian History 19, 1992, S. 143-154.

gedacht wurde, neue Gebiete als fremd zu betrachten und anders als das „Mutterland“ behandeln zu wollen. Ganz im Gegenteil ging es darum, die neu einverleibten Territorien schnellstmöglich in die allgemeinen Wirtschaftsstrukturen eines als zusammengehörig vorgestellten, großen imperialen Raumes einzubinden.⁶

Der schließlich *drittens* für Imperien so wesentliche Aspekt der Heterogenität verbindet die Beiträge von Tilman Plath, Simon Dreher, Michel Abeßer und Natalia Tuschinski. Diese Heterogenität, die sich vom Bestreben des Nationalstaates abhebt, im Inneren ein möglichst hohes Maß an Homogenität zu erreichen, spiegelt sich in den Städten des 18. und frühen 19. Jahrhunderts in ganz besonderem Maße. Dabei geht es nicht allein um ethnische, konfessionelle und sprachliche Vielfalt, die gepflegt und nicht bedrängt wurde. Vielmehr durchzieht die Politik der Differenz fast alle Bereiche staatlichen Handelns.

Die Beiträge von Tilman Plath und Simon Dreher machen deutlich, wie die gezielte Förderung, welche die Zarenregierung der noch jungen Hauptstadt des Imperiums, St. Petersburg, zukommen ließ, zum forcierten Abstieg benachbarter Städte wie Riga und Archangel'sk führte. Bei der Politik der Differenz ging es zudem nicht selten um Begünstigungen von Klientelgruppen, mit denen sogenannte *separate deals* geschlossen wurden.⁷ Ein Paradebeispiel für derartige Sonderrechte bildeten die Deutschbalten, die infolge der Kapitulationsurkunde von 1710 und ausgebaut durch die Handelsordnung von 1765 ein hohes Maß an politischer Autonomie und Schutz für ihre traditionellen Kaufmannsgilden genossen. Als Pendant zu den Deutschbalten an der Ostsee lesen sich Abeßers Ausführungen zu den Armeniern im Süden, die am indirekten Zugang zum Schwarzen Meer von Sonderbegünstigungen für ihre Siedlung Nachičevan' profitierten und ebenso wie die Deutschbalten ihr traditionelles Rechtssystem mit hoher politischer Autonomie beibehalten durften.

In dieses imperiumstypische Kaleidoskop von unterschiedlichen Privilegien und Rechtssystemen fügen sich die sozioökonomischen Folgen der Multikonfessionalität, an denen uns Simon Dreher im Falle Archangel'sk teilhaben lässt: Die Verluste, die Archangel'sk durch den drastischen Rückgang an Schiffsverkehr infolge der geförderten Petersburger Konkurrenz erleiden musste, wurden nicht etwa durch Zuwendungen des imperialen Zentrums ausgeglichen. Vielmehr wurde ein Großteil der Not innerhalb der Gemeinden mit lange ansässigen Ausländern durch Zuwendungen gelindert, die von den Herkunftsländern der in Archangel'sk angesiedelten reformierten und lutherischen Gemein-

⁶ Ricarda Vulpius, Die Geburt des Russländischen Imperiums. Herrschaftskonzepte und -praktiken im 18. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2020, S. 260-265.

⁷ Zum Begriff der *separate deals* vgl. Eric Lohr, Russian Citizenship. From Empire to Soviet Union, Cambridge 2012, S. 20, 30-31.

den stammten, so von den Handelshäusern aus Amsterdam und Hamburg.

Selbst innerhalb der eigenen Gouvernementsstrukturen ließ das Zarenreich ein hohes Maß an Heterogenität zu. Natalia Tuschinskis Ausführungen zeigen den überaus großen Entscheidungs- und Handlungsspielraum, den Fürst Grigorij Potemkin als Generalgouverneur der südlichen Gouvernements genoss und der sich unmittelbar auch auf die Entwicklung der Städte auswirkte. Die Lokaladministration konnte sich anders als in anderen Regionen dank Potemkins Sonderstellung in hohem Maße verselbständigen und die ursprünglichen militärischen Planungsziele durch einen immer stärkeren Fokus auf Handwerksproduktion und Handel in den Hintergrund drängen.

Diese, allen Aufsatzthemen zugrunde liegende Heterogenität, die sich in der Sozialökonomie genauso niederschlug wie in der Zuweisung von Sonderrechten und in der Aufrechterhaltung althergebrachter Traditionen, musste allerdings früher oder später das Imperium an seine Leistungsgrenzen führen. Damit ist nach dem Imperium die zweite Kategorie des Themenheftes benannt, die sich als roter Faden durch die Beiträge zieht: der Übergangscharakter des 18. Jahrhunderts, in dem bereits die Keime all jener großen Umgestaltungsprozesse steckten, die sich im 19. Jahrhundert entfalteten. Bei der Entwicklung der Städte machten sich vor allem zwei Prozesse bemerkbar: zum einen die nicht zuletzt von der Rezeption der Aufklärung ausgehenden Bemühungen um Systematisierung und Rationalisierung von Verwaltung und politischer Steuerung und zum anderen das zunehmende Gewicht, das russisch-nationale Interessen für die Petersburger Reichsregierung erhielten.

In Mikhail Belans Beitrag zu den sozialen Verwerfungen, die der erhöhte Bedarf an Rekruten mit sich brachte, zeigt sich anschaulich, wie der Druck zunahm, mit einer stärkeren staatlichen Regulierung die Rekrutenaushebung effizienter und sozial verträglicher zu gestalten. Auch Michel Abeßers Ausführungen verweisen mit Blick auf Nachičevan' auf die Entwicklung standardisierter Konfliktlösungsmechanismen, mit denen interethnische Probleme besser zu bewältigen waren. Natalia Tuschinski weist darauf hin, welcher Professionalisierungsprozess im ausgehenden 18. Jahrhundert beim Städtebau erfolgte, der sich zum einen aus einer größeren Rechtssicherheit der Städte und der Klärung administrativer Aufgaben ableitete, zum anderen daraus, dass sich die Mitwirkenden mehr als zuvor städteplanerische und städtebauliche Kompetenz aneigneten.

Tilman Plath betont allerdings die Kehrseite stärkerer staatlicher Durchdringung infolge rationalisierter und professionalisierter Abläufe: Russländischen Kaufleuten gelang es trotz großer Bemühungen nicht, sich gegen die starke Konkurrenz westeuropäischer Kaufleute zu behaupten. Die Vorteile der Westeuropäer, die über erheblich größere Kapitalmengen, größere Handels-

kompetenzen und vor allem über ein höheres Maß an Selbständigkeit und Selbstorganisation verfügten, ließen sich durch russländische Maßnahmen, die immer auch den Charakter staatlicher Kontrolle und Gängelei trugen, nicht ausgleichen.

Die Zunahme der Bedeutung russisch-nationaler Diskurse, wie sie bereits im 18. Jahrhundert zu beobachten ist, spiegelt sich besonders in den Beiträgen von Tilman Plath, Michel Abeßer und Boris Belge. Zarin Katharina II. griff nicht nur erheblich in die politische Autonomie der Ostseeprovinzen ein, um diese dem übrigen Reich stärker anzugleichen. Vor allem setzte sie auch durch, dass die bislang in ihrer Exklusivität geschützte deutschbaltische Kaufmannschaft 1775 erstmals russische Kaufleute in ihren Reihen aufzunehmen hatte. Noch stärker kommen nationale Friktionen in den Studien Abeßers und Belges zum Tragen, die sich auf das 19. Jahrhundert konzentrieren. Hier sind die Spannungen des Russländischen Imperiums, das zunehmend in den Sog der Nationalisierung geriet, zum Greifen nahe: Russischer Nationalismus ließ anti-armenische Gefühle in Nachičevan's Nachbargemeinde Rostov anwachsen und armenische Geschäftsleute zunehmend von der Kreditvergabe ausschließen. Zugleich aber vermochte es die russländische Regierung, die sich prinzipiell weiterhin supraethnisch verstand und für die die Russifizierung kein prioritäres Ziel wurde, einer übersteigerten Form des Nationalismus Grenzen zu setzen. Der Beitrag von Boris Belge macht jedoch deutlich, dass einzelne russifizierende Regierungsmaßnahmen ausreichten, um zusammen mit dem in der Bevölkerung grassierenden Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts den Rückzug multiethnischer Kaufmannsdynastien aus Odessa zu bewirken und mit den herbeigeredeten Gegensätzen zwischen „russischen und ausländischen Elementen“ zum Niedergang der einst florierenden Stadt beizutragen.

Anhand der Beiträge dieses Themenhefts lässt sich nachverfolgen, wie sich sowohl die imperiale Dimension als auch der Übergangscharakter des 18. Jahrhunderts auf die städtische Ebene im Russländischen Reich herunterbrechen lässt.

Carlos Hernández Quero / Luis de la Cruz Salanova

Als die Vorstädte aufhörten, Peripherie zu sein. Der Kampf um die Kontrolle der Straße im Madrid der 1930er Jahre¹

During the interwar period, the suburbs of large Western cities became the quintessential space for mass politics. This article offers a micro-level analysis of the political struggle in the Madrid neighbourhoods of Cuatro Caminos and Tetuán in the 1930s. It first examines social life in the two suburbs and highlights their neglect by various liberal administrations. The article then studies two of the main conflicts that took place on the streets of Cuatro Caminos and Tetuán. On the one hand, it analyses the clashes arising from fascist propaganda in an environment that radical-left organisations considered their own. On the other hand, it discusses the boycott actions that the anarchists, who had a strong presence in Cuatro Caminos and Tetuán, carried out against the socialists. We argue that both conflicts are best understood in the light of the political culture that had been forged in these suburbs during the previous decades.

1. Einleitung

Ein berühmtes Foto vom 2. Februar 1936 zeigt José Antonio Primo de Rivera, Julio Ruiz de Alda, Manuel Mateo und andere Falangisten auf der Calle Bravo Murillo in Madrid (Abb. 1). Sie gehen festen Schrittes auf das Europa-Kino zu, wo Minuten später eine wichtige Wahlkampfkundgebung beginnen soll. Auf dem Bild sind einige Mitglieder der Kolonne mit den Händen auf der Brust zu sehen, eine Geste, die oft als eine zwischen Einschüchterung und Verteidigung liegende präventive Haltung in einer feindlichen Atmosphäre interpretiert worden ist. Die Pistole in der Manteltasche erspüren zu wollen, war nicht unangemessen. Denn die Falangisten durchquerten gerade das Cuatro Caminos, eines der großen Arbeiterviertel der Stadt, eine Hochburg der radikalen Linken, wo die am stärksten mobilisierten politischen Kräfte aufeinandertrafen.

¹ Zuerst erschienen unter dem Titel: Cuando los suburbios dejaron de ser periferia. La lucha por el control de la calle en el Madrid de los años 1930, in: Rubrica Contemporanea 8, 2019, S. 67-86. Aus dem Spanischen von Moritz Föllmer mit Hilfe von Deep-L.

Bis 1936 hatte sich die Geografie der Falange-Veranstaltungen auf das Stadtzentrum konzentriert.² Der Gründungsveranstaltung im Teatro de la Comedia im Jahr 1933 folgten weitere in den Kinos Madrid, Bilbao, Novedades, Rialto und Progreso, die alle in der bürgerlich geprägten Umgebung der Gran Vía und der Puerta del Sol lagen. Einige der Orte, die das Madrid der jungen Faschisten konfigurierten, befanden sich ebenfalls dort, von der Parteizentrale an der Cuesta de Santo Domingo bis zu den Redaktionen ihrer wichtigsten Publikationen, einschließlich einer Handvoll ausgewählter Cafés und Restaurants wie dem Or-kon-pon, wo der literarische Hofstaat José Antonio Primo de Riveras die Verse der falangistischen Hymne *Cara al Sol* verfasste.³

Im Februar 1936 wandten sich die Falangisten den Vorstädten zu. Die Verhandlungen über die Integration der Falange in eine Koalition der Rechten scheiterten. Das Land steuerte auf einen harten Wahlkampf zwischen zwei Blöcken, der Volksfront und der Nationalen Konterrevolutionären Front, zu, was einer Minderheitenpartei wie der von José Antonio Primo de Rivera wenig Spielraum ließ.⁴ Wenn die „Blauhemden“⁵ einen dritten Weg vertreten wollten, mussten sie mit einer gewissen Kühnheit handeln. Vielleicht beschlossen die Falangisten deshalb, die imaginäre Mauer zu durchbrechen, welche die respektable und geordnete Stadt, in der die konservativen Kräfte ihre besten Ergebnisse erzielten, von der aufmüpfigen Stadt der Arbeiterklasse trennte, wo die

² Die Falange Española de las JONS war seinerzeit die wichtigste spanische faschistische Gruppierung. Ihre Stärke war jedoch im Vergleich zu anderen faschistischen Bewegungen sehr gering. Anfang 1936 war sie noch eine Partei der Intellektuellen, Freiberufler und gewaltbereiten jungen Männer.

³ Pablo Carbajosa/Mónica Carbajosa, *La corte literaria de José Antonio*, Barcelona 2003; José Luis Jerez Riesco, *El Madrid de la Falange*, Madrid 2006.

⁴ Dem Frente Popular gehörten verschiedene Parteien der republikanischen, klassenübergreifenden, antiklerikalen und reformistischen Linken, wie die Unión Republicana oder die Izquierda Republicana, sowie die verschiedenen Arbeiterparteien an: der Partido Socialista Obrero Español, der Hauptakteur der Koalition, eine Massenpartei, die zwischen Sozialdemokratie und Diktatur des Proletariats schwankte; der Partido Comunista de España, eine damals aufstrebende Kraft mit engen Verbindungen zur UdSSR; der Partido Obrero de Unificación Marxista, der sich vom Trotzismus inspirieren ließ; und der Partido Sindicalista, eine anarchistische Fraktion, die zum legalen Kampf neigte. Der Frente Nacional Contrarevolucionario war seinerseits eine schwächere Koalition und umfasste je nach lokalen Verhältnissen autoritäre Monarchisten (Renovación Española), Rechtskatholiken (Conferación Española de Derechas Autónomas, die wichtigste Partei des Blocks), Traditionalisten (Comunión Tradicionalista), Konservative (Partido Agrario) und verschiedene republikanische Gruppierungen der rechten Mitte: Partido Republicano Radical, Partido Republicano Liberal Demócrata, Partido Republicano Conservador oder Partido de Centro Democrático.

⁵ Daran erkannte man die Falangisten, die blaue Hemden im Militärstil trugen, welche die Latzhosen der Arbeiter nachahmten.

Bastion des Syndikalismus lag. Für den ersten Sonntag der Kampagne, den eingangs erwähnten 2. Februar, planten die Falangisten zwei Kundgebungen: die erste im Kino Padilla in der gleichnamigen Straße, die zweite im bereits erwähnten Europa-Kino. So inszenierten sie den Übergang Primo de Riveras und seines Gefolges von einem Kino zum anderen oder, mit anderen Worten, vom bürgerlichen Viertel Salamanca in den proletarischen Vorort Cuatro Caminos. Trotz ihres anekdotischen Charakters zeigt die Episode, welche Bedeutung die Falange der an der Peripherie Madrids lebenden Arbeiterschaft beimaß. Dies war jedoch nicht nur eine fixe Idee der Falangisten. In den großen Vorstadtvierteln lebten viele Wähler*innen und Aktivist*innen, weshalb Parteien und Gewerkschaften mit allen Mitteln darum kämpften, ihre Bewohner*innen zu verführen oder zu rekrutieren.

Eine Woche später, am 9. Februar, mitten in der Kampagne, führte die Volksfront parallel sechs Veranstaltungen in verschiedenen Kinos und Theatern der Hauptstadt durch. An jedem Punkt wurde eine Rede gehalten, die in Echtzeit an weitere Veranstaltungsorte übertragen wurde. Die Verteilung der Kundgebungen zeigt, wie deutlich die Peripherie im Vordergrund stand. Von den sechs Veranstaltungen fand nur eine im herrschaftlichen Zentrum Madrids statt, das einst Schauplatz des politischen Geschehens gewesen war. Die anderen fünf wurden in den umliegenden Slums durchgeführt – armen, schnell wachsenden Vororten, die nicht einmal über die grundlegendste Infrastruktur verfügten. In Cuatro Caminos, ebenfalls im Europa-Kino, hielt zum Beispiel Francisco Largo Caballero, der führende Kopf des revolutionären Sozialismus, eine Rede. In Tetuán de las Victorias sprach José Díaz, der kommunistische Funktionär, während in Ventas der trotzkistische Rädelsführer Joaquín Maurín dasselbe tat.⁶

Monate später brach ein gewaltiger Generalstreik im Baugewerbe aus. Zum ersten Mal unterzeichneten die Unión General de Trabajadores (UGT, marxistisch) und die Confederación Nacional del Trabajo (CNT, anarchistisch) ein Manifest, das alle Madrider Arbeiter*innen zum Streik aufrief. Die Ziele des Streiks wurden auf einer gemeinsamen Sitzung, erneut im Europa-Kino, erörtert und anschließend von mehr als 60 000 Arbeitnehmern auf einer großen Versammlung in der neuen Stierkampfarena in Ventas, ebenfalls am Stadtrand, verabschiedet. Dort ergriffen unter anderem Cipriano Mera und David Antona, Führer des Sindicato Único de la Construcción de la CNT und Bewohner von Tetuán de las Victorias beziehungsweise Cuatro Caminos, das Wort. Im Laufe des Monats Juni zeigten sich erste Risse im Gewerkschaftsblock. Die UGT war bereit, die von der reformistischen Linksregierung angebotene Vermitt-

⁶ La Libertad, 8. Februar 1936.

lung anzunehmen, und ihre Mitglieder stimmten in einem Referendum für die Rückkehr an den Arbeitsplatz. Die 15 000 Arbeitnehmer, die das Referendum unterstützten, waren jedoch nur ein Teil derjenigen, die sich in diesen Tagen auf der Straße mobilisierten. Mera, Antona und ihre Unterstützer, die eine Verschärfung des Konflikts befürworteten, riefen zu einer großen Versammlung auf einem Gelände an der Calle Bravo Murillo in Cuatro Caminos auf. Dort beschloss eine begeisterte Menge kollektiv und stürmisch, per Akklamation statt durch eine Stimmzählung, den Streik fortzusetzen. Es war ein stolzes Bild: Die Menge der Vorstädte traf Entscheidungen, die sich auf die Arbeitnehmer und die Wirtschaft der ganzen Stadt auswirkten.⁷



Abb. 1: Falangisten auf dem Weg zum Europa-Kino, Februar 1936. Lächelnd und mit einer Zigarette zwischen den Fingern Julio Ruiz de Alda. Neben ihm: Raimundo Fernández Cuesta. In der Mitte des Bildes: José Antonio Primo de Rivera. Im Vordergrund, mit der Hand auf der Brust: Camilo Olcina, ein ehemaliger anarchistischer Aktivist. Rechts: Rafael Sánchez Mazas.

⁷ Santos Juliá, ¿Feudo de la UGT o capital confederal? La última huelga de la construcción en el Madrid de la República, in: *Historia Contemporánea* 6, 1991, S. 207-222; Francisco Sánchez Pérez: Las huelgas del 36. Por qué Madrid?, in: *Bulletin d'histoire contemporaine de l'Espagne* 48, 2013, S. 27-42.



Abb. 2: Versammlung der anarchosyndikalistischen Bauarbeiter in Cuatro Caminos, 1936.

Die oben genannten Fälle sind nur einige beredte Beispiele für die gestiegene politische Bedeutung der Vorstädte. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. In den 1930er Jahren waren die Vorstädte ein Nährboden für Demonstrationen, Sabotageakte, Anschläge, Kundgebungen, Streiks und Zusammenstöße, sie beherbergten geheime Druckereien und versteckte Waffenlager. Suburbane Picknickplätze und offene Felder wurden zu Schauplätzen der politischen Massenagitation par excellence. Kinos und Theater wie das Europa, das Monumental, das Luminoso und das Metropolitano schafften es auf die Titelseiten der Zeitungen und wurden allen Madrilen*innen ein Begriff. Es war unmöglich geworden, die Vorherrschaft in der Stadt zu erlangen, ohne sie zuvor in den Straßen der Vorstädte errungen zu haben. Obwohl die Vorstädte in räumlicher und materieller Hinsicht peripher waren, nahmen sie im politischen Kampf einen zentralen Platz ein. Das Phänomen war in ganz Europa verbreitet. Am Rande der großen städtischen Ballungsräume blühten alternative Formen des Verständnisses sozialer Bindungen, neue Formen des Zusammenlebens und konfrontative Formen des Umgangs mit den Behörden. In Stadtvierteln wie Cuatro Caminos oder Tetuán wurde der Kampf um die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft ausgetragen, und deshalb weckten sie die Begierde der verschiedenen politischen Kräfte. Trotz der intensiven Mobilisierung, die in den Vorstädten vor dem Spanischen Bürgerkrieg (Juli 1936-April 1939) stattfand, und trotz der engen Beziehung dieser Räume zu einigen der bemerkenswertesten politischen

Prozesse und Ereignisse dieser Zeit tauchen ihre Namen in der politischen Geschichtsforschung kaum auf, und wenn, dann nur als Kulisse oder Dekoration.⁸

Im Allgemeinen hat die Geschichtsschreibung zur Zweiten Republik (April 1931-Juli 1936) der Beziehung zwischen Raum und Politik wenig Aufmerksamkeit geschenkt.⁹ Diese Periode hat sich als fruchtbarer Boden für die Untersuchung von Diskursen und Imaginationen, von neuen Organisationen und Formen kollektiven Handelns sowie von Gewalt und ihren Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung erwiesen. Sei es wegen des Interesses an Ideen, Symbolen oder Führungspersönlichkeiten oder wegen der Priorität, die Texten, Reden und Parteiakten eingeräumt wird: Tatsache ist, dass in vielen Politikgeschichten der 1930er Jahre das *wie* und *wo* für die Erzählung wenig relevant erscheinen. Um Leif Jerram zu paraphrasieren, könnte man sagen, dass diese Studien mitten zwischen überall und nirgendwo liegen, was es dringend erforderlich erscheinen lässt, Individuen und Kollektive innerhalb der räumlichen Koordinaten zu verorten, in denen ihre Träume, Ängste und Antagonismen Gestalt annahmen.¹⁰

Fiele die Analyse der politischen Formen der damaligen Zeit anders aus, wenn ihrem räumlichen Kontext mehr Bedeutung beigemessen würde? Die Zwischenkriegszeit war der Höhepunkt der politischen Leidenschaft und der Interessenartikulation im Umfeld von Parteien und Gewerkschaften. Damals gewannen neue Lehren die Herzen von Millionen von Männern und Frauen. Weder das Gewicht von Emotionen noch das Handeln von Organisationen las-

⁸ Francisca Bernalte Vega, *La cultura anarquista en la República y la Guerra Civil. Los Ateos Libertarios en Madrid*, Dissertation, Universidad Complutense de Madrid 1991; Sandra Souto, *¿Y Madrid? ¿Qué hace Madrid? Movimiento revolucionario y acción colectiva (1933-1936)*, Madrid 2004; Julián Vadillo, *El anarquismo en el Madrid de la Segunda República. Perfil social, estrategias y tácticas*, in: *Historia Autónoma* 10, 2017, S. 124-142; Fernando Jiménez Herrera, *Los comités madrileños en 1936. Un análisis microhistórico de la represión*, Dissertation, Universidad Complutense de Madrid 2018.

⁹ Es muss unterschieden werden zwischen geografisch lokalisierten politischen Geschichten, in denen eine traditionelle Methodik auf ein begrenztes Untersuchungsgebiet angewandt wird, und Geschichten, in denen sich Politik und Raum gegenseitig bedingen und formen. Letztere hat es in unserem Land nicht im Überfluss gegeben. Fünf herausragende Beispiele, wenn auch durch unterschiedliche Ansätze geprägt, sind Javier Ugarte, *La nueva Covadonga insurgente. Orígenes sociales y culturales de la sublevación de 1936 en Navarra y el País Vasco*, Madrid 1998; Pamela Radcliff, *From Mobilization to Civil War. The Politics of Polarization in the Spanish City of Gijón, 1900-1937*, Cambridge 1996; Chris Ealham, *La lucha por Barcelona. Clase, cultura y conflicto, 1898-1937*, Madrid 2005; José Luis Oyón, *La quiebra de la ciudad popular. Espacio urbano, inmigración y anarquismo en la Barcelona de entreguerras, 1914-1936*, Barcelona 2008; Fernando del Rey, *Paisanos en lucha. Exclusión política y violencia en la Segunda República española*, Madrid 2008.

¹⁰ Leif Jerram, *Streetlife. The Untold History of Europe's Twentieth Century*, Oxford 2011, S. 4.

sen sich jedoch isoliert erklären. Auch die neuen Glaubensbekenntnisse und Ideologien sind nicht aus dem Nichts entstanden. Zum einen mussten sich die politischen Kräfte an die Anforderungen, Möglichkeiten und Lebensweisen der jeweiligen Umgebung anpassen und sich auf diese Weise neu erfinden. Ihre Strategien und Ideologien wurden im Kontakt mit Räumen, kulturellen Codes und sozialen Beziehungsformen definiert, die politisches Handeln einschränkten, bedingten oder vorantrieben. Zum anderen ist es notwendig, die Politik an der Basis zu beobachten, denn gerade in den Sphären der informellen Geselligkeit entwickelten die einfachen Menschen ihre Art, die Welt zu lesen und in ihr zu handeln. Viele der Wünsche, Taktiken, Solidaritäten oder Vorurteile, welche die Geschichtsschreibung als typisch für die einzelnen politischen Familien und Bewegungen angesehen hat, sind nur schwer zu verstehen, ohne das Umfeld zu berücksichtigen, in dem sie entstanden sind.¹¹

Es gibt mehrere Quellen, aus denen eine stärker räumlich kontextualisierte politische Geschichte schöpfen könnte. Ohne Exklusivität und im Bewusstsein, wie durchlässig und künstlich die Grenzen zwischen Ansätzen und Disziplinen manchmal sind, beansprucht dieser Artikel, das Potenzial der neuen Stadtgeschichte zu erschließen, von dem Leif Jerram gesprochen hat.¹² In jüngster Zeit haben viele Stadthistoriker*innen die Rolle hervorgehoben, die Stadtviertel, Plätze, Märkte, Tavernen, Wohnungen und Arbeitsplätze bei der Gestaltung der politischen Identität vergangener Subjekte gespielt haben. Politik in ihrem räumlichen Kontext zu behandeln, ermöglicht es auch, die Gesichter und Motivationen derjenigen zu rekonstruieren, die an den großen Debatten ihrer Zeit teilnahmen, ohne zu den bekannten Führern, den herausragenden Intellektuellen oder den formulierungsfreudigen Journalisten zu gehören.¹³

Es geht also nicht nur darum, politische Ereignisse auf der Landkarte zu verorten, sondern sie in das Bündel von Erfahrungen, gemeinsamen Bedeutungen

¹¹ Für eine eingehendere Exegese des politischen Raums und der Kulturen siehe Carlos Hernández Quero, *La política en su contexto. Reflexiones para una historia cultural de la política hace cien años*, in: *Historia Contemporánea* 66, 2021, S. 595-626.

¹² Zwei wichtige Bücher zu neuen Richtungen in der Stadtgeschichte sind Simon Gunn/Robert Morris (Hrsg.), *Identities in Space. Contested Terrains in the Western City since 1850*, Aldershot 2001; Shane Ewen, *What is Urban History?*, Aldershot 2016. Zu diesbezüglichen Orientierungen in der spanischen Geschichtsschreibung vgl. Rubén Pallol Trigueros, *Deudas pendientes de la historia urbana en España*, in: *Ayer* 107, 2017, S. 287-302.

¹³ David Garrloch, *The Making of Revolutionary Paris*, Berkeley 2002; Mark Wild, *Street Meeting. Multiethnic Neighborhoods in Early Twentieth-Century Los Angeles*, Berkeley 2008; Christina Parolin, *Radical Spaces. Venues of Popular Politics in London, 1790-c. 1845*, Canberra 2010; Maurizio Gribaudi, *Paris, ville ouvrière. Une histoire occultée, 1789-1848*, Paris 2014; Molly Loberg, *The Struggle for the Streets of Berlin. Politics, Consumption and Urban Space, 1914-1945*, Cambridge 2018.

und Alltagspraktiken einzubetten, in denen sie erst verständlich werden. Indem sie vom Allgemeinen zum Konkreten übergehen und sich auf die städtische Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit konzentrieren, haben verschiedene Autor*innen gezeigt, wie die Vororte und Peripherien der großen westlichen Städte zu den Hauptschauplätzen der politischen Ereignisse wurden. In den Vorstädten von Paris, Berlin oder Los Angeles bildete sich eine eigene politische Kultur mit spezifischen Bedürfnissen, Nutzungen, Forderungen, Ritualen und Beteiligungsformen heraus. Daraus ergaben sich Elemente und Besonderheiten, denen sich die verschiedenen Strömungen und Organisationen, die um die Gunst ihrer Nachbar*innen kämpften, anpassen mussten – Elemente und Besonderheiten, die schließlich die Stadt als Ganzes durchdrangen und die Inhalte und Grenzen dessen, was bis dahin als politisch angesehen wurde, neu konstituierten.¹⁴

Im Folgenden werden wir Erkenntnisse aus dieser stadthistorischen Forschung nutzen, um einige wenig bekannte Aspekte der radikalen Mobilisierung im Spanien der Zweiten Republik zu beleuchten. Ziel des Artikels ist es, die Rolle der Madrider Peripherie in den großen politischen Transformationsprozessen der 1930er Jahre zu analysieren. Zur Einführung werden zwei der wichtigsten Vororte der Hauptstadt vorgestellt: Cuatro Caminos und Tetuán de las Victorias im Norden, die während der Zweiten Republik einen kompakten und zusammenhängenden Raum bildeten, in dem mehr als 100 000 Menschen lebten.¹⁵ Im ersten Abschnitt werden wir einige Merkmale dieser Vorstädte diskutieren, die bei allen Unterschieden zeigen, dass diese nicht nur räumlich, sondern auch sozial, kulturell und politisch eine Welt für sich bildeten. Als Nächstes werden wir uns zwei charakteristischen Konflikten der Zeit nähern: einerseits den Effekten der unermüdlichen faschistischen Propaganda in einem Umfeld, das die revolutionären Kräfte als ihr eigenes betrachteten, andererseits den Auswirkungen der wachsenden Dominanz der Anarchisten innerhalb der politischen Linken. Die Vorstädte, die von den liberal dominierten Autoritäten

¹⁴ Annie Fourcaut, *Bobigny, banlieue rouge*, Paris 1986; Tyler Stovall, *The Rise of the Paris Red Belt*, Berkeley 1990; José Luis Oyón, *Historia urbana e historia obrera: reflexiones sobre la vida obrera y su inscripción en el espacio urbano, 1900-1950*, in: *Historia Contemporánea* 24, 2002, S. 11-58; Pamela Swett, *Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929-1933*, New York 2004; Becky M. Nicolaides, *The neighbourhood politics of class in a working-class suburb of Los Angeles, 1920-1940*, in: *Journal of Urban History* 30, 2004, S. 428-451.

¹⁵ *Estadística, Padrón Municipal de Habitantes de Madrid de 1935 und Padrón Municipal de Habitantes de Chamartín de la Rosa de 1935*, Archivo de Villa de Madrid [im Folgenden: AVM]. Im gesamten Text wird der Oberbegriff „Cuatro Caminos“ für die Verwaltungsbezirke Cuatro Caminos und Bellas Vistas verwendet, da beide Bezirke unter diesem Namen bekannt waren.

jahrzehntlang vernachlässigt worden waren, veranschaulichten in den 1930er Jahren mehr als jeder andere Raum den doppelten antiliberalen und postliberalen Angriff, dem die neu entstandenen Demokratien ausgesetzt waren.¹⁶

2. Cuatro Caminos und Tetuán. Vor den Toren Madrids wächst eine Stadt des Protests

Das Viertel Cuatro Caminos entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts am Rande der Calle Bravo Murillo, einer alten Straße zwischen der Hauptstadt und ihrem nördlichen Umland. Es handelte sich um ein Gebiet ländlichen Charakters, das außerhalb der Stadterneuerung lag, welche die Behörden geplant hatten, um das Bevölkerungswachstum aufzufangen. Man könnte also sagen, dass der Vorort Cuatro Caminos ursprünglich ein uneheliches oder ungewolltes Kind des modernen Madrid war und daher nie die Aufmerksamkeit erhielt, die anderen Gebieten zukam. Im Gegensatz zur rechtwinkligen Stadt, um die sich die Planer mit aller Sorgfalt bemühten, war Cuatro Caminos unregelmäßig angelegt. Seine Entwicklung stand nie unter der Kontrolle von Ingenieuren, Architekten oder Planern. Tausende von Einwanderer*innen und Kleinsparer*innen aus dem Landesinneren sahen in Cuatro Caminos die Lösung für die sehr hohen Grundstückspreise, die für die große Mehrheit der einfachen Familien unerschwinglich waren, und die langsame Entwicklung des geplanten Neubaugebiets. Im Laufe der Jahre und als Folge dieser mächtigen Siedlungslogik entwickelte sich die Vorstadt zu einem Arbeitervorort mit verwinkelten Straßen, welche die Nachbar*innen oft gemeinsam anlegten, und niedrigen Häusern, die zuweilen von ihren eigenen Bewohner*innen gebaut wurden. Einige Kilometer weiter nördlich entstand in denselben Jahren das Viertel Tetuán de las Victorias, das ebenfalls nicht von den Behörden abgeseget war. Wie in Cuatro Caminos waren die Straßen und Häuser von Tetuán bescheiden und baufällig, ein Zufluchtsort für Tagelöhner, Straßenverkäufer, Lumpensammler und verarmte Handwerker. Um die Jahrhundertwende betrug die Entfernung zwischen den beiden Zentren der informellen Urbanisierung zwei Kilometer. Kurze Zeit später trafen die beiden Vororte aufeinander und verschmolzen zu einer einzigen physischen und sozialen Realität, einer proletarischen Großstadt, die jedoch in verschiedene Verwaltungseinheiten aufgeteilt war. Das Gebiet von Cuatro Caminos gehörte zu Madrid, während das Gebiet von Tetuán de las Victorias offiziell Teil von Chamartín de la Rosa war, einer alten Gemeinde ländlicher Prägung. Obwohl wir bei genauerer Betrachtung Unterschiede im politischen Leben der beiden Gebiete finden könnten, am Offensichtlichsten im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik, können wir davon ausgehen, dass es sich um

¹⁶ Mark Mazower, *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, London 1998.

dasselbe Szenario handelte. Denn beide Kerne teilten ein hohes Maß an sozio-ökonomischer Homogenität, eine ähnliche urbane Typologie entlang der Achse der Calle Bravo Murillo sowie eine Reputation als Räume der Unordnung und des sozialen Protestes.

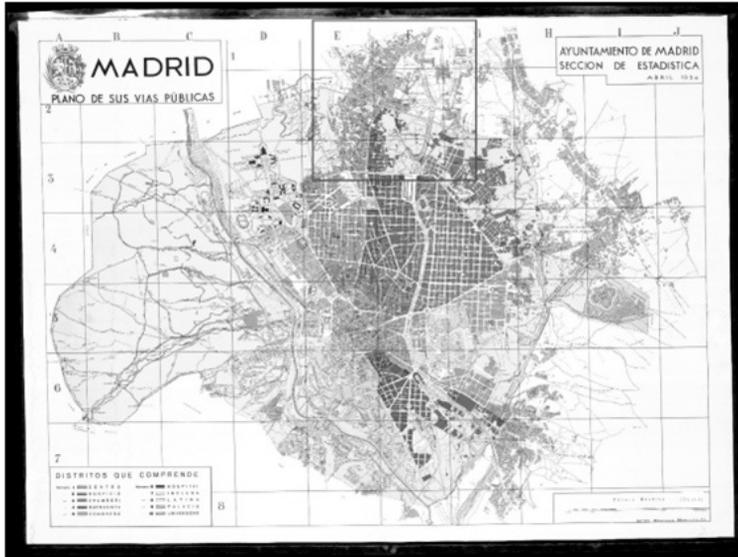


Abb. 3: Situation der Vorstädte in Madrid in den 1930er Jahren. Der Ausschnitt zeigt die Vorstädte Cuatro Caminos und Tetuán de las Victorias. Die blaue Linie markiert die Verwaltungsgrenze von Madrid. Südlich davon Cuatro Caminos, nördlich Tetuán de las Victorias.

Die Entstehung der proletarischen Stadt am Rande der Hauptstadt war weitgehend das Ergebnis der Initiative ihrer Bewohner*innen. Erstens, weil es kein wirkliches Urbanisierungsprojekt gab. Zweitens, weil die Eliten nicht in der Lage waren, das Phänomen zu kanalisieren, als es bereits unumkehrbar geworden war: Die aufeinanderfolgenden Pläne für die Entwicklung der Peripherie kollidierten mit einer sozialen Dynamik, die jeden papiernen Entwurf von oben altmodisch erscheinen ließ. Die Behörden hinkten der Bevölkerung immer ein paar Schritte hinterher, was den Bürger*innen eine außergewöhnliche Rolle bei der Gestaltung ihrer Umwelt verlieh. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass es oft die Einheimischen waren, welche die materielle Landschaft des Stadtteils formten, indem sie das Straßennetz entwarfen und viele der Häuser bauten. Doch ihre Initiative blieb nicht darauf begrenzt. Die Stadtentwicklung von unten erfolgte auch durch ein plurales Repertoire mit deutlichen politischen Resonanzen. Jahrzehntelang lernten die Nobodys der Peripherie, ihre Rechte durch Komitees, Vereinigungen, Unterschriftensammlungen und eine

Vielzahl von Petitionen und Beschwerdebriefen einzufordern, welche sie an Journalisten oder Politiker schickten, um etwas zu ändern. Wenn ihre Stimme nicht gehört wurde, glichen die Bewohner*innen der Vorstädte infrastrukturelle Defizite durch Volksabonnements und Solidaritätsaktionen zur Selbstorganisation von Dienstleistungen (Schulen, Tanzvereinen, Wohnungsgenossenschaften, Kommissariaten, Feuerlöschern, Nachtwächtern, Straßenpflasterung, Wasser usw.) aus. Aber das war noch nicht alles. In Cuatro Caminos und Tetuán kam es auch immer wieder zu Aufständen und Tumulten gegen die fiskalische Grenze (*fielato*), die das Neubaugebiet, also die von oben geplante Stadt, von den Arbeitervororten trennte. Konkret forderten diese Aktionen fließendes Wasser ein, richteten sich gegen spekulative Händler, die Motorisierung, die hergebrachte Formen der Nutzung des öffentlichen Raums verdrängte, oder die Polizei und andere Vertreter einer städtischen Macht, die, weil sie das Schicksal dieser Viertel ignorierte, als fremd und fern empfunden wurde. Die Bewohner*innen begannen sich so als Eigentümer ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft zu fühlen.

Das Ergebnis dieses Brodelns war eine gemeinschaftliche politische Kultur – antihegemonial, auf die Straße bezogen, dereguliert und deutlich von der in anderen Stadtvierteln verschieden. Eine politische Kultur, die sich nicht nur dort manifestierte, wo das Viertel und seine Bewohner*innen betroffen waren, sondern auch in Konflikten auf gesamtstädtischer und nationaler Ebene. Im Jahr 1905 zum Beispiel hielten die Arbeiter*innen von Cuatro Caminos die ganze Stadt mit Protesten in Atem, die durch einen dramatischen Industrieunfall ausgelöst wurden, bei dem Dutzende von Arbeitern*innen am Canal de Isabel II ums Leben kamen. Im Jahr 1917 brauchten die Behörden kaum einen Tag, um den revolutionären Streik in der Hauptstadt selbst unter Kontrolle zu bringen, während sie sich in Cuatro Caminos bis zum Äußersten bemühen und ein Militärlager errichten mussten, um nach mehreren Tagen des Blutvergießens den Widerstand der Einwohnenden zu brechen. Diese Szenen sollten sich im revolutionären Streik von 1934 wiederholen.

An der Peripherie herrschte eine eigene politische Atmosphäre. Das liberale und geordnete Madrid war dort so schwach wie nirgendwo sonst. Und so war es wohl kein Zufall, dass von der Justiz verfolgte Aktivisten immer wieder die Vororte zu einem ihrer bevorzugten Fluchtorte oder Verstecke machten. Mateo Morral und José Nakens hielten sich nach dem vereitelten Königsmord an Alfonso XIII. 1906 in Cuatro Caminos auf. Dasselbe gilt für den Anarchisten Manuel Pardiñas, der dort 1912 sein Attentat auf Ministerpräsident José Canalejas vorbereitete. Jahre später, 1921, flüchteten die katalanischen Anarchisten, die den Ministerpräsidenten Eduardo Dato erschossen hatten, nach Cuatro Caminos und versteckten sich dort monatelang vor der Polizei. In den 1930er Jahren

tauchte der Name Tetuán immer wieder in der Presse auf, als ein Ort, an dem Anarchisten gesucht und gefangen genommen wurden. Anders als man auf den ersten Blick vermuten könnte, bedeutet dies nicht, dass der Terrorismus überall unter den Bewohner*innen grassierte, sondern vielmehr, dass der urbane Raum der Vororte, weit entfernt von den Planungs- und Kontrollinstitutionen der Stadt, ein günstiges Umfeld für die Entwicklung antagonistischer Kulturen und verborgener Unterstützungsnetzwerke war.¹⁷



Abb. 4: Luftbild eines Teils des Vororts von Tetuán.

Der Eindruck, dass es sich bei den Vorstädten um einen besonderen Raum handelte, bleibt auch dann bestehen, wenn man klassischere politische Indikatoren wie die Wahlergebnisse betrachtet. Seit 1905, als sozialistische Kandidaten zum ersten Mal bei den Kommunalwahlen triumphierten, verbinden sich die Namen Cuatro Caminos und Tetuán in der kollektiven Imagination mit der Bastion eines rebellischen und antagonistischen Madrids. Während der Krise einer geschwächten Monarchie, der sogenannten Restaurationskrise, wandten sich die Wähler in den Vorstädten wiederholt von den monarchistischen Parteien (liberalen ebenso wie konservativen) ab. Im Jahr 1917 beispielsweise waren die in den Vorstadtschulen gesammelten Stimmzettel entscheidend für den überwältigenden Erfolg der sozialistischen Führer Andrés Saborit und Julián Besteir-

¹⁷ Was in diesen Absätzen beschrieben wird, ist in Carlos Hernández Quero, *El desborde de la ciudad liberal. Cultura política y conflicto en los suburbios de Madrid (1880-1930)*, Dissertation, Universidad Complutense de Madrid 2020, ausführlicher dargestellt.

ro, die damals wegen ihrer Teilnahme am revolutionären Streik im Gefängnis von Cartagena inhaftiert waren. Die Einwohner*innen von Cuatro Caminos hatten im August fünf Tage lang mit Infanterie- und Kavallerietruppen gekämpft und waren in Massen zur Wahl gegangen, um für die Gefangenen zu stimmen, als sie ein paar Monate später zu den Urnen gerufen wurden.¹⁸ Die Diktatur Miguel Primo de Riveras (1923-1930) konnte das revolutionäre Potenzial, das sich in der Arbeiterstadt herausgebildet hatte, weder bremsen noch zähmen. Im April 1931 wählten die Einwohnenden von Tetuán bei den Kommunalwahlen, die zum Sturz der Monarchie führen sollten, einen linksgerichteten Stadtrat unter der Führung von Manuel Horcajada Castellanos, einem der ersten sozialistischen Bürgermeister der Provinz und ehemaligen Lehrer an der Casa del Pueblo im Viertel.¹⁹ Bei den folgenden Wahlen verfestigte sich diese Orientierung des proletarischen Madrids. Im Jahr 1933, als die Linke im ganzen Land auf dem Rückzug war, erhielten die Sozialisten in Tetuán 7000 Stimmen und die Kommunisten 1000. Die beiden führenden Kräfte bei diesen Wahlen in Spanien insgesamt, die katholische Rechte und die zentristischen Republikaner, bekamen jeweils kaum 2000 Stimmen. Der Grad der Unterstützung, den die Kommunisten erhielten, war enorm hoch. Während sie in der Stadt Madrid kaum mehr als 3 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten, erreichten oder überschritten sie in mehreren Wahllokalen in Tetuán die Schwelle von 10 %. In einigen Sektionen war die Kommunistische Partei sogar die zweitstärkste Kraft hinter den Sozialisten, aber vor der Rechten und den verschiedenen republikanischen Listen.²⁰ Was in Tetuán zu sehen war, unterschied sich deutlich von der gesamten Hauptstadt. Im Februar 1936 erhielt die Volksfront dort 12 397 Stimmen, während die Rechte nur 2847 Stimmen gewinnen konnte.²¹

In den 1930er Jahren bildeten Madrid und seine umliegenden Bezirke einen großen Ballungsraum mit weit über einer Million Einwohner*innen. In einer Agglomeration dieser Größenordnung verschwammen die alten stadtgeografischen Ordnungsbegriffe wie Zentrum und Peripherie zunehmend.²² Der politische Kampf entfaltete sich in jedem Winkel der Stadt. Doch in diesem Strudel des Aufruhrs gab es Orte, welche die Seiten der Zeitungen und die Akten der

¹⁸ Boletín Oficial de la Provincia de Madrid, 14. November 1917.

¹⁹ Boletín Oficial de la Provincia de Madrid, 16. April 1931.

²⁰ La Libertad, 21. November 1933 und Boletín Oficial de la Provincia de Madrid, 24. November 1933.

²¹ La Libertad, 18. Februar 1933.

²² Rubén Pallol Trigueros/Fernando Vicente Albarrán/Carlos Hernández Quero, Metropolitización y transformación del espacio urbano y de los rasgos sociales en Madrid entre 1900 y 1936, in: Luis Enrique Otero Carvajal/Rubén Pallol Trigueros (Hrsg.), La sociedad urbana en España, 1900-1936, Madrid 2017, S. 99-131.

Gerichte füllten, sensible Punkte, an denen sich der Konflikt zuspitzte und das Echo dessen, was dort geschah, laut in der ganzen Stadt widerhallte, entweder als Aufruf zum Handeln oder als Moment der Abschreckung. Das Vorstadtgebiet von Cuatro Caminos und Tetuán de las Victorias war einer der Punkte, an denen alles auf der Kippe zu stehen schien. Aus diesem Grund und auch wegen seiner besonderen städtischen Bedingungen – weit entfernt von den wirtschaftlich wohlhabendsten Gebieten, umgeben von Elend und Brachland, überfüllt mit Arbeitslosen und neu Zugezogenen und seit Jahrzehnten von den liberalen Verwaltungen vernachlässigt – wurde es zu einem vorrangigen Objekt der Aufmerksamkeit für die verschiedenen Kräfte, welche die Revolution anführen wollten, ganz gleich unter welchen Vorzeichen. Falangisten, Anarchosyndikalisten, Kommunisten und Sozialisten machten sich in Cuatro Caminos und Tetuán daran, die Straßen zu erobern, als Vorstufe zur Eroberung des Staates. Es war ein Kampf um und durch den Raum, wie wir anhand von zwei Fallstudien sehen werden.

3. Ein umkämpfter Raum. „Blaue Hemden“ im roten Madrid

Das Bild von Primo de Rivera, Ruiz de Alda und anderen Falangisten, die durch Cuatro Caminos schreiten, war voller Symbolik. An jenem Februarmorgen erfüllten sich die Falangisten unter strengen Sicherheitsvorkehrungen einen lange gehegten Wunsch: Das Viertel von einem Ende zum anderen zu durchqueren, um ihre Botschaft zu verbreiten und ihre Fahnen im Herzen des proletarischen Madrid zu entrollen. Als hätten sie ihre besten Kleider für diesen Anlass reserviert, hörten ihre Zuschauer*innen, die an diesem Morgen ins Europa-Kino kamen, zum ersten Mal die Strophen einer Hymne, die unter der Franco-Diktatur allen Spaniern nur allzu vertraut werden sollte: das kurze Zeit zuvor entstandene Lied *Cara al Sol*. Das Singen der Verse an dem Ort, an dem so oft Sozialisten und Anarchosyndikalisten aufgetreten waren, muss mit Rachegefühlen verbunden gewesen sein für jene erste Generation von Falangisten, die immer wieder mit den linken Organisationen aneinandergeraten war, wenn sie versuchte, ihre Zeitungen zu verkaufen, ihre Flugblätter zu verteilen oder ihre Plakate im Viertel aufzuhängen. Für die jungen Männer in den blauen Hemden war der Kreisverkehr der Cuatro Caminos jahrelang eine unüberwindbare Grenze geblieben.

Seit 1931, als der National syndikalismus, der spanische Ableger des Faschismus, in verschiedenen Formen und Organisationen Gestalt angenommen hatte, hatte er eine regelrechte Obsession entwickelt, seine Ideen unter der Arbeiterklasse zu verbreiten. Denn es handelte sich um eine Bewegung, die in akademischen Milieus keineswegs schlecht abschnitt, die aber vor allem darauf bedacht

war, ihre Basis innerhalb der Arbeiterschaft zu erweitern. Zwischen den zahlreichen traditionellen rechten Angeboten suchten die Falangisten von Anfang an einen gesellschaftlichen und ideologischen Freiraum, der sie davor bewahren sollte, als bloßer Stoßtrupp der Reaktion zu fungieren. Um dies zu erreichen, richteten sie sich, wie viele europäische Faschisten, auf die große Zahl von Arbeiter*innen, welche die großstädtischen Räume bevölkerten. Schon die frühen Kampagnen Ramiro Ledesmas, des ersten großen nationalsyndikalistischen Ideologen, zielten auf die Anarchisten der CNT im Streik gegen Telefónica.²³ Und schon damals prägte Ledesma den Anarchosyndikalisten Nicasio Álvarez de Sotomayor, der sich schließlich den Faschisten anschließen sollte.²⁴ Ledesma, ein Postbeamter mit einem Abschluss in Philosophie und Literatur, sah die Demokratien als erschöpft und schwach an und glaubte, die Welt der Zukunft werde aus einem postliberalen Kampf zwischen Faschisten und linken Revolutionären hervorgehen.²⁵ Natürlich hoffte er, für diesen Kampf zahlreiche Anarchosyndikalisten, Kommunisten und Sozialisten wie die Bewohner*innen von Cuatro Caminos²⁶ mobilisieren zu können. Der junge Mann aus Zamora nördlich von Salamanca kannte sie gut, denn er lebte dort. Seitdem er in die Hauptstadt gezogen war, hatte er immer in der Calle Santa Juliana Nr. 3 gewohnt, nur wenige Meter vom Kolosseum entfernt, wo seine früheren Genossen aktiv waren.²⁷

An jenem Februarmorgen waren die Rede und die Inszenierung im Europa-Kino eindeutig: Vor den aufmerksamen Augen des Publikums sprach José Antonio Primo de Rivera von der „Demontage des Kapitalismus“ und prangerte das Wirtschaftsprogramm der Linken als „geizigsten Konservatismus“ an.²⁸ Seiner Sichtweise nach wussten nur die Falangisten, wie die Träume der Arbeiter von einer sozialen Umgestaltung zu interpretieren waren. Um dies zu bezeugen, wurde er auf dem Podium von einem jener Überläufer begleitet, die den Weg vom Kommunismus zur nationalsyndikalistischen Revolution eingeschlagen hatten: Manuel Mateo, einem ehemaligen Organisationssekretär des Partido Comunista de España in Madrid, der nach einer Reise in die Sowjetunion 1933 Hammer und Sichel gegen das Joch und die Pfeile der Falangisten eingetauscht hatte.²⁹

²³ La Conquista del Estado, Mai-Juni 1931.

²⁴ La Conquista del Estado, 23. Mai 1931.

²⁵ Ferran Gallego, Ramiro Ledesma Ramos y el fascismo español, Madrid 2005.

²⁶ JONS, 8. Januar 1934.

²⁷ Ramiro Ledesma verließ die Falange im Januar 1935.

²⁸ Arriba, 6. Februar 1936.

²⁹ Erik Norling, La Falange obrera, Barcelona 2009; Steven Forti, El peso de la nación. Nicola Bombacci, Paul Marion y Óscar Pérez Solís en la Europa de entreguerras, Santiago de Compostela 2014.

Es geht hier jedoch nicht um die Anführer selbst, sondern um die politischen Praktiken und ihre Beziehung zum städtischen Raum. Wir werden daher einige der Strategien analysieren, mit denen die Falangisten den linken Gewerkschaften und Parteien die Vorherrschaft auf den Straßen der Vorstädte streitig machten. Zwei Arten von Aktionen wurden von den blau gekleideten jungen Männern in Cuatro Caminos am häufigsten durchgeführt: zum einen Propagandaarbeit und der Verkauf von faschistischen Wochenzeitschriften, zum anderen der Eintritt in die Gewerkschaften auf den von der UGT und der CNT kontrollierten vorstädtischen Großbaustellen. Ein Amalgam politischer Praktiken, die untrennbar mit der räumlichen und sozialen Beschaffenheit der Madrider Vorstädte verbunden waren und fast immer mit einem großen Maß an Gewalt einhergingen.

Am 16. März 1933, in einem Klima, das von Hitlers Machtübernahme in Deutschland geprägt war, erschien zum ersten Mal *El Fascio*, eine von Manuel Delgado Barreto herausgegebene Wochenzeitung. Einige der prominenten Köpfe der entstehenden nationalsyndikalistischen Bewegung, wie Ramiro Ledesma, José Antonio Primo de Rivera, Rafael Sánchez Mazas, Ernesto Giménez Caballero und Juan Aparicio, waren darin vertreten. Die Gruppen, die sich damals in Spanien als faschistisch bezeichneten, waren sehr klein. Dennoch sorgten sich die Sicherheitsbehörden vor einer schnellen Ausbreitung. Sie ordneten daher an, die Druckplatten und die Exemplare der ersten und einzigen Ausgabe, die noch kaum auf die Straße gelangt waren, zu beschlagnahmen.³⁰ Nur eine sehr geringe Anzahl von Exemplaren konnte der Zensur und dem von den Zeitungsverkäufern ausgerufenen Boykott entgehen. Mit den wenigen noch vorhandenen Exemplaren zogen die Propagandisten von *El Fascio* zum Kreisverkehr Cuatro Caminos, um ihre neue Zeitschrift anzupreisen. Doch gelang es ihnen nicht, das Tor zur Arbeiterstadt zu durchschreiten. Bald waren die Verkäufer von einer Menge von Nachbar*innen und Passant*innen umringt, die ihnen schließlich die Ausgaben der Wochenzeitung entrissen und verbrannten. Es war der erste von vielen gescheiterten Versuchen, in den Vorstädten Madrids die Erlösungsversprechen eines radikalen Nationalismus mit einer sozialen Botschaft zu verbinden.³¹

Der Zugang zu den Straßen des Vororts war für die jungen Falangisten kein Kinderspiel. Der Kreisverkehr Cuatro Caminos und die angrenzenden Straßen Raimundo Fernández Villaverde und Pablo Iglesias (wie die Republik die Avenida Reina Victoria umbenannt hatte) markierten die physische, architektoni-

³⁰ Eduardo González Calleja, *La prensa carlista y falangista durante la Segunda República y la Guerra Civil (1931-1937)*, in: *El Argonauta Español* 9, 2012, unpaginiert.

³¹ *El Sol*, 17. März 1933.

sche und symbolische Grenze zwischen dem proletarischen Madrid, dem es an Dienstleistungen mangelte und das chaotisch organisiert war, und dem Madrid, das im 19. Jahrhundert aus dem vom Wirtschaftsbürgertum getragenen Expansionsplan hervorgegangen war. Jenseits der Metrostation Cuatro Caminos eröffnete sich ein heterotopischer sozialer und kultureller Raum, ein Anziehungspunkt für neue Kräfte, die erst kürzlich die politische Bühne betreten hatten.³²

Wenige Monate nach der Gründung der Falange, im Januar 1934, tauchten faschistische Trupps in Cuatro Caminos auf, um Flugblätter und Broschüren zu verteilen. Auch hier nahm die Reaktion auf das, was viele als Provokation empfanden, gewalttätige Züge an: Die Falangisten mussten unter einem Steinhaapel fliehen, bei dem es einige Verletzte gab.³³ Die faschistische Gruppierung weigerte sich, den Kampf nach den ersten Scharmützeln aufzugeben, und kehrte daher in der folgenden Woche nach Cuatro Caminos zurück, um ihre Wochenzeitung *F.E.* anzupreisen. Das Ergebnis dieses erneuten Besuchs erinnerte an frühere Aktionen: Kommunistische Gruppen bewarfen die Propagandisten mit Steinen und die Polizei verhaftete fünfundzwanzig junge Leute unterschiedlicher Zugehörigkeit.³⁴ Hier ist nicht der Ort, um die anthropologische Dimension zu erläutern, die das Feuer und die Steinigung für die Arbeiterklasse in den Außenbezirken besaßen. Es genügt zu sagen, dass sie zum Repertoire gehörten, das im Laufe der Jahrzehnte in den Vorstädten entwickelt worden war, um sich gegen die Polizei und die korrupte Beamtenschaft zu wehren, gegen Straßenbahnfahrer zu protestieren, die sich am Streiktag nicht an der Stilllegung beteiligten, Fahrzeughalter zu bestrafen, die durch das Viertel rasten und Unfälle verursachten, und Fremde zu vertreiben.³⁵

Die Falangisten ließen jedoch nicht locker. In den folgenden Monaten berichtete die Presse über eine Reihe von Zusammenstößen, die sich bezeichnerweise in den Straßen vor dem Kreisverkehr in Cuatro Caminos abspielten, wie zum Beispiel Alenza, Maudes oder María de Guzmán – ärmliche Straßen, die aber noch zum Neubaugebiet gehörten. Die Falangisten versuchten, dort Propaganda zu betreiben, wurden aber von vornherein ferngehalten. Das Rondell gegen Elemente zu verteidigen, die als fremd für das Viertel oder seine

³² Der Begriff der Heterotopie bei Michel Foucault, *Des espaces autres* (1967), deutsche Übersetzung: *Von anderen Räumen*, in: Jörg Dünne/Stephan Günzel (Hrsg.), *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*, Frankfurt am Main 2006, S. 317-329.

³³ *La Tierra*, 3. Januar 1934.

³⁴ *La Tierra*, 12. Januar 1934.

³⁵ Carlos Hernández Quero, *Cuerpos bajo el metal, piedras contra el tranvía. Tráfico rodado, cultura de barrio y conflicto en los suburbios del Madrid de entreguerras*, in: *Crisol* 5, 2019, S. 85-112.

Werte angesehen wurden, hatte im kollektiven Gedächtnis des Ortes eine ganz besondere Bedeutung. Dies war zum Beispiel bei den Arbeiterprotesten nach dem Einsturz des dritten Stausees Canal de Isabel II im Jahr 1905 oder bei den revolutionären Streiks von 1917 der Fall gewesen.³⁶ Bei beiden Anlässen hatten die Nachbar*innen gegen die staatlichen Kräfte gekämpft, um zu verhindern, dass diese in das Viertel eindringen und dort die Kontrolle übernehmen. Eine ganze Generation von Arbeiter*innen, die in diesem rebellischen Raum aufgewachsen war, interpretierte die Präsenz der Falangisten in den Straßen der Vorstädte als unerträgliche Einmischung – umso mehr, als deren Botschaft in den Cuatro Caminos auf Resonanz zu stoßen begann.

Die in der Presse veröffentlichten persönlichen Daten der verletzten oder verhafteten Falangisten zeichnen ein ganz bestimmtes Profil: jung, Student, Mittelschicht, Bewohner des Neubaugebiets. Nun kamen jedoch immer mehr neue Gesichter hinzu, welche die Komplexität dieses sozialen Puzzles noch vergrößerten. Im Juli 1934 wurde zum Beispiel der 14-jährige Cecilio Cumplido Manzanedo auf dem Weg zur Arbeit mit Pistolen und Messern getötet, nachdem er die Wochenzeitung *F.E.* von einigen Jungen erstanden hatte, die sie in der Nachbarschaft verkauften.³⁷ Im selben Monat nahm die Polizei nach einer Durchsuchung der Falange-Büros wegen eines illegalen Treffens 66 Aktivisten fest. Die meisten der Verhafteten lebten in Neubauvierteln wie Chamberí und Salamanca oder in sozial gemischten Altstadtquartieren, aber es fehlte auch nicht an Bewohnern ärmerer, weit vom Zentrum entfernter Viertel, wie Eduardo Gutiérrez Pola, ein 21-jähriger Metallarbeiter aus Cuatro Caminos, oder Ramón Cobeta Moreno, ein 32-jährigen Drucker aus Tetuán. Der Fall des Letzteren ist besonders interessant. Cobeta Moreno war mindestens bis 1931 Anarchist gewesen und von den Sicherheitsbehörden wegen Nötigung von Streikbrechern, Konfrontation mit der Polizei und Besitz von Sprengstoff registriert worden. 1934 ging er von der sozialen Revolution zur nationalen Revolution über und gab vor dem Untersuchungsrichter in einem Verfahren wegen illegaler Versammlung seine Zugehörigkeit zu den Falangisten vorbehaltlos zu (im Unterschied zu einigen seiner Kameraden).³⁸

Das letzte Beispiel leitet zur zweiten Art von Aktionen über, mit denen die Madrider Faschisten versuchten, ihre Botschaft unter Arbeitern zu verbreiten, nämlich derjenigen, die sich auf die Gewerkschaftspraxis bezog. Am Nachmit-

³⁶ Carlos Hernández Quero/Rubén Pallol Trigueros, Suburbios rebeldes. Fragmentación y desborde social en la huelga de 1917 en Madrid, in: *Historia Social* 94, 2019, S. 47-69.

³⁷ *La Tierra*, 7. Juli 1934.

³⁸ Die Akte des Gerichtsverfahrens wegen der illegalen Versammlung der Falangisten im Archivo Histórico Nacional, Audiencia Territorial Criminal, Leg. 163, Exp. 3. Zu Cobetas anarchistischer Vergangenheit u.a. *El Heraldo de Madrid*, 28. September 1931.

tag des 29. August 1934 verteilten einige Blauhemden an der Metrostation Cuatro Caminos Flugblätter, die sich an Arbeitslose richteten. Die Blätter trugen die Unterschrift der mit der Falange verbundenen Central Obrera Nacional Sindicalista (CONS).³⁹ Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Nachbarschaft und bald tauchten mehr als zwanzig Personen vom Radio Comunista de Cuatro Caminos auf, um die Falangisten zu vertreiben. Diese sahen sich in Unterzahl und flohen in Richtung des Neubaugebiets, verfolgt von einer rasch anwachsenden Gruppe von Kommunisten, die sie zu lynchen drohte. Auf der Höhe der Calle María de Guzmán, als sie gerade eingeholt werden sollten, gab einer der Faschisten einen Schuss auf die Gruppe ab, wobei der 27-jährige Joaquín de Grado tödlich verwundet wurde. De Grado war Mitglied des Zentralkomitees der Unión de Juventudes Comunistas de España und einer der drei Gruppenleiter der Partei in Madrid. Bezeichnenderweise wohnte der Bildhauer und Dekorateur in der Straße Francisco Salas 11, nur zwei Blocks von dem Haus entfernt, in dem der faschistische Ideologe Ramiro Ledesma lebte.⁴⁰

Abgesehen von den widersprüchlichen Versionen dieses Ereignisses und der Tatsache, dass der Falangist, der Joaquín de Grado erschossen hatte, nie gefunden werden konnte, ist diese Episode charakteristisch für die Gewerkschaftspolitik, welche die Falangisten in den Randgebieten der Stadt zu entwickeln versuchten. Dort lebten nicht nur viele Arbeitslose, sondern es befanden sich auch Großbaustellen dort, die dem Proletariat Arbeit gaben, wie die der Ciudad Universitaria, des Hospital Clínico und der Nuevos Ministerios. Die Falangisten wussten, dass es in Cuatro Caminos und Tetuán eine Vielzahl von Arbeitslosen und Einwander*innen aus den ländlichen Gebieten gab, und richteten ihre Bemühungen auf diese Gruppen ohne gewerkschaftlichen Schutz.

Die marxistische UGT kümmerte sich kaum um die Arbeitslosen. Dagegen begaben sich die Maurer des anarchistischen CNT, angeführt von Cipriano Mera, David Antona und anderen vorstädtischen Anführern, zu Großbaustellen, auf denen sie nicht beschäftigt waren, um sich an die Arbeit zu machen und dann die Zahlung des Tageslohns zu fordern.⁴¹ Die kühne Taktik der Anarchosyndikalisten endete jedoch häufig in Polizeigewahrsam und vor Gericht, so dass sie nicht als dauerhafte Lösung für die strukturelle Arbeitslosigkeit angesehen werden konnte. Angesichts dieser Situation entschied sich die faschistische CONS, angeführt von einem Triumvirat linker Abtrünniger wie den bereits erwähnten Nicasio Álvarez de Sotomayor und Manuel Mateo sowie dem ehe-

³⁹ Juan Antonio Llopart (Hrsg.), *La Central Obrera Nacional-Sindicalista. Textos de y sobre los primeros sindicatos falangistas (1934-1937)*, Tarragona 2017.

⁴⁰ *La Libertad*, 31. August 1934; *Estadística, Padrón Municipal de Habitantes de Madrid de 1930*, AVM.

⁴¹ Luis de la Cruz Salanova, *Mera, hombre de las afueras*, erscheint Madrid 2022.

maligen Anarchisten Francisco Guillén Salaya, die Arbeiter auf die guten Kontakte der Falange-Führung zu einigen Unternehmern aufmerksam zu machen. Angesichts der verschiedenen Klassenkampfstrategien versuchte der Falangismus, die Madrider Gewerkschaftsbewegung entgegenzutreten, indem er zu einer moralisch grundierten Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufrief. Zuweilen erklärten sich Arbeitgeber, die um den sozialen Frieden auf ihren Großbaustellen bemüht waren, bereit, Arbeiter zu beschäftigen, die bei der CONS-Arbeitsvermittlung registriert waren. Aber oft, wenn die Falangisten nicht in der Lage waren, ihren Einfluss geltend zu machen, gingen sie zur Nötigung über. Zunächst wurde eine Studie über die bestehenden Großbaustellen erstellt, dann schrieben die Falangisten an deren Geschäftsführer, „um ihnen zu raten, Arbeiter einzustellen“. Schließlich verteilten sie Flugblätter an die Arbeitslosen, die der CONS angehörten, damit sie persönlich vorsprachen und Arbeit bekamen.⁴²

So etwas muss sich am 3. September 1934 auf der Baustelle der Nuevos Ministerios ereignet haben, die nur einen Steinwurf vom Kreisverkehr Cuatro Caminos entfernt lag. Um acht Uhr morgens forderte eine große Gruppe von Arbeitern in Overalls und mit von der CONS zur Verfügung gestellten Flugblättern die Unternehmer auf, „ohne irgendwelche Ausflüchte zwanzig Arbeitskolonnen und fünfzehn Hilfsarbeiter zu beschäftigen“.⁴³ Als deren Geschäftsführer sich weigerten, verursachten die Falangisten einen Aufruhr und versuchten, mit dem Ruf „Es lebe der Faschismus!“ die Baustelle zu betreten. Die der UGT und der CNT angehörenden Arbeiter waren nicht bereit, die Zumutungen der Faschisten zu akzeptieren, und erklärten, es werde für diejenigen, die sich „von ihren angestammten Feinden hinters Licht führen lassen“, niemals Arbeit geben.⁴⁴ Nach einer hitzigen Diskussion kulminierte die Auseinandersetzung in einem Schusswechsel zwischen den Gruppen. Als die Polizei eintraf, konnte sie einige der Randalierer festnehmen. Bezeichnenderweise lebten zwei der drei verhafteten Falangisten in den Vorstädten, in diesem Fall in deren ärmstem Teil Tetuán, nördlich von Cuatro Caminos. Angesichts des Aufruhrs, den diese Ereignisse in der ganzen Stadt auslösten, ging die Falange mit einem Manifest auf die Straße, in dem sie die Unternehmer und die klassenkämpferischen Gewerkschaften für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machte und sich zum Ziel

⁴² María Silvia López Gallegos, El proyecto de sindicalismo falangista. De los sindicatos autónomos a la creación de las centrales obreras y de empresarios nacionalsindicalistas (1931-1938), in: Ferran Gallego/Francisco Morente (Hrsg.), Fascismo en España, Barcelona 2005, S. 43-67, hier S. 51.

⁴³ La Libertad, 4. September 1934.

⁴⁴ Ebd.

setzte, „Arbeit für alle um jeden Preis“ durchzusetzen.⁴⁵ Die nationale Gemeinschaft, die José Antonios Anhänger anstrebten, kannte keine sozialen Grenzen und das bedeutete, die Mauern einzureißen, welche die Unternehmer und Geschäftsleute im bürgerlichen Madrid von den Arbeitern im proletarischen Madrid trennten. Obwohl sich einige Arbeiter der falangistischen Sache verschrieben, war es für andere unmöglich, prägende Erfahrungen der Ungleichheit und schlechten Behandlung auf der anderen Seite der Grenze hinter sich zu lassen.⁴⁶

Mit diesen und anderen Aktionen versuchte die Falange, den Informationskordon zu durchbrechen, den die linken Parteien und Gewerkschaften um die führende faschistische Organisation in Spanien gezogen hatten. Ziel ihrer politischen Strategie in den Vorstädten war es stets, in einem offenkundig feindlichen Umfeld, in dem ihre Auftritte fast einhellig als Provokation aufgefasst wurden, Aufmerksamkeit zu erregen. Für die militanten Falangisten waren die Vorstädte ein Feld der Expansion, der Sozialisierung, der Bekehrung und der gewaltsamen Auseinandersetzung mit ideologischen Gegnern. Es handelte sich um einen umkämpften Raum, in dem es darum ging, Stärke zu zeigen, die Loyalität armer ländlicher Zuwanderer*innen zu gewinnen, die noch nicht den Klassenorganisationen angehörten, und die Basis ihrer politischen Gegner zu untergraben, indem sie versuchten, ihnen Unterstützung zu entziehen. Es war aber auch ein Schaufenster, mit dem man sich bei jungen Männern in den konservativen Parteiorganisationen Ansehen verschaffen konnte, die mit Schrecken beobachteten, wie die proletarische Bewegung in der Hauptstadt des Landes an Macht gewann. Nicht umsonst kommentierte die rechtsextreme Satirezeitschrift *Gracia y Justicia* das Treffen von José Antonio Primo de Rivera und seinen Genossen im Europa-Kino mit den Worten: „Niemand kann sie aufhalten. Siehst du, dass der Löwe nicht so wild ist? Aber man muss in den Käfig gehen, um ihn davon zu überzeugen, dass man keine Angst hat“.⁴⁷ Der Käfig war natürlich die Cuatro Caminos und Tetuán umfassende Vorstadt, die wir im folgenden Abschnitt als einen Raum analysieren werden, in dem auch die Energien der radikalen Linken überbordeten und die kulturelle Hegemonie des bis dahin vorherrschenden Sozialismus herausforderten.

4. Ein Raum der Überschreitung. Das „wahre Volk“ gegen die Sozialisten

Abgesehen von den Zusammenstößen mit den Blauhemden, die zwar laut und beunruhigend waren, aber aufgrund der schlecht entwickelten Organisations-

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ *Gracia y Justicia*, 8. Februar 1936.

struktur der Falangisten letztlich nicht oft vorkamen, zeichnete sich der Vorstadtgürtel vor allem durch die außerordentliche Stärke der AnarchosyndikalistInnen aus, die ihn zu einem zentralen politischen Schauplatz machten. Madrid war eine sozialistische Stadt. Das war so, seit der Partido Socialista Obrero Español die letzten Wahlen der Restaurationszeit 1923 gewonnen hatte⁴⁸, und es war besonders in den 1930er Jahren so, als er dank solcher Brennpunkte wie Cuatro Caminos und Tetuán seinen Höhepunkt erreichte. Aber es war eine Sache, in den Vorstädten mit Abstand die meistgewählte Partei zu sein, und eine ganz andere, in Vierteln, in denen gleichzeitig die Wiege der alternativen Linken lag, über unerschütterlichen Rückhalt zu verfügen.

Wenn man im Madrid der 1930er Jahre vom Anarchosyndikalismus sprach, war das gleichbedeutend mit den Vorstädten. An populären Treffpunkten wie Tavernen, Bars und Theatern vollzogen die anarchosyndikalistischen Maurer ihren Bruch mit der UGT und formten das, was schließlich zum Sindicato Único de la Construcción⁴⁹ werden sollte. In den nördlichen Vorstädten hatten die Anarchisten auch ihre Druckereien, Pressezentren und Volkshochschulen und dort wohnten viele ihrer Anführer und prominenten AktivistInnen. Logischerweise entfalteten sie dort ihre größte Aktivität. Das zeigt sich an den Streiks, die der anarchistische CNT in den ersten beiden Jahren der Republik durchführte, als die Sozialisten das Arbeitsministerium kontrollierten und die in der Hauptstadt dominierende, marxistische UGT eindringliche Botschaften gegen die Arbeitsniederlegungen aussandte. Im Allgemeinen haben diese ersten Streiks dem Produktionsgefüge der Stadt nur wenig geschadet, aber sie vermochten die Aktivitäten in den Randbezirken der Stadt weitgehend lahm zu legen. Der Generalstreik im Baugewerbe im Januar 1932 zum Beispiel war mehr oder weniger ein Streik der Vorstädte. In Cuatro Caminos, Tetuán und Vallecas führte er zu einem fast vollständigen Stillstand. Genau an diesen Orten kam es zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, zu Verletzungen, Verhaftungen und Steinigungen. Zudem wurde der Lenkungsausschuss der Bewegung in einem Haus in Cuatro Caminos verhaftet.⁵⁰ Ein Jahr später fand der anarchistische Streik vom Mai 1933 erneut an den Grenzen der offiziellen Stadt statt. Überall in Cuatro Caminos und Tetuán kam es zu Zusammenstößen, Überfällen auf Geschäfte und Demonstrationen.⁵¹ Die Geografie dieser ersten anarchosyn-

⁴⁸ Santiago de Miguel, Madrid, ciudad socialista. Las claves del triunfo del PSOE en las elecciones generales de 1923, in: Hispania Nova 17, 2019, S. 1-48.

⁴⁹ Zu Beginn der Republik waren die anarchosyndikalistischen Maurer Teil der Organisationsstruktur der UGT, von der sie sich schließlich abspalteten. La Libertad, 29. Juli 1930 und 5. November 1930.

⁵⁰ La Tierra, 22. Januar 1932.

⁵¹ La Libertad, 10. Mai 1933.

dikalistischen Streikversuche entsprach der des revolutionären Streiks von 1917, welcher in der Innenstadt schnell gebändigt, aber in den Außenbezirken nur unter hohen Kosten niedergeschlagen worden war. Jahre später konstituierten die Vorstädte noch immer das wichtigste Laboratorium des sozialen Kampfes. Mit einem Unterschied: Hatten 1917 die Sozialisten die Führung der Revolte übernommen, so stellten die anarchosyndikalistischen Streiks eine Herausforderung der Macht des Madrider Sozialismus dar.

Allerdings lassen sich weder die starke Verankerung des CNT noch der Verlauf der anarchosyndikalistischen Streiks ausschließlich durch die bloße Ansammlung von Arbeiter*innen und Arbeitslosen in diesen Vierteln erklären. Die angeführten Beispiele lassen sich als Symptom für ein ganzes Ensemble von Verhaltensweisen im öffentlichen Raum verstehen, dass sich seit Jahren herausgebildet hatte. Wir werden uns diesen kulturellen Strukturen über einen Fall nähern, der uns einmal mehr in das Parkett des Europa-Kinos führt.

Am Abend des 20. Oktober 1933 veranstaltete der PSOE eine große Kundgebung in dem berühmten Kolosseum in der Calle Bravo Murillo. Fernando de los Ríos, Trifón Gómez, Indalecio Prieto und Francisco Largo Caballero waren auf dem Plakat zu sehen. Das Zusammentreffen der Crème des spanischen Sozialismus mit den Proletariern von Cuatro Caminos hatte jedoch einen viel bittereren Beigeschmack, als man auf den ersten Blick vermuten könnte. Die Sozialisten waren vorgewarnt. Sie wussten, dass Cuatro Caminos eine ihrer Hochburgen war, aber sie wussten auch, dass sich dort eine linke Kritik an ihrer Regierungsarbeit⁵² entwickelt hatte. Vielleicht wollten sie deshalb die Veranstaltung als intimere und privatere Zusammenkunft durchführen. *La Tierra*, das inoffizielle Sprachrohr der Anarchosyndikalisten und der radikaleren und arbeiterorientierten Fraktionen des Republikanismus, veröffentlichte einen vernichtenden Bericht über das Treffen: „Auf Einladung, unter Anwendung aller Vorsichtsmaßnahmen und unter sorgfältigem Verschließen der Türen des Lokals – ein unwiderlegbarer Beweis für die Angst der Führer des wirklichen Volkes – begann gestern im Europa-Kino die Wahlkampagne der Sozialisten im Europa-Kino [...]. Vor der Tür und in der Umgebung, entlang der Calle Bravo Murillo bis zum Kreisverkehr Cuatro Caminos, standen in großer Zahl Sturmgarden. Die Türen des Kinos wurden hermetisch verschlossen, sobald die ausdrücklich eingeladenen Personen eintraten. Die sozialistische Jugend, bewaffnet mit großen Holzknüppeln, sorgte im Theater für Ordnung. Aber trotz allem verschaffte sich die Stimme des Volkes Gehör [...] Am Eingang und am Ausgang der Ver-

⁵² Die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung zusammen mit den Linksrepublikanern zwischen dem Frühjahr 1931 und dem Herbst 1933 ermöglichte die Umsetzung einer umfangreichen Liste sozialer Reformen, weckte aber auch den Unmut der revolutionären Linken.

sammlung, als sie in ihren prächtigen Automobilen durch die angrenzenden Straßen fuhren, riefen ihnen Hunderte von Stimmen mit all ihrer Verachtung den Satz zu: ‚Casas Viejas! Casas Viejas!‘⁵³ Die Wachen mussten wiederholt gewaltsam vorgehen, um die Umgebung zu räumen. Es gab Steine, Glasscherben und drei Verletzte. Und die Anführer, die den Saal über eine Seitentür verließen, als die Veranstaltung längst vorbei war, flohen in höchster Eile, weil sie Angst hatten, dass die arbeitenden Massen sie verfolgen würden”.⁵⁴

Auch wenn die örtlichen Anarchisten an den Unruhen teilgenommen oder sie sogar angeführt haben mögen, trug der Aufstand doch alle Züge der populären Politik, wie sie in den Vorstädten betrieben wurde, seit diese in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entstanden waren. Absolute Verachtung für die professionelle Politik, Respektlosigkeit gegenüber der Polizei, die öffentliche Identifikation eines Verräters an der Gemeinschaft oder die Bestrafung eines Vertrauensverlustes durch eine Steinigung, welche die moralische Ordnung wiederherstellen sollte, gehörten integral zu den politischen Praktiken der Quartierbewohner*innen. Es handelte sich dabei um Modi, die bereits in der populären Politik etabliert waren, während der Restaurationsjahre nie domestiziert werden konnten und in den Arbeitersubkulturen der Zwischenkriegszeit hybridisiert und neu definiert wurden. Viele Vorstadtbewohner*innen machten die Sozialisten für die Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernbewegung, die Militarisierung der öffentlichen Ordnung und unpopuläre arbeitsrechtliche Reformen verantwortlich – drei einseitige Brüche des stillschweigend geschlossenen Vertrags mit dem authentischen Volk, das ihnen 1931 zur Macht verholfen hatte.

Während es bei den Auseinandersetzungen mit den Falangisten um eine Ablehnung von als fremd oder unerwünscht empfundenen Subjekten ging, lag die Situation bei den Sozialisten ganz anders. Bei den Sozialisten handelte es sich eigentlich um angesehene Mitglieder der Gemeinschaft. Sie waren herausragende Persönlichkeiten, hatten jedoch die Erwartungen ihres Volkes enttäuscht, indem sie die Revolution hinausschoben und zu Strippenziehern wurden, statt weiterhin als populäre Repräsentanten aufzutreten. In einer gemeinschaftlichen, auf die Straße bezogenen und weitgehend mündlichen Kultur war gegenseitiges Vertrauen alles.⁵⁵

⁵³ In Casas Viejas, einer kleinen andalusischen Stadt, war es zu einem anarcho-syndikalistischen Aufstand gekommen, der von der Regierung der Linksrepublikaner und Sozialisten brutal niedergeschlagen wurde.

⁵⁴ La Tierra, 21. Oktober 1933.

⁵⁵ Das Konzept der populären Politik ist in der angelsächsischen Geschichtsschreibung Gegenstand zahlreicher Debatten gewesen. Einige der wichtigsten Beiträge, auf die sich dieser Text stützt, sind: James Vernon, *Politics and the People. A Study on English Political*



Abb. 5: Unruhen am Ausgang einer Kundgebung vor dem Europa-Kino.

Cuatro Caminos und Tetuán verkörperten in beispielloser Weise die latenten Spannungen innerhalb der Linken: einerseits die Beteiligung an den Institutionen und das Setzen auf einen wirksamen und langsamen, aber auch sicheren Wandel durch die Regierung, andererseits der maximalistische Radikalismus der Straße, welcher Berufspolitiker als Scharlatane, Reformisten, Bürokraten oder Betrüger verachtete. Doch während dieser Konflikt in anderen Teilen der Stadt oder des Landes in mildereren Tönen ausgetragen wurde, schien in den Vorstädten eine Eskalation bevorzuzustehen. Ein paar Wochen später wiederholte sich die Boykottszene in Tetuán. Rafael Henche und Margarita Nelken sprachen im Victoria-Theater, wohin sich ebenfalls eine Gruppe von Anarchosyndikalisten aus der Nachbarschaft begab. Obwohl die Sozialisten die Türen für das Publikum schlossen, das sich drohend vor dem Eingang des Theaters versammelt hatte, gelang es einigen Gruppen, ins Innere zu gelangen, wo sie „die Redner unterbrachen und Drohungen und Verwünschungen aussprachen“. Die Beleidigungen gingen bald in Gewalt über, zunächst zwischen politischen Rivalen,

Culture, c. 1815-1867, Cambridge 1993; Jon Lawrence, *Speaking for the People. Language and Popular Politics in England, 1867-1914*, Cambridge 1998; Malcolm Petrie, *Popular Politics and Political Culture. Urban Scotland, 1918-1939*, Edinburgh 2018. In diesem Artikel sprechen wir von populärer Politik, um die im zweiten Abschnitt erwähnten unregulierten, straßen- und stadtpolitischen Formen zu erfassen.

dann gegenüber der Guardia de Asalto (Sturmgarde), die in den Saal eindrang, um die Kontrahenten unter Kontrolle zu bekommen.⁵⁶

Im Herbst 1933, während des Wahlkampfs, waren die Gemüter besonders erhitzt. Doch hatten Anschläge auf sozialistische Veranstaltungen in dem Vorort schon lange auf der Tagesordnung gestanden. Im Februar 1933 zum Beispiel, als die Niederschlagung des anarchosyndikalistischen Aufstands von Casas Viejas noch frisch in den Köpfen war, führten junge Anarchisten in Tetuán eine Boykottkampagne gegen mehrere sozialistische Versammlungen. Am 16. Februar besuchte eine der unbeliebtesten Figuren bei alternativen Linken, Manuel Cordero, das Victoria-Theater. Cordero war ein Volksheld gewesen, der nun wegen einiger undurchsichtiger Finanzaffären während seiner letzten Amtszeit als Stadtrat in Madrid als Schurke dastand. Die Reaktion erfolgte auf dem Fuße. *La Tierra*, die ihre Genugtuung über den Sabotageakt nicht verhehlte, berichtete wie folgt: „Als Cordero und Acero die Bühne betraten, waren sie überrascht, wie wundervoll sich der Saal ausnahm. Konnte es sein, dass sie immer noch so große Erwartungen weckten? Das sollten sie bald herausfinden. Hunderte von anwesenden Männern wollten nichts anderes, als den beiden dreisten Sozialfaschisten eine deutliche Lektion zu erteilen und ihnen klar zu machen, dass es nicht mehr möglich ist, den Weg der Illoyalität und des Verrats am Proletariat fortzusetzen, der für sie bisher so einfach und bequem gewesen war. Die Schreie der Empörung und die Wahrheiten, die den beiden ‚Strippenziehern‘ eine Stunde lang ins Gesicht geschleudert wurden, zeigten deutlich, welche ‚Sympathien‘ diese Abgeordneten genießen, die behaupten, dem Volk anzugehören. Gestern gab ihnen das Volk, was sie verdienen!“⁵⁷

Eine Veranstaltung zu verhindern oder Redner zu beleidigen, schien für die Empörten eine Frage der Ehre zu sein. Es ging ihnen darum, eine imaginierte Reinheit zu verteidigen. Die politischen Leidenschaften der 1930er Jahre verbanden sich mit populären Praktiken, die sich zu einer Zeit entwickelt hatten, als Parteien und Gewerkschaftsorganisationen noch nicht so stark in der Nachbarschaft verwurzelt gewesen waren. Der anthropologische Hintergrund des Ablehnungsrituals blieb jedoch im Wesentlichen derselbe, auch wenn er in doktrinäre Unnachgiebigkeit getaucht war. Für den politischen Kampf um die Kontrolle des Viertels und seiner Straßen, der von Anarchosyndikalisten und Sozialisten geführt wurde, war dieses Ritual immer noch voll einsetzbar. Es geht nicht darum, den Anarchismus der 1930er Jahre als bloßen Abklatsch der populären Politik des frühen 20. Jahrhunderts darzustellen. Entscheidend ist hier, dass unter dem Deckmantel ideologischer Raffinesse und universeller Brüderlichkeit eine ganze Welt gemeinsamer kultureller Bezüge lag: nachbar-

⁵⁶ ABC, 7. November 1933.

⁵⁷ La Tierra, 17. Februar 1933.

schaftliche Territorialität, Selbstorganisation, direkte Aktion ohne offensichtliche Leitung, Straßenprotest, Anprangerung von Taktiken, moralische Bewertung des Gegners, Misstrauen gegenüber staatlichen Vertretern und Legitimierung populärer Strafgewalt. Wahrscheinlich war es diese kulturelle Symbiose und nicht so sehr eine plötzliche Verbreitung des anarchistischen Evangeliums unter den Armen und Arbeitslosen, die erklärt, warum die Bewegung in den Vorstädten so gut ankam und warum über diese Räume ein regelrechter Tsunami rollte, der die sozialistische Hegemonie unter Arbeiter*innen herausforderte. Es war die Kombination von populären politischen Formen mit postliberalen oder illiberalen Ideen, welche die Vorstädte zu potenziell explosiven Räumen machte. Und wahrscheinlich war es diese Nähe der Stile und Erfahrungen zwischen der populären Politik und dem anarchosyndikalistischen Universum, die *La Tierra* dazu veranlasste, in ihren Nachrichten absichtlich das Volk mit den Anarchisten zu verwechseln, als ob sie ein und dasselbe gewesen wären. Vielleicht war es für die Leserschaft des Blattes kein Geheimnis, die politische Identität zu enthüllen, die sich hinter dem Etikett des „authentischen Volkes“ oder dem Etikett der „ehrlichen Arbeiter“ verbarg.⁵⁸

Die Feindseligkeit gegenüber den Sozialisten erreichte nur wenige Tage später ihren Höhepunkt. Cordero und seine Genossen wollten vom Rest des Proletariats nicht als Verräter angesehen werden und so organisierte die sozialistische Nachbarschaftsgruppe am 23. Februar 1933 eine Wiedergutmachungssammlung, diesmal im Kino Monumental. Das Erscheinungsbild war eindrucksvoll. Draußen, am Eingang des Kinos, eskortierten acht Lastwagen der Guardia de Asalto Cordero unter dem Geschrei seiner Gegner. Daneben beobachteten zahlreiche einsatzbereite Mitarbeiter des Roten Kreuzes und der Feuerwehr das Geschehen. Im Inneren des Veranstaltungsortes wurden erneut die Redner beleidigt und als „Mörder“ beschimpft, was zu einer regelrechten Schlacht führte, die das Eingreifen der Polizei erforderte und zahlreiche Verletzte zur Folge hatte. Am Ende der Veranstaltung warteten Hunderte von Arbeitern an-

⁵⁸ Dass in den 1930er Jahren eine autonome und tumultartige Straßenpolitik stattfand und sich mit den Stilen und Proklamationen revolutionärer ideologischer Familien vermischte, nuanciert die klassische These einer fortschreitenden Substitution von Repertoires. Nach dieser in der Soziologie kollektiven Handelns formulierten Auffassung müsste das traditionell-populäre Repertoire allmählich durch ein modern-anspruchsvolles verdrängt worden sein – von Unruhen zu Streiks, vom unorganisierten Aufstand zur Kaderpartei oder Gewerkschaft. Unsere Analyse ergibt jedoch, dass es in den Madrider Vorstädten keine derartige Permutation gegeben hat, sondern dass es sich vielmehr um eine Reformulierung bereits konsolidierter Formen und Praktiken nach neuen Kriterien oder mit neuen Zielen handelte. Die (politische) Kultur erscheint aus dieser Perspektive nicht als etwas Undurchlässiges, sondern als ein Gebilde, das sich in ständiger Bewegung und Veränderung befindet.

griffslustig auf die Abreise der sozialistischen Politiker, die von den Wachen geschützt und begleitet werden mussten – ein Bild, das die Anarchisten in ihren antiautoritären Überzeugungen bestärkt haben dürfte. Da es bereits dunkel war, schickten sich die lokalen sozialistischen Aktivisten an, nach Hause zu gehen. Sie nahmen an, dass der Protest sie nicht betraf, dass sich Hass und Verbitterung bloß gegen die Anführer richteten, die anscheinend nur zu Blitzbesuchen und auf Rundreisen nach Tetuán kamen. Eusebio Parra, damals sozialistischer Stadtrat, war auf dem Heimweg, als „eine Gruppe von zehn Gewerkschaftern ihn mit Steinen und Stöcken angriff“. Nachdem die Angreifer geflohen waren, wurden die Verletzungen des Ratsmitglieds auf der Krankenstation behandelt. Dieser Angriff auf ein Ratsmitglied und einen Mitbürger war ein Symbol dafür, wie weit die Kultur der Respektlosigkeit gegen diejenigen gehen konnte, die als Feinde des Volkes angesehen wurden.⁵⁹

In der Nachbarschaft und politischen Gemeinschaft, die die Anarchosyndikalisten anstrebten, war kein Platz für halbe Maßnahmen oder unerfüllte Versprechen. Beides kannten sie, die in lange vernachlässigten Vorstädten lebten, nur allzu gut. Die Tatsache, dass die Sozialisten nun in den Institutionen das Sagen hatten, war für die radikaleren Bewohner*innen kein Grund, ihre Haltung aufzuweichen – im Gegenteil. Gerade weil Sozialisten und Anarchisten in der Vergangenheit verbündet gewesen waren, wurden Gleichbehandlung und Respekt für die Ansprüche, Wünsche und Lebensweisen der armen Leute aus der Vorstadt mehr denn je eingefordert. Viele der anonymen Anarchisten, die an den *escraches* (Protestaktionen) teilnahmen, hatten durch eine Vielzahl von solidarischen Praktiken Fortschritte im Viertel bewirkt. Sie hielten sich für die Herren der proletarischen Stadt und glaubten folglich, die moralische Autorität zu besitzen, um zu entscheiden, wer das Recht hatte, seine Ideen in ihrem Lebensumfeld zu verkünden und wer nicht. Ebenso wie die Eliten der Restauration einst den nachbarschaftlichen Produktionslogiken in den Vorstädten immer einen Schritt hinterher gewesen waren, erwiesen sich die sozialistischen Führer in den 1930er Jahren, als die Wirtschaftskrise am schlimmsten und die Arbeitslosigkeit am höchsten waren, als unfähig, die subversiven Stimmungen eines sehr wichtigen Teils der vorstädtischen Arbeiterschaft in den Griff zu bekommen. Paradoxerweise bemühten sich diejenigen, die von der liberalen Stadt ausgeschlossen gewesen waren, um die soziale Eingliederung der am stärksten Benachteiligten, indem sie ein Gemeinschaftsideal anstrebten, das durch die Verbannung und Ausweisung eines Teils ihrer Mitbürger gekennzeichnet war.

⁵⁹ Berichte über die Ereignisse in La Tierra, La Libertad und El Socialista vom 24. Februar 1933.

5. Schlussfolgerungen

In den 1930er Jahren hörten die Vorstädte auf, im politischen Gefüge der Stadt eine Randposition einzunehmen. Was auf den Straßen und Plätzen geschah, war für die verschiedenen Organisationen, die um die Vorherrschaft in der Hauptstadt kämpften, von zentraler Bedeutung. Das alles entstand jedoch nicht aus dem Nichts. Während der jahrzehntelangen Vernachlässigung durch die Institutionen und der Selbstorganisation der Stadtteile waren die Viertel Cuatro Caminos und Tetuán zur wichtigsten Bastion eines antagonistischen und rebellischen Madrids geworden, das von seinen eigenen sozialen Normen beherrscht wurde und weit von den kulturellen Referenzen des Liberalismus entfernt war. Diese Zuspitzung populärer Politik ist unerlässlich, um die Stärke der Sozialisten, Anarchosyndikalisten und Falangisten in den Vorstädten der 1930er Jahre in ihrer ganzen Komplexität zu verstehen. Zu dieser Zeit gerieten die Formen und Rhythmen des liberalen Zeitalters auf dem ganzen europäischen Kontinent in einen beispiellosen Misskredit. Die Vorstädte in all ihrer Unfertigkeit erwiesen sich als eines der besten Testgebiete für Bewegungen, die eine post- oder antiliberalen politische Gemeinschaft von Grund auf aufbauen wollten. Der Artikel hat versucht, herauszuarbeiten, dass die Träume und Vorurteile, die diese Bewegungen inspirierten, weder das Ergebnis eines wirkmächtigen ideologischen Apostolats waren noch mechanisch aus irgendeinem sozioökonomischen Determinismus hervorgingen. Die Analyse von Praktiken und vermeintlich wenig intensiven Konflikten „von unten“ zeigt, wie politische Gewohnheiten und deren populäre Deutungen in der Hitze neuer kollektiver Emanzipationsversprechen hybridisiert und aktualisiert wurden. Diese kulturelle Symbiose unterstrich den singulären Charakter der Vorstädte und veränderte die Strategien der Parteien und Gewerkschaften, die nicht im luftleeren Raum agierten.

Abbildungen

Abb. 1: Martín Santos Yubero, *Crónica fotográfica de medio siglo de vida española*, Madrid 2010.

Abb. 2: *Ahora*, 25. Juni 1936.

Abb. 3: Plan der öffentlichen Straßen der Stadt, 1934.

Abb. 4: Foto: Alfonso Sánchez Portela, 1931.

Abb. 5: Foto: Alfonso Sánchez Portela.

Olga Malinova-Tziafeta

The Semi-Peripherality Discourse and Water Infrastructure in St. Petersburg/Leningrad (1864-1927)

The article deals with the discourse of semi-peripherality, which had a significant impact on the urban culture of St. Petersburg-Petrograd-Leningrad generally and on the construction of urban infrastructure, such as the sewerage system, in particular. Prior to the revolution, the sewerage project had been discussed for more than forty years, but construction was not completed until the rule of Stalin. The notion of semi-periphery complements the well-known term of backwardness, and also contributes to the discussion of the “centre-periphery” dichotomy in the history of urban infrastructure in Eastern Europe.

1. Introduction

Cleaning and sanitizing cities were, without doubt, the most pressing urbanization problems in major industrial centers across the world in the nineteenth and twentieth centuries. The beginning of the “water revolution” occurred at different times in different countries and, as a rule, the concept does not refer to a whole country, but to the experience of individual large cities.¹ The pioneers, as is well known, were London, Paris, and Hamburg, while other cities in Germany, Austria, Italy, and Russia, primarily its capital St. Petersburg, lagged behind.²

This article is not about the construction of water supply and sewerage in St. Petersburg, but rather about non-technical factors that had an impact on the development of urban infrastructure, in particular the discourse of semi-peripherality. This discourse is very close to the concept of backwardness, but introduces additional dimensions to it. The concept of backwardness in Russia in the nineteenth century, relative to England, France and Germany, has often

¹ Matthew Gandy, *The Fabric of Space. Water, Modernity, and the Urban Imagination*, London 2014, p. 9, 14.

² James H. Bater, *St. Petersburg. Industrialization and Change*. London 1976, p. 268; Friedrich Lenger, *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2014, p. 50-51, 57-58; Clemens Zimmermann, *Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung*, Frankfurt am Main 1996, p. 18 f.

been discussed in relation to urban infrastructure.³ Great hopes for change in Russian society were placed, for example, in the construction of railways⁴ and urban infrastructure in order to reduce this perceived “distance”.⁵ In pre-revolutionary and Soviet times, scientific and technical achievements were often transferred from European countries.⁶

The problems of cleansing Moscow and St. Petersburg and building urban infrastructure have been frequently attributed to backwardness. However, recent studies of successful early infrastructure projects in Eastern Europe have cast doubt on the validity of this assumption. Indeed, world leaders in engineering and architecture worked in Lviv, Warsaw, Moscow and many other cities – first of all, William Lindley. Accordingly, the dichotomy of “centre-peri-

³ Yanny Kotsonis, *Making Peasants Backward. Agricultural Cooperatives and the Agrarian Question in Russia 1861–1914*, London 1999, p. 1-8; Dietmar Neutatz, *Träume und Alp-träume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, p. 25; Anna Mazanik, *Sanitation, Urban Environment and the Politics of Public Health in Late Imperial Moscow*, Budapest 2015, p. 6, 60-62, 141, 192.

⁴ Roland Cvetkovsky, *Modernisierung durch Beschleunigung. Raum und Mobilität im Zarenreich*, Frankfurt am Main 2006, p. 132-155; Walter Sperling, *Der Aufbruch in die Provinz. Die Eisenbahn und die Neuordnung der Räume im Zarenreich*, Frankfurt am Main 2011, p. 60-147; Olga Malinova-Tziafeta, *Iz goroda na daču. Sociokul'turnye faktory osvoenija dačnogo prostranstva vokrug Peterburga (1860-1914)*, St. Petersburg 2013, p. 239-243; Frithjof B. Schenk, *Russlands Fahrt in die Moderne. Mobilität und sozialer Raum im Eisenbahnzeitalter*, Stuttgart 2014, p. 189-212.

⁵ Patricia Herlihy, *Odessa. A History 1794-1914*, Cambridge 1987, p. 151-153; Robert W. Thurston, *Liberal City, Conservative State. Moscow and Russia's Urban Crisis 1906-1914*, New York/Oxford 1987, p. 9-11; Daniel R. Brower, *The Russian City between Tradition and Modernity 1850-1900*, Berkeley et al. 1990, p. 92-139, especially 125-138; Vladimir N. Ginev, *Die Tätigkeit der Moskauer Stadtduma im Spiegel zweier Moskauer Tageszeitungen 1890-1905*, in: Guido Hausmann (ed.): *Gesellschaft als lokale Veranstaltung: Selbstverwaltung, Assoziierung und Geselligkeit in den Städten des ausgehenden Zarenreiches*, Göttingen 2002, p. 236-240; Kirsten Bönker, *Jenseits der Metropolen. Öffentlichkeit und Lokalpolitik im Gouvernement Saratov, 1890-1914*. Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2010, p. 228-230; Mazanik, *Sanitation*, p. 6.

⁶ Martin Lutz, *Siemens im Sowjetgeschäft. Eine Institutionengeschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1933*, Stuttgart 2011; Alexei Miller/Martin Aust/Ricarda Vulpius (eds.), *Imperium inter pares: Rol' transferov v istorii rossijskoy imperii, 1700-1917*, Moscow 2010; Marjatta Hietala, *Transfer of German and Scandinavian Administrative Knowledge. Examples from Helsinki and the Association of Finnish Cities, 1870-1939*, in: Nico Randerad (ed.), *Formation and Transfer städtischen Verwaltungswissens*, Baden-Baden 2003, p. 109-130; id., *Finnische Wissenschaftler in Deutschland 1860-1950. Allgemeine Bemerkungen mit besonderer Berücksichtigung medizinischer Kontakte*, in: Edgar Hösch/Jorma Kalela/Hermann Beyer-Thoma (eds.), *Deutschland und Finnland im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1999, p. 373-394.

phery" is not entirely appropriate.⁷ However, both this dichotomy and the very concept of backwardness remain relevant in cases of failure, as in St. Petersburg. But, as was noted by Dietmar Neutatz, during the last decades, the concept has often been used by historians without careful consideration.⁸ Yanni Kotsonis indicated that the notion of Russian backwardness relative to Europe had so firmly entered the mindset of the educated public in the pre-revolutionary period that almost every phenomenon would tend to be explained in these terms.⁹

The proposed concept of semi-peripherality defines the general term "backwardness" more precisely. First, this is not about the actual transfer of knowledge and technology necessary for the construction of water infrastructure, but rather about ideas and feelings, about the subjective attitude of Russian urban society towards Western science and technology, and their position in relation to some ideal world that was usually associated with European countries. The main features of semi-peripherality can be described as: 1. Distinct subjectivity. 2. The well-established Eurocentrism of St. Petersburg society, which can be understood, among other things, in terms of "purity and danger" proposed by Mary Douglas¹⁰, i.e., strength and progress are embodied in the concept of "Europeanness", while danger transcends from the opposition to this idea. This was often expressed in the conformity or inconsistency of urban infrastructure projects with Russian ideas about Europeanness. 3. The instrumentalization of Russian Eurocentrism by appealing to shame as a means of social discipline. 4. The curtailment of discussions of semi-peripherality in the Soviet period.

In historical literature, there is an obvious imbalance in the studies about municipal services in Russia: The pre-revolutionary period has been studied much more fully than the Soviet period. Before 1917, city authorities were concerned with the problem of building a civil society in Russia. Criticizing the current political system could be "hidden" or embedded in discussions about public utilities in Eastern European cities.¹¹ The October Revolution crushed any

⁷ Eszter Gantner/Heidi Hein-Kircher/Oliver Hochadel, Backward and Peripheral? Emerging Cities in Eastern Europe. Introduction, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 67:4, 2018, p. 475-484; Eszter Gantner/Heidi Hein-Kircher/Oliver Hochadel, *Interurban Knowledge Exchange in Southern and Eastern Europe, 1870-1950*, New York/London 2021.

⁸ Neutatz, *Träume und Alpträume*, p. 12.

⁹ Kotsonis, p. 1-8.

¹⁰ Mary Douglas, *Reinheit und Gefährdung. Eine Studie zu Vorstellungen von Verunreinigung und Tabu*, Berlin 1985.

¹¹ Manfred Späth, *Wasserleitung und Kanalisation in Großstädten. Ein Beispiel der Organisation Technischen Wandels im Vorrevolutionären Russland*, Berlin 1978, p. 342-360; Valerija Nardova, *Gorodskoe samoupravlenie v Rossii v 60-načale 90h godov XIX veka*, Le-

civil initiatives, and the subsequent municipal services of Leningrad were not of much interest to historians. Like socialist modernity, it requires further research despite important new studies published over the past decades.¹² Even though the history of water infrastructure in the USSR is represented in the literature, the focus has been on technological problems.¹³

2. *Semi-peripherality in the context of the St. Petersburg culture*

In introducing the concept of semi-peripherality into urban infrastructure history, I draw on sociologist Manuela Boatcă's idea of the semi-periphery. According to Boatcă, the term describes the development of modernity within the European Union of today: the position occupied by Portugal, Spain, and Eastern Europe relative to the "heart of Europe" (Great Britain, France, and Germany).¹⁴ In focusing on the heterogeneity of Europe in terms of economies and infra-

ningrad 1984; id., *Samoderžavie i gorodskie dumy v konce XIX—načale XX vekov*, St. Petersburg 1994; Michael F. Hamm, *Continuity and Change in Late Imperial Kiev*, in: id. (ed.), *The City in Late Imperial Russia*, Bloomington 1986, p. 90 f.; Frederick W. Skinner, *Odesa, and the problem of urban modernisation*, in: Hamm, p. 218 f.; Anders Henriksson, *Riga Growth, Conflict, and the Limitations of Good Government, 1850-1914*, in: Hamm, p. 186; Stephen D. Corrsin, *Poles and Jews in a Conquered City*, in: Hamm, p. 138; Thurston; Herlihy, p. 237-239; Brower; Karl Schlögel, *Jenseits des Grossen Oktober. Das Laboratorium der Moderne. Petersburg 1909-1921*, Berlin 1988, p. 25-42; Lutz Häfner, *Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Die Wolgastädte Kasan und Saratov (1870-1914)*, Köln et al. 2004, p. 79 f.; Bönker, p. 244-246; Boris B. Dubencov/Valerija A. Nardova (eds.), *Peterburgskaja gorodskaja дума, 1846-1918*, Sankt Petersburg 2005; Ewa Bérard, *Pétersbourg imperial. Nicolas II, la ville, les arts*, Paris 2012, p. 139-179; Mazanik, *Sanitation*, p. 1-6, 48; id., *Learning from Smaller Cities, Moscow in the International Urban Networks, 1870-1910*, in: Gantner/Hein-Kircher/Hochadel, p. 121; Jan Behrends/Martin Kohlrausch, *An Introduction*, in: Behrends et al. (eds.), *Races to Modernism. Metropolitan Aspirations in Eastern Europe, 1890-1940*, Budapest/New York 2014, p. 1-19; Charlotte E. Henze, *Disease, Health Care and Government in Late Imperial Russia. Life and Death on the Volga 1823-1914*, Abingdon/New York 2011; Heidi Hein-Kircher, *Lembergs "polnischen Charakter" sichern. Kommunalpolitik in einer multiethnischen Stadt der Habsburgermonarchie zwischen 1861/62 und 1914*, Stuttgart 2020, p. 13-18.

¹² Marie-Janine Calic/Dietmar Neutatz/Julia Obertreis, *The Crisis of Socialist Modernism*, in: Marie-Janine Calic et al. (eds.), *The Crisis of Socialist Modernism. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s*, Göttingen 2011, p. 7-27.

¹³ K.I. Krasnoborodko et al., *The Development of Water Supply and Sewerage Systems in St. Petersburg*, in: *European Water Management* 2:4, 1999, p. 51-61; Vladimir Dmitriev, *Istorija razvitija vodosnabženija i kanalizacii Sankt-Peterburga*, St. Petersburg 2002; id. et al., *Vodosnabženie i kanalizacija Leningrada v period Velikoj Otechestvennoj vojny 1941-1945*, St. Petersburg 2005.

¹⁴ Manuela Boatcă, *Multiple Europas und die interne Politik der Differenz*, in: id./Willfried Spohn (eds.), *Globale, multiple und postkoloniale Modernen*, München 2010, p. 347-351.

structure models, Boatcă invites the reader into a direct and clear conversation about the Eurocentrism of modernity. The term is also used in a slightly different sense. For example, geographer Martin Müller frames the semi-alterity of the modern political and economic systems of Eastern European countries in relation to the Global North, the Global South and the less defined Global East in this way.¹⁵ Anthropologist Ivan Kalmar uses semi-peripherality to describe dismissive attitudes towards “Eastern Europeans” as a form of racism.¹⁶

Even though Putin’s Russia of today is not included in the model that Boatcă offers, the Russian Empire, and especially St. Petersburg as the capital, can still nominally be considered part of the semi-periphery of Europe in the nineteenth and early twentieth centuries. In economic terms, and in terms of science and technology, the country lagged behind, although politically it played a leading role in Europe as an important diplomatic partner. A particular role was played by the Europeanized elite of the country.¹⁷ Considering the sources of semi-peripherality in Russia, one can claim that it was typical of the St. Petersburg aristocracy to a certain degree, even during the reign of Peter the Great. However, a powerful new impulse came with the Great Reforms (1860-70s). Russia moved “closer” to Europe through the construction of railways, which intensified the exchange of goods, technology, and ideas. St. Petersburg was a special city in Russia, particularly because of its European character, and thus it needs to be considered separately from the rest of Russia.¹⁸ The artist, memoirist, and art historian Alexandr Benois (1870-1960) remembered that in the St. Petersburg of the 1870-80s an “intense cult of foreignism”¹⁹ reigned, though he could find no similar cult in any other European country. Enthusiasm for all things European often coincided with dissatisfaction over Russian equivalents. Later, in emigration, the same author noted that “there was much that was amusing, and much that was unfair, in this deference by the Russian people to the foreign” and in the way that foreigners’ rapturous compliments about Russian life were not believed but taken as polite compliments.²⁰

Russians, including the people of St. Petersburg, were attracted by the European ideals of culture, fashion and consumption, mainly from the major cities in the “heart” of Europe: Paris, London and Hamburg. Compared to these cities,

¹⁵ Martin Müller, *In Search of the Global East. Thinking between North and South*, in: *Geopolitics* 25:3, 2020, p. 734-755.

¹⁶ Ivan Kalmar, *White but Not Quite. Central Europe’s Illiberal Revolt*, Bristol 2022.

¹⁷ Andreas Schönle et al. (eds.), *The Europeanized Elite in Russia, 1762-1825. Public Role and Subjective Self*, DeKalb 2016.

¹⁸ Bérard; Mark D. Steinberg, *Petersburg Fin de Siècle*, New Haven/London 2011, especially p. 2 f.

¹⁹ Alexandr N. Benua, *Moi Vospominanija*, Vol. 1, Sankt-Petersburg 1993, p. 414.

²⁰ *Ibid.*

St. Petersburg was perceived as a semi-peripheral city. However, relative to Russian provinces, the city was already playing the role of a center of enlightenment, a “window on Europe”.²¹ However, on the urban level, a pronounced division was visible between the European city center and the poor outskirts of St. Petersburg.²² From this perspective smaller Russian cities were thought of as the periphery of Europe or even as its colonies, such as towns in Siberia and Central Asia.²³

Following Boatcă, I understand semi-peripherality as the subjective characterization of a city, social group, or phenomenon that was in-between: not in the center and at the same time not on the periphery of Europeanness. A good example of this is the eastern part of Poland that was a part of the Russian Empire until 1915. There, semi-peripherality was expressed not only through the primacy of European science, technology and political institutions, but even in the understanding of historical time, of temporality itself. Poland's desire to associate itself with Europe was obviously based on aversion and resistance towards imperialist Russia.²⁴

3. Semi-peripherality and municipal services in pre-revolutionary St. Petersburg

The need for water infrastructure, including water supply and sewage systems, was discussed in Russia as early as the 1830s, but it was only actively pursued during the period of the Great Reforms (1860-70s).²⁵ *Cholera asiatica* epidemics initially spread from Russia to Europe. The first outbreaks occurred in Moscow in 1830, and St. Petersburg in 1831. However, the scientific and municipal practices to combat cholera spread in the opposite direction from Europe to Russia. At the same time, the emergence of elected bodies of local self-government (1864 in rural areas and 1870 in cities) played a crucial role here. The cholera epidemics of the nineteenth century provoked heated public debate, but did not directly lead to any infrastructure building.²⁶ Indeed, the elected City par-

²¹ Olga Ageeva, „Veličajšij i slavnejšij bolee vsech gradov v svete“ – grad svjatogo Petra, Sankt Petersburg 1999, p. 60-62, 205 f.

²² Hans-Christian Petersen, *An den Rändern der Stadt? Soziale Räume der Armen in St. Petersburg (1850-1914)*, Wien/Köln/Weimar 2019, especially p. 23-26.

²³ Alexander Morrison, *Metropole, Colony, and Imperial Citizenship in the Russian Empire*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 13:2, 2012, p. 327-364, especially p. 341f.

²⁴ Clara M. Frysztacka, *Zeit-Schriften der Moderne. Zeitkonstruktion und temporale Selbstverortung in der polnischen Presse (1880-1914)*, Munich 2020.

²⁵ Zimmermann, p. 18-19.

²⁶ James H. Bater, *Modernisation and Public Health in St. Petersburg, 1890-1914*, in: *Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte* 3, 1985, p. 364-366; Malinova-Tziafeta, p. 120-

liament (*Gorodskaja Duma*) of St. Petersburg failed to resolve any of the mammoth tasks of modernizing the capital.²⁷ There are several reasons why imperial St. Petersburg earned notoriety as the filthiest European city.²⁸ James Bater lists the following key causes: the unfortunate topographic position of the city; the high cost of the project and the impossibility of covering the cost through a tax channeling funds to the City authorities. St. Petersburg was a city of civil servants and state agencies, all exempted from taxation. There was also an absence of civic spirit amongst the *Gorodskaja Duma* members.²⁹ However, analysis of the reports of Sewer Committees within the City authority shows that the members' subjective perceptions of European science and engineering played an important role. Although most did not have an engineering education, they had to interpret the conflicting opinions of various Russian inventors, as well as city deputies' reports of their visits to inspect sewers in cities across Europe, their visits to World Exhibitions, et cetera.³⁰ In addition, the city authorities' fear of fundamentally new technological projects and the risks associated with them played an important role. The discussion of the sewage project in the city government moved into a long phase of paralyzing perfectionism.³¹ The discourse of semi-peripherality played a significant role in this endless procrastination.

The idea of "Europeanness" was a constructed ideal used as a rhetorical tool in debates and as a hidden reproach for imperfection and inertia. Conflicting ideas regarding the improvement of city infrastructure also became the subject of public debate in newspapers and magazines.³² Journalists and public figures were delighted to go along with this, as they assumed that only the public at large could clean up St. Petersburg and turn it into a true European city.³³ What exactly was to be understood by "true Europeanness" remained, however, unclear. Anyway, hopes for a dignified European future infrastructure in pre-revolutionary Moscow were expressed not only by Westernists, but also by inveterate Slavophiles.³⁴ Europeanism and overcoming backwardness in St. Peters-

127, 150-156.

²⁷ Bater, *St. Petersburg*, p. 342-353; Dubencov/Nardova, p. 61, 199, 226, 240, 252.

²⁸ Annegret Bautz, *Sozialpolitik statt Wohltätigkeit. Der Konzeptionswandel städtischer Fürsorge in St. Petersburg von 1892 bis 1914*, Wiesbaden 2007, p. 103 f.

²⁹ Bater, *St. Petersburg*, p. 360-367.

³⁰ Domontovič, p. 86-88, 100-109, 158-159.

³¹ Malinova-Tziafeta, p. 142-156.

³² Cf. Steinberg, p. 69-75; Maria Pirogovskaya, *Miazmy, simptomy, uliki: zapachi meždu medicinnoj i moral'ju v ruskoj kul'ture vtoroj poloviny XIX veka*, St. Petersburg 2018, p. 109-125.

³³ D. M., *Peterburg – evropejskij li gorod?*, in: *Delo 1, 1877, Čast' 16.*, p. 53-70.

³⁴ Mazanik, *Sanitation*, p. 60-61.

burg and Moscow were equated with the public good and embodied in municipalization.³⁵ The Russian public hoped for improvement of all Russian life in general, from progress in public health to establishing liberal freedoms and changes in the political life of the state.³⁶

However, no concrete examples of such "Europeanness" were given. It is obvious that Russian society wanted to keep up with progress, i.e., "Europeanness", even in those cases where the European examples were absent, not positive, or technologically unfeasible, as in St. Petersburg. In his work on Westernists in Russia, Benjamin Beuerle indicated that excitement for Western, or European things was so widespread that the very concept of westernism appears to have become depersonalized and not based on reality. Cutting-edge European experience was held up as a standard, even when there was absolutely no justification for this. For example, when legal theorists insisted on banning capital punishment in Russia, they presented Europe as an example, although at that time the death penalty was still widely practiced in European countries.³⁷

References to the semi-peripherality of St. Petersburg were common in debates about municipal problems, especially because of the rich symbolism associated with pollution. According to Mary Douglas, the purity-danger dichotomy separated the socially acceptable from the rejected not only symbolically, but also appealed to a sense of shame in cases of violation of the established order.³⁸ Denunciatory publications in newspapers had traditionally been used to inflict public shame all over the world as a social discipline instrument in the nineteenth and early twentieth centuries.³⁹ Only in this way could the experts, mostly doctors and engineers, influence the decisions of the St. Petersburg City authority, which was a closed club for wealthy homeowners.⁴⁰

The media of St. Petersburg were actively pushing for the construction of a European type of sewerage project, which was at the same time criticized⁴¹ because it was of little use in the city. In 1874, the City authority members found

³⁵ D. M.; Grigorij Archangel'skij, Peterburg I ego sredstva k ochraneniju I vosstanovleniju zdorovja žitelej, in: Zdorov'e 1, 1874, p. 5-11; Mazanik, Learning from Smaller Cities, p. 122.

³⁶ Behrends/Kohlrausch, p. 1-19.

³⁷ Benjamin Beuerle, Russlands Westen. Westorientierung und Reformgesetzgebung im ausgehenden Zarenreich, 1905-1917, Wiesbaden 2016, p. 273-307.

³⁸ Douglas, p. 73.

³⁹ Everett Cherrington Hughes (ed.), Robert Ezra Park. Society, Collective Behavior, News and Opinion, Sociology and Modern Society, Glencoe 1955, p. 93.

⁴⁰ Malinova-Tziafeta, p. 120-141.

⁴¹ Max von Pettenkofer, Kanalizacija i vyvoz nečistot. Populjarnye lekcii, Moscow 1877, p. 24 f., 96-98, 104.

themselves caught up in a public debate between engineers and the public health doctors about the design of the system. The City authority was seriously considering to realize the cheaper option of a sewage extraction system designed by the engineer A. F. Burov (a redesign of the work of Dutch engineer Charles T. Liernur), while doctors and the public at large demanded construction according to designs adapted for St. Petersburg from the ideas of the English engineer William Lindley.⁴² The sewage extraction and transportation system was reminiscent of traditional village toilets, where the material had to be physically removed, transported, and dumped, with the danger that the owners and digging workers could become infected. Given such a hazard, hygienists categorically rejected the approach.⁴³ However, Lindley's system was far from ideal: the design required massive investment, while the environmental conditions of the Neva Bay and the Gulf of Finland did not allow ideal and safe implementation of neither the Lindley sewage model nor any other European one.

The key problem was the disposal of waste. According to hygienists, a modern collector sewer system was adequate because it removed waste from the city entirely.⁴⁴ But disinfection and powerful filters did not yet exist. Where could the city's waste be taken? St. Petersburg stood in the delta of the Neva River as if in the bottom of a dish, dispersed on numerous islands. This meant that it was not considered a good option to take feces to the fields on the outskirts of the city and further process them into fertilizer, as Edwin Chadwick had suggested for English cities.⁴⁵ The idea was successfully implemented by engineer James Hobrecht in the construction of the Berlin sewers (1887-1909).⁴⁶ But if implemented in St. Petersburg, the pipes would have had to be laid at a sufficient depth – one and a half meters in the city center – rising up to ten meters at the edge of the city.⁴⁷

The St. Petersburg city authorities also discussed the discharge of sewage into water bodies, as had been done in London and Paris, as well as in Frank-

⁴² A. Michajlov, *Ozдорovlenie gorodov*, in: *Delo* 4, 1874, p. 90-115. I. Zarubin, *Assenizacija Peterburga*, in: *Peterburgskij listok*, 25.5.1875.

⁴³ Grigorij Archangel'skij et al., *Po povodu opytov pnevmatičeskoj očistki goroda po sisteme Lirnura*, in: *Zdorov'e* 16, 1875, p. 341-343.

⁴⁴ Fjodor Erisman, *Različnye sposoby udalenija nečistot po otnošeniju k ozdorovleniju gorodov*, St. Petersburg 1875, p. 36, 50 f.

⁴⁵ Christopher Hamlin, *Public Health and Social Justice in the Age of Chadwick. Britain 1800-1854*, Cambridge 1998, p. 163-164.

⁴⁶ Siegfried Hagen, *Die Berliner Rieselfelder, ihre Einrichtung und volkswirtschaftliche Bedeutung, besonders von den landwirtschaftlichen Standpunkten aus*, Berlin 1903.

⁴⁷ Grigorij A. Soloduchin, *Vozmožna li sistema splavnoj kanalizacii po udaleniju gorodskih nečistot v Peterburge?*, Sankt Petersburg 1893.

furt am Main and other European cities.⁴⁸ But allowing sewage discharge into small rivers and channels on each island would have meant concentrating waste near residential areas. Laying conduits underneath so many riverbeds was at that time considered to be a literal pipe dream that was not feasible financially.⁴⁹ The most logical approach was to arrange the release of waste into the Neva delta, where the river flows into the Gulf of Finland. However, this would have contaminated the shallow waters of the southern shore, including the magnificent Imperial residences of Peterhof, Strel'na and Oranienbaum. Moreover, frequent seasonal flooding would have carried the waste back into the city, with the threat of an environmental catastrophe.⁵⁰

Clearly, the alternative would have been to seek a fundamentally new solution to the problem. But rejecting all progressive European experiences was something that the public bristled at. Nevertheless, both the members of the City authority (1874)⁵¹ and engineers Fedorov and Nechaev (1900)⁵² did suggest rejecting the construction of a sewer system. Both the Duma members and Fedorov referred to the fact that the removal of waste had not been carried out in any city without serious adverse consequences due to the contamination of the locations where city waste was eventually ejected.⁵³ An alternative proposal made by Fedorov and other engineers was to overhaul the old system of cesspits. These were to be rebuilt using granite slabs laid to tightly fit together, thus preventing the waste from contaminating residential areas. The pits had to be regularly and frequently cleaned out, for which purpose the traditional sanitary brigade equipment had to be meticulously repaired.⁵⁴ The author of this proposal, Fedorov, demonstrated, above all, that the sewer system was not

⁴⁸ K. Grinberg, *O kanalizacii Peterburga*, St. Petersburg 1885, p. 13-14; A. Merc, *Osadočnye bassejny splavnoj sistemy kanalizacii goroda Frankfurta-na-Majne i kanalizacija goroda Danciga. Iz otčeta po poezdke za granicu v 1887 godu*, St. Petersburg 1889, p. 3-10.

⁴⁹ Velichov, *Raznye svedenija. K voprosu o kanalizacii Sankt-Peterburga*, in: *Gorodskoe delo*, 1909, No. 20, p. 1051-1056.

⁵⁰ Erisman, p. 88.

⁵¹ Ivan Domontovič, *Zapiska po proektam ob otvode gorodskih nečistot, sostavlenaja predsedatelem komissii po ustrojstvu v Sankt-Peterburge mostovykh i trub dlja otvoda nečistot*, St. Petersburg 1874, p. 118, 334-335.

⁵² Evgenij Fedorov, *Po povodu kanalizacii Sankt-Peterburga. Dve reči v stroitel'nom otdele imperatorskogo russkogo tehničeskogo obščestva*, St. Petersburg 1900, p. 3-24; Nikolaj Nečaev, *Preuveličennoe značenie kanalizacii*, in: *Dve reči v stroitel'nom otdele imperatorskogo russkogo tehničeskogo obščestva*, St. Petersburg 1900, p. 3-8.

⁵³ Domontovič, p. 188-189, 192-193, 195, 199; Fedorov, p. 3-24; Nečaev, p. 3-8.

⁵⁴ K. Marčenko, *O nepronicaemykh vygrebach. Soobščenie v Peterburgskom obščestve arhitektoev v marte 1887*, St. Petersburg 1887, p. 1-5; A. Sjunnerberg, *Proekt ustrojstva domovykh vygrebnykh jam iz granita pod cementom dlja goroda Peterburga*, St. Petersburg 1884.

a panacea in sanitary science. Without rejecting the hygiene rules in their entirety, he simply proposed shifting focus from cleaning the urban space to improving the quality of workers' lives: better housing⁵⁵ and food supply, also reinforcing anti-alcohol propaganda. These proposals did not garner support, and at one meeting of the Russian Technical Society, Fedorov was accused of preaching "scientific heresy".⁵⁶ Hence, according to Douglas, the alternative proposal was discussed in terms of dangerous apostasy⁵⁷, and its authors were declared enemies of progress, while progress itself was to follow Europeanness, in other words, the infrastructure standards set by the leading cities.

4. *Semi-peripherality and political debates of the early twentieth century*

Karl Schlögel described the paradox between the splendor of the imperial European capital and the lack of sewerage as "the tragical Imperial".⁵⁸ Contemporary writers also compared St. Petersburg unfavorably with cities in other countries. Many years of discussion within the authorities and in the press had little impact on the resolution of the problem itself, but there was a major impact on the public and political life of the Empire.⁵⁹ When a multi-party parliament was finally set up in Russia after the Revolution of 1905 (*Gosudarstvennaja Duma*), the question of cleaning the city was used in the political stand-off between Petr Stolypin and opposition parliamentarians. After the massive cholera epidemic of 1908-1909, the parliamentary opposition and society in general demanded from Petr Stolypin's government a revision of the law on city management (the *Gorodovoe položenie* of 1892) to grant the city management bodies more power and greater financial muscle.⁶⁰ The *Gorodskoe Delo* journal (1909-1918), which was one of the mouthpieces of the party of constitutional democrats, delivered the most cutting criticism of municipal utilities management in St. Petersburg. Again, appeals to the positive experience of Europe take center stage. For example, the journal quotes Swedish hygienist doctors: "... on the banks of the Neva a horrific contamination hotspot has formed, and the capital of the great northern Empire has suddenly begun scattering the

⁵⁵ Vgl. Petersen, p. 169-280.

⁵⁶ Fedorov, p. 3-4, 24.

⁵⁷ Douglas, 136, 141 f.

⁵⁸ Schlögel, p. 25-66.

⁵⁹ Malinova-Tziafeta, p. 127-139.

⁶⁰ Nikolaj Rostovcev, Zabytyj vopros, in: *Gorodskoe delo*, 1909, No 2., p. 57-59; G. Fal'bork, G. Prinuditel'noe ozdorovlenie g. Peterburga, in: *Gorodskoe delo*, 1909, No 5, p. 181-187; M. Gran, Peterburg i cholera, in: *Gorodskoe delo*, 1909, No 5, p. 187-193; Proekt zakona o kanalizacii Peterburga, in: *Gorodskoe delo*, 1909, No. 14, p. 709-710; Velichov, p. 1051-1061.

sparks of a dangerous epidemic fire”.⁶¹ The sanitary problem was also seen as a negative political symbol. The authors pointed to Russia’s international responsibility for the harm inflicted also on the annexed territories of Ingria, Poland, and Finland, where many people barely tolerated Russian patronage.

Petr Stolypin managed to delegitimize the opposition’s arguments by turning their own weapons against them. He acknowledged that the absence of a sewage system was dangerous for the lives of the urban poor⁶², and that he felt “shame for his homeland”.⁶³ He also mentioned the construction of sewers serving 624 German towns and cities comparing it with 50 cities in Russia.⁶⁴ In this way, the references to the semi-peripherality of St. Petersburg were used as a political tool and blamed the city’s own management for its inability even to choose an appropriate sewage system project. The result was a new draft law in 1909 to transfer the entire sewer issue to a government committee, i.e. to state civil servants. However, the project did not get off the ground, and in many ways, this was due to Russia’s entry into the First World War.⁶⁵

5. Semi-peripherality and political competition between the cities of the Russian Empire

There was political competition between cities in the Russian Empire to act as the most European. The construction of sewers and water supply in Warsaw⁶⁶ was discussed in the Polish press as one more proof of their primacy and progressiveness, striving towards Europe and the modernity of Poland.⁶⁷ The water network in St. Petersburg (1858) very soon required thorough reorganization and became a source of competition between St. Petersburg and Warsaw. First, the people of the city were furnished with completely unfiltered water. The City authority went to court to force the water supply companies to filter the

⁶¹ Z. Frenkel’, *Ozdorovlenie gorodov, polja orošenija i biologičeskaja očistka*, in: *Gorodskoe delo*, 1909, No. 20, p. 1054.

⁶² Cf. Petersen, p. 58.

⁶³ Petr A. Stolypin, *Reč’ o neobchodimosti izdanija novogo ékstreennogo zakona v celjach ozdorovlenija stolicy, proiznesennaja v Gosudarstvennoj Dume 11 janvarja 1911 g.*, in: Jurij G. Felštinskij (ed.), *Nam nužna velikaja Rossija. Polnoe sobranie rečej v Gosudarstvennoj Dume i Gosudarstvennom Sovete (1906–1911)*, Moscow 1991, p. 317, 322 f.

⁶⁴ *Ibid.*, p. 231.

⁶⁵ Dubencov/Nardova, p. 182–184.

⁶⁶ Malte Rolf, *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915)*, Berlin 2015, p. 227–282.

⁶⁷ Frysztacka, p. 9–11; 283–284, 296–297, 313; Anna Weronika Wendland, „Europa“ zivilisiert den „Osten“. *Stadthygienische Interventionen, Wohnen und Konsum in Wilna und Lemberg 1900–1903*, in: Alena Janatková/Hanna Kozińska-Witt (eds.), *Wohnen in der Großstadt 1900–1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, Stuttgart 2006, p. 271–296.

water, and soon bought out the city water network (1891-1893), although they had no choice but to rebuild the now-obsolete equipment.⁶⁸ General Sokrates Starynkiewicz, the legendary creator of the Warsaw sewer system, visited the stations of the St. Petersburg water system (1890) and recorded in his diary a strange inconsistency between the different machines and components of the system: "It is as if they were each purchased by happenstance".⁶⁹

Historians have considered the construction of the Warsaw sewer system in the context of complex relations between Tsarist Poland and Russian Imperial power.⁷⁰ The city authorities of St. Petersburg responded to the comparison unenthusiastically, preferring to focus on the shortcomings of the Warsaw project. In a report by the City authority (1908) it is stated that waste leaving the collector formed a brown strip in the river Vistula of 4-5 *sażens* (8,52 – 10,65 m) in width, which stood out against the otherwise light-coloured water. This stinking stream lost none of its color or odor for 20-25 *versts* (20,20 – 26,50 km), wholly contaminating the left bank. Such reporting even hints at the harmful "anti-Russian" aspect of the project, as it was the Warsaw garrison that was made to suffer by this Polish sewer system. Soldiers and officers serving in the Russian forces could no longer swim in the area, and the culture of visiting summer homes, or *dachas*, came to an end.⁷¹ Such a viewpoint is unlikely to have been fully accepted as valid by the people of Warsaw themselves, as the sewer system there is a matter of local pride up to this day. In the work of Włodzimirz K. Pessel, the clear, ordered structure of the underground sewer tunnels is favorably compared to the more chaotic city above-ground.⁷²

Thus, the semi-peripherality discourse, which was generally given clear expression in the pre-revolutionary society of St. Petersburg, also had a major influence on public discussions around the selection of a sewer design, sanitation and city water infrastructure. Obviously, the case of St. Petersburg cannot be included in the dichotomy of "center-periphery". However, the subjective inclination of the St. Petersburg public towards Europe allows us to speak of semi-peripherality. At the same time, "Europeanness" had become a constructed ideal, which did not always correspond to the real life of European cities. In discussions about municipal and sanitary problems, it was used as a

⁶⁸ Dubencov/Nardova, p. 101 f.

⁶⁹ Włodzimirz K. Pessel, *Antropologia nieczystości. Studia z kultury sanitarnej Warszawy XIX i XX wieku*, Warschau 2009, p. 92 f., 99.

⁷⁰ *Ibid.*

⁷¹ *Proekt zakona*, p. 33 f.

⁷² Włodzimirz K. Pessel, *A Postsocialist City that Looks Nice from Underneath*. Paper at the Conference "Cities in the USSR and the Eastern Bloc – Urbanization, Ecology and the Municipal Economy (1917-1991)", University of Erlangen-Nuremberg, Germany, 20.-21.2.2020.

reliable tool of persuasion, including through the explicit or implicit use of the "purity-danger" dichotomy, and the feelings of shame and disgrace. Correlating with a positive context of progress and science as well as an ideally organized society, writers achieved different goals. They advertised their products, promoted the best (from their point of view) sewer design, criticized the shortcomings of the urban economy and the very way it was managed. Ultimately, the ideas of semi-peripherality in relation to the urban economy were used both in open political debates and in the smoldering hostility between Warsaw and St. Petersburg. This shows that public utilities and the construction of urban infrastructure in St. Petersburg, as in many other cases, became topics that made it possible to bypass censorship prohibitions and make a political statement. Comparison with European cities was used as a practical tool in social and political controversy, as in fact, the experts and the public had no other leverage to influence the city and central authorities to promote their ideas and projects.

6. Urban cleaning during the Soviet period (1918-1930s)

Regarding the organization and management of cleaning Petrograd/Leningrad, after the October Revolution of 1917 the semi-peripherality discourse underwent a significant change: One can say that it abated. The Stalin period is generally associated with a growth in Soviet patriotism and propaganda that rejected all things Western as well as numerous bans of ideological nature. However, in addition there were far-reaching changes in the structure through which city utilities were managed and, therefore, the way communication about shortcomings and failures in this field was framed.

The typical traits of semi-peripherality had become so firmly anchored in the discourse on the modernization of cities that the familiar call to match European development was used in the manifesto of Petrograd's Sewer and Roads Agency (1923). The author justified the need for urgent work in the city as follows: "In order for it to be possible not only to maintain the good organization of the city in the state it is in now, but for it also to be possible, in the shortest time, to ensure its appearance is appropriate for Western cities".⁷³ In the original, the underlined phrase is written in purple ink, over the top of typewritten text. The weakly typed letters, since overwritten with the above phrase by hand, include the word "Europe"⁷⁴, i.e. the much-desired "foreign lands" con-

⁷³ Central'nyj Gosudarstvennyj Archiv Sankt-Peterburga (CGA) f. 3167, Upravlenie kanalizacii i mostovymi Otdela kommunal'nogo chozjajstva ispolkoma leningradskogo oblastnogo soveta (1918-1929 gg.), op. 1, d. 104, L. 1.

⁷⁴ Ibid.

tinued to be associated with European capitals. Again, the traditional semi-peripheral perspective of "Europeanness" does not refer to any real country or city. It is an abstract ideal without a physical example.

Being closely connected with political despotism,⁷⁵ overcoming backwardness was an important goal for the modernization of the economy and society in the Soviet Union. This was to be helped by the reform of the calendar, the development of the countryside, and industrial development.⁷⁶ The overcoming of industrial underdevelopment was openly declared in speeches by Stalin during the "war scare" of 1927 and political crisis of 1927-1928.⁷⁷ The period of relatively independent journalists and clashes of polar-opposite views had passed. In the new public communication about urban improvements, there was neither the interest nor the necessity to conduct detailed comparisons between East and West.

In the context of the formation of a fundamentally new system for managing the municipal services of the city, the discourse on semi-peripherality changed further. The Bolsheviks set out organizing the city's amenities soon after the revolution, in April 1918. The First World War and the civil war had brought chaos and a massive loss of population.⁷⁸ The English sci-fi writer Herbert Wells, who visited Russia and Petrograd in 1920, predicted that bringing the Northern Capital back to life was barely a possibility: "The city infrastructure was in a state of total collapse".⁷⁹ The new administrative system was initially organized through the City Amenities Department (the name changed later, for a long time, it was the Department of Municipal engineering, or OTKOMKhOZ for short). At first, the new organization brought together ten different subdivisions: sewers, urban construction, surveys, private construction,

⁷⁵ Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, p. 17-18, 36-37, 63.

⁷⁶ Heiko Haumann, *Beginn der Planwirtschaft. Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrusslands 1917-1921*, Düsseldorf 1974, p. 13, 113, 181; Tony Haywood, *Modernising Lenin's Russia. Economic Reconstruction, Foreign Trade and the Railway*, Cambridge et al. 1999, p. 3, 13 f., 63 f., 73; Stefan Plaggenborg, *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*, Frankfurt am Main 2006, p. 20, 25, 88, 124, 356; Berndt Bonwetsch, *Der GULAG und die Frage des Völkermords*, in: Jörg Baberowski/Dietrich Beyrau (eds.), *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Bonn 2006, p. 137 f.; Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley et al. 1997, p. 4, 20, 29, 33, 69, 137, 176, 199.

⁷⁷ Iosif V. Stalin, *Ob industrializacii strany i o pravom uklone v VKP(b)*, in: *Pravda*, 24.11.1928.

⁷⁸ Julia Obertreis, *Tränen des Sozialismus. Wohnen in Leningrad zwischen Alltag und Utopie 1917-1937*, Köln et al. 2004, p. 40-43.

⁷⁹ Herbert Wells, *Russia in Shadows*, London 1920, p. 18, 21 f.

firefighting, produce gardens, and so on.⁸⁰ Later, it became a complex and powerful organization. The decision to merge all these agencies under the authority of one single organization led to direct control by the authorities and to an expansion of the responsibilities of the Agency.

Prior to the revolution, a network of rainwater sewers, as well as a planned collector station, had fallen under the responsibility of at least six completely different agencies. Sewers were then understood to include all devices intended for removing waste and rainwater runoff.⁸¹ But it was not always clear which body should be contacted when problems arose. After the revolution, all complaints and criticism were to be directed to just one institution. The sewer department was restructured to become the Petrograd Sewer Agency in June 1918, and a Design Bureau and Construction Bureau were formed. Here, specially selected and hired engineers began to finalize the project of a separate sewage system in 1919. Experts and city authorities no longer sought the ideal way to dispose of sewage. Instead, sewage was discharged into rivers until the 1970s and 2000s.

On the one hand, the agency “*Vodokanalizacija*” was under the direct control of OTKOMKhOZ, and then to the *Lensovet* Executive Committee, which was a permanent body attached to the city parliament. This was a powerful state expert and bureaucratic system whose designs were approved and financed by the state. These bodies informed citizens about events in the sector, although the actual choice of sewer system design, materials, et cetera was entirely delegated to the experts. All of this fundamentally changed the structure of public discussions about providing urban amenities. Private capital no longer existed, and that meant that the city authorities did not need to garner the support of independent investors. Private experts from outside OTKOMKhOZ could no longer impact planning and construction via the press or by publishing pamphlets on their own. Literature about the construction of sewer systems in the 1920s became the affair of specialists. They were never the personal, private opinions of one or other engineer about a problem which could be discussed in print without permission from state authorities.⁸² In this way, Soviet engineers prepared a project and built a separate sewage system on Vasilievsky Island, the runoff was discharged into rivers. OTKOMKHOZ correspondence shows that

⁸⁰ Izvestija Petrogradskogo gorodskogo občestvennogo upravljenja, 5.6. (23.5.) 1918, p. 3.

⁸¹ CGA SPb f. 3167, op. 1, d. 1, l. 4-4 ob.

⁸² D. S. Čerkes, *Kanalizacija g. Char'kova. Doklad Vtoromu Vsesojuznomu vodoprovodnomu i sanitarno-tehničeskomu s'ezdu v gorode Char'kove* (1927), Moscow 1930; Vsevolod E. Timonov, *Voda – istočnik žizni i smerti. Vodosnabženie i kanalizacija naseljonnyh mest, Leningrad* 1926.

the engineers did not consider that as ideal.⁸³ However, the issue was not discussed in the newspapers, that is, the public sphere had practically no influence on waste disposal issues.

On the other hand, participation by citizens was warmly welcomed by the authorities and the press, but only in the form of control “from below”. Complaints about accidents, poor work or delays of street repairs became a major component of the work of OTKOMKhOZ, and now newspapers were not the only place where such complaints could be lodged. Any citizen could approach OTKOMKhOZ directly and, if we take the numerous submissions as a guide, people did not hesitate to take that initiative. The procedure for archiving material changed over time, and the number of cases in the Sewer and Roads Agency grew impressively after 1927-28. The state shifted to a planned economy at that time and started to actively prepare for war by instilling rigid labor discipline and secrecy. Starting in 1927, complaints and articles published in newspapers were carefully archived together with the results of inspections and resolutions by the Agency. The documents indicate the circumstances under which complaints were submitted, the organization that filed them, and the actions that could be taken by the Agency. Complaints could take the form of instructions voters directed to the deputies of the *Lensovet*. Notes have also been found, which were delivered at the Plenum to the head of OTKOMKhOZ in person.⁸⁴ Journalists working in the city’s press directed intense attention to sewer and road works. Material was also published by the *Pravda* newspaper, although in many cases this could be followed by a court trial with accusations of sabotage brought against those responsible.⁸⁵

Such instructions, penned by voters, emanated from all factories, plants, agencies and enterprises across the city. They varied greatly in nature, from general wishes to “rationally conduct repairs of sewers, roads and other improvements” to very specific requests, such as one from the residents and staff of the Labor Invalids Hostel: “Lay boardwalk right up to the hostel”.⁸⁶ Some of these instructions took the form of exposés and outraged demands, such as one from the Skorokhod shoe factory: “When will the road surface at house number 113 on Meždunarodnyj Prospekt be finished, because the filth there is impassable”.⁸⁷ Articles authored by journalists were longer, but also extremely specific. Here, the problem itself was described, the address, the persons re-

⁸³ CGA SPb f. 3167, op. 1, d. 321.

⁸⁴ CGA SPb F. 3167, op. 1, d. 269.

⁸⁵ Dietmar Neutatz, *Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Großbaustelle des Stalinismus 1897-1935*, Köln et al. 2001, p. 59.

⁸⁶ CGA SPb F. 3167, op. 1, d. 269, l. 2 ob.

⁸⁷ CGA SPb F. 3167, op. 1, d. 269, l. 3 ob.

sponsible, the specific inconvenience or hazard presented for the population and the damage to the state. The Agency responded to every complaint, and sometimes cited a lack of funds, or the responsibility of a different body, but most often stated the timeline for repair work.⁸⁸ Regardless of the situation, the Agency was bound to give a written response in every case, following the Soviet principle of bureaucracy that a written communication cannot be ignored.⁸⁹ Of course, the simple fact of lodging a complaint did not guarantee an immediate correction of the problem, but the complainant was treated with respect.

We see here a clear contrast with pre-revolutionary period when publication in a newspaper was practically the only weapon in such a struggle. After the revolution, the function of complaints was retained, but it was now complemented by the direct participation of citizens in controlling urban improvements. Complaints in this case were a direct lever of action: They were followed by investigations, measures were taken and negligence by responsible persons could ultimately lead to sanctions, the very least of which was a reprimand. By 1936, the law was expanded to cover all areas of production and was applied universally, even entering the 'District Prosecutor's Handbook'.⁹⁰

The Soviet system for issuing communications about urban infrastructure was shaped by the absence of private property and private economic interests. It would have been very difficult to use very specific complaints and demands about urban improvements in Soviet Petrograd/Leningrad in spontaneous, non-state and (implicitly) political communications. However, they could influence the correction of actual defects, accidents, and other incidences of urban disorder. City residents were drawn into the process, as important and respected figures, when very specific issues were discussed, although their opinions had little impact on plans or how infrastructure would develop in general. Excluding the concept of semi-peripherality from such a communication was not a challenge in any way. Following the revolution, communication about urban infrastructure and cleaning of the city shifted from the political realm to the strictly practical.

⁸⁸ CGA SPb F. 3167, op. 1, d. 269, 71 L.

⁸⁹ Vgl. Irina Levinskaya, *Adam's Road*, St. Petersburg 2003, p. 45.

⁹⁰ O položeni del s razborom žalob trudjaščichsja. Postanovlenie CIK SSSR 14 dekabrja 1935 g. (SZ SSSR 1936 g. N31, st. 274); O rassmotrenii žalob trudjaščichsja. Postanovlenie Komissii sovetskogo kontrolja pri SNK SSSR, utv. SNK SSSR (SZ SSSR 1936 g. N31, st. 276), in: V. M. Bočkov (ed.), *Prokuratura Sojuza SSR. Spravočnik rajonnogo prokurora*, Moscow 1942, <https://istmat.org/node/24219> [31.10.2022].

7. Conclusion

The concept of semi-peripherality provides a useful framework for analyzing the complexity of modernization in St. Petersburg/Petrograd/Leningrad. Before the revolution of 1917, references to the semi-peripheral were present in the discussion of many cultural issues in the urban community. They were widely used in public debates about the problems of public utilities and the construction of urban water infrastructure, and served as one of the tools for the public to put pressure on city authorities to build a suitable system. This pressure influenced the development of public utilities and also wider political debate. References to semi-peripherality became an effective instrument due to the appeal of the “purity-danger” dichotomy. Public shame, which included references to the success of European cities, was widely used because experts and the public had a weak influence on city authorities.

Immediately after the 1917 revolution, the issue of cleaning the city and the ideas of hygienists found new opportunities for development. They were expressed in rhetoric, in a new system of managing municipal utilities, the resolution of high-priority tasks to repair city infrastructure and finally to organize public control in the form of complaints and proposals regarding other urban management problems. The municipal utilities were organized in such a way that the attention of the city authorities and the public was focused on actual managerial tasks for urban modernization, while public discussions about designs (and, therefore, their political component) was squeezed out of the discourse as it fell under the total control of the state. On the one hand, the semi-peripherality discourse was curtailed after 1927. On the other hand, communication about the problems of urban life was transformed so much that it had supplanted the very need for a public comparison of Soviet and Western cities.

Julia Ziegler

Tagungsbericht: „Stadtgeschichtliche Blogs in der Wissenschaftskommunikation“,

am 15. Juli 2022 in München

Geschichtswissenschaftliche Blogs erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Zunehmend bloggen Forschungseinrichtungen, Archive, Museen und andere wissenschaftliche Institutionen über aktuelle Themen und Projekte. Oftmals bieten sie auch externen Forschenden die Möglichkeit, (Teil-)Ergebnisse ihrer Arbeiten rasch und barrierefrei digital zu publizieren. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Wissenschaftskommunikation. Zur Auseinandersetzung mit stadtgeschichtlichen Blogs, die eine Teildisziplin dieses relativ jungen Feldes darstellen, lud das Redaktionsteam von „Stadtgeschichten“ (stadthist.hypotheses.org), einem Blog der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU), in Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität München Forschende von Hochschulen und Akteure aus dem Kulturbetrieb zu einem Austausch ein.

Die Intention des Workshops war es, gemeinsam darüber zu diskutieren, welche Zielgruppen verschiedene Formen des Bloggens erreichen und wie Formate zu spezifisch stadtgeschichtlichen Themen weiterentwickelt werden können. Im Vordergrund standen Fragen nach den Zielen der Blogs und ihren Rahmenbedingungen, Adressat*innen und Reichweiten, Themenfindungen und Akquirierung der Beiträge sowie Querverbindungen zu anderen Publikationsformen. Die Teilnehmenden diskutierten auch Probleme und Herausforderungen beim Bloggen und die Anerkennung der Tätigkeit im Arbeitsumfeld.

Aufgrund ihrer lokalen Relevanz sind stadtgeschichtliche Themen besonders geeignet, digitale Formate zur Publikation zu nutzen. Als Erweiterung der fachwissenschaftlichen Zeitschriften haben Blogs das Potenzial, das große gesellschaftliche Interesse und die hohe Nachfrage an Themen der Stadtgeschichte zu decken sowie neue Impulse innerhalb der Forschungslandschaft zu setzen, wie Sebastian Haumann (Antwerpen) in seinem Einführungsbeitrag betonte. Aufgrund aktuell mangelnder institutioneller Absicherung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtgeschichte bei gleichzeitig verstärktem öffentlichen

Interesse können Blogs eine Brückenfunktion einnehmen und dieses Ungleichgewicht abmildern. Daran anschließend verwies Daniela Hettstedt (München) auf das besondere Potenzial von Blogs, Stadtgeschichte neu darzustellen und etablierte Publikationsmedien zu ergänzen, auch um die dortigen Hierarchien aufzubrechen. Olga Sparschuh (München) unterstrich, dass Blogs als Schnittstelle von Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit deshalb auch verschiedene Arten von Publikationen zulassen.

Kathrin Meißner (Berlin) stellte den Blog „Stadtgeschichten“ vor (<https://stadthist.hypotheses.org>). Dieser publiziert aktuelle Forschungsprojekte zur Stadtgeschichte, wobei die Beiträge Schwerpunkte in Zeitgeschichte, aber auch in Kultur- und Erinnerungsgeschichte sowie Stadtidentitäten aufweisen. Stadtgeschichtliche Themen sollen noch präsenter werden, ein breites thematisches Spektrum abbilden und den Austausch zwischen Forschenden und der interessierten Öffentlichkeit fördern. In Abgrenzung zu etablierten Publikationsmedien wirken die Blogbeiträge sprachlich und formal nicht zu akademisch, um ein breites und heterogenes Publikum anzusprechen. Ein ähnliches Ziel verfolgt der Blog „Migration erinnern“ (<https://migrer.hypotheses.org/>). Entstanden aus einem Forschungsprojekt zur Migration von Gastarbeiter*innen aus Italien nach München der Universität Gießen und des Stadtarchivs München spricht der Blog Wissenschaftler*innen der Migrationsgeschichte an und bietet ihnen die Möglichkeit, über ihre Forschungsprojekte zu schreiben. Philip Zölls (München) unterstrich dabei auch die Chancen zur Vernetzung über Publikationen auf Blogs.

Das kunsthistorische Forschungsprojekt der Ludwig-Maximilians-Universität München namens Relocating Modernism: Global Metropolises, Modern Art and Exile betreibt den Blog „Metromod“ (<https://metromod.net/>). Dessen Internetpräsenz geht über eine übliche Projektwebsite hinaus, denn im Rahmen des Forschungsprojektes veröffentlichen die Wissenschaftler*innen ihre Ergebnisse über Künstler*innen im Exil in Form von Karten des Lebens und Arbeitens in Metropolen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in New York, Buenos Aires, London, Istanbul, Mumbai und Shanghai. Helene Roth (München) betonte das Ziel des Blogs, mittels verschiedener Medien und der digitalen Präsentation von Stadtpaziergängen, Blogeinträgen und Archivalien eine visuell ansprechende und dauerhafte Präsentation der Forschungsergebnisse zu schaffen und damit auch den „Elfenbeinturm“ Wissenschaft ein Stück weit zu verlassen.

Eine institutionalisierte Form des Bloggens findet sich bei „MARCHIVUM“ (<https://www.marchivum.de/de/blog>). Wie Andreas Schenk (Mannheim) berichtete, fungiert der Blog als eine Säule der Vermittlungsarbeit des Mannheimer Stadtarchivs, womit Autor*innen stadtgeschichtliche Themen und Zusammenhänge in Abgrenzung zu den klassischen Wissenschaftspublikationen nied-

rigschwellig vermitteln können. Um Quellensicherung und Erinnerung geht es auch beim österreichischen, aber mittlerweile international agierenden Onlineprojekt „Topothek“ (<https://www.topothek.at/de/>). Durch Sammlung, Erschließung und Sicherung von privaten Quellen wird lokales Kulturgut auf digitalem Weg der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In den meisten Fällen betreiben die teilnehmenden Kommunen das digitale Archiv, wie Alexander Schatek (Wiener Neustadt) betonte.

Über das Thema der stadtgeschichtlichen Blogs hinausgehend kann auch das Medium Podcast eine Brücke zwischen der Wissenschaft und öffentlichen Geschichtsinteressen bieten. In seinem Podcast-Projekt „Anno ...“ (<https://anno-punktpunktpunkt.de/>) geht Philipp Janssen (Berlin) regelmäßig in den Dialog mit Historiker*innen und gibt ihnen die Gelegenheit, eigene Forschungen vorzustellen. Je Folge steht ein Gespräch über die Erschließung von Quellen, den Umgang mit Zeitzeug*innen, die Darstellung von Argumentationsmustern und anderen methodischen Themen im Mittelpunkt.

Die Tagung demonstrierte die vielfältigen Möglichkeiten der Geschichtsvermittlung und Quellensicherung über digitale Plattformen. Blogs bieten vor allem Nachwuchs-Forschenden die Möglichkeit zu Publikationen und Vernetzung. Gleichzeitig leisten die vielfältigen Texte auf stadtgeschichtlichen Blogs einen Beitrag, die lokalen und überregionalen Interessen an Stadtgeschichte zu decken. Mathias Irlinger (München) wies weitergehend darauf hin, dass Blogbeiträge auch zur aktuellen erinnerungspolitischen Debatte beitragen können. Anders als bei Aufsätzen in Zeitschriften oder Journals können Autor*innen in Blogbeiträgen schneller auf tagesaktuelle Debatten reagieren. Besonders junge Wissenschaftler*innen können mit dem digitalen Medium die eigene Forschung stärker sichtbar machen. Umgekehrt stellt allerdings die verbesserungswürdige Anerkennung der Internetpublikation innerhalb der Wissenschaftslandschaft eines der Hauptprobleme bei den meist aufwendigen Blogprojekten dar, welche zuweilen auch Schwierigkeiten bei der Akquise von Beitragenden nach sich zieht. Die Redaktionsteams sind insgesamt heterogene Gruppen mit differierender institutioneller Anbindung und individuellen Beweggründen und Motiven für ihre ehrenamtliche Tätigkeit, wie Małgorzata Popiołek-Roßkamp (Erkner) hervorhob. Zudem stellte Ansgar Schanbacher (Leipzig) heraus, dass Fragen der Nachhaltigkeit von Websites in Zukunft noch weiterer Klärung bedürfen.

Julia Ziegler, Institut für Zeitgeschichte, ziegler@ifz-muenchen.de

Linus Ruegge

Tagungsbericht: „Forum Stadtgeschichte 2022: Konfliktfeld Stadt. Historische Perspektiven“, am 2. und 3. Juni 2022 in Hamburg

Mit dem „Forum Stadtgeschichte“ veranstaltet die GSU im Zweijahresrhythmus eine Nachwuchstagung. Nach pandemiebedingtem Aussetzen fand die Veranstaltung nun an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH) in Hamburg statt. Zum Thema „Konflikte“ präsentierten Doktorierende aus dem Feld der Stadtgeschichte der Neuzeit vorab eingereichte Texte und diskutierten diese untereinander und mit etablierten Forscher*innen.

David Hager (Amiens) beleuchtete „Deutsche Bombardements und französische Stadtgesellschaften abseits der Front, 1914-18“. In einem erweiterten militärhistorischen Ansatz zeichnete er die Luftangriffe zunächst nach. Städte, die nicht direkt an der Front gelegen waren, unterlagen anderen Erfahrungen als Frontstädte wie Reims oder Lens, so Hagers These. In einem nächsten Schritt will er die materiellen und psychologischen Folgen der Bombardierungen, aber auch Repräsentationen in den Blick nehmen. Hier zeichne sich in der öffentlichen Wahrnehmung ein Graben zwischen bombardierten Provinzstädten und Paris ab, aber auch zwischen Angriffen auf eigene und deutsche Städte. Dorothee Brantz (Berlin) wies in ihrem Kommentar auf das Forschungsdesiderat der Bombardements hin und stellte die Frage, was der im Untersuchungszeitraum neue, nun vertikale Luftkrieg für städtisches Leben bedeutet habe. Die Diskussion kreiste außerdem um die Frage, inwiefern „abseits der Front“ als räumliche Einschränkung operationalisiert werden könne (Was steht in einem „totalen Krieg“ denn „abseits“?).

Christina Ewald (Hamburg) untersuchte „Konflikte um den Alltag“ als lokalpolitische Aushandlungen in Hamburg während der Revolution von 1918/19. So zeichnete sie nach, wie die Revolutionsregierung die drängenden Probleme der Daseinsvorsorge lösen musste, um ihre eigene Legitimität zu begründen. Sie tat dies in Kooperation und Konflikt mit den bisherigen Verwaltungs- und Regierungsleuten, auf deren Expertise sie in der Notlage angewiesen war, wie Ewald anhand der Lebensmittelversorgung in Hamburg nachzeichnete. Die Revolution mikro- und alltagshistorisch zu beleuchten, überzeugte Kommentatorin Kirsten Heinsohn (Hamburg). Konflikte träten hier nicht als Störung, sondern als produktiver Prozess auf. Damit erschiene die Revolution anders als in der älteren Forschung nicht mehr als plötzlicher Umschwung, sondern als viel-

schichtige Entwicklung, die über die unmittelbare Revolutionszeit hinaus Folgen zeitigte. Eine differenzierte Betrachtung der beteiligten Personen benannte sie als ein Desiderat: Deren Absichten und Handlungen hätten sich über die Zeit verändert.

Kathrin Meissner (Berlin) beschäftigte sich mit Stadtplanung als gesellschaftlichem Aushandlungsprozess in Ost-Berlin. Die Planungskultur in der Kommunalpolitik im Prenzlauer Berg von 1970 bis 1990 untersuchend fokussierte sie auf die 1971 von der SED beschlossene Sanierung des schrumpfenden Altbaubezirks. Die Bürgerbeteiligung, die von der Staatsführung zum Ideal erklärt worden war, sollte hier an einem ausgewählten Projekt umgesetzt werden und wurde von Meissner nachgezeichnet. In der Praxis stieß die Beteiligung auf Hindernisse wie Ressourcenmängel, falsche Versprechen oder unvereinbare Positionen und Interessen. Meissner arbeitete dabei die Sandwichposition der Bezirksebene heraus, die zwischen Ansprüchen „von oben“ und „von unten“ zu vermitteln hatte. Der Kommentar von Celina Kress (Berlin) würdigte diesen Fokus auf konkrete Aushandlungen im Gegensatz zu planerischen Idealpositionen. Kress wünschte sich zusätzlich eine systematischere Einordnung des Problems von „Interessensgegensätzen“, die in einer sozialistischen Gesellschaft idealiter gar nicht vorkommen dürften.

Jannik Noeske (Weimar) erforschte „Information und Gegenplanung. Informationstechnologie und räumliche Planung jenseits technokratischer Machtdurchsetzung?“ und untersuchte die Anfänge der Kritik an EDV-gestützter Raumplanung. Noeske beleuchtete die kritische Informationssystemforschung in der BRD der 1970er und den Einsatz von EDV-Mitteln im Zensus- und Bauwesen der DDR ab den 1960ern, deren Daten er als eine Form von Herrschaftswissen charakterisierte. Methoden wie digitales Entwerfen, die einen offeneren Umgang mit den Daten bedingt hätten, seien in der Planung der DDR erst in den späten 1980ern zum Einsatz gekommen. In ihrem Kommentar betonte Gisela Mettele (Jena) die Verschränkungen von Technik und Politik, die in Noeskes Beitrag sichtbar wurden, und ermunterte ihn, diese systematisch zu untersuchen. Welche Hoffnungen verband die DDR mit ihrem frühen Einsatz von EDV? Welche Möglichkeiten ergaben sich daraus in der Praxis? Gab es eine Kontinuität der Daten über das Ende der DDR hinaus und was bedeutet das angesichts der Tatsache, dass es keine neutralen Daten gibt?

In seinem Abendvortrag skizzierte Clemens Zimmermann (Saarbrücken) Perspektiven zeithistorischer Stadt- und Regionalforschung. Er beleuchtete darin das Wechselverhältnis von Stadt- und Zeitgeschichte, die seit einigen Jahren immer stärker konvergierten, jedoch zeitlich eigene Schwerpunkte setzten. Im Ausblick sah Zimmermann Potenzial in der Untersuchung von Ungleichheit und Ausgrenzung, Wohnungspolitik sowie in der Migrationsge-

schichte seit den 1950er Jahren. Dabei plädierte er für Vergleichs- statt Fallstudien, um die Interlokalität und Transnationalität von Phänomenen zu beleuchten. In der Diskussion blieb diese „Ehrrettung des Vergleichs“ nicht unwidersprochen. So wies Kathrin Meissner auf die postkoloniale Kritik am eurozentristischen Entwicklungsmodell hin, die in der Stadtgeschichte noch zu wenig aufgenommen würde. Phänomenologisch forderten gerade auch nichtwestliche Städte Kategorien wie Wachstum oder Planung heraus.

Der Beitrag von Linus Ruegge (Basel) stellte sein Dissertationsprojekt zur Naturgeschichte der Tourismusstadt Luzern im 20. Jahrhundert vor. In einer Fallstudie untersuchte er Konflikte um Natur am Rotsee, einem touristisch wenig prominenten Gewässer am Stadtrand, das im Laufe des 20. Jahrhunderts von der Kanalisation zum Naturschutzgebiet aufgewertet wurde. Im Zuge dieser Aufwertung, so die Analyse, wurde „Natur“ nicht als ein kohärenter, programmatischer Begriff eingesetzt, sondern situativ je nach Anliegen für verschiedene Zwecke adaptiert. Gisela Mettele strich in ihrem Kommentar heraus, dass es am Rotsee nicht um die Rettung einer unberührten Natur vor der Verstädterung ging, sondern darum, dass ein relativ unspektakuläres und hochgradig vernutztes Gewässer zur Idylle hochgejazzt worden sei, um bestimmte jeweils partikulare Interessen zu legitimieren. Sie riet dazu, die Bedeutung von überregionalen Diskursen wie Natur- und Heimatschutz noch stärker in die Erzählung einzuflechten.

„Fluss oder Humanisierung?“, diese Frage strukturierte Tim Zumlohs (Münster) Untersuchung von Verkehrskonflikten in Gütersloh, 1957-1973. Ein möglichst ungestörter Verkehrsfluss sei das Paradigma in den autobeegeisterteren Nachkriegsjahren gewesen, das Zumlohs durch Protokolle des Verkehrsausschusses nachzeichnete. Diesem Paradigma wurden durch die vielen Unfälle auch ein großes menschliches Opfer dargebracht. Um dies zu verstehen, kontrastierte Zumlohs das Flussparadigma mit Bemühungen um die „Humanisierung“ des Strassenverkehrs, die in Gütersloh und anderswo in der Einrichtung von Fußgängerzonen mündeten. Verkehr, und insbesondere Straßenverkehr, sei stets konfliktbehaftet, merkte Christoph Strupp (FZH) in seinem Kommentar an. Dabei sei es eine Herausforderung, die heutige Kritik an der Autostadt nicht an die Vergangenheit heranzutragen, sondern diese ergebnisoffen zu betrachten. In der weiteren Diskussion wurde vorgeschlagen, die Spezifika Güterslohs verstärkt in den Vordergrund zu rücken: Was lernen wir über diese Stadt, wenn wir ihre Verkehrskonflikte untersuchen?

Samaher Soliman (Berlin) präsentierte ihre Forschung zur Geschichte des Kairoer Stadtteils Heliopolis. Als Satellitenstadt auf Wüstengebiet um 1900 durch einen Privatunternehmer konzipiert und gebaut, war Heliopolis stark durch europäische Ideale von Begrünung geprägt, die jedoch auf lokale Ver-

hältnisse zugeschnitten wurden: Die Siedlung wurde als Oase in der Wüste vermarktet. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde sie im Rahmen des Stadtwachstums zu einem Stadtteil von Kairo und das Interesse seiner Bewohner*innen an der Bewahrung des grünen Erbes hat es heute schwer, gegen die Bemühungen um die Erhöhung des Verkehrsflusses Gehör zu finden, wie Soliman kritisierte. Thomas Großbölting (Hamburg) erkannte den roten Faden in dieser wechselhaften Geschichte im Zusammenspiel aus kommunalen Vorgaben und den Bedürfnissen der Bewohner*innen. In seinem Kommentar regte er an, diese Geschichte um weitere Akteur*innen zu erweitern: Jene, die ein geschäftliches Interesse an der baulichen Entwicklung von Heliopolis hatten.

Pia Kleine (Berlin) untersucht in ihrer Dissertation Großsiedlungen in den beiden deutschen Staaten seit den 1980er Jahren. Diese seien, so stellte sie fest, in der öffentlichen Debatte bald als „räumlicher Problemfall“ behandelt worden, ohne jedoch den Stimmen ihrer Bewohner*innen Gehör zu verschaffen. Mit einer praxeologischen und akteurszentrierten Herangehensweise fragte sie danach, wie ebendiese Bewohner*innen Großsiedlungen als soziale Erfahrungsräume prägten, wobei sie sich als Quellen auf die zahlreichen sozialwissenschaftlichen Erhebungen und Befragungen stützen möchte, die in BRD und DDR zur Untersuchung der problematisierten Orte gemacht wurden. Dorothee Brantz wies in ihrem Kommentar auf die gegenwärtige Relevanz der Fragestellung hin: Im Kontext von Zersiedelung, Klimawandel und demografischer Entwicklung könnten Großsiedlungen bald schon wieder als zukunftssträchtig gelten. Auch seien diese, und hier sei der DDR-BRD-Vergleich vielversprechend, nicht immer schlecht angesehen gewesen.

„Alles nur Theater? Städtische Repräsentationen Güterslohs im Wandel (1970–2020)“ von Joana Gelhart (Hamburg) untersuchte den jahrzehntelangen Streit um einen Theaterneubau in Gütersloh und fragte danach, was dieser über das Selbstverständnis der Stadt aussagen kann. Das Bemühen um den Bau eines Theaters verortete Gelhart dabei als ein Bemühen, als Kulturstadt auf der mentalen Karte der BRD verzeichnet zu werden und damit dem azyklischen Boom der Stadt in der Nachkriegszeit Rechnung zu tragen: Das Wachstum sollte als „Nachholung“ auch auf symbolischer Ebene nachvollzogen werden. Eine Bürger*innenbewegung wehrte sich jedoch lange Zeit erfolgreich gegen den Bau, der ihnen als Ausdruck eines luxuriösen Prestigestrebens gegolten habe. Clemens Zimmermann war davon angetan, dass Kulturpolitik wieder einmal in den Fokus stadtgeschichtlicher Forschung gerückt sei. Er hielt es für erklärungsbedürftig, dass in Gütersloh bereits in den 1970er Jahren mit Argumenten einer Kulturökonomie hantiert worden sei. Die Stadt fordere den vorherrschenden Blick auf Städte in dieser Epoche als krisengeschüttelt heraus.

Zum Abschluss wurde versucht, die disparaten Ansätze, in deren Zusammenhang Konflikte besprochen wurden, zusammenzubringen. Was bedeuteten Konflikte für den urbanen Raum – und umgekehrt: Sind Städte privilegierte Orte einer Geschichte von Konflikten? Letztere Frage wurde überwiegend verneint, wenn auch die hohe Dichte und Diversität an Nutzungen den urbanen Raum durchaus oft mit Konflikten belädt. Konflikte unterscheiden sich aber nicht entlang der Kategorien von Stadt und Land. Darüber hinaus sind Konflikte oft Auslöser intensiver Quellenproduktion: Man denke an Gerichtsakten als Überbleibsel institutionalisierter Konfliktlösungspraxis, aber auch an Beschwerdeschreiben, Petitionen, Landkarten und so weiter. Trifft Marc Blochs Charakterisierung des Historikers als „Menschenfresser“ (auch in Zeiten des More-Than-Human) noch zu, der seine Beute dort weiß, „wo er Menschenfleisch wittert“, kann es nicht verwundern, dass Konflikte einen speziellen Platz in der Geschichtsschreibung gefunden haben. Sie lenken unseren Blick auf die Akteursebene und ermöglichen es, Handlungsspielräume und Wahrnehmungshorizonte zu rekonstruieren. Der direkte Blick auf Konflikte, aber fast mehr noch der indirekte Blick durch Konflikte ist aufschlussreich für eine Vielzahl von historischen Fragestellungen, wie die Tagung gezeigt hat. Insofern finde ich es erstaunlich, dass diese in den Geschichtswissenschaften selten theoretisiert worden sind.

Linus Ruegge, Universität Basel, Departement Geschichte, linus.ruegge@unibas.ch

AUTOR*INNEN DES THEMENSCHWER- PUNKTES UND DER FORUMSBEITRÄGE

Michel Abeßer, Dr., is Lecturer in the History of Eastern Europe at the University of Freiburg. His research interests include multiethnicity and economy of the Russian Empire, late socialist culture, and the Soviet music market. Currently he is working on a project on urbanization and trade networks linking Armenians, Russians, and Cossacks in the lower Don-Region in the 18th and 19th century that explores the interplay of economic, ecological, and ethnic factors for reshaping a peripheral region of the Russian Empire into a commercial hub. Publications in this field include: M. Abeßer, *Den Jazz sowjetisch machen. Kulturelle Leitbilder, Musikmarkt und Distinktion zwischen 1953 und 1970*, Köln 2018.

michel.abesser@geschichte.uni-freiburg.de

Mikhail Belan, is a PhD Student at Oxford University, Faculty of History. His main field of interest is the history of the Russian town and its people during the French Revolutionary and Napoleonic Wars. In his thesis, he looks at the impact of increased conscription, wartime taxation, and other military duties on the population of provincial towns in the Russian northwest. Among his recent articles are (in Russian): M. Belan, “Not unto us, not unto us, but unto thy Name”. The contributions of provincial merchantry for militias in the early 19 c. (on the example of St. Petersburg province), in: *Vestnik Slavianskikh kul'tur* 60, 2021, S. 82-96; M. Belan, Townsmen of St. Petersburg Province in the Levies of Militiamen in 1806-07 and 1812, in: *Tul'skii Nauchnyi Vestnik. Serii Istorii. Iazykoznanie* 2, 2021, S. 15-28.

mikhail.belan@sant.ox.ac.uk

Boris Belge, Dr. phil., ist SNF Ambizione Grantee an der Universität Basel. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Wirtschafts-, Handels- und Sozialgeschichte der südlichen Ukraine, die maritime Geschichte des russländischen Imperiums, die Politikgeschichte des sowjetischen Spätsozialismus und die Geschichte der Musik im russländischen Imperium und in der Sowjetunion. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen: B. Belge, (Dis-)Connected. Railway, Steamships and Trade in the Port of Odessa 1865–1888, in: *Journal of Balkan and Black Sea Studies* 5, 2020, S. 49-69; B. Belge, Sehnsuchtsort Hafenmetropole Odessa, in: *Dorlis Blume u.a. (Hrsg.), Europa und das Meer*, München 2018, S. 175-186.

boris.belge@unibas.ch

Luis de la Cruz Salanova, Universidad Carlos III de Madrid. Arbeitsschwerpunkte: Lokalgeschichte, Geschichte des Anarchismus und der populären Kultur. Veröffentlichungen u.a.: L. de la Cruz Salanova *Contra el running. Corriendo hasta morir en la ciudad postindustrial*, Madrid 2016; L. de la Cruz Salanova, *Barrionalismo*, 2018.

eltransito@gmail.com

Simon Dreher, M.A., studierte Geschichte mit Schwerpunkten auf Osteuropa und der Frühen Neuzeit an der Philipps-Universität Marburg. Er promoviert an der Universität Wien zur städtischen Ansiedlung von Westeuropäer*innen im Moskauer Staat des 17. Jahrhunderts. Von 2018 bis 2022 war er Mitarbeiter am Institut für Osteuropäische Geschichte in Wien. Seit Oktober 2022 ist er am Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster tätig. Zu seinen Publikationen zählt neben mehreren Zeitschriften- und Sammelbandaufsätzen: S. Dreher/W. Mueller (Hrsg.), *Foreigners in Muscovy. Western Immigrants in Sixteenth- and Seventeenth-Century Russia*, London 2023.

simon.dreher@uni-muenster.de

Carlos Hernández Quero, Dr., Universidad Complutense de Madrid. Arbeitsschwerpunkte: Stadtgeschichte, Sozialgeschichte, Geschichte der populären Politik und der kollektiven Aktion. Veröffentlichungen u.a.: C. Hernández Quero, *La política en su contexto. Reflexiones para una historia cultural de la política hace cien años*, in: *Historia Contemporánea* 66, 2021; C. Hernández Quero, *Suburbios rebeldes. Fragmentación y desborde social en la huelga de 1917 en Madrid*, in: *Historia Social* 94, 2019.

chquero@ucm.es

Ulrich Hofmeister, Dr. phil., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Stadtgeschichte des Zarenreichs, die Imperial- und Kolonialgeschichte des Zarenreichs und der Sowjetunion sowie die Geschichte Zentralasiens. Er ist u.a. Herausgeber der folgenden Publikationen: U. Hofmeister (Hrsg.), *Planstädte im Zeitalter der Aufklärung* (=Zeitschrift für Weltgeschichte 20:1), 2019; U. Hofmeister/F. Riedler (Hrsg.), *Imperial Cities in the Tsarist, the Habsburg and the Ottoman Empires*, erscheint 2023 bei Routledge. Zudem: U. Hofmeister, *Die Bürde des Weißen Zaren. Russische Vorstellungen einer imperialen Zivilisierungsmission in Zentralasien*, Stuttgart 2019.

ulrich.hofmeister@lmu.de

Olga Malinova-Tziafeta, PhD., is Candidate of Sciences in History and Lecturer at the Institute of Modern and East European History at the University of Erlangen-Nuremberg (FAU, Germany). Her research interests are infrastructure history, Soviet history, social history, cultural history, ecological history, and Oral history. She is currently working on a project on the sewage systems in Soviet cities and co-editing volumes on the Socialist City with Julia Obertreis and on Oral History with Heidi Hein-Kircher and Julia Obertreis.
olga.malinova@fau.de

Tilman Plath, Dr. habil, an der Universität Greifswald und der Staatlichen Universität St. Petersburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Russische Handelsgeschichte im 18. Jahrhundert, die Geschichte Lettlands und das Baltikum im Zweiten Weltkrieg. Relevante Publikationen hierzu: T. Plath, *Naval Strength and Mercantile Weakness. Russia and the Struggle for Participation in the Baltic Navigation During the 18th Century*, in: M. Grzechnik/H. Hurskainen (Hrsg.), *Beyond the Sea. Reviewing the Manifold Dimensions of Water as Barrier and Bridge*, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 117-128; T. Plath, *Nördlich, westlich oder östlich? St. Petersburg als Forschungsobjekt und Wissenschaftsstandort deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler Ende des 18. Jahrhunderts*, in: C. Augustynowicz/A. Pufelska (Hrsg.), *Konstruierte (Fremd-?)Bilder. Das östliche Europa im Diskurs des 18. Jahrhunderts*, Berlin 2017, S. 164-178.
platht@uni-greifswald.de

Natalia Tuschinski, M.A., Mitarbeiterin der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart und Doktorandin am Kunsthistorischen Institut der Universität Tübingen. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören politische und ästhetische Aspekte des Städtebaus im Russländischen Reich, Architekturtheorie sowie kulturelle Verflechtungen in der Aufklärung. Wichtige Publikationen: N. Tuschinski, *Architecture in Service of Catherine's II. Foreign Policy*, in: F.-D. Liechtenhan u.a. (Hrsg.), *L'empire de Catherine la Grande. Nouvelles approches*, Paris (im Druck); N. Tuschinski, *Gerüchte, Mythos und Politik im „Griechischen Projekt“ Katharinas II.*, in: B. Braun/J. Kusber/M. Schnettger (Hrsg.), *Weibliche Herrschaft im 18. Jahrhundert. Maria Theresia und Katharina II.*, Bielefeld 2020, S. 243-272.
tuschinski@wlb-stuttgart.de

Ricarda Vulpius, Prof. Dr., Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Forschungsschwerpunkte sind die Imperiumsgeschichte des Russländischen Reiches, Zivilisierungsmission, Verflechtungsgeschichte, imperiale Praktiken, imperiale Biografien, Kolonialismus und Aufklärung, Religion und Politik im Zarenreich des 18. und 19. Jh., Verflechtungsgeschichte der Ukraine sowie konkurrierende Nationsbildung von Russen und Ukrainern. Zuletzt erschienen: R. Vulpius, Die Geburt des Russländischen Imperiums. Herrschaftskonzepte und -praktiken im 18. Jahrhundert, Wien 2020.

ricarda.vulpius@uni-muenster.de